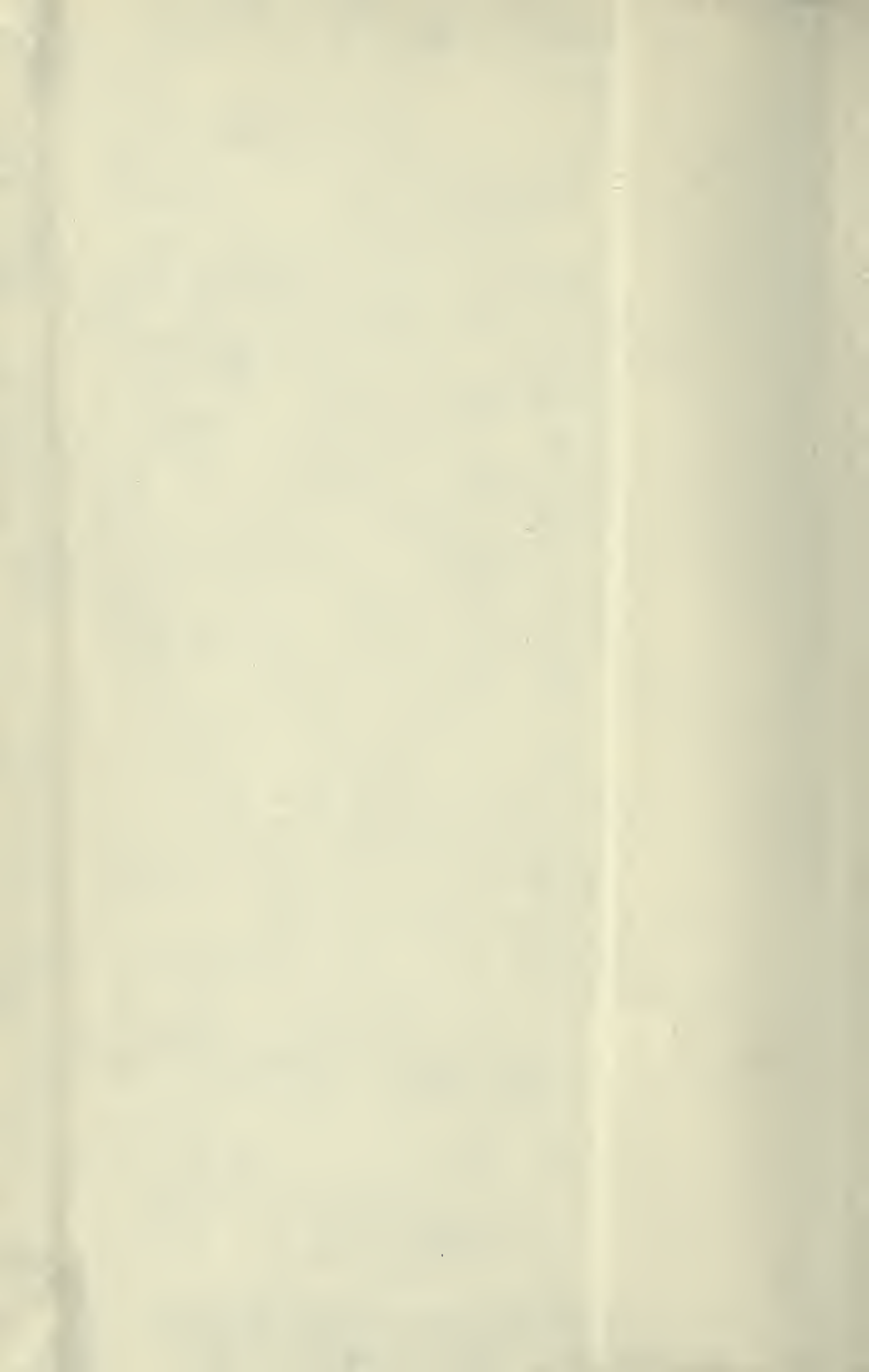
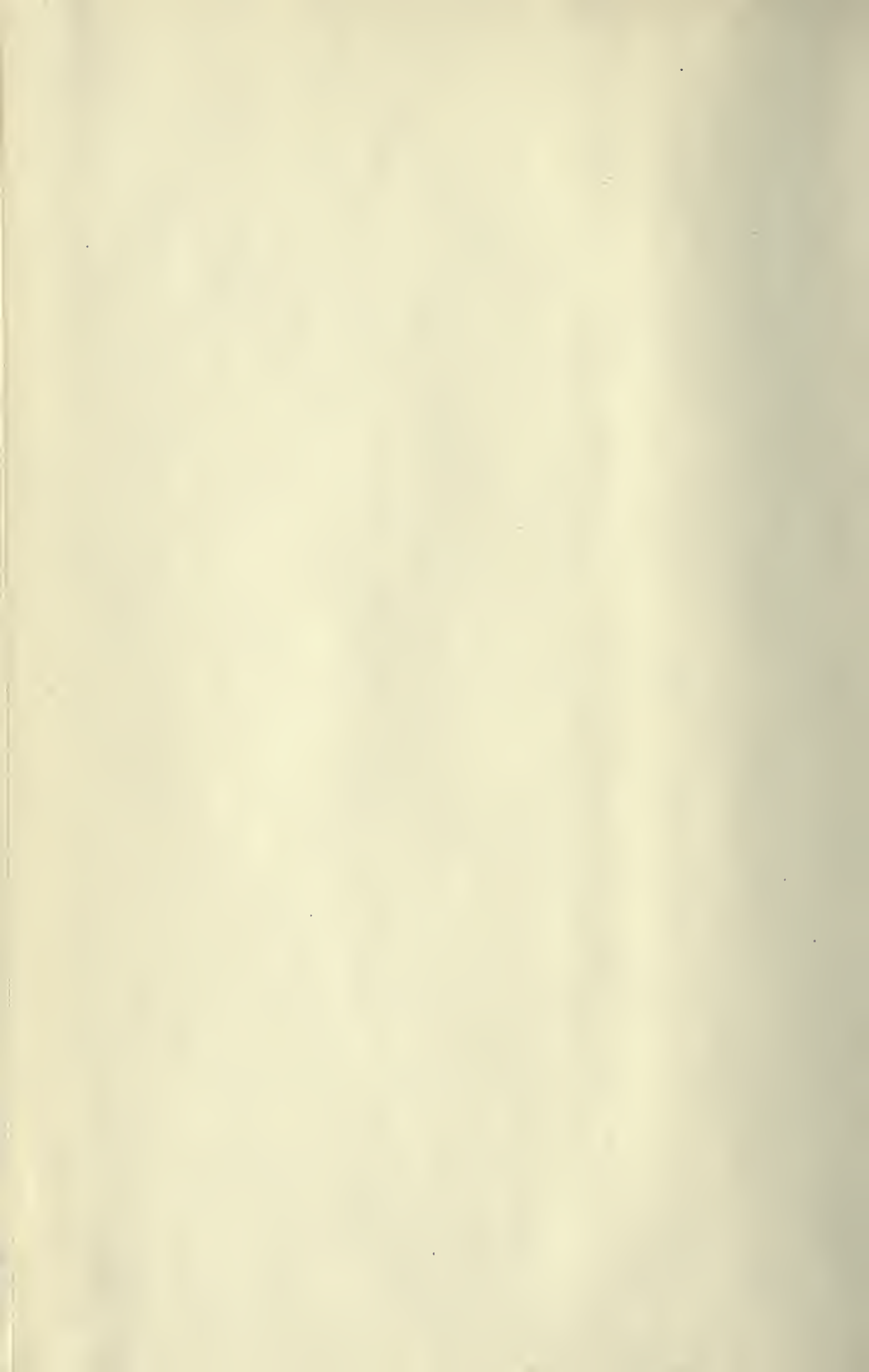
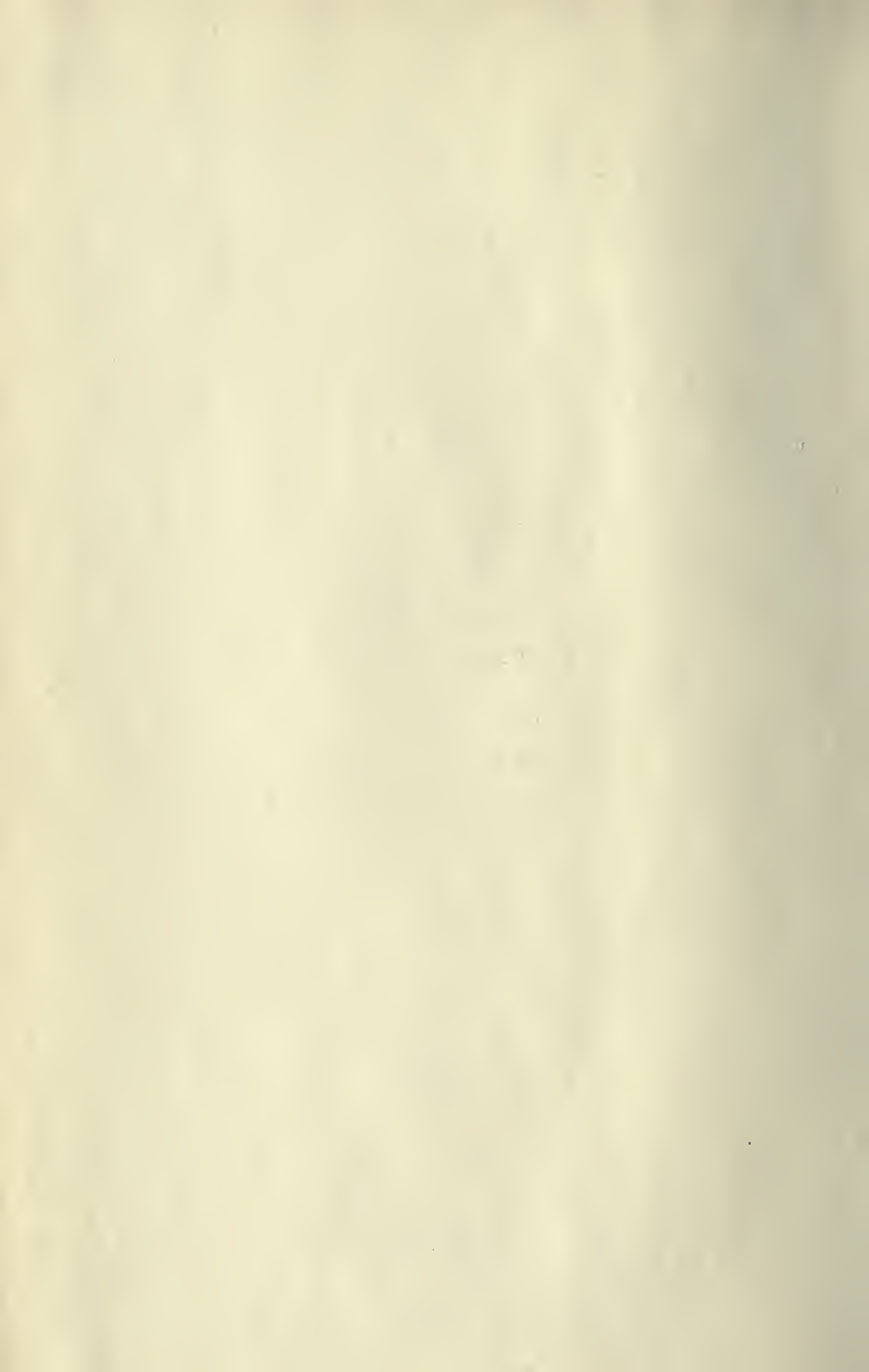












ZEITSCHRIFT

DER SAVIGNY-STIFTUNG

FÜR

RECHTSGESCHICHTE

HERAUSGEGEBEN

VON

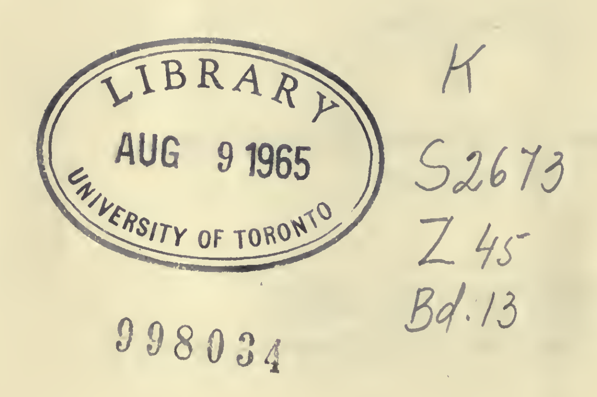
E. I. BEKKER, A. PERNICE, R. SCHRÖDER,
H. BRUNNER.

DREIZEHNTER BAND

XXVI. BAND DER ZEITSCHRIFT FÜR RECHTSGESCHICHTE

GERMANISTISCHE ABTHEILUNG.

WEIMAR
HERMANN BÖHLAU
1892.



Unveränderter Nachdruck

veranstaltet vom

ZENTRAL-ANTIQUARIAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
LEIPZIG
Ag 05/1096/64 DDR III/18/6

Inhalt des XIII. Bandes

Germanistische Abtheilung.

Germanistische Chronik:

I.

Die niederdeutsche Kaufgilde.

Eine nachgelassene Arbeit

von

Karl Wilhelm Nitzsch[1]).

Die folgenden Untersuchungen sollen ein Beitrag zur Geschichte des niederdeutschen Bürgerthums und seiner politischen Entwicklung im 12. und 13. Jahrhundert sein.

Sie gehen zu diesem Zweck zunächst von der Feststellung und Betrachtung derjenigen Genossenschaften aus, die uns in

---

[1]) Die beiden letzten Abhandlungen, die Karl Wilhelm Nitzsch veröffentlicht hat („Ueber die niederdeutschen Genossenschaften des 12. und 13. Jahrhunderts" und „Ueber niederdeutsche Kaufgilden" im Monatsbericht der K. Preuss. Akademie der Wissenschaften. Berlin 1879 S. 4 ff. 1880 S. 370 ff., fortan citirt als Nitzsch I und II) sind Bruchstücke aus einem grösseren Werke, vor dessen Vollendung er abgerufen ist (1880 Juni 20). Der Titel, der dem Buch zugedacht war, geht aus den Anfangssätzen der vorstehenden Arbeit hervor: Zur Geschichte des niederdeutschen Bürgerthums und seiner politischen Entwicklung. Wer Nitzschs Studiengang verfolgt hat, weiss, wie sehr er vor anderen geeignet gewesen wäre, diesen grossen Plan auszuführen.

Schon die Wahl des Themas bekundet den sichern Blick, der die wirkliche Bedeutung des mittelalterlichen Städtewesens da sieht und sucht, wo sie in Wahrheit ruht, nicht in dem Ursprung der Stadtverfassung, sondern in der Entwicklung des Bürgerstandes.

Es konnte sich fragen, ob dem Andenken des Verstorbenen mit der Herausgabe des Fragments gedient sei. Ich glaubte mich dafür entscheiden zu sollen, obwohl der erste Theil sich einigermassen mit jenen beiden schon erwähnten Abhandlungen inhaltlich deckt. Schon der allgemeine Beifall, den sie gefunden haben und den fast ausnahmslos auch die spenden, die in Nitzschs erstem grossen verfassungsgeschichtlichen Werke vielleicht mehr die Schwächen wie die Vorzüge bemerken, musste dafür ins Gewicht fallen. — Es darf übrigens nicht übersehen

dieser Periode zuerst für diese Schichten des sächsischen Stammes entgegentritt. Erst nachdem deren Wesen festgestellt, wird es möglich sein, mit verhältnissmässiger Klarheit die daneben erscheinenden Bildungen zu verstehen und weiter zu zeigen, wie diese auf jene ältern eingewirkt und dadurch den weiteren Gang der städtischen Verfassungen bedingt haben.

Wenn man den europäischen Verkehr des 12. Jahrhunderts in seiner Gesammtheit überschaut, so unterscheidet sich das nördliche Gebiet desselben ja wesentlich von dem südlichen: das letztere gränzt unmittelbar mit der reichentwickelten Cultur

werden, dass diese Vorträge nur allzudeutlich ihren Ursprung verrathen. Wer schärfer prüft, bemerkt manchen inneren Widerspruch, kurz man hat das Gefühl, als ob eine ganze Reihe anregender und geistvoller Gedanken aus einem grösseren Zusammenhange herausgenommen und dem momentanen Bedürfniss entsprechend zusammengedrängt worden seien. Das Hauptmanuscript muss in der vorliegenden Redaction (an mannichfachen parallelen Entwürfen fehlt es nicht) etwa gleichzeitig mit der zweiten Abhandlung entstanden sein. Wie Nitzsch die erste als bereits vorhanden voraussetzt und oftmals auf sie verweist, so würde es andernfalls auch mit jener zweiten geschehen sein.

Es hat also die nachfolgende Arbeit die Form und die Gedankenfolge, für die sich Nitzsch nach langem Schwanken (wie aus den Nebenmanuscripten hervorgeht) entschieden hatte. Diesem Fragment aber den Namen zu geben, den das Ganze führen sollte, wäre wenig angemessen gewesen. Die beiden Unterabschnitte nun, die erhalten sind, sind nicht durch besondere Bezeichnungen kenntlich gemacht. Da indessen aus einigen Bemerkungen des zweiten Theiles ersichtlich ist, dass dieser den Untertitel bekommen sollte: „Die übrigen niederdeutschen Verkehrseinrichtungen neben der Gilde“, glaube ich im Sinne des Verfassers zu handeln, wenn ich den ersten „Die niederdeutsche Kaufgilde“ nenne.

Zu Aenderungen am Texte selbst lag sehr geringe Veranlassung vor; soweit die Darstellung durch neuere Forschung wesentlich berichtigt ist, ist der Sachverhalt in den Anmerkungen hier und da angedeutet worden. —

Nicht mehr berücksichtigen konnte ich das Werk von Karl Hegel (Städte und Gilden der Germanischen Völker im Mittelalter. Bd. 1. 2. Leipzig 1891), das sich zum guten Theil gerade gegen die Gildeaufsätze Nitzschs richtet. Ich lasse es hier dahingestellt, ob es Hegel gelungen ist, die Theorie von der Gesammtgilde zu erschüttern; aber selbst wenn es geschehen sein sollte, würde ich es nicht bedauern, Nitzschs anregende Arbeit in ihrer endgültigen Ausgestaltung mitgetheilt zu haben.

Berlin, im October 1891. Erich Liesegang.

des Orients zusammen. Auf dem wirthlichsten Meere der Welt vollzieht sich hier der Umsatz reicher und kostbarer Producte auf uralten Handelswegen zwischen eben so alten Märkten; wie die wunderbare Kunstfertigkeit der Gewerbe und Industrien, so datiren auch das Recht und die Usancen des Verkehrs hier in Ost und West halbe und ganze Jahrtausende zurück, immer noch frisch und lebensfähig genug, neue Formen für die neu und mächtig sich entwickelnden Culturbedürfnisse zu schaffen.

Im Norden dagegen fehlt zwar der Kaufmann und der Markt nicht; auf seinen gefährlichen Seewegen vollzieht sich sogar schon eine wesentliche Neubildung des Umsatzes. Statt des byzantinisch-arabischen Handels, der von Ost nach West über die Ostseeinseln bis zu den angelsächsischen Märkten reichte, beginnt jetzt der des binnenländischen sächsischen Kaufmanns von Süden her nach Norden und Osten vorzudringen. Aber die gewerbliche Entwicklung dieser Gebiete steht noch immer in den ersten Anfängen; die Hauptartikel des Umsatzes sind die Rohproducte, wie sie ungeheure Waldbestände und die häusliche Industrie reiner Bauernvölker bieten. Die rechtlichen und geschäftlichen Formen des Verkehrs, deren Entstehung im Süden bis in die Tage des babylonischen Königthums und der rhodischen Republik zurückreicht, haben hier neben dem ungebrochenen Recht bäuerlicher Gemeinden kaum eine feste und gesicherte Anerkennung gefunden. Nicht allein, dass auf diesen Meeren nie voller Friede geherrscht hatte und der Seeraub der Urzeit noch nicht gebrochen war, in dem Rechtsleben aller dieser Küstengebiete stand — wenn wir Nowgorod, Wisby und die englischen Märkte ausnehmen — überall der Kaufmann und sein Gut den althergebrachten, einfachen und schwerfälligen Instituten des Landrechts als eine fast unverstandene Grösse gegenüber.

Auf diesem nördlichen Verkehrsgebiet treffen wir nun eben im 12. Jahrhundert als eine ihm ganz eigenthümliche Erscheinung die Kaufgilde, gilda mercatoria oder mercatorum, sowohl in England als in Norddeutschland und Scandinavien an.

Es ist bekannt, dass das Wort „Gilde“ als Bezeichnung einer Genossenschaft schon früher im Fränkischen, in den Angelsächsischen und nordischen Reichen vorkommt, dass es

in Deutschland zwischen dem 9. und 12. Jahrhundert sich nicht findet, dass es dann auf diesem ganzen Gebiete im 13. und 14. Jahrhundert nicht allein für kaufmännische, sondern auch für gewerbliche, kirchliche und gesellige Vereine häufig gebraucht wird.

Wilda versuchte in seinem epochemachenden Buch „Das Gildenwesen im Mittelalter“ (Berlin 1831) alle diese verschiedenen Erscheinungen im Zusammenhang zu erklären. Seine Resultate fanden im grossen und ganzen vielfache Zustimmung.

Den so allgemein angenommenen Resultaten jenes verehrten Forschers gegenüber habe ich schon andern Orts darauf hingewiesen, dass die weitere Untersuchung vor allem eine feste Scheidung der einzelnen Bezeichnungen fraternitas, conjuratio, unio, Zunft, Amt u. s. w. unter sich und namentlich von der Gilde des 12. Jahrhunderts erfordern [1]). Ich glaube dort auch nachgewiesen zu haben, dass zwischen der norddeutschen Gilde des 12. und 13. Jahrhunderts und den anderen gleichzeitigen Genossenschaftsformen des Amts, der Bruderschaft und der Innung ein solcher bewusster Gegensatz bestand, der nur bei der Anwendung lateinischer Bezeichnungen sehr häufig vernachlässigt und übersehen wurde.

Hier ist es unsere Aufgabe, die deutsche Kaufmannsgilde, d. h. die eigentliche städtische Gilde des 12. Jahrhunderts, zuerst mit den entsprechenden Erscheinungen des übrigen Nordens zusammenzustellen und dann die so gewonnenen Resultate durch die Heranziehung weiterer und verwandter Beobachtungen zu vervollständigen.

Wir gehen dabei von der fraglichen gilda mercatoria aus [2]).

Die älteste urkundliche Erwähnung einer solchen ist die

---

[1]) Monatsberichte der Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1879 S. 5 ff. — [2]) Die Ergebnisse dieses Abschnittes werden in mannichfacher Weise modifizirt durch das reiche Material, das zuerst Charles Gross (The gild merchant; a contribution to British municipal history Vol. I. II. Oxford 1890) beigebracht hat. Vergl. zur Datirung der ältesten englischen Gilden Liebermann, Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft Bd. 6 (1891) S. 116 ff.

von York, nach deren Muster Erzbischof Wilhelm seiner Stadt Beverley eine gilda mercatorum verlieh mit dem Recht Versammlungen zu halten, wie sein Vorgänger Thurstan derselben Stadt ebenfalls nach dem Muster von York ein „hanshus, ut ibi sua statuta pertractent", Zollfreiheit und freies Geleit verliehen hatte[1]). Der Aldermann dieser Yorker gilda mercatorum wird unter König Stephan namentlich erwähnt[2]). Darauf folgen die Erwähnungen von gildae einer Reihe von Städten unter Heinrich II., die Wilda a. O. S. 251 zusammengestellt hat, sowie die der gilda mercatorum von Gloucester und ihrer gildhalla unter Richard I.[3]). Daran schliesst sich in einer Urkunde Johanns für Dunwich die hansa et gilda mercatoria, „sicut habere consueverunt"[4]), und die Urkunde „Heinrichs III. aus den J. 1216—1226 für Gloucester, v. d. J. 1229 für Drogheda", in denen beiden der gilda mercatoria et hansa oder cum hansa erwähnt wird[5]).

Soviel ergiebt sich aus diesen Beispielen, dass die englische Kaufmannsgilde jener Zeit sehr häufig mit einer Hansa verbunden war. Beverley erhält zuerst das Hansahaus und dann erst die Kaufmannsgilde, in Dunwich wird erst die Hansa und dann die Gilde, in neueren Städten diese zuerst genannt.

Dass ganz analog diesen Genossenschaften einheimischer Kaufleute auch fremde Kaufleute in England in Gilde und Hansa vereinigt sein konnten, dafür zeugen bekanntlich die Nachrichten von der Gilde und Hansa der Kölner aus dem 12., sowie von der hansa Londinensis der flandrischen Kaufleute aus dem 13. Jahrhundert, von denen weiter unten zu sprechen sein wird.

Als einziges Beispiel einer überseeischen englischen Gilde kenne ich nur die der Yorker und der Normandie.

---

[1]) Smith, English gilds S. 150 ff. Vergl. übrigens die vorige Anmerkung. — [2]) Madox, History . . of the Exchequer I S. 397 bei Wilda, Gildenwesen S. 251 Anm. 1. — [3]) Ebendort S. 252 aus Madox, Firma burgi S. 132 und Hist. of the Excheq. S. 467. — [4]) Wilda a. a. O. aus Madox a. O. S. 402 und Pauli, Hansische Geschichtsblätter II S. 16 f. aus Hardy, Rotuli chartarum S. 51. — [5]) Wilda a. O. und Pauli a. O. Es ist indessen zu beachten, dass Gloucester Tochterstadt von London und Winchester ist. Vergl. Gross a. a. O. I S. 248.

In Schottland kommen wohl zahlreiche Kaufmannsgilden [1]), aber wie Pauli [2]) constatirt, keine Hansa vor [3]).

Viel unklarer liegen für uns die Verhältnisse der dänischen Gilden im 12. Jahrhundert.

Allerdings steht fest, dass hier jede Erwähnung der Hansa nicht nur in dieser, sondern auch in den folgenden Perioden fehlt, sowie die andere Thatsache, dass sich gar keine Spur einer dänischen Gilde ausserhalb Dänemarks findet.

Noch ein anderer Unterschied ist beachtenswerth. In England kennen wir die oben angeführten Gilden und Hansen zumeist aus den Verleihungs- oder Bestätigungsurkunden der Könige, in Dänemark ist aus dieser Zeit nur eine undatirte Urkunde der Art erhalten, die Waldemars I. für die St. Knutsgilde in Ringstedt. Wir kennen die derzeitigen dänischen Gilden nur aus einzelnen Erwähnungen des Schleswiger und Flensburger Stadtrechts und aus den Statuten des 13. Jahrhunderts, die Wilda unzweifelhaft mit Recht als Bearbeitungen älterer und einfacherer Aufzeichnungen bezeichnet hat [4]). Alle diese Gilden tragen nicht allein den Namen eines canonisirten Königs oder des ebenfalls canonisirten Herzogs Knut und berufen sich in ihren Statuten nie auf die Stiftungs-, immer aber auf die Bestätigungs- oder Schutzurkunde eines Königs [5]). Es ergiebt sich aus dieser Thatsache mit Sicherheit, dass die dänischen Gilden dieser Zeit niemals wie viele englische durch königliche Verleihung entstanden, und es muss weiter sehr wahrscheinlich erscheinen, dass sie jedenfalls im 13. Jahrhundert es angezeigt fanden, sowohl durch die Annahme eines königlichen Schutzheiligen [6]) als auch durch die Berufung auf einen königlichen Schutzbrief oder die wirkliche Erwerbung

---

[1]) Wilda a. a. O. S. 253 f. — [2]) A. a. O. S. 13. Es ist daher ein unglücklicher Ausdruck, wenn Wilda a. a. O. S. 254 eine Vereinigung verschiedener schottischer Gilden als „schottische Hanse" bezeichnet. — [3]) Siehe jedoch jetzt die Nachweisungen bei Gross a. a. O. I 199. — Auch dieser Theil der Untersuchung ist hier und da überholt durch Pappenheim (Die ältesten Schutzgilden, Breslau 1885 vor allem S. 125) und die Arbeiten von Hasse (Schleswiger Stadtrecht 1880 und Quellen des Ripener Stadtrechts 1883). Auf beider Controverse über das Alter der dänischen Gilden einzugehen, liegt hier keine Veranlassung vor. — [4]) Wilda a. a. S. 93. 99. 107. — [5]) Wilda a. a. O. S. 86. 94 f. — [6]) Sach, Geschichte der Stadt Schleswig S. 110 ff.

eines solchen sich in ein näheres Verhältniss zur königlichen Gewalt zu bringen.

Keine dieser Gilden — und auch darin unterscheiden sie sich von den englischen — wird Kaufmannsgilde genannt; alle als solche bezeichneten Genossenschaften begegnen uns in Dänemark erst zwei- oder dreihundert Jahre später. Die neueren Forscher haben sie daher nach dem Vorgang Wildas „Schutzgilden" genannt. Er sieht in ihnen nur Beispiele einer Art der Gilden, die er auch sonst ausserhalb Dänemarks annimmt und betrachtet ihre noch erhaltenen Statuten nicht nur „als die ältesten Gildengesetze in Dänemark, sondern auch als die einzigen dänischen Schutzgildenstatuten, die noch vorhanden, die ausführlichsten, die irgend ein Land aufzuweisen hat, die uns daher allein ein vollständiges Bild dieser Genossenschaften geben" [1]).

Betrachtet man den gemeinsamen Inhalt dieser Statuten, wie ihn jener ausgezeichnete Forscher zusammenstellte, seinem ganzen Umfang nach, so erscheinen sie allerdings einerseits entschieden darauf berechnet, ihren Genossen in verschiedenen Gefahren, bei Krankheit, Schiffbruch, Gefangenschaft, gerichtlicher Verfolgung die Unterstützung der Gildebrüder zu sichern, aber viel bedeutsamer ist doch — und Wilda selbst giebt das zu — andererseits die umfassende Gerichtsgewalt, die sie in fast allen Rechtshändeln zwischen Genoss und Genoss für sich in Anspruch nehmen. „Es wurden in den Gildegerichten Streitigkeiten jeglicher Art, die unter den Brüdern von der Zeit, da sie in die Gilde eingetreten waren, vorfielen, entschieden, sowohl solche, welche eine Beeinträchtigung der Vermögensrechte als der Sicherheit der Person betrafen." — War die Verletzung eines Bruders während der Gildeversammlung selbst vorgefallen, so ist es weniger auffallend, dass die Sache dann nicht vor Gericht kam, selbst wenn der Fall eine härtere Strafe nach sich zog; es lag dies in dem Wesen und der Ansicht von einer handhaften That, und Aehnliches findet sich auch ausserhalb der Gilden. Ausserordentlicher

---

[1]) Er bezeichnet als die allen übrigen zu Grunde liegenden unter den erhaltenen die Statuten der Flensburger, Odenseer und Skanörer Gilde.

ist es, dass die Gilden alle Streitigkeiten in einem Gerichte, das ausdrücklich sich zur Untersuchung und Entscheidung versammelte, vorzubringen nöthigten, Recht sprachen nach den selbst entworfenen Gesetzen und Strafe verhängten. — Die Verbrechen und Vergehen, deren in den Gildegesetzen gedacht und für welche eine Strafe darin angedroht wird, sind: Todschlag aus Frevelmuth oder in gerechter Nothwehr und Rache, Verwundungen, Heimsuchung, See- und Strassenraub, Gewalt an Frauen, die einem Gildebruder nahe verwandt, oder sträflicher Umgang mit dessen Weibe. Es erweitert sich der Kreis dadurch sehr, dass jede Uebertretung irgend einer von der Gilde gemachten Verfügung von dem geringsten Verstoss gegen disciplinarische Gesetze bis zu den gröbsten Verletzungen der wesentlichsten Pflichten eines Bruders als ein besonderes Verbrechen erscheint und mit Strafen ganz gleicher Art, wie die Vergehen gegen die bürgerliche Ordnung, belegt ist. Zu beachten ist aber bei dieser Erweiterung des Strafrechts eine Beschränkung desselben, denn es wird in keinem der Gildestatuten der Staats- oder öffentlichen Verbrechen erwähnt und überhaupt aller derer nicht, die eine Leibes- oder Lebensstrafe nach sich zogen. Vielleicht ist auch desshalb der Diebstahl ganz übergangen. Es massten sich die Gilden kein Recht über Leib und Leben eines Staatsbürgers, selbst wenn er ihrer engeren Vereinigung angehörte, an. Die Strafen, die von den Brüdern verhängt wurden, waren Schadenersatz oder Busse an den Verletzten, womit zugleich eine Busse an die Genossenschaft wie auch an den Altermann derselben verbunden war, und endlich die Ausschliessung aus der Gilde als Nidinge[1]).

Gegen diese merkwürdige Organisation als Gericht treten, meine ich, die kirchlichen und geselligen Einrichtungen und Aufgaben noch mehr als diejenigen zurück, welche für den Schutz der Mitglieder ausserhalb der Gilde bestimmt sind. Von dieser Seite betrachtet, erscheint sie als ein Gemeinwesen, dem für die Bedürfnisse des Verkehrs seiner Genossen, und nicht nur des geselligen, die Ordnungen des Volksrechts nicht genügten. Die genossenschaftliche Gerichtsbarkeit für die

[1]) Wilda a. a. O. S. 139—141.

Streitigkeiten der Gildebrüder ist wenigstens ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger, als die Unterstützung derselben in den Volksgerichten und ihrer Strafgewalt gegenüber; man könnte sie ebenso sachgemäss Rechts- als Schutzgilden nennen.

Vergegenwärtigt man sich die Singularität dieser Erscheinungen, eine sich von der allgemeinen Gerichtsverfassung proprio motu eximirende Genossenschaft, so genügt doch zu ihrer Erklärung kaum der einfache Hinweis auf den „nicht sehr glänzenden Zustand der damaligen Rechtspflege“ [1]), auf jene Zeiten, „in welchen die öffentliche Gewalt weder das Eigenthum noch die Person gehörig zu schützen vermochte, der Bewahrung voller Freiheit und selbständigen Grundbesitzes aber womöglich selbst feindlich entgegentrat“ [2]). Im Gegentheil ist gerade in Dänemark im 12. Jahrhundert die Lage des freien Grundeigenthümers eine verhältnissmässig sehr sichere; sie allein erklärt die wunderbare Leistungsfähigkeit dieser noch rein bäuerlichen Monarchie.

Viel näher scheint mir die Annahme zu liegen, dass in dieser ganz reinen und intacten Bauernbevölkerung mit ihren ungebrochenen Volksgerichten der entstehende kaufmännische Verkehr in den Gilden und ihren Gerichten die Institute ausbildete, die ihm für sein neu sich entwickelndes Kaufmannsgut und kaufmännisches Geschäft, soweit möglich, eine sachgemässere und geschäftsverständigere Behandlung sicherten, als die Volksgemeinde und ihre Gerichte zu leisten gewillt oder im Stande waren.

Die beiden Thatsachen, dass König Niels die Mitglieder der Schleswiger Gilde als pelliparii und sutores bezeichnete und dass das Statut von Skanör die Bäcker aus der dortigen Gilde ausschliesst, deren Beweiskraft Wilda vergeblich zu entkräften sucht [3]), beweisen für den Anfang des 12. und die Mitte des 13. Jahrhunderts deutlich genug, dass damals diese Genossenschaften in Dänemark nicht ausschliesslich oder vorzugsweise Mitglieder der erbgesessenen Bürgerschaft umfassten, sondern eben vornehmlich am Verkehr und Gewerbe betheiligte. Dazu kommt nicht allein der weitere Umstand, dass

---

[1]) Wilda a. a. O. S. 137. — [2]) Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht Bd. 1 S. 239. — [3]) A. a. O. S. 73 f., 117 f.

diese Gilden wesentlich in den Städten sich finden, sondern auch das ist unzweifelhaft beachtenswerth, dass die Hilfsleistungen, zu denen die Mitglieder unter einander verpflichtet sind, gerade für den seefahrenden Kaufmann in der Fremde ihre eigentliche Bedeutung haben mussten. Ich rechne dahin namentlich die Verpflichtung, den schiffbrüchigen Bruder auf der See in das eigene Schiff aufzunehmen und zu verpflegen, ihm den durch Schiffbruch oder andere Noth erfolgten Vermögensverlust zu ersetzen, ihn „si eum in captivitate invenerit" loszukaufen; auch die Pflicht der Krankenpflege gewinnt doch erst so betrachtet ihre volle Bedeutung. Noch vielmehr scheint mir das der Fall bei den Bestimmungen über die Unterstützung der Flucht eines Genossen, der einen Todtschlag begangen. Bei der des Kaufgildestatuts, dass, erfolgte der Todtschlag in einer Stadt, „duodecim nominati ex fratribus" ihm zum Schutz „de foro ad hospicium, de hospicio ad forum" folgen sollen, liegt es auf der Hand, dass von einem Kaufmann auf fremden Markt die Rede ist [1]). Die Bestimmungen, ihm an der See ein Fahrzeug, am Walde ein Pferd zu leihen, gehören gewiss einer älteren Zeit an, nicht allein, weil sie den alten volksrechtlichen Satzungen entsprechen [2]), sondern weil damals der Kaufmann auf seinen Fahrten noch nicht vorwiegend in Städten, sondern einfach am Strand verkehrte.

Dass noch der Fall berücksichtigt ist, dass ein Gildebruder „navem cum piratis conscenderit", zeigt uns die rohen Zustände des älteren Verkehrs endlich ganz im hellsten Lichte, aus denen die Bedeutung und der Werth dieser Ordnungen erst vollständig erhellt [3]).

Es sind, wie gesagt, festgeschlossene Genossenschaften nicht erbgesessener Vollbürger, sondern derjenigen Bestandtheile der städtischen Bevölkerung, die daheim und in der Fremde den minder wie den mehr begüterten Genossen gegen die Gefahren zu sichern suchen, denen des Kaufmanns Leib und Gut zu Lande und zu Wasser, auf dem Markt und im Gericht ausgesetzt war.

Wenn die Statuten wiederholentlich besonders die Ge-

---

[1]) Wilda a. O. S. 129 A. 1. — [2]) Wilda a. O. S. 123. — [3]) Malmöer St. § 17 f.

fahren ins Auge fassten, die von den „potentes" drohen, so gebe ich zu, dass deren Einfluss überhaupt sich geltend machen konnte und geltend machte, denn es lag allerdings für diese „Mächtigen" damals die Versuchung noch näher, als für den gewöhnlichen Volksgenossen, innerhalb oder ausserhalb des Gerichts, zu Haus und auswärts der werthvollen Fahrhabe des Handeltreibenden nachzustellen. Unzweifelhaft bezieht sich dagegen der allen Statuten gemeinsame Grundsatz, die Streitigkeiten der Genossen zuerst an die Gildebrüder oder die Gildebeamten zu bringen und nur mit Erlaubniss dieser überhaupt eine solche Klage bei König, Bischof, Sent oder Ting anhängig zu machen, zunächst nur auf die heimischen Verhältnisse[1]). Aber dieses Princip verpflichtete jedenfalls die Betreffenden noch viel mehr, die in der Fremde entstehenden Streitigkeiten nicht den fremden Gerichten, sondern den heimischen und zwar zuvörderst der Gilde zur Entscheidung vorzulegen. Wenn König Heinrich III. der Kaufmannsgilde von Gloucester zugestand, „quod nullus eorum placitet extra muros burgi de Gl. de nullo placito", so war das freilich in mancher Beziehung mehr, als diese dänischen Gilden beanspruchten. Durch eine solche Bewilligung ward die Pflicht der Gildebrüder, dem Genossen, der „arduum negotium eundi ad placitum habuerit" oder „ad regem et episcopum vocatus fuerit", als Beistand zu folgen, wesentlich erleichtert. Wir wissen nicht sicher, wie weit eine solche Pflicht für den englischen Kaufmann bestand, aber das ist doch deutlich, dass die durch königliches Privileg verliehene englische Gilde trotz ihrer Exemption von den Gerichten extra muros burgi, gegen die Selbständigkeit der dänischen und ihres Gerichts gehalten, als eine innerlich schwächere und weniger ausgebildete erscheint.

Wilda hat die Ansicht ausgesprochen, dass die Gildeverfassung in dieser Form, die er, wie gesagt, als „Schutzgilden" bezeichnet von England nach Dänemark verpflanzt sei; er findet den Beweis dafür namentlich in der Bezeichnung „Alder-

---

[1]) Wilda a. O. S. 137.

mann“ für den obersten Beamten der Gilden, die in England so häufig, in Dänemark nur hier vorkommt, und in mehreren anderen in den Statuten vorkommenden Ausdrücken [1]).

Wir gehen auf diese Frage hier wenigstens nicht ein, doch auf die unzweifelhafte Thatsache muss auch hier schon hingewiesen werden, dass in beiden Ländern diese früheren Gilden für die Ausbildung der städtischen Verfassung von der grössten Bedeutung wurden und über das Mittelalter hinaus blieben.

Bei dem Uebergang auf den Continent wird es für den Gang unserer Untersuchung wichtig sein, zuerst vor allem darauf hinzuweisen, dass namentlich in den deutschen Städten ein Einfluss der älteren eigentlichen Kaufmannsgilden auf die spätere Verfassungsentwicklung in der Ausdehnung und Reichhaltigkeit, wie es in England und Dänemark möglich, entfernt nicht nachzuweisen ist.

Schon weil die Gilde als solche in Süddeutschland überhaupt nicht vorkommt, sind die auf einen solchen Nachweis gerichteten Ausführungen Wildas dort einfach zurückzuweisen. Was Lappenberg, der den sächsischen Ursprung der Gilde mit Recht festhielt, in dieser Beziehung andeutete, beschränkt sich ebenfalls doch wesentlich auf Vermuthungen, zu welchen ihn die Analogie der englischen Städtegeschichte veranlasste.

Es ist vielmehr eine für die Geschichte der deutschen Kaufmannsgilde sehr beachtungswerthe Thatsache, dass es in unseren grossen norddeutschen Plätzen nicht möglich, entweder überhaupt die Existenz solcher Genossenschaft in früherer Zeit nachzuweisen, wie in Lübeck, oder, wo sie nachweisbar, wie z. B. in Köln, Bremen und Magdeburg, dann ihre weitere ungebrochene Einwirkung auf die Verfassung zu constatiren.

Unter den wenigen urkundlichen Beispielen deutscher Gilden aus dem 12. Jahrhundert nimmt bekanntlich die der Gilde der Kölner zu London die erste Stelle ein. Ihre Existenz wird bewiesen durch das Privileg König Richards vom 6. Februar 1194, in dem er ihrer „Gildehalle“ erwähnt und unzweifelhaft im Anschluss hieran durch die Erwähnung des

---

[1]) Wilda a. a. O. S. 119.

„Hauses der Kölner“ im Jahre 1157 für die Mitte, wahrscheinlich schon für die erste Hälfte des Jahrhunderts[1]).

Zu dieser Thatsache tritt nun neuerdings die wichtige Entdeckung des Verzeichnisses einer gilda oder fraternitas mercatorum in Köln selbst, das der Entdecker Ennen bestimmt dem 12. Jahrhundert zuweist und das uns eine nach Hunderten zählende Verbindung von Handeltreibenden der verschiedensten Stände und Gewerbe kennen lehrt[2]).

Chronologisch zunächst steht diesen Erwähnungen die der „gildeswort“ zu Osnabrück, die unzweifelhaft schon länger vorhanden war, da das Wort 1203 als Personenname eines dortigen Bürgers erscheint[3]).

Im Jahre 1211 verbietet dann Bischof Albert von Riga den Kaufleuten, denen er ein Privilegium ertheilt, die Aufrichtung einer gilda communis, die er also — und es waren vor allen Deutsche — erwarten zu müssen glaubte[4]).

Ich schliesse zunächst diese Aufzählung mit der für unsere Betrachtung so ergiebigen Urkunde der Markgrafen Johann und Otto für Stendal vom 15. Mai 1231. Es handelt sich darin nicht um die Neubildung einer Gilde, sondern die Fürsten erklären, „jura fratrum gilde et illorum, qui incisores panni actenus nuncupantur, in nostra civitate Stendal observata, in melius immutavimus et immutamus; ita videlicet, quod ipsi eadem super hoc jura observent, que fratres gulde et incisores panni in Magdeborch actenus observare consuerunt.“ Wir gewinnen daraus also den Beweis für das Vorhandensein einer Kaufmannsgilde, sowohl für Stendal als für Magdeburg. Die wichtigsten Bestimmungen dieser Urkunde sind, dass künftighin nur solche Mitglieder aufgenommen werden sollen, die kein Handwerk treiben oder wenn sie es bisher trieben, „ihr Amt (officium)“ abschwören, dass alle, die selbst Weberei treiben, diesen Betrieb aufgeben oder austreten sollen.

Betrachtet man, wie mir nach dem Wortlaut der Urkunde

---

[1]) Lappenberg, Urkundliche Geschichte des Hansischen Stahlhofes in London S. 6 ff. und vor allem Höhlbaum, ebendort 1882 S. 41 ff. — [2]) Ennen, Geschichte der Stadt Cöln I, S. 535; vgl. Hans. Geschichtsblätter 1877 S. 119. — [3]) Stüve in Mittheil. des Vereins für Osnabr. Geschichte Bd. IV S. 355 ff. — [4]) Bunge, Liv-, Esth- und Curländisches Urkundenbuch I No. 20. Vergl. Nitzsch a. a. O. I S. 8.

nicht zweifelhaft scheint, die Urkunde als eine Vereinbarung zwischen der Gilde und den Gewandschneidern, so erscheinen die aufgeführten Bedingungen als diejenigen, unter welchen die Gewandschneider sämmtlichen Gildebrüdern das Recht des Wandschnitts zuerkannten und die so geschlossene Gesammtheit fortan dies Monopol für sich allein beanspruchte [1]).

So klein die Zahl dieser Erwähnungen zunächst ist, so ergiebt sich aus ihnen doch vorläufig für die deutschen Gilden folgendes.

Vor allem erscheint die deutsche Gilde als eine Genossenschaft nicht nur des eigentlichen Kaufmannes, sondern auch des Gewerbetreibenden. Für die Kölner ist dies durch Ennens Untersuchungen festgestellt; für die Stendaler ergiebt es sich eben aus dem Inhalt der angeführten Urkunde und aus dem Umstand, dass kurz nach jener Neuordnung der Gildeverhältnisse, die damals ausgestossenen Weber zu einer Innung — nicht Gilde — organisirt wurden (1233), während die übrigen Gewerke erst am Schluss des Jahrhunderts und am Anfang des folgenden ihre Statuten erhielten [2]). In Osnabrück umfasste die Gilde, deren Worth, wie gesagt, schon lange im 12. Jahrhundert bestanden haben muss, später nicht die Kaufleute, aber eine Reihe von Handwerken, deren keines seine Organisition auf eine fürstliche Verleihung zurückführte [3]). Ebensowenig wissen wir von einer einmal oder allmählig folgenden Vereinigung dieser Gewerke zu der einen Gilde, und damit liegt auch hier die Vermuthung nahe, dass auch diese Genossenschaft von Anfang an Gewerbtreibende verschiedener Gewerke eben als Handeltreibende enthielt.

Ich stehe nicht an, mit diesen Thatsachen die oben ge-

---

[1]) Götze, Urkundliche Geschichte der Stadt Stendal S. 101 ff. Nitzsch a. O. I S. 19. — [2]) Götze, Urkundliche Geschichte der Stadt Stendal S. 66, dessen Angaben Nitzsch hier folgt, übersieht, dass mehrere der ältesten Stendaler Innungsurkunden verloren gegangen sein müssen. Nach ihm sind die vereinigten Schuster und Gerber die ersten, die den Tuchmachern (1233) folgten und seit 1298 eine Zunft bildeten; er beachtet nicht, dass eine Stendaler Urkunde vom Jahre 1285, die Existenz mehrerer Handwerksämter als bereits seit langer Zeit bestehend bezeugt. Vergl. Riedel, Codex diplomaticus Brandenburgensis A. Bd. 15 No. 42. — [3]) Stüve a. O. IV S. 353 ff. Vergl. hierzu Philippi, Die ältesten Osnabrückischen Gildeurkunden 1890 S. V ff.

machte Beobachtung zusammenzustellen, dass in einzelnen dänischen Gilden des 13. Jahrhunderts unzweifelhaft Handwerker sich fanden, ja dass sie schon im Anfang des 12. Jahrhunderts einen wesentlichen Bestandtheil der Schleswiger Gilde gebildet haben müssen [1]).

Wie bei den dänischen Gilden, tritt auch bei den deutschen kein ursprünglicher Zusammenhang mit einer höheren Gewalt hervor, wie das doch in England entschieden der Fall ist.

Eben dass der Bischof von Riga sich von vornherein gegen die Aufrichtung einer Kaufmannsgilde verwahrt, beweist, dass der deutsche Kaufmann die Freiheit dazu für sich beanspruchte.

Unterscheidet sich die deutsche Gilde hierin wesentlich von der englischen, so findet sich dagegen neben beiden die Hansa, die in Dänemark, wie wir sehen, fehlte. Allerdings ist sie unmittelbar bei uns im zwölften Jahrhundert nicht nachzuweisen, aber wenn König Heinrich III 1267 erwähnt, dass in London „burgenses et mercatores Colonie hansam suam habent et eam temporibus retroactis habere et reddere consueverunt“, so dürfen wir zunächst doch — wir kommen darauf zurück — die Vermuthung aufstellen, dass hier eine eben solche genaue Verbindung zwischen Gilde und Hansa stattfand, wie sie bei den einheimischen englischen Gilden uns begegnete.

Allerdings ist dies der einzige Fall, wo beide Bezeichnungen so früh neben einander vorkommen. Die in jenen Jahren von demselben König den Hamburgern und Lübeckern verliehenen Hansen [2]), die Hamburger Hansen in Utrecht und Ostkerken, deren das ältere Schiffsrecht erwähnt [3]), werden allein genannt, keine Gilde daneben, ebenso die bremische hense, deren das Statut von 1303 erwähnt [4]) und diejenige, von der die Bürger zu Paderborn 1327 ihrem Bischof „annuam pensionem“ zahlten [5]) [6]).

---

[1]) Vergl. oben S. 9. — [2]) Hamburgisches Urkundenbuch Bd. 1 No. 706. — [3]) Lappenberg, Hamburgische Rechtsalterthümer Bd. 1 S. 75. — [4]) Ölrichs, Vollständige Sammlung alter und neuer Gesetzbücher der freien Stadt Bremen S. 54. — [5]) Wigand, Zeitschrift f. Geschichte und Alterthumskunde Westfalens III, S. 219. — [6]) Dass Nitzsch hier das vorhandene Material nicht erschöpft, ist einleuchtend, vergl. z. B. die Zusammenstellung von Koppmann, Jahrbücher des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Alterthumskunde Bd. 52 (1887) S. 188 ff.

Aber soviel ergiebt sich doch: die deutsche Hanse und Gilde haben sich nicht wie die englische und dänische vornehmlich oder nur daheim, sondern eben so sehr an den überseeischen Plätzen ausgebildet. Diesseits und jenseits der Nordsee sind auch für das 12. Jahrhundert ihre, wenn auch zertrümmerten Spuren nachzuweisen. Oder sagen wir richtiger, gerade bis zum Ende des 12. Jahrhunderts nur dauerte diese ungebrochene Ausdehnung und Entwicklung!

Jedenfalls stehen folgende Thatsachen fest. Während wir an den Küsten der Nordsee die Kölner Gilde und ihre Gildehalle, wie sie im 12. Jahrhundert bestand, sich zu einer allgemein deutschen ausbilden sehen, und die Hansen der verschiedenen Städte sich überall an diesen Küsten finden, scheint die Bildung von überseeischen Gilden an der Ostsee sich viel langsamer zu vollziehen. Wir müssen annehmen, dass die Bildung einer gilda communis zu Riga in den Jahren nach 1211, wo der Bischof sie verbot, zunächst nicht zu Stande kam, die älteste Skra von Nowgorod um 1229 erwähnt einer von den Gothländern verkauften curia gilde; von dieser Gilde verschwindet später jede weitere Spur, von deutschen „Hansen" sind solche jedenfalls im 13. und 14. Jahrhundert an der Ostsee nicht nachzuweisen. Da nun ebenso für jene grosse Kölnische gilda mercatorum ihr Verzeichniss aus dem 12. Jahrhundert das erste und letzte Denkmal ihrer einstigen Existenz ist, und sie im 13. vollständig verschwindet, da weiter die Stendaler Gilde sich schon 1231 so wesentlich veränderte und die Kaufmannsgilde in Goslar seit dem Anfang des Jahrhunderts in schweren Kämpfen um ihre Existenz rang, so wird man schon auf Grund dieser Thatsachen sagen dürfen, dass der Schluss des 12. und der Anfang des folgenden Jahrhunderts für die niederdeutschen Gilden eine wesentliche Stockung ihrer bisherigen Entwicklung herbeiführte.

Dass gerade an den bedeutendsten Plätzen des norddeutschen Verkehrs ein Institut, das in den unbedeutenderen Städten Dänemarks und Englands sich erhielt, zum Theil vollständig verschwand und zwar in der Periode der lebendigsten Verkehrsentwicklung, führt uns schon hier auf die später

---

[1]) Urkundenbuch der Stadt Lübeck I S. 699.

weiter zu verfolgende Annahme, dass gerade der sich steigernde Aufschwung unseres östlichen Handels durch die Schaffung und Ausbildung neuer Organe die Bedeutung der Kaufmannsgilden in ihrer alten Form zurückdrängte und ihre bisherige Stellung verschob.

War dem aber so, so ergiebt sich damit andererseits die erfreuliche Möglichkeit, dass sich diese Institute dort in den alten Formen reiner erhalten mussten, wo die neue unwiderstehliche Bewegung des Verkehrs nicht so zur Geltung kam.

Auf einige solcher Stellen habe ich schon andern Orts hingedeutet. Es sind das zum Theil städtische Gemeinwesen, die vielleicht früher, eben im 12. und 13. Jahrhundert, eine so hervorragende merkantile Thätigkeit entwickelten, dass sie damals den späteren grossen Vororten ebenbürtig zur Seite standen, dann aber stehen blieben in den einmal festgestellten Beziehungen und Verhältnissen. Ich denke hier vornemlich an Groningen, das so früh neben Lübeck und den westfälischen Städten auf den überseeischen Märkten erscheint aber später doch mehr zurücktritt.

Andere sind aus ihrer binnenländischen Stellung nie zu einer überseeischen Bedeutung gleich der von Münster und Dortmund herangewachsen, aber innerhalb ihrer Landschaft hat sich die Zunahme ihrer Production und ihres Absatzes, ihrer kaufmännischen Verbindungen nach verschiedenen Seiten doch bemerklich gemacht. In Folge eines solchen Wachsthums nach aussen hat sich auch das Hauptorgan ihrer kaufmännischen Interessen etwas, zum Theil bedeutend, umgestaltet, aber doch die Grundzüge seiner ursprünglichen Bildung festgehalten, so in Göttingen. Andere kleinere Gemeinwesen haben auch das nicht erreicht: indem sie über ein ganz bescheidenes Maass merkantiler Entwicklung nie heraus kamen, blieb ihre Kaufmannsgilde ganz oder doch beinahe ganz, was und wie sie von Anfang gewesen.

Für unsere Untersuchung — das liegt auf der Hand — würden diese Fälle von besonderer Wichtigkeit sein, aber sie eben sind nur zu oft für die wissenschaftliche Beobachtung verloren.

Gerade diese stehen gebliebenen kleinen Gemeinwesen sind der Zerstörung mehr als die grösseren ausgesetzt gewesen und

mit Stadt und Kaufhaus sind hier auch die Gildestatuten nur zu oft ein Raub des Feuers geworden: bei der Wiederherstellung der letzteren — wenn sie überhaupt versucht ward — wäre mit der alten Form unzweifelhaft zum Theil noch der Inhalt wesentlich verändert. Aber auch das ist gewiss nur zu oft der Gang dieser Dinge gewesen, dass eine solche früher immerhin für die Stadt bedeutende Genossenschaft, vollständig, ich möchte sagen, in sich vertrocknete und schliesslich spurlos verschwand, wie jene uralte und im 12. und 13. Jahrhundert so berühmte St. Knutsgilde in Schleswig[1]).

Ein interessanter Fall dieser letzteren Classe auf deutschem Boden ist für mich die Kaufgilde zu Lemgo gewesen, von der denn auch diese Musterung solcher Kaufgildeverfassungen ausgehen möge.

Die „unio mercatorum veteris oppidi Lemego vulgariter dicta der koplude ghelde" wird als solche urkundlich ein einziges Mal in einem Rentenbrief des neustädtischen Raths vom 20. December 1322 erwähnt[2]). Sieben Jahre früher gestattet Simon I. den Bürgern der Neustadt die Altstadt und deren Markt zum Kaufen, Verkaufen und sonstigen Bedürfnissen täglich besuchen zu können ohne Zwang ad jus et consuetudinem irgend eines Amts, Collegs oder Societät, quod ghelde vulgo dicitur. Ferner sollen sie dort alle vendibilia verkaufen dürfen, sofern diese nur seinen geschwornen Consuln placuerint et videantur ad vendendum seu dixerint fore (foro?) digna; et de tali placentia — non habebunt ullum superiorem super se consules. Gegen alle Eingriffe will Simon sie schützen[3]). Es ist mir unzweifelhaft, dass dieser Schutzbrief direct gegen die Ansprüche der altstädtischen Kaufgilde gerichtet ist, die Marktpolizei neben und über dem Rath auszuüben. Eine solche bestand also damals schon längere Zeit und hat bestanden bis vor zwanzig Jahren[4]). Die Gilde be-

---

[1]) Sach, Geschichte der Stadt Schleswig u. s. w. S. 112. — [2]) Preuss und Falkmann, Lippische Regesten No. 630. — [3]) Ebendort No. 617. — [4]) Dies und alles Folgende nach den gütigen Mittheilungen des Herausgebers der Lipp. Reg., Herrn Geh. Justizrath Preuss. — Vergl. hierzu die ausführlicheren aber in mancher Hinsicht abweichenden Auseinandersetzungen bei Nitzsch a. a. O. II S. 372 ff.

zeichnete sich auch als „der gemeine kopmann“ (1436) oder „Deken, bursarius und der ganze kopmann“ (1533). Neben ihr bestand mit anderen „Aemtern“ ein „Kramer-“ und ein „Höckeramt“. Sie selbst wurde erst in neuerer Zeit — schon 1417 kommt es vor — auch als „Amt“ bezeichnet, wie sich dagegen die Genossen der Aemter neuerdings auch „Gildebrüder“ nannten. Zur Aufnahme in dieselbe war „jeder Lemgoer Bürger berechtigt, wenn er sich mit 30 Gfl. einkaufte, ohne dass es des Betriebes der Kaufmannschaft oder einer sonstigen Qualification, wie dies bei den Aemtern der Fall war, bedurfte, so dass nicht bloss Handwerker und Tagelöhner, sondern auch Geistliche, Aerzte und Beamte, insbesondere selbst die Bürgermeister Mitglieder derselben waren.“ Es kann demnach kein Zweifel sein, dass wir es hier mit einer Kaufmannsgilde in ihrer ältesten und einfachsten Form zu thun haben. Sie versuchte erst sehr spät die Ausscheidung der Handwerker durchzuführen, die in Stendal, wie wir sahen, schon 1231 gelang. 1417 erfolgte ein Gilden- und Rathsbeschluss, „ob einer der koplude gilde koffte oder winne“, demselben soll man anzeigen, dass er keiner Gilde bruken solle; dann aber erst 1553 eine „willkör“ von „deken bursarius und ganzen kopman“ dass, wer die Gilde gewinnen wolle, jedes andere Amt verlassen müsse. Dieser Beschluss — genau der Stendaler von 1231 — drang aber nicht durch. Ebenso der offenbar in Folge davon 1583 von Dechant Bursarien und ganzem gemeinen Kaufmann beschlossene und „willkörlich“ angenommene: „So einer die Gilde winnen wollte — und derselbe ein Amt hätte, sollte er dasselbe verlassen, soferne er des Kaufmannsamtes denke zu gebrauchen oder bleiben bei seinem Amte, dar er in der Zeit bei befunden.“

Man sieht, die Ausscheidung der Handwerker misslingt und darauf folgt der Versuch, wenigstens den Betrieb der eigentlichen Kaufmannschaft den Mitgliedern aus den Aemtern zu untersagen. Den Engroshandel nämlich beanspruchte die Gilde für ihre Mitglieder dem Kramer- und Höckeramt gegenüber „in mehreren Eingaben an die Regierung“ noch in neuester Zeit, aber eben diese Eingaben zeigen, dass es ihr auch hier nicht gelungen war, den Mitgliedern der beiden Aemter die Ausübung „der Kaufmannschaft“ auf die Dauer zu legen.

Suchen wir das Bild dieser Gilde in ihrer ältesten Fassung aus diesen zum Theil freilich späten Nachrichten zu fixiren.

Die gelde der koplude der Altstadt Lemgo umfasste jedenfalls am Schluss des 13. Jahrhunderts wesentlich alle am Handel und Marktverkehr betheiligten Bürger derselben. Sie beanspruchte desshalb — wie die Urkunde Simons I. von 1315 annehmen lässt — die Aufsicht und die Controlle des altstädtischen Verkehrs. Daneben besass sie damals schon Capitalien und kaufte Renten, wie später jedes Mitglied ein Eintrittsgeld zahlte und bei der jährlichen Rechnungslegung eine „pröve" erhielt.

Wenn später „dechen, bursarius und der gemene kopmann" meist unabhängig vom Rath „willkoren", so deutet auf eine ähnliche Stellung der Gilde schon die Aeusserung Simons I. hin, „non habebunt ullum superiorem super se consules". Später allerdings waren die Bürgermeister stehend oder meistens (?) Mitglieder und es fand vor ihnen immer die Rechnungsablage statt. Wann diess eingeführt, ob durch Gewohnheit oder Beschluss, ob die Rathmänner gewöhnlich oder statutenmässig auch Mitglieder gewesen, bleibt leider unklar[2]).

Diese unabhängige Stellung der Gilde scheint mir um so beachtenswerther, da nach dem Statut Simons III. von 1365[1]) auch damals noch die Ernennung des Raths in den Händen der Herrschaft ist. Er gestattet ebendort, dass fremde Wandschneider an den freien Märkten auf dem Kaufhause bei den Bürgern ausstehen und dem Rathe davon Stättepfennige geben sollen, dass auch der Verkauf fremden Biers nur mit Erlaubniss des Raths erfolgen soll, wie er andererseits den Betrieb der „Handwerke" unter die Controlle der „geschwornen Meister", die „von dem Handwerke" waren, stellt, mit Vorbehalt der „Besserung" im einzelnen Fall an ihn selbst, seine Erben und Nachfolger.

Die herrschaftliche Gewalt, im Besitz der Rathsbesetzung und der sich ausbildenden Handwerksorganisation, steht hier seit dem Anfang des 14. Jahrhunderts der immerhin noch unabhängigen altstädtischen Gilde gegenüber, sie gräbt ihr gleichsam den Boden ab, ohne sie selbst unmittelbar angreifen zu wollen und zu können.

---

[1]) Lipp. Reg. No. 1130. — [2]) Ueber analoge Verhältnisse in Salzwedel vergl. Forschungen z. brand. u. preuss. Gesch. III S. 391 ff.

Die Genossenschaft, von der Simon I. 1315 noch Eingriffe gegen seine Begnadigungen für die Neustädter auf dem altstädtischen Markt zurückweisen zu müssen glaubt, ist nach aussen durch die Hebung des Raths erheblich zurückgedrängt. Wenn, wie doch unzweifelhaft erscheint, damals noch alle oder die meisten Handwerker zu ihr gehörten, so ist jedenfalls durch die „geschwornen Handwerksmeister" — der Ausdruck „Amt" fehlt hier noch — eine eigene Controlle für die Handwerker geschaffen.

Das Merkwürdige ist, dass trotz dieser immerhin mächtigen Einwirkungen sich die Gilde ein halbes Jahrtausend hindurch in ihrer alten einfachen und ungehinderten Verfassung erhielt. Ueber die Gründe dieser Erscheinung wird später zu sprechen sein. Hier ist sie uns namentlich desshalb wichtig, um an ihren Verhältnissen gleichsam die anderer zu messen, bei denen sich eine innere Organisation oder äussere Abschliessung mehr oder weniger vollständig vollzogen hat.

Ich bemerke von vornherein, dass die verschiedenen Stadien einer solchen Entwicklung nur in seltenen Fällen Schritt vor Schritt urkundlich sich verfolgen lassen. Um so mehr ist es angezeigt, hier diejenige Gilde vorzustellen, bei der dies in der That möglich ist. Wir können sehr kurz sein. Es ist eben die schon öfter erwähnte Kaufmannsgilde von Stendal. Seit 1231 waren die Weber definitiv von ihr ausgeschlossen, nicht so die übrigen Handwerker, aber für weiter war nur denen der Eintritt gegen ein sehr hohes Eintrittsgeld gestattet, die vorher ihr Amt „abgeschworen" [1]).

In Folge dessen entstand schon 1233 die „Innung" der Weber und folgten erst am Schluss des Jahrhunderts die „Innungen" der übrigen Gewerbe, alle mit Genehmigung und durch Verleihung des Raths.

Die „Gilde" erscheint seitdem als eine ausschliesslich kaufmännische Genossenschaft der Grosshändler mit dem Privi-

---

[1]) Diese Auffassung ist unhaltbar; die Urkunde bevorzugt zwar die Nichthandwerker vor den Handwerkern, zwischen den letzteren und den Webern hingegen, macht sie keinen Unterschied. Verfehlt ist ferner die Annahme, ausser einigen Webern wären andere Handwerker früher Mitglieder der Gilde gewesen. Mit anderen Worten, es ist nicht zu beweisen, dass die Stendaler eine Gesammtgilde in N. Sinne gewesen sei.

leg des „Wandschnitts“, sie zählt unter ihren Mitgliedern als die vornehmste und unzweifelhaft reichste Genossenschaft der Stadt auch andere, aber immer angesehene Mitglieder; „das Gildehaus bildete den Sammelplatz der guten Gesellschaft aus Stadt und Umgegend“ [1]).

Aber in dieser Genossenschaft findet dann doch wieder schon in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts eine Sonderung statt, seit 1288 erscheint in ihren Statuten neben der eigentlichen Kaufmannsgilde eine „gulda severen oder navigantium oder stagni oder stagna petentium“ [2]). Es scheint mir auf der Hand zu liegen, dass Götze irrt, wenn er diesen neuen Verein ausserhalb der Kaufmannsgilde entstehen und sich dann ihr „anschliessen“ lässt.

Es handelt sich hier keinesfalls um eine Matrosengenossenschaft, sondern um einen Verein von seefahrenden Kaufleuten, um denselben Unterschied, nach dem die Skra von Nowgorod die „watervare“ von den „lantvaren“ scheidet. Wenn sich um die Mitte des 13. Jahrhunderts eine gulda navigantium in Stendal bildete, konnte sie überhaupt nur innerhalb der gilda mercatorum entstehen, wie sie denn nach der wiederholten Erwähnung in deren Statuten von 1288 bis 1333 immer als eine Unterabtheilung derselben erscheint, ohne dass dadurch der Zusammenhang der Gesammtgilde gesprengt, die Einheit des „gemeinen“ oder „des ganzen Kaufmanns“, wie es in Lemgo hiess, zerrissen wird.

Mir erscheint dieses Beispiel deshalb so beachtenswerth, weil sich an ihm und nach seiner Analogie die Möglichkeiten der verschiedenen organischen Entwicklungen überschauen lassen, die eine solche älteste Kaufgilde oder eigentliche „Gilde“ wie die unveränderliche Lemgoer nach den verschiedenen Seiten und bis zu den verschiedenen Stadien durchmachen konnte.

Das sozusagen Naturgemässeste war gewiss, dass sich die Genossenschaft als Vereinigung aller Handeltreibenden eines Platzes, ihre Aemter und Einrichtungen daher wesentlich im Dienst des Verkehrs desselben ruhig weiter gestalteten und nicht wie in Lemgo früher oder später auf das Altentheil oder den Aussterbeetat gesetzt wurden.

---

[1]) Götze a. O. S. 106. — [2]) Götze ebendort S. 104.

Aber so einfach ist die Sache in Deutschland wenigstens nur zu selten verlaufen.

Meistens, wenn die Gilde lebendig weiter bestand, war die eine oder andere Neugestaltung, wie in Stendal, nicht zu vermeiden.

Dort stiess der Kaufmann den Handwerker vollständig aus und gliederte sich dann wieder in zwei Gilden als Unterabtheilungen der Hauptgilde.

Aber das Uebergewicht des Kaufmanns konnte auch innerhalb der Gilde gesichert werden, wenn er den Weinhändler und Handwerker nur vom Grosshandel, nicht von den übrigen Freiheiten und Vortheilen der Genossenschaft ausschloss, mochten diese sich nun innerhalb oder ausserhalb derselben dann zu engeren Vereinen zusammenschliessen.

Ausserdem aber war die Möglichkeit vorhanden, dass die Scheidung zwischen dem Grosshandel einer- dem Detailgeschäft und Handwerk andererseits vollständig gar nicht erfolgte, dass namentlich an kleinen Plätzen der selbständige „Kaufmann" trotz der Gilde sich nicht entwickelte, nur einzelne Gewerbe sich überhaupt abschlossen und daneben gewisse Verkehrsbranchen allen gemeinsam blieben.

Giebt man diese Möglichkeiten zu — und wir werden sie durch einzelne Beispiele belegen — so ist auch endlich die nicht zu leugnen, dass der Grosshändler freiwillig oder unfreiwillig aus der „Gilde" austrat und die zurückbleibenden Elemente sich nun in ihr ebenso nebeneinander organisirten, wie das mit den Kaufleuten und Seefahrern innerhalb der einen Kaufmannsgilde geschah.

Als Beispiel der normalen Weiterbildung, welche wir an die Spitze unserer Aufzählung stellten, ist meiner Meinung nach die Groninger Gilde zu betrachten.

Wir kennen sie nur aus den Statuten des dortigen „Gilderechts" aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Seit spätestens 1362 vollzieht sich hier eine neue Gliederung der städtischen Verhältnisse, als deren Abschluss man das Stadtbuch von 1446 betrachten mag. In der langen Reihe von Statuten, die so entstanden, nimmt das „Aldermannsbuch" von

1439 [1]) eine hervorragende Stelle ein, in diesem wieder der zweite Theil, der die Ueberschrift führt: „Beati qui custodiunt iudicium et faciunt iustitiam in omni tempore. Dit boec hoert den giltrechte to G. Dyt sint der stat rechte van G. in der morgensprake binnen G. endė buten lande.“ Diese Worte bezeichnen unzweifelhaft das Folgende als eine selbständige Arbeit, älter als die Nachträge des ersten Theils, als dritter ist dann das bekannte holländische Schiff- und Wasserrecht hinzugefügt [2]). Der Ausdruck Gilderecht bezeichnet nun hier zunächst die gerichtliche Behörde, die jedes Jahr auf Petri Stuhlfeier neugewählt wurde, sie bestand nach der alten Wahlordnung aus 13, nach der neuen von 1434 aus 16 Mitgliedern [3]). Alle diese Mitglieder, die immer unter Betheiligung des ,,Oldermanns“ und zweier „busheren“ gewählt wurden, mussten aber „dat giltrecht hebben.“ Das Wort bedeutet also auch die Mitgliedschaft an der Gilde. In diesem Sinne konnte das „giltrecht“ nach dem Statut von 1434 nur erworben werden von dem, der sein „beurmal“ gewonnen und dann ein halb Jahr ,,beur“ gewesen, eigen Kost, Feuer und Licht gehalten und „stadt dienst gedaen mit waken, graven ende gelijk andere borgere ende beur.“ Dieses Gilderecht erbt wie die Bürgerschaft [4]). An der Spitze dieser Gilde stehen Aldermann und Bussherren [5]), ihre Gerichtsversammlung heisst die Morgensprache, sie wird auf dem Kirchhofe gehalten [6]). Mit einem Wort, wir haben hier eine Gilde, die jedenfalls jeden „buer“ und „borger“ d. h. jeden gesetzlich in die Stadtgemeinde aufgenommenen Einwohner unter der einzigen Bedingung recipirt, dass er seit einem halben Jahr selbständig gewirthschaftet und der „Stadt Dienst gethan.“ Eine Beschränkung nur auf Kaufleute oder nur auf Handeltreibende tritt nirgends entgegen.

Dessenungeachtet ergiebt der Inhalt des Statuts vollkommen deutlich, dass das Gericht dieser „Gilde“ in der hier vorliegenden Fassung wesentlich ein Kaufmannsgericht ist und

---

[1]) Het oldermansboek of verzameling van stukken behoorende tot het gild- water- en stapelregt van de stad Groningen van 1434 tot 1770 uitg. d. Feith (Groning. 1850) Voor. S. 2. — Vergl. vor allem Nitzsch II S. 395 ff. — [2]) Ebendort S. 104 A. 112. — [3]) Ebendort B. II, 47 u. I, 1. — [4]) Ebendort 2. — [5]) Ebendort 1—3 u. a. — [6]) Ebendort II, 40.

dass die Gilde selbst daher unzweifelhaft eine eigentliche Kaufgilde im älteren Sinne war.

Die sonst überall vorkommenden Bestimmungen über die Streitigkeiten bei Gelagen wie die Erwähnung dieser selbst und der sonst ebenso bedeutenden kirchlichen Leistungen treten hier vollständig zurück. Das Statut und vor allen eben der zweite Theil beschäftigt sich nur mit den Streitigkeiten der handeltreibenden „buer", den Strafen und dem Gang des Processes. Man kann sagen, jene eigenthümliche Gerichtsbarkeit, wie sie in den dänischen Statuten uns so scharf entgegentrat, ist in diesem niederdeutschen ganz folgerichtig und zwar nur im Interesse des heimischen und überseeischen Verkehrs ausgebildet.

Dem entspricht es, dass die Groninger Gilde und ihr Gericht, das Gilderecht, als Mittel- und Ausgangspunkt entsprechender Bildungen erscheint, die auf jedem fremden Markt buten lande gebildet werden können, sobald „daeren boven sesse sint, die dat int recht vinden solen" [1]). Diese ausländische Morgensprache mit ihrem dazu gewählten Aldermann ist das allein berechtigte Gericht für die Streitigkeiten der „buer" unter einander [2]), von dem allerdings die Berufung an die heimische Morgensprache für den „naesten wintere" jedem frei steht.

Dieser für die auswärtigen Plätze gewählte Aldermann und die dortige Morgensprache ist es aber auch, die „soe wellic onse beur buten lande to unrechte biswaret wirt" die Betreffenden auswählen, um den Handel bei einem „hoheren recht" zu vertreten [4]).

Es begreift sich, dass diese so entwickelte Genossenschaft und ihre Aemter auch nach andern Seiten als die Vertreter und die Beaufsichtiger des gesammten Platzverkehrs erscheinen. Sie controlliren nicht allein den Tuchhandel, der zwischen Ems und Lawers den Mitgliedern nur in Groningen gestattet ist, hier in England und Flandern [5]), sondern Aldermann und Gilde erscheinen überhaupt als Vertreter des Stapel-

[1]) A. O. II, 1. — [2]) A. O. 4. 23 f. 27. — [3]) A. O. 4. 26. — [4]) A. O. 8. — [5]) A. O. 19. 28. 31 f. 48.

rechts des Groninger Markts Friesen, Holländern, Deutschen und allen Fremden gegenüber[1]).

Dem entspricht es nun auch, dass die Gilde die Hanse verleiht und controllirt.

Das Statut kennt keine einheimische hense, sondern nur auswärtige, die zu Köln und Utrecht und zwei andere, die „Riper" und „herbere hense", deren Deutung mir dunkel ist[2]). Es bestimmt, wann man sie „winnen" darf, giebt die Taxen für die verschiedenen Einzahlungen, wobei bei jeder derselben 50 Löwensche Pfennige für das Gilderecht gezahlt werden.

Es kann darnach kein Zweifel sein: wir haben hier eine Gilde, die für den gesammten Verkehr den eigentlichen Mittelpunkt und die eigentliche Vertretung bildet, eine Kaufmannsgilde in des Wortes voller ältester Bedeutung. Wie sehr sie das noch 1434 war, ergiebt sich auch noch daraus, dass damals noch die 16 Mitglieder des Gilderechts immer aus allen vier Theilen der Stadt gewählt werden mussten[3]).

Neben ihr sehen wir erst seit 1362, wo die „broderschaft" der Krämer sich zu hauptsächlich geselligen Zwecken organisirte, nach einander die verschiedenen Zünfte sich bilden. Die der Schuhmacher nennt sich noch 1373 „broderschaft"[4]). Das Buch der Tuchscheerer dagegen spricht von der „gilde", die der Rath ihnen 1436 zugestanden „als van der smede amt vorsecht is"[5]).

Also auch hier nahmen fast um dieselbe Zeit wie zu Lemgo Bruderschaften und Aemter den Namen der Gilde allmälig als officielle Bezeichnung an, indem sie sich zu engeren Verbänden zusammenschliessen.

---

[1]) A. O. 20. 45. 49 f. — [2]) A. O. 29 f. — [3]) Ebendort I. 1. — [4]) Feith, De gildis Groninganis (Dissert. historico-iurid. inaug. Groningen 1838) S. 178. 173. Es ist wohl zu beachten, dass in dem Bruderschaftsbrief der Krämer Driessen, Monumenta Groningana veteris aevi S. 235, nachdem die Errichtung der „Bruderschaft" erzählt, der erste Paragraph sofort von „disser ghilde ofte broderscap" spricht, wie dann die ghildebroders, das gildehuys und ghildebier wiederholentlich erwähnt werden. Sollte nicht dies darauf deuten, dass das Statut erst Jahrzehnte nach der Stiftung redigirt wurde? In dem zweiten, ungedruckten Statut der Krämer von 1434 ist nur von der Gilde die Rede. Jedenfalls bezeichnet das älteste Statut des „Braueramts" von 1424 dies nur als „Amt", das spätere dagegen von 1436 auch als ghilde. — [5]) A. O. S. 208.

Den Abschluss dieser Bewegung bildeten zwei Urkunden vom 7. September 1436, der allgemeine Gildebrief, „den ghemenen ghilden“ von Bürgermeister und Rath mit der geschwornen Gemeinde verliehen, und der den Bauern von denselben Behörden und „der ghemenen achte der gemenen ghilden ende wiisheit onserer stad“ verliehene.

Es sind dies die beiden Vertragsurkunden, durch welche die neue Organisation der, um diesen Ausdruck zu gebrauchen, Amtsgilden sich abschliesst neben der alten „Gilde“ und ihrem „Gilderecht“, und es wird um so verständlicher, dass in derselben Zeit das Gilderecht 1434 bis 1439 einer neuen Redaction unterworfen wurde.

In diesem Zusammenhang gestatten die beiden Urkunden vom 7. September 1436 einen wichtigen Rückschluss auf die früheren Verhältnisse.

In beiden nämlich findet sich die ganz gleichlautende Bestimmung, dass alle diejenigen, die „op datum desses breves“ Bürger sind, bis Martini „in deme wintere naestkomende“, wollen sie Brauerei oder irgend ein ander „Amt“ treiben, verpflichtet sind, die betreffende Gilde zu gewinnen, aber auch berechtigt, zu „bruken ende wynnen alle andere ampte, de se in horen husen handelen mit 14 butkens wanneer sie des amptes bruken willen“; denen, die damals nicht „borger“, sondern nur buer waren [1]), ist dagegen nur der Eintritt in eine Gilde gestattet, der in jede weitere dagegen, auch wenn sie ihrer gebrauchen, also das Gewerbe betreiben wollten, verboten.

Es scheint mir darnach unzweifelhaft, dass jedenfalls bis zu dieser Zeit der Gewerbebetrieb nicht allein den „borgern“, sondern auch denen, die nur „buermal“ gewonnen, vollständig frei war; erst die Bewegung, die von den Krämern ausgehend allmälig die Bruderschaften und Aemter schuf und sie schliesslich als „gemeene gilden“ hinstellte, führte zu einer Ab-

[1]) Dieser Unterschied zwischen dem grösseren und kleineren Bürgerrecht, der auch im Aldermannsbuch I, 1 f. u. a. sowie im gemeinen Gildebrief (Verhandelingen V S. 219) sich findet, erscheint im Stadtbuch an vielen Stellen von der grössten Bedeutung, sowohl strafrechtlich IV, 3 f. als überhaupt für den Process und Zeugenbeweis III, 2, 4. 6 ff. u. a.

schliessung, deren vollständiger Durchführung jedoch noch jene Verträge von 1436 energisch entgegentraten.

In dieser Bewegung nahmen nun aber die Brauer eine besondere Stellung ein.

Bürgermeister und Rath bezeichnen als Zweck des ihnen 1424 gegebenen Briefs, dass sie „oer ampt mede moghen voeren ende holden, also dat se hem (?) mede moghen neren ende berghen ende de stad in eren holden; wante alse de stad last heefft, soe moten de borghere de bruwen de meeste last ommetreken." Der Sinn wird klarer durch eine der folgenden Bestimmungen:

> „dit ampt en sal nemant doen, hi en wille schoten (schossen) voer vyerhondert gulden, als men en schot nemet over de stad."

Es sind die reichsten Gewerbetreibenden, die sich jetzt erst mit dem Rath über die Bildung eines Amts vereinigen [1]), die dann neben dem Brief der „zehn Zünfte" 1436 ihren eigenen Brief erhalten, in dem das besondere Verhältniss zum Rath schliesslich nachdrücklich hervorgehoben wird [2]).

Dem entspricht es nun, dass den s. g. „Bürgergilden" gegenüber, die unter den „Braumeistern" standen, die Brauer lange Zeit die einzige „Rathsgilde" waren und als solche unmittelbar unter, wir sagten vielleicht richtiger, neben dem Rathe stand. Dieses Verhältniss währte bis zur Stiftung der Goldschmiedegilde 1512, die ebenfalls Rathsgilde wurde, also fast ein Jahrhundert [3]).

Darnach war die Sachlage um 1440 in Groningen folgende: Die alte Gilde bestand noch, aber daneben hatten sich neue

---

[1]) 1424 op des heyligen cruces dag exalt. „doe verdroghen de borghere to Gr. de dat browampt doen mit den borgerm. etc. — [2]) Item desse voirsc. ordinantij moghen die 3 hoefdinghe v. der gilde mit den 4 borgerm. onser stad verbeteren ende vermeren als dat noet effte nutte is; ende wanneer sie dat moghen merken, te dienen ende orber to wesen voer desse ghilde ende voer tghemene orber ons stad. It. so solen desse hoeftinge ende ghildebroders ghen uptent, willkoer noch versameninghe maken, die den borgerm. ende raede te onwillen is, sondern sie solen em altoes behulpelik ende bistandich wesen stadrecht to holdene. — [3]) Feith a. O. S. 262. Mir scheint die obige Betrachtung den Gegensatz zwischen Raths- und Bürgergilden am einfachsten zu erklären. Vergl. Feith a. O. S. 158. Vergl. Nitzsch II S. 399.

specielle Gilden innerhalb der gewerblichen Schichten der Bevölkerung, wir könnten sagen, innerhalb jener Urgilde ausgesondert, jedoch ohne dieselbe zu sprengen. Sie behauptete sich eben dadurch, dass ihr Gericht für die ganze Stadt Handels- und Schiffergericht blieb (und als solches Oberhof für die ausserländischen Morgensprachen und Gilderechte) im Besitz der Hanse und der Verleihung derselben für eine Reihe fremder Plätze.

Diese Fixirung der ganzen Entwicklung ward, so weit ich sehe, besonders dadurch ermöglicht, dass die reichsten Handel- und Gewerbetreibenden im Einverständniss mit dem Rath sich als „Brauergilde" organisirten, der vollständigen Monopolisirung der Gewerbe entgegentraten und zugleich die alte Gilde und ihr „Gilderecht" als allgemeines städtisches Handelsrecht festhielten und weiterbildeten.

Wir gehen jetzt zu der Betrachtung der Göttinger Gilde über. Das Material, das dafür zu Gebote steht, ist ein in seltener Weise vollständiges [1]).

Es zeigt uns das Detail und den Zusammenhang der in Betracht kommenden Verhältnisse freilich erst seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, aber in vollkommener Klarheit und Uebersichtlichkeit.

Wir haben es hier allerdings nicht etwa mit einer stehen gebliebenen Gilde zu thun, wie in Lemgo, deren innerer Organismus nicht wie dort verfallen und deshalb weniger unkenntlich wäre, noch hat sich die alte Göttinger Gilde in ihrer allgemeinen Geltung so ungebrochen weiter entwickelt wie die Groninger, es sind vielmehr in ihr und neben ihr bedeutende Umgestaltungen erfolgt, aber bei der Vollständigkeit des urkundlichen Materials sind alle diese verschiedenen Factoren so scharf erkennbar, dass es nach ihrer Fixirung thunlich erscheint, mit grösserer Sicherheit als an vielen anderen Stellen, auf den früheren Zustand und den Gang der Weiterbildung zurückzuschliessen.

---

[1]) Nitzch a. a. O. I S. 29 ff.

Die erste Eigenthümlichkeit ist, dass hier die Gilde als Bezeichnung einer städtischen Genossenschaft klar und bestimmt der Innung entgegengesetzt wird. Die Gilden der Kaufleute, Schuhmacher, Bäcker, Tuchmacher und Leinweber stehen so den Innungen der Schmiede und Schneider als im Range niedrigeren gegenüber, zwischen ihnen die Knochenhauer, zu keinen von beiden zählend.

Wie für die Kölner, Stendaler, Osnabrücker, Lemgoer und Groninger Gilde, fehlt auch für die Göttinger eine Verleihungsurkunde seitens der Herrschaft oder des Raths. Von den Innungen wissen wir, dass sie den Rath wiederholentlich um Verleihung des Innungsrechts angegangen und es schliesslich wiederholentlich von ihm erhalten haben.

Unter den fünf Gilden nimmt die Kaufgilde eine besonders hervorragende Stellung ein. Sie enthält alle Gross- und Tuchhändler und sämmtliche rathsbürtigen Familien wie die Stendaler Gilde seit 1231. Dagegen unterscheidet sie sich von jener wesentlich dadurch, dass auch Krämern und Handwerkern der Zutritt freisteht. Die erstern gewinnen dadurch Vorrechte für ihren Verkehr, die letzteren stehen keineswegs alle in gleichem Verhältnisse zur Kaufgilde. Im allgemeinen ist dem activen Handwerker nicht der Eintritt in die Kaufgilde, wohl aber die Ausübung der Kaufmannschaft untersagt, Theilnahme an den kirchlichen und weltlichen Festen der Genossenschaft und der Genuss des „Präbenden" steht ihnen eben offen[1]). Aber auch diese Ordnung geht keineswegs durch, einer Reihe von Gewerben steht es frei, Kramhandel

[1]) Schmidt, Hansische Geschichtsblätter 1878, sagt zwar: „Wer die Gilde gewinnen wollte, musste ein jegliches Handwerk aufgeben" aber mit Unrecht. Monatsberichte a. O. (I) S. 29 heisst es freilich: „welk hantwerk wert mit einer g. beerft oder winnet eyne g., wel he der g. bruken, so scal he alle hantwerk laten", der Rathsentscheid vom 29. October 1413 ebendort S. 33 besagt aber, „der eyn ander hantwerk ovede, de en mochte hier neyn wand sniden wile he dat ander hantwerk ovede, effte he wol eine kopgilde hedde". Es erhellt also, dass ein Handwerker wohl eine kopgilde haben und also auch gewinnen kann, nur nicht auf Grund derselben Kaufmannschaft treiben darf, denn nur das bezeichnet „der g. bruken", wie es von Rath und Gildeschaft im Jahre 1472 a. O. S. 31 deutlicher ausgedrückt wird, „sik der gilde mit kopen ende vorkopen gebruken". Neben dem Gebrauch der Kaufgilde

zu treiben, und allen ihnen steht wie den Krämern nicht allein der Zutritt zur Kaufgilde, sondern auch die merkantile Verwerthung ihres Privilegs zu, nämlich den Zimmerern, Goldschmieden und Apothekern[1]).

Es ist wohl zu beachten, dass sowohl die Handwerksgilden, wie die früher als selschop, dann als Innung organisirten Gewerbe, wie die Schneider, nicht zu diesen so bevorzugten Gewerben gehören. Die an jenem Privileg Theilhabenden waren eben ausserdem gar nicht genossenschaftlich zusammengeschlossen. Unzweifelhaft war dem Rathe selbst schon um die Mitte des 15. Jahrhunderts die Sache unklar. Bei einem Streit der Apotheker und Goldschmiede mit den Krämern fragte er in Braunschweig und Hildesheim an, wo man die Sache nach den dortigen Verhältnissen auffasste[2]) und meinte, dass, da die Krämer „neyne inninge eder gilde enhebben", der Kramhandel allen Bürgern frei sein müsste, was er eben nach Göttinger Recht durchaus nicht war.

Die Verhältnisse der Göttinger Gilden lagen also folgendermassen:

In die Kaufgilde konnten als Handeltreibende aufgenommen werden alle Kaufleute, Krämer, Zimmerer, Apotheker und Goldschmiede. Von diesen konnte der Kaufmann nur als Gildemitglied, die anderen auch ausserhalb der Gilde sein Geschäft betreiben. Für den Kaufmann existirte also die Gilde als geschlossene Vereinigung, die übrigen entbehrten einer solchen.

Dagegen konnten alle übrigen activen Handwerker, ob-

---

stand eben noch die Betheiligung an der „provende", den kirchlichen und weltlichen Gelagen. Daher wird auch gesagt „der gilde und der provende bruken" a. O. S. 30 f.

[1]) Eyn kremer, de eyne kopgilde hefft, — schall ok neyn ander hantwerck by der kramerye oven alse schowerck, schradwerck etc. uthgenomen tymmerwerck, goltsmedewerck u. apotekeri. a. O. S. 35, Raths- und Gildebeschl. vom 12. December 1431. — [2]) Briefe v. Anf. 1449 a. O. S. 36: alse gy denne in demselven briefe bevoren, dat de cramer in juwer stad neyne gilde enhebben unde wan denne sodane sake mit uns so gelegen were —, so wolde we darup scheden, nademe de cramere neyne inninge oder g. enhebben, so mochte eyn jowelk use borger sodane gud alse to der cramerie horde wol kopen u. vorkopen na unser stad recht unde wonheit."

gleich sie in die Gilde eintreten konnten, Kaufmannschaft und Kramhandel nicht treiben, sowohl die, welche selbst in besonderen Genossenschaften organisirt, als die, auser den genannten, die es nicht waren.

Die einfachste, ich möchte sagen, die einzig mögliche Erklärung dieser Sachlage scheint mir die zu sein, dass die Göttinger Kaufgilde ursprünglich allen Handel und Gewerbe treibenden Bürgern offenstand, wie die von uns bisher besprochenen Gilden in Köln, Stendal, Lemgo und Groningen, dass ferner hier eine Ausscheidung sowohl, wie eine innere neue Gliederung wie zu Stendal erfolgte, aber nicht mit der Vollständigkeit und Klarheit wie dort.

Der eigentliche Kaufmann schied sich zwar vom Handwerker und Krämer, ohne jedoch diese Elemente definitiv aus der Gilde zu stossen. Die nicht „kaufmännische“ Masse behielt den Zutritt und also zunächst auch die Betheiligung am Kleinhandel frei: Zimmerer, Goldschmiede und Krämer erscheinen noch im 15. Jahrhundert in der Freiheit der früheren Zeit, halb als Handwerker, halb als Händler und zugleich als zur Kaufgilde berechtigt; ich möchte sagen, sie sind die alterthümlichste Gruppe der ganzen Masse.

Wann die vier eigentlichen Handwerkergilden sich aus dieser grossen Gilde abschlossen — denn mit ihr im Zusammenhang bleiben sie immer — können wir nicht wie in Stendal genau angeben.

Erfolgte ihre Abschliessung schon, als der Kaufmann sich von den übrigen sonderte? oder trennten sie sich erst später von der halb gewerblichen, halb merkantilen Masse, aus der der Grosshändler sich schon längst abgeschlossen?

Die schon hervorgehobenen Thatsachen, dass für diese Genossenschaften gerade in dem an Urkunden so reichen Göttingen Stiftungsurkunden fehlen und dass sie, soweit wir sehen, immer als „Gilden“ und neben der Kaufmannsgilde den übrigen Bürgern gegenüber in einer bevorzugten Stellung erscheinen, auch nie die Verbindung mit jener selbst vollständig verloren haben, legt die Vermuthung nahe, dass ihre Entstehung sehr früh, nicht ausserhalb, sondern gleichsam innerhalb der alten Gilde erfolgte.

Der Verzicht auf den Gross- und Kleinhandel oder nur

der auf den letzteren ohne den definitiven Austritt aus der Gesammtgilde konnte die Bedingung sein, unter der sie sich für ihre speciellen Handwerke selbständig organisirten.

Die hier vorgetragenen Vermuthungen über die Entwicklung und die Bedeutung der verschiedenen Gilden gewinnen nun aber ein weiteres Licht durch eine Reihe anderer Thatsachen.

Die, wie wir sahen, nie vollständig abgeschlossene Kaufgilde nimmt im Zusammenhang der städtischen Verfassung überhaupt und für den Platzverkehr im besonderen eine besonders hervorragende Stellung ein.

Von den Gilden ist auch hier, sagt Schmidt [1]), wie in den meisten Städten Niedersachsens die Kaufgilde die älteste und bedeutendste gewesen. Lässt sich auch nicht erweisen, dass sie in den ältesten Zeiten das Stadtregiment allein gehabt hat, so hatte sie doch überall unbestritten den Vortritt. Zu ihr gehörten die rathsbürtigen Familien, wenn sie auch praktisch das Gewerbe nicht übten. Von ihren beiden Gildemeistern war einer jedesmal Rathsherr: der wurde bei dem Rathswechsel mit „Herr N." zur Vereidigung aufgerufen, „sin geselle schlechtliken bi sinem namen." — Es entspricht diese Stellung der ähnlichen der „Gilde" in Stendal, wo von 1251 bis 1344 „fast nie ein Rathmann oder Schöppe gewählt worden ist, welcher ihr nicht angehört hätte" [2]); in Lemgo, wo die Bürgermeister immer Mitglieder waren; der der Brauer in Groningen, in deren Verzeichnissen seit 1424 die Bürgermeister, Rathmanne und Hoofdmanne der Stadt erscheinen [3]).

Der Rath ernennt die Gildemeister [4]), aber die Gilde steht bei der Ordnung ihrer Gildeangelegenheiten dem Rath ebenbürtig zur Seite, der Rath wird — so ist der gewöhnliche Ausdruck — „mit der gilde eyn" oder die Gilde oder Gildemeister mit dem Rathe [5]). Die ganz selbständigen Beschlüsse der Gilde fassen die gildemeister „mit den, de by en sittet", oder „mit orem rade bysittern" [6]).

---

[1]) Hansische Geschichtsblätter 1878 S. 22. — [2]) Götze, Stendal S. 114 f. — [3]) Feith, De gildis Groninganis S. 248. — [4]) Nitzsch a. a. O. I S. 31, 1384. S. 32, 1401 und S. 35, 1431. — [5]) A. O. S. 39, 1461. — [6]) A. O. S. 32, 1386. 1406 u. a.

Allerdings entscheidet der Rath zwischen der Gilde und anderen Gilden, sowie dem fremden Kaufmann[1]), aber die Gilde verleiht eben mit ihrem Gilderecht und der Hanse eigentlich das ganze Verkehrsrecht; nicht der Rath allein, sondern die Gilde mit dem Rath wacht über die Grenzen zwischen Kaufmannschaft, Kramhandel, Hökerei sowie denen des Gilderechts und der Hanse.

Es ist eine der interessantesten und wichtigsten Seiten der Göttinger Statuten, dass in ihnen diese verschiedenen Begriffe in so grosser Schärfe und Deutlichkeit festgehalten sind. Sie fordern eben deshalb auf, von ihnen aus sich den Gang der gesammten Entwicklung weiter zu verdeutlichen.

Das Gilderecht umfasst nach den Vereinbarungen zwischen Rath und Gilde vom 12. December 1431 vornehmlich den Engrosverkehr in einer Reihe nordeuropäischer Rohproducte[2]) und den Detailverkehr in einer Reihe von Manufacten, vor allem der Weberei in Wolle und Seide[3]).

Diese eigenthümliche Scheidung, der dem Gildebruder gestatteten Engros- und Detailartikel entspricht offenbar den Verhältnissen des älteren norddeutschen Verkehrs.

Vor der städtischen Ausbildung der Handwerker und ihres Haushalts, so lange jede Wirthschaft ihre Bedürfnisse wesentlich selbst producirte, konnte der Umsatz in den heimischen Rohproducten, wie Honig, Butter etc. hauptsächlich nur en gros erfolgen, mit ihnen handelte der Kaufmann in der Fremde die Manufacte ein, deren Verkauf an die bedürfnissreicheren höheren Stände den Hauptdetailverkehr bildete.

Auf dem Boden dieses alten Gilderechts und dieses Verkehrs wurden, wie mir scheint, die Grenzen zwischen Kaufmann und Krämer gezogen, wie sie unsere Statuten zeigen, aber zu der Zeit, wo eben das heimische Handwerk auch seine Producte in den Verkehr zu bringen anfing.

---

[1]) A. O. S. 36, 1455. S. 33, 1413. S. 38, 1456. — [2]) Samptkopes wass, bottern, honnich, parchem, krude u. rothloss vorkopen a. O. S. 35, 1431 Abs. 1. — [3]) Allerleye want na der gilde gesethe, ock arras u. borsis, hosen vorkopen u. wiltwar kopen. Ebendort. Es ist wohl zu beachten, dass das Gilderecht gar nicht den Detailverkehr in den A. 2 aufgezählten Artikeln umfasst. Dieser ist ausdrücklich a. O. dem Krämer, der das Gilderecht hat, untersagt und nur dem Höcker gestattet, der nicht Gilde, sondern Hanse hat.

Dem Engroskaufmann, dem „kopmann", theilen sie den Grosshandel in jenen nordeuropäischen Rohproducten und den Gewürzen, dem Krämer den Detailverkehr in Manufacten zu, denn es ist wohl zu beachten, dass der in den heimischen Rohproducten, daneben auch der Heringverschleiss, ihm ausdrücklich untersagt ist[1]).

Nur der Detailverkehr in Tuchen, der „wandschnitt" steht auch hier dem Kaufmann zu, wie ja überall oder fast überall in Norddeutschland[2]). Es ist doch beachtenswerth, dass eben nur in diesem Artikel der Einzelverkehr in die Hände des Kaufmanns überging, unzweifelhaft war er der erste, dessen Production hier sich handwerksmässig zu grösseren Erträgen entwickelte.

Die gewiss auffallende Erscheinung, dass der Tuchverschleiss allein dem Kaufmann zufiel, wird erklärlicher, wenn wir erwägen, dass, sowie neben der Weberei sich die übrigen Handwerke ausbildeten, diese den Detailhandel in ihren eigenen Producten nicht in die Hände des Kaufmanns übergehen liessen, er blieb mit dem übrigen Kleinhandel in Manufacten dem nicht kaufmännischen Theil der alten Gilde. Die Gewerke traten zunächst neben dem Krämer in den Kleinhandel ein oder begannen sich früher oder später für die Sicherheit und Controlle ihres Verkehrs selbständig abzuschliessen.

Daraus erklärt es sich, dass wir, wie oben schon ausgeführt, in Göttingen eine Gruppe von Gewerken, wie auch anderer Orten noch im 13. Jahrhundert, mit dem Krämer im Genuss derselben Verkehrsrechte und sogar neben ihm zum „Gebrauch" der Kaufmannsgilde berechtigt finden, ohne dass sie und die Krämer sich selbst zu einer eigenen Genossenschaft zusammengeschlossen haben.

Namentlich dass zu dieser Gruppe ausser den Apothekern gerade Goldschmiede und Zimmerer gehören, scheint mir ohne diese Annahme eine vollkommen räthselhafte Thatsache zu sein.

Neben diesem Rest einer alten, früher viel umfassenderen Gemeinsamkeit stehen die vier „Gilden" der Schuhmacher,

---

[1]) Neynen boersig snyden noch bottern, haring, honnich, peck, talch, theer etc. entelen ulhwegen. — [2]) Schmoller, Die Strassburger Tucher- u. Weberzunft S. 458.

Bader, Tuchmacher und Leinweber allerdings festgeschlossen da, aber auch für sie und die anderen Handwerker ist der Zusammenhang mit der älteren Gilde doch eben nicht vollständig gelöst wie in Stendal: haben sie auf die Betheiligung an dem eigentlichen Handelsverkehr verzichtet, so steht ihnen doch frei, in die Kaufgilde als Mitglieder niederen Rechts einzutreten.

Man wird also, wie schon gethan, sagen können, dass die Bewegung, die sich in Stendal vollständig vollzog, hier in ihrem ersten Stadium stehen blieb: innerhalb der alten Gilde schloss sich der „Kaufmann" zu einer engeren Genossenschaft ab wie dort, ohne doch, wie eben dort, Krämer und Handwerker ganz hinauszudrängen.

Dass er trotzdem seine dominirende Stellung Jahrhunderte hindurch behauptete, das ward wesentlich dadurch ermöglicht, dass die Kaufgilde nicht unmittelbar von den Herzogen, sondern seit 1354 wenigstens die Hanse von den damit belehnten Herren v. Uslar zu Lehen trug.

Um die Bedeutung der Hanse zu verstehen, kommt es darauf an, sich ihr Wesen und Begriff, namentlich im Gegensatz gegen die Gilde, auf Grund unserer Statuten klar zu machen.

Die Kaufgilde, wie gesagt, verleiht die Hanse, aber Rath und Gilde bestimmen über den Umfang und das Wesen der damit verliehenen Rechte, wie sie über Umfang und Wesen des Gilderechts bestimmen.

Die hierüber vorliegenden Erklärungen regeln aber — was nicht zu übersehen ist — zum Theil nur einzelne Punkte und es kommt daher zuvörderst darauf an, aus ihnen den Gesammtbegriff zu gewinnen.

Fassen wir zunächst den Ursprung ins Auge, so erscheint die Gilde und ihr Recht als das Product einer freiwilligen Genossenschaft, die Hanse als ein Gegenstand fürstlicher Verleihung, ebenso wie diese in England erschien.

Das Recht der Gilde beruht auf den Beschlüssen der Mitglieder, sein Zweck ist der Schutz und die innere Ordnung des Verkehrs nicht allgemein, sondern in bestimmten Branchen, wie wir annehmen, denjenigen des älteren niederdeutschen Handels.

Diese Branchen sind nach Gilderecht getheilt zwischen dem Gross- und Kleinhändler, dem Kaufmann und dem Nichtkaufmann.

Der ursprüngliche Begriff der Hanse ist unzweifelhaft auch in Göttingen ein viel weiterer, als er hier zunächst uns erscheint.

Ich stehe nicht an zu sagen, sie umfasste das Recht überhaupt zum Detailverkehr. Der allgemeine Satz, „we der (der Hanse) nicht enhefft, de enmach hir nicht wegen", drückt das ja nach der einen Seite hin so allgemein wie irgend möglich aus. Eben als Ausnahme von dieser Regel ist da weiter hinzugefügt: „talch, smeer, speck, botter, honich in gropen edder in dem gewichte etc. mag eyn kopen und vorkopen ohne hense[2]). Um so wahrscheinlicher ist, dass diese letzte Ausnahme erst durch die Rathserklärung von 1409 zur allgemeinen Norm erhoben wurde und bis dahin der Gebrauch des Kleingewichts wirklich durch die Hanse gestattet ward.

Dass sie aber auch den Verkehr mit der Elle betraf, zeigt der Satz, dass nicht den Kaufleuten als solchen, sondern nur denen „de de hense hebben" gestattet ist, „parchent to snyden." Aus diesem Satz in Betreff der Kaufleute ergiebt sich mir nämlich ein anderes: der Detailverkehr des Kaufmanns in Tuch, des Krämers in „parchem, arras, molendoek, sagyn, sydenwand und tafft" und daneben der ganze Engrosverkehr werden schon durch das Gilderecht gewonnen, ohne

---

[1]) Wenn Schmidt nach der Stelle Sitzungsberichte I S. 36, Eintragung vom Jahre 1431, in dem schon angeführten Aufsatz Hans. Geschbl. 1878 S. 23, sagt: „wer die Hanse hatte, durfte Wachs, Feigen, Mandeln, Reis und Gewürz nach Gewicht verkaufen", so ist damit jedenfalls der Umfang des Rechts keineswegs erschöpft. Schon die angeführte Stelle lautet: Hensebroder, de mit uns wonen und neyne hoker sint, mogen wegen wass, vygen, mandeln, rys, krude. Zieht man diese Artikel von den dort vorhergehenden der hoker ab „de mit uns wonen u. hense hebben", so bleiben allerdings eine Reihe, namentlich Rohproducte, deren Verschleiss S. 33, 1409 auch denen freigegeben wird „de neyne hanse hebben", aber ausserdem „beste reipe" und „haring" als wichtige Hanseartikel, dazu kommt „honich in eyner tonnen, we dat udwegen will" a. O. S. 33, 36 und 43 und der Detailhandel in „parchem", der merkwürdig genug dem Wandschneider untersagt ist S. 35, 1431. — [2]) A. O. S. 43.

dass es dazu der Hanse bedarf[1]. Ward so fast der ganze Schnittwaarenhandel durch die „gilda kopmannorum" verliehen, so blieb die Hanse, auch wenn sie das ganze Recht des kaufmännischen Verkehrs ursprünglich umfasste, hier nur für den Detailverkehr mit Gewicht von Bedeutung.

Selbst wenn die eigentliche Hanse ursprünglich nur das Recht des Detailverkehrs verlieh, was ich bezweifle, sieht man doch, was es für eine Gilde und ein altes Gilderecht heisst, wenn neben ihm eine solche fürstliche Hanse zur Geltung kam. Durch die Verleihung der letzteren konnte sich neben der alten Genossenschaft eine von ihr unabhängige Verkehrsbevölkerung entwickeln, die eben dann fürstlichen Schutzes genoss.

Um so klarer wird, was endlich die Verleihung dieses Rechts allein an jedes Gemeinwesen, was es besonders für eine Gilde werth war.

Wir verstehen, dass die englischen Könige und Bischöfe ihren Ortschaften erst die hanse und das hanse house, dann die Gilde verleihen konnten.

Die deutschen Gilden, selbständigen Ursprungs, erhielten mit der hanse erst eine feste Stellung inmitten der weiteren Verkehrsbewegung ihres Platzes.

In Bremen, wo jeder Kaufmann die Hanse erwerben musste[2], in der flandrischen Hanse[3], in deren Städten nur aus ihren Mitgliedern die Schöffen genommen werden konnten, tritt uns ihre ursprüngliche Bedeutung für den Gesammtverkehr deutlich entgegen, in Göttingen hält die Gilde die Anschauung aufrecht, dass der eigentliche kaufmännische Verkehr nicht auf ihr, sondern auf dem Gilderecht beruhe. Sie hebt damit den Gildebruder gleichsam über den Hansebruder und behält damit der aristokratischen Gilde und dem Rathe die Controlle des Kleinverkehrs vor.

Das Recht, mit der Hanse die Concession zum Kleinverkehr zu verleihen, gab erst die volle Möglichkeit, die gewohnheitsmässigen Normen des Gilderechts für Kaufmann

---

[1] Dass erhellt daraus, dass der kremer, de neyne kopgilde hefft, die genannten Stoffe nicht „schneiden" darf. — [2] So oben S. 4. — [3] S. unten.

und Krämer so aufrecht zu erhalten, wie sie uns in Göttingen entgegentreten.

Selbst bei der so sich ergebenden Beschränkung der Hanse zeigen uns die Verfügungen der Göttinger Statuten, wie wichtig ihre Regulirung für den gesammten Gang des Detailhandels war.

Erst so gewinnt der ganze Kreis von Befugnissen seinen vollen Abschluss, in Folge deren Rath und Kaufgilde den Gesammtverkehr vom Grosshändler bis zu dem kleinen Bürger überwachen, der von dem Rechte Gebrauch macht, auch ohne hense seinen Speck, Butter und Honig in gropen eder in dem wichte zu verkaufen.

Die Untersuchung hat bisher überall nur Fälle behandelt, in denen der „Kaufmann“ seine alte Stelle in der Gilde entweder bis zu deren Auflösung behielt, wie in Lemgo, oder durch seinen Einfluss dieselbe nach verschiedenen Seiten hin (wie in Stendal, Groningen und Göttingen) in verschiedener Weise umgestaltete.

Die Möglichkeit liegt aber vor, dass in einer solchen, von Anfang an merkantilen Genossenschaft die Bedeutung des Kaufmanns als Grosshändler überhaupt nicht zur vollen Entwicklung kam oder, wenn dies der Fall war, ausserhalb derselben sich vollzog.

Ein Fall der ersteren Art scheint mir in Menden vorzuliegen.

Der kleine Ort, an dem schon 1161 der Erzbischof von Köln Einkünfte besass, erscheint um 1270 als städtisches Gemeinwesen [1]). Wie die Bürger 1372 die in einem Brande verlorenen Urkunden sich vom Erzbischof bestätigen liessen, so liessen sich vierhundert Jahre später „die drei Aemter der grossen Gilde“, da „bey jüngster erbärmlicher Feuersbrunst ihr Gildebuch verkommen und eingeäschert“, die aus dem Gedächtniss zusammengestellten Artikel desselben von Bürgermeister und Rath „durchlesen und examiniren“ und „auch demnächst confirmiren.“

---

[1]) Seibertz Landes- und Rechtsgesch. des Herzogthums Westfalen II S. 176.

Nach diesen restaurirten Statuten, wie sie jetzt noch vorliegen, betrachten wir zunächst diese Gildeverfassung. Die „grosse Gilde“ besteht aus den drei „Aemtern“, bisweilen auch Gilden genannt, der Krämer, Wollweber und Schneider. Nur gelernte Genossen eines dieser Gewerbe können eintreten: „vorbehalten, dass Schlachter- und Hökerwaaren feil zu haben allen drei Aemtern ohne Unterschied freisteht und gemein ist.“

Dem entsprechen nun auch die Functionen der beiden „Gildemeister“, die an der Spitze der Gilde, die der „Amtmeister“, die an der der Aemter stehen.

Die Gildemeister haben zunächst die Aufsicht und Controlle über Maass und Gewicht, das das kölnische sein soll. Sie sollen darauf „auf sichere Zeit des Jahres fleissig Obacht haben und da hier einiger Betrug mit loosser Waar, falscher Maass, unrechtem Gewicht befunden würde, soll dafür ernstlich angesehen und nach Befinden von der Gilde, auch auf deren Versäumung von dem Magistrat, ohne alle Gnade bestraft werden.“

Ebenso soll „jedesmal das Fleisch von zweien dazu verordneten Gildemännern in Augenschein genommen, nach Befinden des Werths und der wohlfeilen und theueren Zeit auf einen billigen Preis geschätzet und gesetzt werden, da von denselbigen ein halb Viertel Bier für ihre Mühe von jedem Rind zugelegt. Sollte aber hierin einiger Betrug befunden werden, soll der Verbrecher des Amts entsetzet und das untaugliche Fleisch den Armen verfallen sein.“

Der Pflichttag der Gilde ist der „Maitag“. Vor diesem Tage müssen alle „unter den Gildebrüdern“ in ihren Amtsachen „vorgefallenen“ Streit und Unwillen im Amt zur definitiven Verhandlung gekommen sein, um, wenn sie dort nicht „verglichen und abgethan“, dann den hier versammelten Amtsmeistern zur Entscheidung vorgelegt zu werden: wer sich von diesen nicht „wolle weisen und unterrichten lassen, soll von dem Pflichttage abgewiesen und für keinen Gildebruder zugelassen oder gehalten werden, bis er sich verglichen und Abtrag gemacht.“

Alle anderen ausserordentlichen Zusammenkünfte berufen die Gildemeister, wobei alle Gildebrüder zu erscheinen gehalten sind und der jüngste Gildebruder als Diener fungirt.

Den verstorbenen Amts- und natürlich auch Gildemeistern giebt die ganze Gilde das Grabgeleite; die vier jüngsten Meister seines Amts tragen ihn.

Alle diese Bestimmungen finden sich im Statut der „grossen Gilde“.

Von denen der drei Aemter liegen mir nur die der Tuchmacher, die bei gleicher Gelegenheit hergestellt, und die des Schneideramts vor, die schon 1617 durch des Rechts „secretarium verzeichnet“ wurden, „sintemal das alte Gildebuch verwerfet, an der Schrift maculiret und sonsten vor uns (dem Magistrat) nicht approbiret und bestätiget worden.“ Die letzte Notiz ist in sofern von Interesse, als sich daraus ergiebt, dass die Gildestatuten überhaupt und die Gilden selbst früher jedenfalls unabhängig neben dem Rathe standen.

Dem entspricht die ganze Stellung der Gilde, wie sie noch 1667 erscheint: sie hat die volle Controlle des Verkehrs, die Aufsicht über Maass und Gewicht, Beschaffenheit und Werth der Waaren ganz in ihren Händen, nur bei Maass und Gewicht tritt der Rath, wenn die Gilde es versäumen sollte, subsidiär ein. Sie ist aber auch für sämmtliche Gewerbeangelegenheit der Aemter letzte und oberste Instanz. Es erscheint mir wenigstens schon an und für sich unwahrscheinlich, dass diese „grosse Gilde“ erst aus der Zusammensetzung der anderen, also „kleinen“ Gilden entstanden sein und ihr dann erst diese Machtbefugnisse übertragen sein sollten.

Aber der Beweis dafür, dass der Gang der Entwicklung der umgekehrte war, scheint mir durch eine Betrachtung der von der Gesammtheit betriebenen Gewerbe und ihr Verhältniss zu einander sicher erbracht werden zu können.

Die drei wirklich organisirten Aemter, die die eigentlichen Unterabtheilungen bilden, umfassen zweierlei, den eigentlichen Kaufhandel in Krämerei und Kaufmannschaft und das gesammte Tuchgewerbe nach seinen verschiedenen Seiten.

Dass Tuchmacherei und Tuchhandel unmittelbar und ursprünglich zusammengehörten, haben wir schon wiederholentlich erwähnen müssen. Hier ist der Tuchhandel zwischen Tuchmachern und Krämern getheilt, jedenfalls weil eben der eigentliche Kaufmann und Wandschneider sich nicht selbständig ausgebildet hat. Das allgemeine Gildestatut bestimmt § 24 f.

„Wann einer von der Kramergilde mit ausländischen, spanischen, englischen, holländischen und anderen feinen couleurten Laken (den Artikeln der Wandschneider) wie auch mit Kirsey, mit Sarge und anderen dünnen Waaren (die eigentlichen Krämerartikel) zu handeln Lust hat, soll demselben solches forgestehn, und von dem Wollenamt diesserhalb kein Einspruch geschehen. Andere gemeine gefärbte und ohngefärbte Laken und Büstel (?), so die Wöllner allhier selbst machen können, soll den Kramern alhir verboten sein, damit zu handeln, „nur wenn sie nicht gemacht werden", soll es den Kramern damit zu handeln freistehn."

Aber mit dem Tuchhandel stand das Schneidergewerbe in einem natürlichen Zusammenhang. Den Göttinger Wandschneidern stand der Handel mit „hosen" frei [1]), ja eine merkwürdige Bremer Urkunde von 1261 [2]) zeigt, dass damals noch die „panicidae", die „in hac civitate et in aliis sunt de melioribus" und „propter hoc debent esse urbani et mercimonia non exercere nisi honesta", zum Theil doch „hosensnidere" waren.

Die Theilung ist in Menden so erfolgt, dass die Schneider sich bestimmt ausscheiden, ebenso die Tuchmacher, aber dass der Wandschnitt zwischen diesen und den Krämern getheilt blieb, da es zu einer Wandschneidergilde nicht kam.

Viel beachtenswerther aber muss für die oben aufgestellte Frage die andere Thatsache erscheinen, dass Hökerei und Schlächterei allen diesen Aemtern und zwar ihnen allein zustand, wie das die Controlle des Fleischhandels in den Händen der Gildemeister beweist. Ein solches Monopol ist undenkbar, wenn die Gilde erst durch das Zusammentreten der drei Aemter entstanden wäre, es erklärt sich einfach, wenn die Gilde ursprünglich den ganzen Verkehr des Platzes umfasste. Dann stammt sie aus einer Zeit, wo sich hier wenigstens nicht allein Kaufmann und Krämer, sondern auch Krämer und Höcker noch nicht geschieden hatten — wie sie sich auch später nicht scheiden — und wo weiter der ganze Umsatz in Gewerbeproducten — die allein wichtigen waren Fleischer und Tuch-

---

[1]) Nitzsch a. a. O. I S. 35, Eintragung vom Jahre 1431. — [2]) Bremisches Urkundenbuch I n. 314.

macher — noch ungeschieden von Krämerei und Höckerei betrieben wurde.

Man darf schliessen, dass die Bewegung der Wollenweberei es war, durch welche die Scheidung erfolgte, sie erfolgte zu einer Zeit, als kein anderes Gewerbe sich daneben zu irgend welcher Bedeutung erhoben hatte, als jedenfalls z. B. Bäckerei und Leinweberei nur für die Bedürfnisse des Hauses betrieben wurden. Die Statuten der letzteren existirten schon vor dem Brand 1658, bei dem sie ebenfalls untergingen und nach welchem sie ebenfalls hergestellt wurden, das erste Statut der Schuhmacher dagegen datirt bestimmt erst vom 24. August 1549.

Wir haben es also hier mit einer alten Verkehrsgilde zu thun, in der sich eine eigentliche Kaufmannsgilde nicht der Herrschaft bemächtigte und die drei Aemter, in welche sie sich theilte, fast gleich berechtigt neben einander bestehen blieben. Allerdings nicht ganz, wie sich in einem Punkte sehr interessant ergiebt.

Die Gilde hat nämlich oder übt die Hanse, doch in besonderer Weise.

Erwähnt wird dieses Rechts nur in einer Vereinbarung zwischen den Gildemeistern der „Wandmacher“ und „Kramer“ behufs Emendation und Erklärung des uns nicht vorliegenden Statuts der Kramergilde. Die Bestimmungen lauten dahin, dass, da nach jenen kurfürstlich bestätigten Statuten „die Kramer zur Visitation der Wollentücher, Ellenmaass und Krempen mit dem Wüllneramt auf dem Rathhause und sonsten berechtiget, auch über neue einkommende Wand- und andere Kramer der Hanse Recht haben, dabey aber des Wüllneramts Gerechtsamkeit im Mithänsen und Visitiren nicht mit berechtiget worden, so ist hinmit zu wissen, dass zur Vermeidung künftigen zu besorgenden Missverstandes beyderseits Aemter ihre Explication hingesetzet, dass der Wöllner Zunft in der Visitation und Hänse soviel die Kramer mit ihnen auf dem Rathhause, soviel die Wöllner mit den Krämern auf dem Markt haben und behalten und dass ein Amt soviel als das andere . . berechtigt sein . . sollen, mit diesem Zusatz, dass die Wüllnergildemeister auf dem Rathhause und der Kramergilde-

meister auf dem Markte die Visitation principaliter zu verrichten haben."

Wir sehen hier, dass der Tuchhandel und Kramhandel auf dem Markt und im Rathhaus betrieben wurde; da der Krämer meist der Budenhändler ist[1]), standen sie wohl auch hier auf dem Markte aus und haben deshalb dort die Hanse principaliter. Aber gewiss hatte die Gilde die Hanse gemeinsam und würde auch über diese Frage auf ihrem Pflichttag haben entscheiden können, wenn nicht eben in diesem Fall die betreffenden Gildebrüder den „in ihren Amtsachen vorgefallenen Streit" unter sich „verglichen und abgethan hätten."

Das Verbot und die Controlle fremder Arbeit, was hier eben als Hanse bezeichnet wird, ist in dem Statut der Tuchmacher § 25 ausserhalb des Marktes und Rathhauses Sache des Gildemeisters, der Acht haben soll, „damit keine Fremden mit weissen oder gefärbten Tüchern im Amte umgehen oder hausiren."

Bei den Schneidern wird die „verdorbene Arbeit" allen Gildebrüdern vorgelegt, masst sich aber ein Fremder überhaupt des Amts an, so „sollen die sämmtlichen Gildebrüder auf Erfordern des Gildemeisters sich bei einander thun und sich desselben bemächtigen und folgends nach Gelegenheit der Personen und seiner lange geübten Arbeit in Strafe nehmen."

Es wäre interessant, sicher zu wissen, ob unter „Gildebrüder" hier die Gesammtheit der grossen Gilde oder des Schneideramts, unter dem „Gildemeister" der der ersteren oder des letzteren zu verstehen, immer aber ist wohl zu beachten, dass hier nicht wie bei der Sistirung des fremden Hausirers durch den Wüllnergildemeister an die Herbeirufung der „Obrigkeit" gedacht wird: die Gilde ist die letzte, die allein entscheidende und vollstreckende Gewalt. Das Hansenrecht auf Markt und Rathhaus wird nur durch die Vereinbarung zwischen beiden Aemtern ohne jedes Zuthun des Raths geordnet, wenn auch das Recht der Hanse auf die kurfürstliche Bestätigung hier gewiss ebenso zurückgeht wie in

---

[1]) Bremisches Urkundenbuch Bd. 1 n. 442: omnes institores cives civitatis Br. — tentoria dicta telt vulgariter facientes nobis ad telonium piperis non tenentur sicut hospites adventantes et tentoria facientes.

Bremen oder Paderborn auf die bischöfliche, in Göttingen auf die herzogliche Belehnung.

Diese ganz selbständige Stellung der Gilde neben Bürgermeister und Rath und zwar nicht allein der Gesammtgilde, sondern auch der einzelnen Aemter, ist um so beachtenswerther, da das aristokratische Element des „Kaufmanns", in Stendal und Göttingen so wichtig, hier gar nicht hervortritt.

Wir schliessen hier schon des letzterwähnten Umstandes wegen an die Besprechung der Mendener „grossen Gilde" die der Gilden von Osnabrück, Münster und Dortmund, weil auch der Kaufmann in ihnen nicht allein zurücktritt, sondern vollständig fehlt. An allen drei Plätzen steht wenigstens im 14. Jahrhundert der „Kaufmann" ausserhalb der „Gilde" oder der Gilden [1]).

Es ist von Wichtigkeit, dass dieses Verhältniss für Osnabrück schon für das Ende des 12. Jahrhunderts urkundlich feststeht. Wie schon erwähnt, erscheint hier die „Gildeswort" schon als Familienname im Jahre 1203. Es muss also, in Folge dessen auch die Gilde, schon in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts vorhanden gewesen sein.

Diese Gildeswort lag nicht wie der Markt und das Kaufhaus in der alten Burgstadt, sondern ausserhalb derselben.

Die Gilde umfasst ausser den Krämern und Schmieden namentlich eine Reihe von Ledergewerken, wie diese auch in Dortmund und Münster auffallend in den Vordergrund treten.

Im ganzen sind es „elf Aemter", die so entschieden als die unveränderlichen Bestandtheile der Genossenschaft betrachtet wurden, dass diese Bezeichnung später sehr häufig an die Stelle des Wortes „Gilde" trat [2]).

Unzweifelhaft aber ist letzteres die ältere Bezeichnung für das Ganze, ersteres für die Theile.

Für keines dieser Aemter ist ein Privileg von Rath oder

---

[1]) Die Darstellung Dortmunds fehlt im Hauptmanuscript; die Lücke aus einem der Entwürfe zu ergänzen, verbot sich, weil D. dort in anderem Zusammenhange behandelt wird. — [2]) Stüve a. O. III S. 188 u. 210.

Bischof nachzuweisen, natürlich auch nicht für die Gilde[1]), aber die Gildewort lag in der Butenburg unmittelbar am Hofe des Grafen von Tecklenburg, des Kirchenvogts, von welchem der alte Scharren und das Schlachthaus der Knochenhauer (macellum) wirklich einen Theil bildet."

Dagegen gehörten Wandschneider und Tuchmacher ebensowenig zur Gilde, wie die Höcker; die Häuser der ersteren und der letzteren lagen am Markt, wohin früher die Fleischhauer, dann aber auch die anderen Gildeämter erst später übersiedelten[2]).

Diese eigenthümlichen Verhältnisse, die wir nothwendig schon am Schluss des 12. Jahrhunderts als vorhanden annehmen müssen, lassen nur zwei Erklärungen zu.

Entweder gehen wir von der Analogie der alten Kölner, Stendaler, Lemgoer und Mendener Gesammtgilde aus und nehmen an, dass die älteste Osnabrücker Gilde auch Kaufmann und Weber umfasste, diese aber sich aussonderten, oder wir folgen der Annahme Stüves, dass die „Gilde" aus einer Vereinigung der der Vogtei unterworfenen elf Aemter entstand. Dann aber beweist auch diese Thatsache, dass im 12. Jahrhundert die „Gilde" im Gegensatz zu dem gewerblich abgeschlossenen „Amt" als eigentliche Bezeichnung eines Vereins verschiedener Handel- und Gewerbetreibender diente.

Der hier besonders heftige Kampf des Bischofs und der entstehenden Stadt gegen die Vogtei, wie ihn Stüve für die Zeit Heinrichs des Löwen und seiner Nachfolger nachgewiesen, macht die eine wie die andere Erklärung gleich wahrscheinlich. Wenn ich dennoch mehr dahin neige, eine ursprüngliche Gesammtgilde anzunehmen, so bestimmt mich dazu besonders folgendes.

Allerdings erst, soweit ich sehe, in den früheren Zeiten erfahren wir, dass der Gildebruder, der einen Markt zum ersten Mal besuchte, an sein Amt die „Hanse" zu bezahlen hatte[3]).

---

[1]) A. O. S. 35. — [2]) Ebendort S. 86. — [3]) Stüve a. O. S. 124 f., S. 135 Amtsregeln der Schuhmacher etc.: Du schalt —, dar du to markede geist und noch nü gewesen bist den gildebrödern die hense nicht weigern, wan de von dy gefördert wird, so du dat werst don, so brekest du so menige 18 Pf. alse gildebroder dar is.

Erwägen wir, dass wir im 12. Jahrhundert die Hanse immer nur der Stadt oder der Gilde verliehen sehen, dass in Groningen und Göttingen, höchst wahrscheinlich auch in Menden, ursprünglich die kaufmännische Gesammtgilde dies Recht hatte, und an letzterem Ort das Recht nur von den einzelnen Aemtern ausgeübt wurde, so ist es mir viel eher denkbar, dass es auch in Osnabrück von einer alten Gesammtgilde stammt, als dass, was ja allerdings nicht undenkbar wäre, der Vogt seiner neugebildeten Aemtergilde dieses Recht verliehen hätte.

Das Eigenthümliche ist in Osnabrück nun weiter, dass diese „Gilde" in ihrer ältesten historisch erkennbaren Form sich vollständig abgeschlossen als ein besonderer Theil der Bürgerschaft erhielt, aber sehr früh unter der Aufsicht und dem Einfluss des Raths erscheint und, soweit wir sehen, nicht entfernt innerhalb desselben in der Ausdehnung vertreten war, wie wir dies für die kaufmännischen Gilden in Stendal, Göttingen und Lemgo nachweisen konnten. Das Statut von 1297 geht von der Voraussetzung aus, dass der Handwerker allerdings rathfähig, fordert aber, dass er, so lang er im Rath, sein Handwerk nicht betreibe. Darin spricht sich deutlich genug die Stellung der Gilde aus; sie steht neben dem Rathe, aber doch so, dass durch eine solche Bestimmung offenbar mit Absicht die Betheiligung an ihm den Aemtern wesentlich erschwert war[2]).

Unleugbar entbehrte der Rath in der Theilnahme an der Gilde, wie er sie in Stendal und Göttingen besass, jener festen Geschlossenheit für seine Mitglieder und die merkwürdige Fluctuation in dem Bestand der massgebenden Familien, wie Stüve sie nachgewiesen[3]), möchte zum Theil in diesem Mangel ihren Grund haben; aber dessenungeachtet ist es für die Gilde in den ersten Jahrhunderten viel nachtheiliger gewesen, die Kaufleute nicht unter sich zu haben, als für den Rath, für seine Mitglieder nicht an der Gilde sich betheiligen zu können.

---

[1]) Stüve a. O. VII S. 54 ff. 39. — [2]) Stüve a. O. VIII S. 27. — [3]) A. O. VI S. 29.

Erst sehr allmählich ist so der Einfluss der Gilde und ihre innere Organisation weiter entwickelt worden. Stüve macht auf folgende Stadien dieser Fortbildung aufmerksam: er nimmt „die Gildemeister, welche von den collegiis (Gilden) oder officiis (Aemtern) ernannt waren", als gleichzeitig mit der Entstehung an[1]), obgleich sie in dem Statut von 1297 zuerst erwähnt werden. Die Verlegung der Verkaufstellen an den Markt erfolgte vor 1300 und zugleich kam das Gildewesen in die Hände des „Schöffenraths", der „bei dem ersten Erscheinen der Gilde bereits eine Einwirkung auf sie ausübt und als Beschützer ihrer Rechte, freilich auch als Vertreter des gemeinen Wohles gegen ihre Selbstsucht erscheint." In einer Ordnung des „Backamts" von 1387 heisst es noch, dass ihnen diese Regel „von Gnaden des Rechts gegeben sey"[2]).

Am Anfang des 15. Jahrhunderts erst tritt bei Beschlüssen über Verträge und Geschäfte der Ausdruck auf, dass dazu „der alte Rath, Gilde und Wehr" d. h. die Gemeinde ausserhalb der Gilde hinzugezogen werden, wie gleichzeitig ein Beschluss „der elf Aemter" untersagt, einen Gemeinsmann mit vor die Gildemeister zu bringen[3]).

Um dieselbe Zeit, in einem Statut von 1420, erscheinen dann an der Spitze der Gilde „zwei Gildemeister, die zur Zeit der Aemter Wort wahren, — bereits als eine bestehende Autorität." Sie mit zwei „Wehrschwerern" für die Gemeinde führen zusammen den Namen der „Aelterleute"[4]). „So finden wir dann namentlich die Aelterleute der Gilden von 1422 an in steigender Bedeutung." Bei ihnen „bildete sich dann der in den deutschen Stadtverfassungen so beliebte Wechsel, nach welchem dieselben Personen ein Jahr um das andere die Geschäfte führten, vollständig aus." Für die Rathmänner bestand er in Osnabrück nicht[5]). Zu welcher Zeit sich der Gebrauch ausgebildet haben mag, die Aelterleute zu allen Rathsverhandlungen zuzuziehen, ist nicht bekannt, aber „an diese Entwicklung schliesst sich dann naturgemäss die ebenso bedeutende, dass nicht mehr der ganze Rath, sondern nur ein Ausschuss desselben in Gemeinschaft mit den Aelterleuten manche Geschäfte besorgte", seit 1444[6]).

---

[1]) A. O. VIII S. 37. — [2]) A. O. VII S. 89. — [3]) VIII S. 30 f. [4]) Ebendort S. 35 f. — [5]) Ebendort S. 26. — [6]) S. 38 f.

Wir stehen hier still, um aus den angeführten Thatsachen zu constatiren, dass die Gilde mit ihren Aemtern lange bestand, ehe die Controlle von Schöffen und Rath über die einzelnen Aemter und Gesammtheit aufhörte und diese dagegen sich unter eigenen Gesammtvertretern selbständig neben den Rath stellte.

Dieses festgestellt zu haben, ist wichtig, um die Bedeutung ähnlicher Erscheinungen zunächst in Münster unbefangen zu würdigen.

Das wichtigste Denkmal für die Geschichte der Münsterischen Gilden ist bekanntlich das s. g. rothe Buch des Schuhhauses „welk", wie der Titel der erhaltenen Abschrift von 1565 sagt, „in der versturynge der wedderdoepers verrucket over namals dorch gude frunde wedderumme to rechte gebracht und (wowal noch vorhanden) olders halven so seer verkommen, dat ment nycht wal lenk kan bruken" [1]). Jene furchtbare Revolution hat das ganze übrige Material für die Geschichte der Stadtverfassung ganz oder fast ganz vernichtet [2]). Das Buch selbst wird von dem Verfasser als die Bearbeitung älterer ungeordneter Aufzeichnungen bezeichnet „van worde to worde nyes geschreven alleyne dat yder materye so velle mogelick gewest by ores gelycken gesocht und vervatet ys und in drey dele gedeltt, warvan dat erste deel ynholt de gerechticheit des Schohuses, dat ander summyger gilde gewonte, dat derte etlike verbuntenisse" [3]).

Es kann fraglich sein, ob die hier gemeinte Redaction erst kurz vor der Zeit der Wiedertäufer erfolgte, jedenfalls musste dann dieser eine frühere um die Mitte des 15. Jahrhunderts vorhergegangen sein.

Der zweite Theil beginnt mit der Aufzeichnung eines Falls aus dem Jahre 1437 [4]), darauf folgen Fälle aus demselben Jahr, von 1433, 1412, 1436, 1410, 1444, 1443, 1473, 1517, 1512, 1533, 1466, 1439, 1444, 1466 u. s. w. Man könnte also den Eindruck haben, dass erst im 16. Jahrhundert die erste Zu-

---

[1]) Niesert, Münsterische Urkundensammlung III S. 235. — [2]) Ficker, Die Geschichtsquellen des Bisthums Münster I S. 193. — [3]) Niesert a. a. O. S. 239. — [4]) Niesert a. a. O. S. 273.

sammenstellung erfolgt, aber bei der Aufzeichnung aus dem Jahre 1436 [1]) heisst es „des velle in vortyden geschen ist, und ock un by namen in den yaere unses heren 1436, do wort etc. In den sulven yaere des gelikes etc. Ock eyn de hette Bruen ton Vohove anno 30 yaer etc. Ock so is der velle in vortyden up de porten gesat etc." Hier liegt unzweifelhaft eine gleichzeitige Resumirung damaliger und früherer Fälle vor, wie das ganze zweite Buch sie giebt. Dazu stimmt, dass im dritten Theil die gleichzeitige Aufzeichnung „van etliken vorbundnissen und geschichten" gerade für die Jahre 1443 bis 1448 am reichsten und vollständigsten ist [2]), so dass die Vermuthung sehr nahe gelegt wird, dass in jenen für die Stadt so gefährlichen Jahren die erste Ueberarbeitung eines älteren Buches und seines sehr durcheinander gemischten Inhalts erfolgte, dass diese neue Bearbeitung dann, wie es in der Ueberschrift zum 3. Theil meiner Abschrift heisst, bes int jaer 1515 dor manige hand weitergeführt wurde und dass nach dem letztgenannten Jahr der so angesammelte Rest wieder neu redigirt ward.

Dass die Jahre unmittelbar vor 1448 für die Verfassung der Gilde von grosser Wichtigkeit waren, beweist auch der im ersten Theil § 15 enthaltene Vertrag vom 12. Juli 1447, „do overquemen rat und gilde und dat gantze gemene, arm und ryke, de ervede man mit den unerveden, dat se na den dage wolden holden — wes rat und de menen mesterlude von den gilden overkemen etc." [3]).

Gehört eine solche Redaction schon in eine solche Zeit, so fällt also die Entstehung der originalen Aufzeichnungen jedenfalls viel früher.

Wir unterscheiden dabei die verfassungsrechtlichen undatirten Aufzeichnungen des ersten Theils und die datirten Nachrichten zur Geschichte der Gilden in den beiden andern Büchern.

Die letzteren beginnen mit den Urkunden der Städtebünde von 1253 und 1263 in extenso und zwei Extracten aus einer Urkunde des Capitels von 1257, einer des Bischofs von 1309 [4]).

---

[1]) Niesert a. a. O. S. 279 Paragraph 52. — [2]) Niesert a. a. O. S. 326 Paragraph 81—104. — [3]) Niesert a. a. O. S. 247. — [4]) A. a. O. S. 307 f. § 74 ff.

Das nächste Datum ist nun eine Notiz von 1410 mit Belegen für den Satz, dass „unse rat nenen anevank en sal doen sunder vulbort der oldesten van den gilden anno dni. 1410, do dosse anvanck schach van dussen mordern.“ Es ist dies also eine gleichzeitige Aufzeichnung, die aber auf frühere Beispiele zurückgreift, um den Satz zu belegen, dass der Rath keine Verhaftung ohne Bewilligung der Aeltesten von den Gilden vornehmen dürfe.

Es ergiebt sich aus diesen Thatsachen, dass die selbständige Stellung der Gilden am Anfang des 15. Jahrhunderts schon eine lange feststehende Thatsache war, dass wir aber zunächst zwischen der Urkundenreihe, die mit 1309 schliesst und der Reihe der historischen Aufzeichnungen, die mit 1410 beginnt, gerade eine Lücke von einem Jahrhundert vor uns haben, für die jedes Datum fehlt.

Daneben scheint mir eine andere Beobachtung von Wichtigkeit.

Von jenen älteren Urkunden aus den Jahren 1253 bis 1309 sind die beiden Städteurkunden in wörtlicher deutscher Uebersetzung, die des Capitels und Bischofs als sich stellenweis an den Wortlaut der Originale anschliessende Extracte gegeben.

In den Aufzeichnungen seit 1410 finden sich auch eine ganze Reihe über Urkunden, dabei sind die von Rath und Gilden erlassenen zum Theil in extenso mitgetheilt [1]), einige des Bischofs und Capitels im Auszug [2]). Bei den Auszügen über die Bündnisse der Stadt mit ihren Nachbarstädten von 1445, dem Capitel und dem gesammten Lande von 1446 ist ausdrücklich gesagt, dass die Stadt ein Exemplar der betreffenden Urkunde habe [3]) und wiederholt bemerkt, „wert sake genich borger in dussen vorgescr. steden der vereynunge und verbonde to done hadde an em drapende etc., de vynt den bref der vereninge by synen Rade — dar he sik moge nach richten.“

Diese Notizen sind vor Mitsommer 1447 gemacht, denn

[1]) A. O. S. 321 § 79. — [2]) Ebendort § 80. — [3]) Ebendort S. 332 § 88 „der de stat van Munster eyn hevet“, § 91 „dusser verbuntbreve hevet dat capitell eyn und de stat eyn cf. § 92.

da geschah es ebenfalls nach einem Bericht des Gildebriefs [1]), dass eine Deputation von Rath und Gilden dem Bischof auf seine drohende Forderung „de verenynges breve und de ammetbreve umme anxtes willen" auslieferte. So wie denn zu den Berichten des vorhergehenden Jahres die nachträgliche Notiz gefügt wird: „Dit hevet dat capitel broken, darumme is dit utdaen, men hode sik vor dat capitel."

Diesen Aufzeichnungen des Jahres 1446 gegenüber, die den Leser wiederholentlich an das Rathsarchiv weisen, ist es doch eine beachtenswerthe Thatsache, dass die Urkunden jener älteren beiden Bündnisse fast zweihundert Jahre früher sich ihrem vollständigen Wortlaut nach im Gildebuch finden und es bei ihrer Aufzeichnung also einer Verweisung an das Rathsarchiv nicht bedurfte.

Dadurch gewinnt die Annahme an Wahrscheinlichkeit, dass die Aufnahme dieser wichtigen Briefe in das Buch zu einer Zeit lange vor den späteren Eintragungen des 15. Jahrhunderts geschah und dass damals der Schreiber des Gildebuchs solche Actenstücke selbst verwerthen konnte, ohne sie beim Rathe einzusehen.

Ist die Bischofsurkunde von 1309 die jüngste jener weniger zahlreichen älteren Gruppe und fehlt, wie wir sahen, von da an hundert Jahre hindurch jedes Datum, so dürfen wir daraus vielleicht schliessen, dass wir es in ihr mit dem ersten Ansatz eines Gildebuchs zu thun haben, das dann erst nach einer langen Pause im Anfang des 15. Jahrhunderts weitergeführt und 1446 zum ersten Mal systematisch redigirt wurde.

Da erhebt sich nun die andere Frage: in welche Periode der Geschichte des merkwürdigen Buches die Hauptbestandtheile des späteren ersten Theils gehörten, von der „gerechticheit und gewonte des schohuses, dar sik de mesterlude und olderlude na holden sollen."

Unzweifelhaft ist es älter als 1424. Die im ersten Theil zusammenstehenden Statuten bilden nämlich ihrer ganz überwiegenden Masse nach ein einheitlich abgeschlossenes Ganzes. Es beginnt mit den Worten: „Alle de gilde de binnen Munster sint by namen de seventeyn gilde, de synt altomaele eyn gylde,

---

[1]) Ebendort S. 339.

men dat se gedelet syn in seventeyn gylde" etc. Die folgenden Sätze, soweit sie nicht datirt, beginnen alle mit „Ok sollen" oder „Ok wert sake", „Ok ysset sake", oder einer immer mit demselben Wort anfangenden Wendung.

Unter den so gefassten 42 sämmtlich undatirten Artikeln finden sich drei datirte vom J. 1424, 1447 und 1517 [1]), zwei undatirte, denen wie den Artikeln von 1447 und 1517 die sonst durchstehende Fassung des Anfangs fehlt [2]). Während der zweite Absatz von Paragraph 3 mit „Ok so wettet" sich dem Charakter des Ganzen anschliessen könnte, ist dagegen der vorletzte der ganzen Sammlung, § 46, eine Festordnung für Older- und Meisterleute, mit seinen wiederholten „vortmer", das sonst gar nicht vorkommt und seinem „Amen" zum Schluss, ein ganz selbständiges Einschiebsel.

Nach Ausscheidung der bezeichneten fünf Artikel liegt ein Rechtsbuch vor, das nicht allein in der Form, sondern auch im Inhalt ganz aus einem Guss, nur als das Werk einer planmässigen und zusammenhängenden Gesetzgebung gefasst werden kann.

Nach dem Gesagten erhellt, dass es jedenfalls nicht jünger sein kann, als die ersten Jahrzehnte des 15. Jahrhunderts.

Die Erwähnung des „heimlichen Gerichts" [3]) scheint mir zunächst der einzige mögliche, aber wenig ausgiebige äussere Anhalt für eine weitere Datirung.

Gehen wir auf den inneren Charakter der Aufzeichnung ein, so bezeichnet sie sich selbst häufig als Feststellung der „wonte der gilden", d. h. die hier vorgetragenen Institute sind nicht neu, sondern haben sich schon in einer längeren Entwicklung ausgebildet und behauptet [4]).

Zunächst fallen besonders zwei Punkte ins Auge:

Vor allem wird betont, dass Rath und Gilden als zwei gleichberechtigte Gewalten neben einander stehen, so z. B. § 4: „Ock so en sall nymant uploep maken kegen de borgermestere unde kegen den raed. We dat doet, de sall dat den ganzen gemenen gilden verbeteren. Und des geliken sall ock

[1]) Es sind die Paragraphen 35 S. 262, 15 S. 247 und 34 S. 261. — [2]) Paragraph 8 S. 243 und 46 S. 270. — [3]) A. O. S. 248 § 16. — [4]) A. O. S. 240 § 2, S. 249 § 17 f., S. 250 § 19, S. 256 § 28, S. 258 § 31 u. S. 253 § 24, alse wontlich is na gilderechte.

nymant van gilden uploep maken up dat schoehuis kegen de gemeynen gildemesters van der yartael, we dat oeck doet, de sal dat den gemenen gilden verbetteren" [1]).

Jeder Beschluss des Raths „in saken der stat ofte des landes, dat sy hemelick ofte openbar", kann nur mit Zustimmung der „Olderlude" erfolgen [2]), ja über alles, „dat der staed edder den gantzen lande androepe van veden eder van schattynge, er man dan wes angae, so sollen de gemeynen gildemestere — by sik laten bidden gude mannen buten gilden uppe dat schohuis und mit en sick to besprekene na guter older wonte und dan darmede vor den raet gaen und dar dan endrechtliken over to komene, wes den nutte sye, er men wes anghae" [3]).

Rath und Gilden, Rathhaus und Schuhhaus, als Versammlungsort der letzteren, stehen neben einander an der Spitze der Stadt.

Aber dazu kommt ein zweiter Punkt: an der Spitze der Gilden stehen die „olderlude", die, wie wir oben sahen, in Osnabrück erst im 15. Jahrhundert an der Spitze der dortigen Gesammtgilde erscheinen. Hier werden sie ausserhalb unseres Statuts zuerst 1410 erwähnt [4]), als die, ohne deren Zuthun der Rath keinen „anevank" vornehmen kann. Nun aber geht die Richtung eben des Statuts vor allem darauf, diese Behörde möglichst an die Beschlüsse und den Beirath der gemeinen Gilde oder der gemeinen Gildemeister zu binden. Keine Verfassung soll ohne Einvernehmen mit den Aelterleuten „und mit mer von den eldesten gildemestern" erfolgen [5]). Beschlüsse des Raths und der Aelterleute „sollen de olderlude by sik allene nicht beholden, se en sullen dat den gildemeistern to der yaer tael eyn offte all openbaren, na gelicheit der saeke [6]). Beschlüsse der Aelterleute und gemeinen Gildemeister sind für die Gilden, Instructionen der Gildemeister für die Aelterleute bei Verhandlungen mit dem Rath absolut bindend und jede Opposition dagegen innerhalb der Gilden strafbar [7]).

Die Gilden entscheiden „na guter older wonte", was unter ihnen „upsteit utgesecht blaw und bloet und schuldich

---

[1]) S. 241. — [2]) S. 244 § 9. — [3]) S. 242 § 6. — [4]) S. o. S. 51. — [5]) S. 248 § 7. — [6]) S. 244 § 9. — [7]) S. 245 § 12 f.

gelt" für die aussergildischen Sachen „sal nymant van gilden eyn den anderen soeken mit gerichte dan myt den sulven gerichte unses heren und des stades, dar wy alle to verbunden syn" [1]).

Von der einzelnen Gilde geht in Gildesachen der Gerichtszug auf das „Schuhhaus", wo auch zwischen Gilde und Gilde und zwischen Mitgliedern verschiedener Gilden entschieden wird [2]).

Diese Thatsachen ergeben, dass das Statut entstand, als das Schuhhaus als Vereinigungsort der 17 Gilden, das Amt der Aelterleute, die Stellung der letzteren und der Gilden dem Rath gegenüber nicht neu, sondern schon lange anerkannt waren; neu erscheint allein das Bemühen, das Amt der Aelterleute nicht den Gildemeistern über den Kopf wachsen zu lassen.

Unzweifelhaft um die Stellung und die Widerstandskraft der Gildemeister zu sichern und zu kräftigen, hebt das Statut mit besonderem Nachdruck hervor, dass „all gilden van den seventein gilden glike velle vriet de ene gilde also velle alze de ander gilde unde ock glycke velle rechtes de ene alse de andere" habe [3]). Wie auf der anderen Seite die Gilden in ihrer Gesammtheit als Vertreter der gemeinen Freiheit hingestellt werden, so heisst es vom gemeinen Volk, „de hebbet al ene toflucht to den gemenen gilden, und de gemenen gilden sollen den bistaendich wesen mit hulpe der borgermestere und des rades, dat mallich nicht verunrechtet werde" [4]).

Muss die hier vorliegende Bewegung innerhalb der Gilde, das Bestreben der Gildemeister um eine neue und festere Stellung gegenüber den Aelterleuten, dem Rath und der Gemeinde vor 1424 fallen — weil eben das Statut älter ist — so fällt sicherlich die nothwendig vorhergegangene innere Entwicklung in jenes Jahrhundert zwischen 1309 und 1410, aus dem das Gildebuch keine einzige andere Thatsache uns bietet.

Man hat neuerdings behauptet, dass die Vereinigung der 17 Gilden erst nach 1354 stattgefunden haben könne, weil in einer Verfügung von Bürgermeister und Schöffen vom 29. Januar d. J. diese Behörde ohne jede Erwähnung der Gesammtgilde

[1]) S. 249 § 19, S. 251 § 21. — [2]) S. 250 ff. §§ 20, 23 ff. — [3]) S. 255 § 27. — [4]) S. 269 § 45.

und ihrer Vorsteher über die Einsetzung von „amtluden“ Verfügung trifft und sich als die Gerichtsgewalt bezeichnet, an die unentschiedene Brüchesachen der einzelnen Gilde zur Entscheidung gingen [1]).

Man wird nicht leugnen können, dass ein solcher Schluss berechtigt erscheinen kann, aber wir wiesen schon oben darauf hin, dass die Thatsachen der Osnabrücker Gildegeschichte hier auch eine andere Annahme gestatten. Bestand unzweifelhaft dort die „Gilde“ der elf Aemter lange bevor ihre Aelterleute erscheinen unter der entschiedenen Controlle von Rath und Schöffen für die einzelne Gilde, so steht zunächst nichts entgegen auch für die 17 Gilden in Münster, die „eyne gilde syn“, eine solche Möglichkeit anzunehmen.

Ja jene Erklärung vom 29. Januar 1354 lässt, meine ich, darauf schliessen, dass die Gilden schon damals keineswegs vollständig abhängig dem Rath gegenüber standen.

Das wichtigste Stück derselben zerfällt in zwei Sätze, der erste lautet: „Vortmer welker gilde de Borgermestere amtlude settet, de gilde to vorwaeren, de sollen schweren umme de hilligen, dat se ere gilde waren wollen in erem olden recht und nyne sunderlike sate maken; se endeden dat na rade der scheppen und der borgermestere und der scheppen, de solden darto helpen, dat malke recht gesche.“ Hier also halten sich Bürgermeister und Schöffen das Recht offen, den Gilden Amtleute zu setzen, die — doch den Gilden — schwören, das „olde recht“ bestehen zu lassen, neues nur nach Rath ihrer Mandanten, des Raths eben zu setzen, der sich gleichzeitig gleichsam durch ihren Mund verpflichtet, „dartho to helpen, dat malke recht gesche.“

Der zweite Satz dagegen lautet: „Vortmer van ein juweliker gilde, wanner se gekoren hebbet ere gildemeisters, sollen de gildemesters darna bynnen achte dagen gaen op der borgere huess vor de borgermesters und de scheppen und schweren, dat se gyne sate setten sunderlichen, se en deden dat na rade der borgemestere und scheppen.“

---

[1]) Niesert a. O. S. 122 ff. s. Tophoff in der Münsterschen Abtheilung der Zeitschrift für vaterl. Gesch. und Alterthumsk. Band 35 S. 23 f.

Der Unterschied kann nicht zweifelhaft sein.

Der erste Satz enthält Bestimmungen für die von den Bürgermeistern gesetzte Amtleute, es bleibt unentschieden, ob für alle Gilden, der zweite für die von den Gilden gewählte „Gildemeister“ gilt unzweifelhaft für alle[1]).

Jene sollen sich verpflichten, vor allem die betreffende Gilde „in erem olden rechte to waren“, darin liegt die Möglichkeit angedeutet, dass diese gesetzten Amtleute durch „sunderlinge sate“ dies alte Recht schädigen könnten, die Garantie für diese neuen Satzungen liegt in der Zustimmung des Raths und seiner Versicherung, jedem zu seinem Recht zu helfen.

Bei den Gildemeistern dagegen wird eine Verpflichtung für das alte Recht gar nicht verlangt, da es eben von ihnen nichts zu besorgen hat, ihr Eid an die Bürgermeister lautet zwar ebenfalls, keine neue Satzung ohne den Rath derselben zu setzen, aber die Gegenversicherung der Bürgermeister und Schöffen fehlt, denn die hier zu befürchtenden Rechtsverletzungen wurden zunächst möglicherweise gegen deren obrigkeitliche Stellung befürchtet.

Es handelt sich also um das schon bestehende, vielleicht auch erst jetzt beanspruchte oder zugestandene Recht des Raths, Gilden Amtleute zu setzen; gekorne Gildemeister hatten sie bisher schon alle. Wenn später die beiden Fleischhauergilden, die der Bäcker und Tuchmacher allein unter allen übrigen vom Rath gesetzte Amtleute und keine gewählten Gildemeister hatten[2]), so sind unzweifelhaft jene schon hier gemeint, die letzteren aber müssen im Lauf der Zeit eingegangen sein. Unser Statut, das der Amtleute gar nicht erwähnt, setzt unzweifelhaft bei allen Gilden Gildemeister voraus.

Aber andererseits scheint sich aus den einleitenden Worten der uns hier vorliegenden Urkunde zu ergeben, dass auch die Gilden damals neuen Ordnungen zustrebten. Es heisst, Bürgermeister und Schöffen „mit rade andrer guder lude“ seien „um des besten willen erer stad“ einig geworden, „dat ein jouweleke gilde sall by oren olden rechte bliven und welk mann de in einiger gilde is, de en sall nicht verwaren, dann sine

[1]) Tophoff a. O. S. 20 ff. — [2]) Ebendort S. 17.

gilde"; der Gegensatz zu den letzten Worten kann jedenfalls der sein, dass die Gildegenossen auch andere oder „die andern Gilden" zu „verwaren" beanspruchen, wie das ja der eigentliche Grundgedanke der späteren ausgeprägten Gildeverfassung war.

Sind diese Ausführungen berechtigt, so zeigt diese Rathsbestimmung von 1354 schon eine entschiedene Bewegung zu einer grösseren Selbständigkeit der einzelnen, zu einer vollständigeren Vereinigung sämmtlicher Gilden. Sie ist aufzufassen als ein schliesslich misslungener Versuch des Raths ihr entgegenzutreten.

Damit aber nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass in Münster eine vom Rathe abhängigere Gesammtgilde ebenso früh bestand als in Osnabrück.

Was dafür weiter spricht, ist, dass wie in Osnabrück die Gildeswort, so hier das Schuhhaus als gemeinsames Local einer solchen Vereinigung erscheint, zwar urkundlich erst in dem von uns besprochenen Statut, als dessen Inhalt der spätere Redactor des 15., vielleicht 16. Jahrhunderts „de gerechtigkeit und gewonte des schohuses" bezeichnete. Das „schohus" wird überall als der eigentliche Versammlungsort der Aelterleute, der Gildemeister und der Gilden gemeint[1]), schohus und rathus werden als die beiden Stätten städtischer Verhandlungen neben einander gestellt[2]).

In Dortmund hat das Lohaus, d. h. das der Gerber, ganz dieselbe Bedeutung. Erwägt man, dass diese beiden Gewerbe, der Schuster und Gerber, damals eigentlich nur eins bildeten und dass in Münster wie Osnabrück die Ledergewerbe eine sehr hervorragende Stellung unter den Gilden einnehmen, so kann kaum zweifelfaft sein, dass der Name des Münsterschen Gildehauses wirklich ein Schuhhaus und nicht ein Schauhaus bedeutet[3]).

Zu den hier vereinigten Zünften gehörten bei der Abfassung des Statuts die Wandschneider noch nicht: sie erhielten erst 1455 ihr Privilegium[4]) und traten erst am 31. Jan.

---

[1]) S. 241 § 4, S. 242 § 6, S. 251 §§ 20, 22 f. u. a. — [2]) S. 245 § 11, S. 247 § 14. — [3]) Das rothe Buch hat durchgängig: schoehus auch schohus und nur ein einziges Mal schowhus. Niesert a. O. S. XXIII A. 2. — [4]) Tophoff a. O. S. 14.

1492 dem Verbande bei, „to der eer godes und to bystande den ersamen rade und nuttycheit und ton besten der gemeynen gilden und der gantzer meenheit der stat Munster“ [1]). Es ist vielleicht auch in diesen Worten angedeutet, was es für die Verfassung bedeutete, dass bisher die Wandschneider, so weit ich sehe, bis 1455 ohne eine Genossenschaft, von da an immer noch ausserhalb der 17 Gilden ihr Gewerbe betrieben hatten. Dass die Wahl ihrer Gildemeister später wenigstens im Gegensatz zu der aller übrigen Gilden auf dem Rathhaus geschah [2]), legt dann weiter die Vermuthung nahe, dass bis 1492 ihre Stellung zum Rathe sie wesentlich von den Gilden unterschied. So erklärt es sich auch, dass, wie wir oben sahen, der Rath neben den für die Stadt besonders wichtigen Gewerben der Bäcker und Fleischer gerade die Tuchmacher unter seiner unmittelbaren Controlle zu halten suchte.

Bezeichnet die oben besprochene Verfügung, wodurch Bürgermeister und Schöffen die Einsetzung von Amtleuten auch für die Tuchmacher aufrecht hielt oder erst anordnete, vielleicht damals das äusserste Stadium ihres Einflusses auf die Gilde, so war es eine gleichsam rückläufige Bewegung, durch welche 1492 die Tuchhändler unter die Gilden und ihre Ordnungen traten.

Bis dahin standen sich hier der Kaufmann und Grosshandel neben und mit dem Rath, der Kleinhandel und das Handwerk in der Gilde, wie zwei gleichberechtigte Mächte gegenüber.

Die Frage, wann und wie diese Scheidung erfolgte, muss allerdings, wie in Osnabrück, unentschieden bleiben. Dort siedelten allmählich die elf Aemter des Kleinhandels und Handwerks von ihrer Gildeswort an den Markt über, an dem sich vor ihnen schon Kaufmann und Höcker niedergelassen. Die so umgesiedelte Gilde fand hier kein Haus für sich neben dem Rathhaus.

Mag das Münsterische Versammlungshaus nun ein Schau- oder Schuhhaus sein, jedenfalls ist es die älteste Versammlungsstätte der 17 Gilden, die wir kennen. Dass es erst bei der angenommenen Vereinigung derselben zum gemeinsamen Local

---

[1]) A. O. S. 297 § 68. — [2]) Tophoff a. O. S. 21.

eingerichtet, darüber wissen wir nichts, eine Nothwendigkeit dazu lag, wie Osnabrück zeigt, zunächst nicht vor. Aber auch dafür fehlt jede Nachricht, dass das Schuhhaus oder Schauhaus von Anfang an ein allgemeines Verkehrslocal gewesen.

Denkbar wäre es, dass, wie anderswo neben dem Kaufhaus erst ein besonderes Rathhaus entstand, so auch hier erst nach der Aussonderung der Grosshändler das Kaufhaus das eigentliche Local des Kleinhandels geworden.

Auch diese Vermuthung muss als unwahrscheinlich bezeichnet werden.

Was in Münster sehr beachtenswerth ist, ist der Umstand, dass die Waage, die dicht neben dem Rathhaus, nicht neben dem Schuhhaus liegt, unzweifelhaft in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts zugleich von Rath und Gilde besetzt wurde, d. h. an den „Hausherrn" verliehen wurde. Ist dieses Verhältniss, wie es scheint, alt, so deutet es allerdings auf eine Zeit, in der einst die Münsterische Gilde wie die „grosse Gilde" zu Menden über Maass und Gewicht verfügte, ehe die Grosshändler aus ihr ausschieden und im Rath ihre Vertretung fanden. Es deutet das weiter darauf hin, dass nicht der Grosshandel, sondern der Kleinhandel, als die eigentliche Gilde, nicht wie in Osnabrück zum Grosshandel hin, sondern von ihm fort sich umsiedelte, aber dabei das alte Recht an der Waage an seinem Theil sich vorbehielt.

Erfolgte diese Secession sehr früh, so ist es um so wahrscheinlicher, dass damals hier wie auch anderswo die Schuhmacher es waren, die entweder das einzige oder das geeignetste Local besassen, das ihren Gildebrüdern einen passenden Versammlungsort bot.

Wenn die Osnabrückischen elf Aemter, die später kein Gildehaus hatten, schon vor 1200 eine Gilde bildeten, so ist jedenfalls die Möglichkeit nicht zu leugnen, dass die Münsterschen Gilden mit einem Gildehaus ebenso alt sein können, eben oder fast eben so lange gegen den Rath und seinen Einfluss gerungen und fast eben in derselben Zeit denselben zurückgedrängt haben mögen.

Aber den Unterschied, wie wir ihn uns zu denken geneigt sind, darf man nicht übersehen.

Die Osnabrücker Gilde blieb im 12. Jahrhundert auf ihrer

Gildeswort, während der Kaufmann sich am Markt ansiedelte; sonderte sich dann in die einzelnen Aemter und siedelte nun Amt für Amt an den Markt über, trat unter den Einfluss des Raths und Rathhauses im 13. und 14. Jahrhundert, bis sich in der Mitte des letzteren der Einfluss der Gildemeister, im 15. das Amt der Aelterleute ausbildete.

Die Münsterer Gilde dagegen wanderte von Rathhaus und Waage fort, bei der der Kaufmann und Wandschneider allein unter dem Schutze des Rathes zurückblieb; erst nachdem sie sich im Schuhhaus festgesetzt, erfolgte die allmähliche Sonderung der Aemter. Dabei behaupteten oder gewannen Rath und Grosshändler eine feste Controlle über Fleischer, Bäcker und Tuchmacher, aber nichts weiter.

Schon um die Mitte des 14. Jahrhunderts hatten alle vereinigten Gilden freie Wahl der Gildemeister, schon gegen den Schluss desselben existirten nicht allein die Aelterleute, sondern ihr Einfluss war so im Steigen, dass die Gildemeister spätestens in den ersten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts das oben besprochene Statut zum Schutz namentlich ihrer eigenen Rechte zusammentrugen.

Gleichzeitig damit begannen 1410 neue Aufzeichnungen im Gildebuch, nach der Abfassung des Statuts erfolgte um 1440 eine neue Redaction des Gildebuchs, die erste, die uns erkennbar.

Ich gehe, wie bei Osnabrück, nicht über diesen Abschnitt hinaus, bleibe also für Münster vor der grossen Bewegung des Hoyaschen Aufstandes stehen.

Nur auf eins ist noch aufmerksam zu machen. Sind die vier Urkunden von 1253, 1257, 1268 und 1309 wirklich vor und um 1309 in das älteste Gildebuch eingetragen und also in extenso der Gilde, d. h. der Gesammtgilde, ihrer Zeit mitgetheilt worden, so würde sich daraus schliessen lassen, dass die Gesammtgilde schon um 1253 bestand und dass sie damals in Betreff der auswärtigen Verhältnisse dem Rath ebenbürtiger als 1446 gegenüberstand.

Die dann hervortretende grosse Pause in den Aufzeichnungen das ganze 14. Jahrhundert hindurch würde sich zuerst aus dem Sinken der Bedeutung der Gesammtgilde erklären, als dessen tiefste Stufe wir vielleicht die Rathsverfügung von 1354 über die „Amtleute“ bezeichnen dürfen, bis dann mög-

licher Weise, ja wahrscheinlich schon vor den neuen Aufzeichnungen seit 1410, in das alte Buch das neue Statut eingetragen wurde, gleichsam der grosse Vertrag einerseits zwischen Rathhaus und Schuhhaus, andererseits zwischen Aelterleuten und Gildemeistern[1]).

Ich bin weit entfernt, diese Vermuthungen als Thatsachen zu geben, aber jedenfalls scheint es mir wichtig, bei dem fragmentarischen Zustand des Materials die Möglichkeiten darzulegen, die sich zur Erklärung desselben aus den bisherigen Betrachtungen ergeben.

Wesentlich vervollständigt wird, meine ich, eine solche Reihe von Combinationen durch die eigenthümlichen Erscheinungen, die uns auf demselben Gebiete die Dortmunder Gildengeschichte bietet[2]).

Die vorstehende Betrachtung und Untersuchung deutscher Gildeverfassungen des 14. und 15. Jahrhunderts hatte den Zweck das fragmentarische Bild zu vervollständigen, das uns die urkundlichen Nachrichten des 12. und 13. Jahrhunderts von der deutschen Kaufgilde bieten.

Vor allen kam es darauf an, einen Ueberblick über die Zusammensetzung dieser Genossenschaften und ihre Stellung nach aussen innerhalb des Verkehrs zu gewinnen, in letzterer Hinsicht namentlich über die Bedeutung der Hanse für solche Genossenschaften.

Die Resultate dieser Untersuchung, soweit sie für diesen Zweck in Betracht kommen, waren folgende: Wir haben eine Reihe von Gilden gefunden, die jedem Verkehrtreibenden, auch den Handwerkern, offen standen und ganz besonders auch sämmtliche eigentliche Kaufleute umfassten. Diese Genossenschaft nannte sich in Groningen schlechtweg die „Gilde", in Lemgo und Göttingen „Kaufgilde", in Menden „grosse Gilde".

---

[1]) Theilweise anderer Meinung wie Nitzsch ist Hansen in seinem Ueberblick über die Verfassungsentwicklung der Stadt Münster. Vergl. Hansen, Westfalen und Rheinland im 15. Jahrhundert Bd. 2 S. 83 ff. der Einleitung. (Public. a. d. K. Preuss. Staatsarchiven Bd. 42). — [2]) Vergl. oben S. 45 Anmerk. 1.

Dieser Begriff entspricht vollständig der Kölner Gilde des 12. Jahrhunderts, der von Stendal, wie sie vor der Ausscheidung der Handwerker noch am Anfang des 13. Jahrhunderts war. Er entspricht aber weiter der englischen Kaufgilde des 12. Jahrhunderts und wir haben allen Grund anzunehmen, dass die dänischen Gilden, deren Statuten aus dem 13. Jahrhundert uns erhalten, eben solche Genossenschaften waren.

Einige dieser Gilden, wie die Mendener, trafen wir in Unterabtheilungen geschieden. Die Annahme lag nahe, dass diese sich so gebildet, wie die Unterabtheilungen der späteren Stendaler eigentlichen Kaufmannsgilde.

Eine solche in Unterabtheilungen geschiedene Gilde war auch die Osnabrücker, die schon aus dem 12. Jahrhundert stammt, aber sie umfasst den Grosshandel nicht, sondern nur Handwerke und Krämerei. Ganz dasselbe galt von der Münsterer Gesammtgilde, die wahrscheinlicher Weise auch bis tief in das 13. Jahrhundert zurück zu verfolgen ist. Wir leugneten nicht die Möglichkeit, dass diese beiden Genossenschaften aus den einzelnen Handwerkergilden sich gebildet haben können.

Eine gewisse Analogie für eine solche Entwicklung boten die Groninger Genossenschaften, die von 1362 an in ihrer Entstehung zu verfolgen, schliesslich 1436 neben der alten Gilde ein gemeinsames Statut gewinnen.

Wären die Osnabrücker und Münsterer „Gilde“ so entstanden und zwar, wie wir festhalten, schon im 13., ja schon im 12. Jahrhundert, so bewiese das doch immerhin, dass man damals gerade unter „Gilde“ nicht eine geschlossene Handwerkerverbindung, sondern wesentlich eine grössere Vereinigung verschiedener Handel- und Gewerbetreibender verstand.

Aber es ist wohl zu beachten, dass die vereinten Groninger Zünfte und Bruderschaften sich zwar als „Gilden“ aber nicht als „Gilde“ bezeichnen, dass sie nicht wie die Osnabrücker früher die Münsterer später ein gemeinsames Local besitzen, und es wird eben dadurch die zweite Annahme die wahrscheinlichere, dass auch diese beiden westfälischen „Gilden“ ursprünglich eine in sich eingetheilte Genossenschaft waren, wie die Lemgoer und Mendener.

Ob sie in der ersten Zeit ihres Bestehens auch wie die übrigen den Grosshändler mit enthielten und wenn, wie dann

die unzweifelhaft später vorhandene Scheidung erfolgte, blieb unklar. Jedenfalls konnte die Möglichkeit nicht geleugnet werden, dass, wie in Stendal der Handwerker dem Kaufmann allein, so hier der Kaufmann dem Krämer und Kaufmann die Gilde überliess.

Wir dürfen demnach annehmen, dass unsere Kaufgilden oder „Gilden“ des 12. Jahrhunderts da, wo sie vorkommen, allen offen standen, die sich überhaupt am Handel und Gewerbe betheiligten. Aber daneben allerdings muss daran festgehalten werden, dass ein Zwang zum Eintritt und andererseits eine ausschliessliche Berechtigung zum Verkehr für diese Genossenschaften nicht anzunehmen ist.

Von den von uns untersuchten Gilden hat die Mendener die Controlle über Maass und Gewicht und den allen Unterabtheilungen gemeinsamen Fleischer- und Höckerbetrieb; dem entspricht es, dass in Münster das Amt der Waage unter der Controlle von Rath und Gilde steht und dass in Groningen die Gilde unzweifelhaft eine weitgehende Gerichtsbarkeit in Handelssachen für alle ihre Mitglieder, ja schliesslich im 15. Jahrhundert für den gesammten Verkehr des Platzes übt.

Da wo die Kaufgilde, wie in Stendal, als Kern der früheren, oder, wie in Göttingen, der noch bestehenden Gilde, nicht im Besitz solcher Gerichts- und Controllbefugniss, aber in der engsten Verbindung mit dem Rath erscheint, liegt die von Lappenberg ausgesprochene Vermuthung sehr nahe, dass sich die Rathsgerichtsbarkeit aus der Gilde gebildet habe.

Dass aber überhaupt eine solche Polizei und Gerichtsbarkeit in Handelssachen, die Controlle des Platzverkehrs, in den früheren Zeiten sich auch bei den deutschen Gilden gefunden habe, dafür scheinen die analogen Verhältnisse sowohl der englischen als der dänischen Gilden zu sprechen, welche wir früher erwähnten.

Die Hanse ist, soweit ich sehe, nicht dieses Recht, aber ihre Verleihung erleichterte wesentlich die Möglichkeit es vollständig zur Geltung zu bringen.

Von den hier betrachteten Gilden fanden sich nur die von Menden, Göttingen und Groningen im Besitz der Hanse und zwar fungirte das Institut an den beiden ersten Plätzen nur daheim, in Groningen „buten landes“.

In Göttingen erscheint es am einfachsten und deutlichsten als das Recht, sich am Detailverkehr zu betheiligen. In diesem Sinne erwirbt und hat man die „Hanse“. In diesem Sinne wird dort das Recht der „Kaufgilde“ gegenübergestellt. Letzteres giebt dem „Kaufmann“ das Recht des Grosshandels oder „samptkopes“, dem Krämer das der „kramerie“.

Denkt man aber diese Scheidung des Gross- und Kleinhändlers und des Handwerkers, wie unzweifelhaft nothwendig, aus der alten „Gilde“ hinweg, so verlieh das Recht der Kaufgilde eben das, was das Groninger „giltrecht“ giebt, d. h. nur den Schutz der Gilde, den Stand unter ihrer Gerichtsbarkeit und das Recht, in ihr Gericht und zu ihren Aemtern gewählt zu werden.

Mit der „Hanse“ erst erwarb sie das Recht, zu dem Verkehr des Platzes überhaupt, sowohl den fremden als den heimischen Handeltreibenden, zuzulassen, also auch ihn von demselben fernzuhalten. Damit war eine wesentliche Handhabe gegeben, die Bedeutung der Genossenschaft erst zur vollen Geltung zu bringen.

In Menden hat die Gilde die Hanse jedenfalls, so weit wir sehen, den Tuchmachern und Krämern überlassen, die in Folge dessen die Tuche des fremden Händlers controlliren und, wenn dazu Veranlassung, vom Markt und aus der Tuchhalle des Rathhauses zurückweisen.

Sie hat aber auch, wie eben gesagt, die ganze unabhängige Controlle über Maass und Gewicht. Schwerlich würde sie dieselbe in dieser Ausdehnung ohne die Hanse haben üben können.

In Göttingen hat die Gilde nur noch die Hanse, insofern sie von ihr „gekauft“ wird; die Entscheidung, in welchen Fällen im Verkehr der Heimischen und Fremden die Erwerbung derselben nothwendig, liegt mit der ganzen Handelsgerichtsbarkeit in den Händen des Raths.

Wir werden später zu erörtern haben, welche verschiedenen Neubildungen diese heimische Hanse später in ihrer Bedeutung herabdrückten oder sie vollständig verschwinden liessen. Viel wichtiger war ihre Bedeutung für die fremden Märkte, sowohl an sich, wie für die Gilde.

Für die Betrachtung dieser Seite der beiden Institute sind die Groninger Statuten besonders lehrreich.

Auf Grund und im engsten Zusammenhang mit dem heimischen Gilderecht bildete sich das „buten landes“ aus.

Die Gerichtsgemeinschaft und der Gerichtsschutz der Gildegenossen wurde an den fremden Plätzen soweit festgehalten, dass auch dort für Streitigkeiten unter ihnen, wo sechs Genossen vorhanden, ein Oldermann und Gilderecht gewählt und auf der Morgensprache Recht gefunden und gesprochen werden konnte, wobei den Parteien das Recht offen blieb, entweder von vornherein oder nach hier erfolgter Entscheidung in zweiter Instanz ihre Sache vor der heimischen Morgensprache zu verfolgen.

Die lebendige Ausbildung dieser Handelsgerichtsverfassung, die wir hier so klar wie nirgend sonst übersehen, musste wesentlich dadurch gefördert werden, dass die Gilde daheim das Recht der Hanse jedenfalls für die Märkte von Utrecht und Köln und einige andere Plätze, um uns des Göttinger Ausdrucks zu bedienen, „verkaufte“.

Man begreift, dass, je lebendiger der auswärtige Verkehr war und je erfolgreicher Gilde und Hanse „buten landes“ zusammen wirkten, um so mehr die Sicherheit und Wirksamkeit des heimischen Gilderechts zunehmen und die Wichtigkeit der heimischen Hanse dagegen abnehmen musste.

In gewissem Sinne sehen wir hier im Kleinen das ganz klare und deutliche Seitenstück zu der Entwicklung des gesammten norddeutschen Verkehrs, wie sie sich in der Geschichte der Hanse vollzog.

Zunächst aber kommt Groningen und sein Gilderecht hier nur in Betracht als das klarste nnd verständlichste Beispiel einer solchen Gilde- und Hanseverfassung, wie wir sie für das 12. und 13. Jahrhundert bei allen Kaufgilden und ihren Hansen für möglich, bei vielen für factisch vorhanden annehmen müssen.

Dass damit nicht zu viel behauptet wird, scheint sich mir schon aus der Betrachtung einiger Statuten aus dem Ende des 13. Jahrhunderts und späteren Datums zu ergeben, die sich jetzt erst ausgiebiger verwerthen lassen.

Vor allen gehört hierher das von Ennen publicirte Fragment eines Kölner Statuts vom Jahre 1424. Dass die Kölner

Gilde, über deren Verzeichniss derselbe Forscher zuerst berichtet hat, mit der längst bekannten Gilde und Gildehalle der Kölner in Zusammenhang gestanden, hatte eben er schon früher ausgesprochen. Die Analogie des Groninger Gilderechts scheint mir die Sache vollständiger klar zu stellen: hier wie dort die heimische Gilde neben der „buten landes". Dass die Kölner Kaufleute lange vor 1258 ein Recht der „hanse" übten, das war aus dem bekannten Schiedspruch dieses Jahres ebenfalls bekannt, ebenso wie dass sich zuerst 1266 und 1267 in London Hamburger und Lübecker der Kölner Hanse entzogen.

Jenes Statut von 1424 zeigt uns nun aber, dass der Kölner Kaufmann in England nur, wenn er die Hanse erworben, zum Verkehr berechtigt ist. Dass dann aber „ubicumque quatuor civium Coloniensium praedictorum in terra Angliae praesentes fuerint, illi quatuor inter se eligere poterunt unum iustitiarium, qui aldermann appellatur, cui alii cives Colon. mercatores secundum ius et consuetudinem eorum antiquam obedire tenebuntur" [1]). Wer diesem Aldermann nicht folgt, soll von dem dazu gewählten Aldermann in Köln in Strafe genommen werden.

Die Gilde in Köln war damals längst verschwunden, aber die Hanse in London und der von den zu ihr berechtigten Kaufleuten gewählte Aldermann bestand noch, neben ihm daheim ein zweiter in Köln, im Jahre 1424 ein Mitglied des Schöffencollegiums, — und das Recht der Hanse.

Ein Vergleich der Kölner und der Groninger Verhältnisse dient auch zur Erklärung der letzteren.

Die heimische Gilde erscheint in Köln im 12. und 13., in Groningen noch im 15., als die Muttergilde für die auswärtige.

Wir wissen, dass der Kölnischen Gilde in London dort die Hanse von den Königen verliehen wurde, wie sie auch die Gilde durch ihre Privilegien schützten; unzweifelhaft beruhten die Groninger Hansen zu Utrecht und Köln auf einer ähnlichen Verleihung Seitens der Bischöfe. Aber die so verliehenen Hansen werden von daheim aus verwaltet und beaufsichtigt, in Groningen noch 1439 von der heimischen Gilde, in Köln

---

[1]) Ennen, Geschichte der Stadt Köln II S. 553 A.

gewiss auch, so lang eine solche bestand, d. h. jedenfalls im 12. Jahrhundert.

Die heimische Hanse begegnet uns dagegen nur in Köln. Wir nehmen nach der Analogie von Göttingen und Menden auch hier an, dass sie ursprünglich der Gilde verliehen war. Aber auf der Hanse beruhte das Stapelrecht des heimischen Marktes; wer von einem Bürger bei dessen Bruch betroffen wird, „ab ipso cive impune et licite arrestari et puniri poterit more antiquo", heisst es in der Urkunde von 1259, „secundum quod vulgo hansin vocatur, quod taliter fieri consuevit, quando civis Col. mercatorem in tali excessu a se deprehensum calamo vel iunco vel aliquo consimili ligamento ligabit."

Treffen wir nun die Groninger Gilde im Besitz der Hanse „buten landes" und daheim in der Vertretung und Ausübung des Stapelrechts, so liegt jedenfalls die Erklärung am nächsten, dass auch dieses Stapelrecht ursprünglich durch und in Folge der Hanse geübt und befestigt worden sei.

Als in Köln die Gilde sich auflöste, scheint gleichsam die Bürgerschaft an ihre Stelle getreten zu sein, in Groningen bleibt die gefestigte und weiter entwickelte Gilde und übt jetzt das alte Recht allein in Folge ihres Gilderechts, neben dem die Hanse ihre Bedeutung verliert.

Als eine eigenthümliche, aber ganz entsprechende Ausbildung derselben Institute wird nun endlich auch die bekannte Flandrische Hanse zu betrachten sein[1]). Es ist die Vereinigung einer Anzahl Flandrischer Städte, die ein Hanserecht unter Hansegrafen und „scildraka" besetzen, vor dem aber nur geklagt werden kann, nachdem der Beklagte „in proprio oppido suo iustitiam facere denegaverit[2]). Von den in dem „ius hansae" jenseits des Meeres erfolgten Urtheilen geht dagegen die Berufung nur an die „in proximis nundinis Flandriae" vereinigten Genossen[3]).

Wie bei dem Groninger Gilderecht und bei dem Kölner Gilderecht ist die Zahl der Berechtigten normirt, die das Recht besetzen können. Wie aber dort eine Minimalzahl, so ist hier

---

[1]) Ihr Statut bei Warnkönig, Flandr. Staats- u. Rechtsg. I Anhang S. 81 f. Lateinisch, S. 87 f. altfranzösisch. — [2]) A. O. S. 82 § 4. — [3]) Ebendort § 5 f.

zunächst die Maximalzahl bestimmt, die das „plenum ius" bildet, von Brügge acht, Ypern vier, von den übrigen zwei oder ein Urtheilsfinder („inventores"), dann aber auch das Verhältniss, in dem, falls aus der einen Stadt die statutenmässige Zahl fehlt, die übrigen zur Ergänzung eintreten. In derselben Weise ist die Ernennung des scildraka geregelt, während der Hansegraf immer aus Brügge sein muss[1]).

Das Motiv ist klar, man wollte ein möglichst zahlreich besetztes Gericht, dabei aber das Uebergewicht der leitenden Städte, namentlich Brügges, sichern und doch die Gefahr vermeiden, durch die Abwesenheit der Mitglieder einer oder der andern Stadt nicht das „plenum ius" mit seinen jedenfalls 28 Mitgliedern besetzen zu können.

Unzweifelhaft ging diese Hanse von Brügge aus; wie es allein den Hansegrafen und die höchste Zahl Urtheilsfinder stellte, so bezog es bis zur Abfassung des französischen Statuts allein die Einkünfte[2]); aber wie die leitende Stadt sich durch diese Ausdehnung der eigenen Hanse die ununterbrochene Thätigkeit ihres „plenum ius" sicherte, so bot sie damit den kleinern und kleinsten Städten Gelegenheit, an den betreffenden Plätzen eines, wenn wir den Groninger Ausdruck gebrauchen, „gilderechts" zu geniessen.

Denn allerdings steht unzweifelhaft diese Hanse auch mit dem Gildrecht ihrer Mitglieder in Verbindung.

Beide Statuten fordern, dass Handwerker oder Kleinhändler, wenn sie in die Hanse eintreten wollen, „per annum et diem officiis suis abiuraverint", und, „caritatem (confrairie) suam habeant, quam caritatem nullo modo habere possunt, nisi prius dederint unam marcam auri vel tantum plus, quantum plus scabinis et consilio villae suae bonum visum fuerit, tunc possunt hansam suam emere 30 sol. 3 den sterl. — et illos 3 denarios habent comes hansae et scildraca sicut prius."

Das Eintrittsgeld für die gewesenen Handwerker in die caritas oder confrairie ist genau dasselbe, was 1231 die Stendaler gilda mercatorum für sie festsetzte[4]). Ich will auf

---

[1]) Ebendort § 3. — [2]) A. O. S. 85 § 10. — [3]) Ebendort S. 81 § 2 cf. § 1 a. E. S. 84 § 5. — [4]) Götze, Stendal S. 103.

diesen Umstand kein Gewicht legen, aber allerdings scheint es mir, dass die hier erwähnten Genossenschaften diejenigen sind, die sonst als „comanorum gildae“ bezeichnet werden und die gewiss nichts anderes als „kopmannsgilden“ sind[1]).

Freilich verkauft hier nicht die Gilde unmittelbar die Hanse, wie in Göttingen und Groningen, aber der Zusammenhang zwischen Gilderecht und Hanse liegt doch klar vor. Wie in Göttingen keineswegs jeder Gildebruder Hansebruder war, so auch hier, der Unterschied ist jedoch eben der, dass der Göttinger Hansebruder das Gilderecht in seiner ganzen oder halben Bedeutung gewinnen konnte, der Flandrische es besitzen musste. Hier liegt das Hauptgewicht in der Hanse, dort lag es, wie gewiss Anfangs überall, in der Gilde.

Und dem entspricht es weiter, dass in Göttingen die rathsbürtigen Geschlechter Mitglieder der Gilde waren, in jenen Flandrischen Städten gewiss auch, dass aber diese letzteren vor allem daneben Mitglieder der „hansa Londinensis“ sein mussten[2]).

Es ist auf diese später zurückzukommen, hier schliessen wir vorläufig diese Betrachtung, um zunächst den Versuch zu machen, aus den so gewonnenen Thatsachen das Bild unserer ältesten Kaufmannsgilde im 12. Jahrhundert zusammenzustellen.

Es wird im Anfang der Schilderung, die wir hier versuchen, nicht überflüssig sein, nochmals hervorzuheben, dass es sich dabei nur um diejenigen Genossenschaften handelt, welche wirklich Gilden genannt wurden, dass diese nur in Norddeutschland vorkommen und dass daher alle ähnlichen oder entsprechenden süddeutschen Verbindungen ausserhalb unserer Betrachtung liegen.

---

[1]) Warnkönig a. O. S. 351 A. 82. Ich verstehe nicht, weshalb der Verf. die Entstehung dieser Gilden ins 14. Jahrhundert setzt, da er selbst aus einer Urkunde der Gräfin Margaretha f. Gent von 1274 die Verfügung anführt, dass die „probi viri ex comanorum gilda“ zu nehmen seien. — [2]) Warnkönig a. O. II, 1, Urk. S. 98: Statut f. die Schöffen v. Brügge v. 1240: Insuper manuoperarius quicumque fuerit, nisi per annum et diem a manu opere suo se abstiunerit et hansam Londoniensem sit adeptus, a nobis in scabinum eligi non debet. Ebendort S. 149 und II, 2 Urk. n. 9 für Dam, n. 149 § 43 f. Ardenburg.

Hält man diese Unterscheidung fest, so ergiebt sich sofort die wichtige Thatsache, dass diese Genossenschaften keineswegs ihrer Entstehung nach als Theile oder Producte der städtischen Verfassungen zu betrachten sind.

Man kann in England, wo das Recht der Gilde ganz wie das der Hanse vom König verliehen ward, beide gleichsam als Grundlagen städtischer Verfassung betrachten.

Die deutsche Gilde des 12. Jahrhunderts erscheint nirgends als Gegenstand fürstlicher Verleihung, die Hanse häufig.

Erstere ist daher als eine selbständige und unabhängige Bildung zu betrachten, deren Zweck und deren Wirksamkeit durch die Verleihung eines Stadtrechts ebenso sehr gefördert als beeinträchtigt werden konnten.

Damit ist die zweite Thatsache gegeben, dass nirgend von vornherein der Begriff, sei es der Bürgerschaft oder der „Vollbürgerschaft“, mit dem der Gilde an sich zusammenzufallen braucht[1]), ja dass er nirgends mit ihr zusammenfällt.

Das Groninger Gilderecht verlangt für die Aufnahme des Gildegenossen nicht, dass er „borger“, sondern nur, dass er „buerscap“ erworben habe, nicht dass er „eigen“ oder „torfachteigen“, sondern dass er ein halbes Jahr „eigen rauch und licht“ gehalten habe.

Wilda hat eben, weil „höchst“ wahrscheinlich die ältesten Schutzgilden in den Städten mit der erbgesessenen Bürgerschaft identisch waren, die eine „conjuratio, ein convivium conjuratum bildeten“, die Handwerker von seinen Schutzgilden ausgeschlossen. Zum Beweis für die erste Behauptung kommen die Dänischen Städte kaum, von den Deutschen, die er heranzieht[2]), ausser Köln jedenfalls keine für uns in Betracht; das Verzeichniss der wirklichen Kölner gilda mercatorum, das er freilich noch nicht kannte, beweist auf den ersten Blick, dass seine Namen nicht entfernt alle der erbgesessenen Bürgerschaft angehörten; dass allerdings Handwerker Gildebrüder

[1]) Unter den von Gierke a. O. Bd. 1 S. 321 ff. nach Wildas Vorgang mit besonderem Nachdruck hervorgehobenen „Schutzgilden“ der „Patriciergemeinde“ oder „Altbürgergilden“ befindet sich keine einzige Genossenschaft, die „Gilde“ genannt wird. — [2]) Gildenwesen, Hauptst. 4 Abschn. 2. Es sind ausser Köln Speier, Strassburg, Frankfurt, Lübeck.

sein konnten, haben wir oben auch aus diesem Verzeichniss constatirt[1]).

Bei keiner wirklich so genannten Gilde wird, so weit ich sehe, Erbgesessenheit als Bedingung der Mitgliedschaft verlangt, ja wenn das Groninger Statut ausdrücklich fordert, dass jedes Mitglied ein halb Jahr vor seiner Aufnahme buerscap erworben haben und nicht vor zwei Jahren nach derselben sie aufgeben sollte, so gewinnt man doch den Eindruck, dass es sich hier um einen sehr fluctuirenden Bestand und keineswegs um eine erbgesessene Bürgerschaft handle. Dem entspricht es, dass auch später nach Ausschluss der Handwerker selbst Gilden, die mit dem Rath in so enger Verbindung standen wie die von Stendal, Nichtbürger in Menge als Mitglieder aufnahmen[2]).

Gehen wir aber von dieser negativen Thatsache aus, so entspricht ihr andererseits eine Reihe positiver Erscheinungen. Es sind wesentlich die Interessen des Handelsverkehrs und des Gewerbes, die bei der ganzen Thätigkeit dieser Genossenschaften in den Vordergrund treten, sowohl daheim als in der Fremde, ja eben diejenigen Gilden, die im Verlauf der Zeit als eigentliche Rathsgilden erscheinen, treten ganz überwiegend und mit deutlicher Bezeichnung in Stendal als „kopmann" und „severen", in Göttingen als „kopgilde" auf.

Wo dagegen, wie in Münster und Dortmund, unzweifelhaft eine erbgesessene Bürgerschaft, betheiligt am Handel und dem Grosshändler verbündet, geschlossen an der Spitze der Stadt erscheint, wo also nach Wilda die Sache und der Name vor allem zu erwarten wären, da gerade fehlt er und statt der „gilde", ja im Gegensatz zu ihr treffen wir in Münster die erfmannen, in Dortmund die „Reichsleute" und die „Erbgesessenen".

Streichen wir also die Gilden der erbgesessenen Altbürger, so tritt auch die auf freies Eigenthum begründete Freiheit der Mitglieder vollständig für die Betrachtung in den Hintergrund. Aber um so entschiedener werden wir behaupten dürfen, dass allerdings die persönliche Freiheit der Mitglieder als eine selbstverständliche Bedingung galt, ebenso unerläss-

---

[1]) Vergl. oben S. 15 — [2]) Götze a. O. S. 107.

lich wie die der ehelichen Geburt von Vater und Mutter. Das Statut der Goslarer Kaufleute, das, wie noch später zu betrachten, den Handwerker keineswegs ausschliesst, gestattet den Kauf der Gilde „jowelken bederven manne de echt und adelsone geboren sy und syne ere bewaret hebbe“ [1]).

Die Pflicht, den Genossen im Volksgericht durch Eid und Zeugniss zu unterstützen, die allerdings in deutschen Statuten nur noch in Groningen begegnet, machte ursprünglich die persönliche Freiheit derselben zur nothwendigen Voraussetzung.

Damit ist aber auch die andere Thatsache gegeben, dass die ältere und älteste Gilde dieser Art nur den freien Handwerker und den freien Kaufmann als Genossen kannte, d. h. dass ihre eigentliche Bedeutung noch vor der Zeit liegt, wo in Norddeutschland das hörige Handwerk, wo solches vorhanden, in den Verkehr eintrat.

Dem entspricht es, dass diese Genossenschaften jedenfalls überall die Formen und Ordnungen ihrer Gerichtsversammlungen gerade wie die persönlich freien Vogteileute denen des Volksgerichts nachbildeten [2]). Die Eröffnung des Gerichts und der ganze Gang der Verhandlung bewegt sich in derselben, sowie, soweit ich sehe, diese Versammlungen in Deutschland ursprünglich nicht in einer Gildehalle, sondern wie das Volksgericht unter freiem Himmel gehalten wurden.

Noch im 15. Jahrhundert hält das Groninger Gilderecht „op dem kerkhove“ seine Morgensprache. In Osnabrück und Goslar wird als ältester und eigentlicher Versammlungsort der Gilde ihre „wort“ (area) nicht ihr Haus genannt [3]).

Allerdings kommen später, aber meistens recht spät, Gildehäuser der Gewerke vor, eben aus der Zeit, in der Aemter und Innungen mit Vorliebe diese Bezeichnung annahmen [4]), daneben aber muss es auffallen, dass wir für jene allgemeinen „Gilden“, von denen wir hier sprechen, auf deutschem Boden den Namen der Gildehalle kaum gebraucht finden. Das älteste,

---

[1]) Vaterl. Archiv f. Niedersachsen 1841 S. 26, der Herausgeber Havemann citirt mit Recht die Stelle Weichbildr Art. 6: Unnd hertzogen und ander fürsten viel und darzu mannige gute manne die nu kauffleute heissen etc. — [2]) Götze, Stendal S. 108 über die Nordheimische Morgensprache Vaterl. Archiv für Niedersachsen 1838 S. 313 ff. — [3]) Vergl. oben S 45. — [4]) Vergl. Nitzsch a. O. I S. 27 ff.

und soweit ich sehe, jetzt einzig vorliegende Beispiel ist die ghildhalla, die der Graf von Flandern 1151 den Bürgern von St. Omer schenkte[1]), die „Hallen" von Gent, Brügge und Ypern führen nicht diesen Namen, in Deutschland heisst das Haus, was die Markgrafen 1233 der Gilde zu Salzwedel für den Tuchhandel einräumen, domus communis et venalis, 1356 „eyn gemeyn reythuus", 1370 „rathus, gewandhus und gemeine koufhous an einem gebuwe"[2]), das zu Stendal 1243 theatrum[3]). Also auch der Ausdruck Gildehaus kommt nicht vor; das Versammlungshaus der Gilden in Dortmund war das Lohus, in Münster das Schohus, in Köln fehlt jede Spur eines solchen Hauses.

Jedenfalls muss das den zahlreichen englischen „Gildehallen" gegenüber auffallen.

Beachtenswerther aber ist der andere Umstand, dass wir die Verleihung einer Gilde, die in England ganz gewöhnlich, auf deutschem Boden nicht kennen, dass aber unzweifelhaft hier wie in England das Recht, sich eine Halle oder Haus zu bauen oder dieses Local selbst, den Gilden von der Herrschaft unmittelbar oder mittelbar durch den Rath verliehen wird. Das ist schon bei jener Gildhalle von St. Omer 1151 der Fall[4]), die von Ypern lag sicher zum Theil auf dem Grund und Boden der Tempelherren, Dam erhielt 1241 von den Grafen das Recht der stallpenenge, ita ut possint habere hallam ad utilitatem villae"[5]). 1233 traten die Markgrafen in Salzwedel der dortigen Gilde ab, was sie, „in domo communi et venali nunc primum de novo ad communes usus instructa", irgend an Rechten haben, mit Ausnahme eines noch darauf stehenden Lehns[6]), und ebenso 1241 in Stendal, „quicquid iuris habuimus aut proprietatis in theatro, ut idem theatrum in usus suos redigant"[7]).

Man sieht, die Benutzung eines bedeckten gemeinsamen Verkauflocals ist bis in die Mitte des 13. Jahrhunderts diesen Gilden nur durch fürstliche Verleihung möglich, ohne sie haben sie, soviel wir sehen, in Deutschland nur ihre Wort[8]).

---

[1]) Ebendort I Urk. S. 32. — [2]) Riedel a. a. O. A. 14 S. 1, S. 112, S. 152. — [3]) Riedel a. a. O. A. 15 S. 11 — [4]) Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte Bd. 7 S. 402. — [5]) Warnkönig a. a. O. II, 2 Urk. n. 111. — [6]) Riedel a. O. A Bd. 14 S. 1. — [7]) Ebendort Bd. 15 S. 11. — [8]) Wenn die Salzwedeler Gilde noch 1356 eine sehr geräumige

Und diese Wort ist in den wenigen Fällen, wo wir sie bestimmt nachweisen können, nicht der Markt; in Goslar lag sie an ihm, in Osnabrück in einem ganz andern Stadttheil[1]).

Endlich ist aber die deutsche Gilde, wie das schon bemerkt[2]), keineswegs im 12. und 13. Jahrhundert stets mit der Hanse verbunden.

Es soll damit für frühere Perioden nicht in Abrede gestellt werden, dass eine gewisse Beziehung zwischen den beiden Instituten bestand und wir werden an seinem Ort uns dieselbe klar zu machen suchen, hier ist zunächst nochmals hervorzuheben, dass, wie die dänische Gilde das Recht der Hanse überhaupt nicht kennt, es in Deutschland auch Gilden ohne dieses Recht gab.

Wir haben oben nachgewiesen, dass erst mit dem Recht der Hanse die Gilde das Recht erlangte, sowohl auf dem eigenen wie auf dem fremden Markt sämmtliche Verkehrtreibende ihres Platzes in ein bestimmtes Verhältniss der Unterordnung zu sich zu setzen. Ohne Hanse war sie daher unzweifelhaft nur eine Vereinigung freiwillig verbundener Genossen ohne ein Zwangsrecht, aber auch ohne jede Abhängigkeit nach aussen.

Eine solche Genossenschaft mit einer in sich abgeschlossenen Gerichtsbarkeit innerhalb des Landrechts ist weniger auffallend, wenn man erwägt, dass auf Sächsischem Boden jedenfalls auch die Gerichtsbarkeit des Bauermeisters nicht eine königliche war, sondern „eine aus der vom Landrecht geduldeten Selbstverwaltung der Gemeinden“ herfliessende[3]). Hatte deren Ausübung „vom landrechtlichen Standpunkt aus gesehen die Bedeutung eines schiedsrichterlichen Sühneverfahrens, bei dessen Misslingen die eigentliche Gerichtsgewalt des Landrichters eintritt“, so war die Gerichtsbarkeit der Gildegerichte einer solchen Gewalt nicht allein analog gebildet, sondern sie entsprach ihr auch insofern, als sie sich wesentlich in demselben Kreis und Umfang zur Geltung brachte.

„area prope domum pannicidarum“ zu mehreren Hausplätzen verkauft, Riedel a. O. Bd. 14 S. 111, so könnte das wohl ein Stück oder der Rest ihrer alten Wort sein.

[1]) Vergl. die Bemerkungen oben S. 45 ff. — [2]) Vergl. S. 64. — [3]) Planck, Das Deutsche Gerichtsverf. i. Mittelalter I S. 11 A. 23.

„Der Bauermeister ist der Vorstand der buren eines Dorfs, der burscap, welche unter seinem Vorsitz zum Besten des Dorfs nach Stimmenmehrheit Beschlüsse fassen und Anordnungen treffen. Als solcher hat er im echten Ding des Grafen oder Vogts die Vorkommnisse seines Dorfs in der gesetzlichen Ausdehnung zu rügen, vertritt er das Dorf gegenüber der Forderung einen auf handhafter That Verfolgten auszuliefern. — Mit dem Amt des Bauermeisters ist eine gewisse geringe polizeiliche Gerichtsgewalt verbunden. Er richtet nämlich über kleine Tagesdiebstähle unter drei Schilling an Werth und marktpolizeiliche Fälschungen, doch nur auf handhafter That. Sein Gewette beträgt 6 Pf., dagegen fallen die drei Schilling, womit der vor ihm Verurtheilte Haut und Haar lösen kann, an die Bauern zum gemeinsamen Vertrinken. Spätere Zusätze erweitern die Gerichtsgewalt. Er schlichtet Streitigkeiten über Beeinträchtigung des Gemeindelandes, soll auch über Pfennige und andere gestohlene fahrende Habe richten dürfen, in seinem Gericht kann sogar der Bauer wirksam auf die Theilnahme an der elterlichen Erbtheilung verzichten. Dagegen verfesten kann er so wenig wie der Frohnbote“ [1]).

„Im Echteding und bei der Gerichts- und Waffenruffolge führt der Bauermeister die Gemeinde an, sowie der Richter seinen Gerichtsbann, und jene müssen folgen, wenn ein Haus zu berennen, auf 3 Tage. Ausserdem hat aber die Gemeinde ihren bestimmten Rechtskreis innerhalb dessen sie mit dem Bauermeister schaltet. Zuerst hat das Dorf Frieden, darum darf man dort keine Waffen tragen und keine Thürme bauen. Was der Bauermeister mit der Mehrheit der Bauern zu des Dorfes Frommen beschliesst, dem darf die Minderzahl nicht widersprechen. Aber kein Ausmann ist verpflichtet, ihnen nach ihrem besondern Dorfrecht Rede zu stehen. Ueberhaupt dürfen selbst diejenigen, die ein neues Dorf anbauen von wilder Wurzel, nichts beschliessen, womit sie dem Landrichter sein Recht kränken“ [2]).

Dass diese eigenthümliche Selbständigkeit der Dorfverwaltung zum Theil gestört wurde durch die Verbindung der

[1]) Planck a. O. Bd. 1 S. 11 f. — [2]) Stüve, Wesen und Verfassung der Landgemeinden in Niedersachsen und Westfalen S. 113 f.

Bauern als Gildebrüder und dass somit nicht allein in Westfalen, sondern auch in andern Theilen Niedersachsens Bauerschaft und Bauerngilde sich vollständig deckten, ist schon früher angedeutet und neuerdings durch eine Reihe urkundlicher Belege festgestellt worden[1]).

Es steht weiter fest, dass die eigenthümliche Zusammenfassung solcher rein localen Ordnungen behufs ihrer öffentlichen Verkündigung die s. g. buerspraken, in ihrer einfachen ursprünglichen Form sich in die voll ausgebildeten Städteverfassungen Norddeutschlands hinein Jahrhunderte hindurch fortgepflanzt hat[2]).

Um so wichtiger ist es, sich klar zu machen, was in und neben einer solchen Bauerschaft und ihren Ordnungen eine Kaufgilde ursprünglich bedeutete.

Sie erscheint unter ihrem Aldermann oder Gildemeister als eine ebenso natürliche Bildung im Interesse der nichtbäuerlichen vielmehr wesentlich am Verkehr betheiligten Genossen. Dass auch der Bauermeister den Verkehr überwachte, ist schon oben gesagt. In Schwelm soll er „licken alle maten, scheppel, verdel, beker und ellen, vort alle gewichte und sall die brennen.“ Die Brüche für „ungewroigt und ungebrannt“ Maass ist im Weisthum festgestellt[3]), es scheint, dass der Bauermeister das Maximum für die Brodpreise feststellte. Ebenso gehörten nach dem ältesten Soester Recht die „iniuste mensurationes et mensure corrigende“ mit der Bestrafung der Bäcker den Burrichtern[4]).

Weshalb aber diese Marktgerichtsbarkeit unzweifelhaft ältester Zeit hier ihre Gränzen hatte, in Soest z. B. Wein- und Oelmaasse nicht dem Bauerrichter, sondern dem Rath gehörten, das ergiebt sehr deutlich das Vestenrecht von Hagen, das die Festsetzung der Preise für alle fremde Waare, „dat se datsülbige wegen und bekoren, dat et synes geldes wert sy“, dem „bouwmeister“ überträgt, mit Ausnahme des Weins

---

[1]) Stüve a. O. S. 113 f., Wilmans, Zeitschr. f. Culturgesch. N. F. III S. 1. — [2]) Ueber die buersprake z. Lübeck s. Melle, Gründl. Nachricht von Lübeck S. 110, Dreyer, Einleitung z. Kenntniss u. s. w. S. 100 zu Wismar Burmeister, d. Bürgersprachen und Bürgerverträge der St. W. S. III f. — [3]) Grimm, Weisthümer Th. 3 S. 28. — [4]) Iustitia Susat. § 37 f.

und der fremden Biere, die der Verkäufer „dem richter proven laten sall, und de richter sall em den wyn off byer setten, wat et wert sy“, nachdem der Verkäufer eidlich angegeben, „wat et ene gekostet hebbe.“ Nur für den Fall der Abwesenheit des Richters behilft man sich mit der Weinprobe des Bauermeisters [1]).

Die Gränze seiner Marktpolizei war also hier gezogen, soweit der einfache Bauernverstand sich ein sicheres Urtheil zutrauen konnte, darüber hinaus sprach einerseits das Landrecht dem Dorfbeamten das Recht ab und reagirte unzweifelhaft andererseits die Sachkunde des dabei interessirten Kaufmanns.

Denkt man sich vor der Entwicklung des städtischen Verkehrs den Händler und Kaufmann dem bäuerlichen Gemeinderecht gegenüber, so stehen wir hier an einem der Punkte, wo sich sowohl im Interesse der Käufer das Bedürfniss einer sachkundigen Controlle, als in dem des Verkäufers, das eines sachkundigen Schutzes ergab.

Neben der Bauerschaft und ihrer wirthschaftlichen Controlle entstand dem Landrecht gegenüber als eine analoge Bildung die Kaufmannsgilde.

Die Gegensätze, um die es sich dabei handelt, sind klar, es ist zunächst der der Producte des Platzes selbst in all ihrer ursprünglichen Einfachheit, und der aus der Fremde importirten in all ihrer anfänglichen Seltenheit; jene sind innerhalb der Gemeinde jedem bekannt und leicht zu schätzen, diese nur dem Kaufmann.

Schreitet der Verkehr vor, so werden, je entschiedener der Bauermeister sich behauptet, um so mehr die Handeltreibenden zu gegenseitigem Gerichtsschutz sich vereinigen.

Seitdem und so lange die höheren Gewalten nicht gegen die Gilden einschritten, d. h. in der ganzen ottonischen und salischen Zeit, mussten auf Sächsischem Boden sich diese beiden Bildungen einander gegenüberstehen und gegenseitig beeinflussen.

Auf der einen Seite konnte die heimische Production sich

---

[1]) Grimm a. O. Th. 3 S. 36, 18 f.

an den verschiedenen Plätzen in verschiedenem Grade nach verschiedenen Richtungen entwickeln.

So gleichmässig auch im ganzen die Lage unserer Landwirthschaft war, schon das Verhältniss zwischen Viehzucht und Fruchtbau war hier und dort ein anderes und in Folge dessen auch das der Gewerbe, die sich unter solchen Voraussetzungen entwickelten. Eines der ältesten Beispiele zu nennen, so beruht die friesische Wollenindustrie doch auf dem Uebergewicht der Schafzucht über den Ackerbau jener grossen Sommerweiden. Die früh ausgebildeten Wollengewerbe der rheinischen, die überwiegenden Ledergewerbe der westfälischen Plätze sind gewiss in ähnlicher Weise zu erklären.

Mit der Zunahme solcher Gewerbe veränderte sich der Charakter der betreffenden Bauerschaften ganz oder zum Theil und damit die Aufgabe der Verkehrscontrolle.

Der Bauer, der seine Webereien selbst in der Nachbarschaft oder auf dem heimischen Markt absetzte, wird dadurch unbewusst zum halben Kleinhändler und zum Vermittler ausländischer Waaren und Geschäfte.

Wir müssen uns hüten, überall von Anfang an, ja selbst später, die scharfe Scheidung zwischen den einzelnen Gewerben, zwischen Gewerbe und Handel und wieder für diesen in Gross-Kleinhandel und Höckerei vollzogen zu denken.

Eben dafür bietet die oben wiederholt besprochene Mendener Gilde ein so lehrreiches Beispiel. Selbst nachdem die Wollengewerbe sich hier in Tuchmacher, Schneider und Wandschneider — denn das sind hier auch die Kramer — geschieden, sind sie alle noch zur Schlächterei und Höckerei berechtigt.

Wir erkennen also, wie hier die Sachen lagen, als die Gilde sich fest abschloss: nur diese Betriebe hatten eine gewisse Bedeutung gewonnen, aber nicht selbständig, sondern als die gemischten und combinirten Thätigkeiten einer halb kaufmännischen Bauerschaft, die es aber trotz alledem, oder richtiger, eben deshalb, nicht zum Grosshandel brachte.

Dass sie doch die Hanse erwarb und sich auch die gesammte Aufsicht über Maass, Gewicht und Waaren verschaffte, d. h. also den Bauermeister vollständig nach dieser Seite mattsetzte, das zeigt, dass das Dorf wahrscheinlich schon ein

Höcker- und Krämerdorf geworden war, ehe es um die Mitte des 13. Jahrhunderts Stadt ward.

Eine ähnliche Entwicklung war es, wenn in Groningen die Gilde jene Stellung gewann und behauptete, von der wir oben gesprochen; eben weil sie wahrscheinlich früh als die eigentliche Vertreterin des Verkehrs, das Gilderecht als das Handelsgericht anerkannt ward, musste die Bedeutung der Kluftvorstände und ihrer Gerichtsbarkeit so gering und unklar werden, wie sie erscheinen [1]).

Jedenfalls hat an dem letztgenannten Platz der früh entwickelte auswärtige, ja überseeische Verkehr, der uns bezeugt ist, den Einfluss der Handelsgenossenschaft rascher und nachdrücklicher zur Geltung gebracht.

Und noch mehr musste das der Fall sein, wenn sich die Gilde nicht aus einer einzelnen Bauerschaft und für sie allein bildete, sondern die Gewerbe- und Handeltreibenden benachbarter Gemeinden sich zur Vertretung ihrer Interessen zusammenschlossen.

Es ist nicht zu bezweifeln, dass das häufig der Fall war. Hat sich doch Soest selbst als der merkantile Mittelpunkt von fünf grossen Bauerngemeinden unter ihren Bauerrichtern entwickelt [2]), treffen wir doch in Köln die einzelnen Bauerschaften im Besitz von Kaufplätzen auf dem Altenmarkt [3]) zur Zeit, wo über ihnen die gilda mercatorum die gemeinsame Vereinigung Handeltreibender aus allen Bauerschaften war.

In Soest, wo die Gilde fehlt, hat sich, wie schon gesagt, die Marktgerichtsbarkeit der Bauerrichter in ihren alten Gränzen behauptet — auf die Geschichte der Kölner Verfassung gehen wir hier nicht ein —, aber erst 1180 wurden die Bauerschaften aus jenen Erwerbungen auf dem gemeinsamen Markt verdrängt, hier kamen zwischen Gilde und Bauerschaften andere Gewalten in die Höhe.

Aber die Verhältnisse dieser grossen Plätze zeigen doch, welche Anziehungskraft für solche benachbarten Bauerschaften

---

[1]) Diest-Lorgion, Geschiedkundige Beschrijving der stad Groningen D. 1 S. 80. — [2]) Barthold, Soest, die Stadt der Engern S. 32. Seibertz, Landes- und Rechtsgeschichte von Westfalen Bd. 3 S. 432. — [3]) Ennen, Geschichte der Stadt Köln II S. 446.

im Verkehr lag. Von ihnen aus gewinnen andere Thatsachen ein besseres Licht.

Die Gildewort von Osnabrück, ausserhalb der alten Burgstadt und fern von ihrem „Markt", lag „zwischen den beiden Ortschaften Nortorpe und Hege", die sich schon im 12. Jahrhundert als Aussenburg zusammengezogen. Erwägt man diese Thatsache, so kann es kaum zweifelhaft sein, dass diese Gilde sich aus dem Verkehr jener beiden Bauerschaften gebildet hatte, ehe sie mit einander sich vereinigt und dann in die Stadtverfassung eingetreten; ihre Burrichter sind spurlos verschwunden, die Gilde selbst wurde von dem Marktrecht der Burgstadt Osnabrück und ihrem Burgericht fast vollständig absorbirt, bis sie, wie oben hervorgehoben, gegen das Ende des 14. Jahrhunderts eine neue Bedeutung gewann [1]).

Ganz ebenso wie hier lag aber auch das Local der Stendaler Gilde, „fast genau in der Mitte der früheren Dörfer Stendal und Schadewachten, welche ungefähr 1000 Schritt von einander lagen" [2]). Die Thatsache, dass hier zwischen zwei vorhandenen Dörfern ein Markt und eine Stadt gegründet ward und nicht das eine oder andere Dorf Stadtrecht erhielt, ist so auffallend und singulär, dass sie für sich allein zur Annahme drängt, hier habe vor der Stadtgründung die Gildewort beider Bauerschaften gelegen. Sie ward dann eben nicht im weiteren Verlauf von dem benachbarten städtischen Markt wie zu Osnabrück gleichsam aufgesogen, sondern verwandelte sich durch die Anlage der Markgrafen einfach in den Markt der neuen Stadt oder vielmehr in diese selbst, einen anfänglich eng begränzten ganz kaufmännischen Platz, in dem erst später der Dom entstand, zwischen der schon bestehenden Burg und den beiden Bauerschaften [2]). Steht es unleugbar fest, dass aus der alten Gilde der Rath besetzt ward, dass das gemeinsame Rath- und Kaufhaus am Markt ursprünglich das eigentliche Haus der Gilde war und dass die Rathmänner unabhängig vom Vogt und Schultheissen das „Burding" hielten und darin die gesammte Marktpolizei vom Wein- bis zum Brodhandel verwalteten, so wird man sagen dürfen, dass hier eine Gilde durch die Gründung einer Marktstadt die Kraft

[1]) Stüve in Mittheilungen V S. 1. — [2]) Götze, Stendal, S. 32 ff.

gewann, die benachbarten Bauerschaften und ihre Bauersprachen vollständig sich unterthan zu machen.

Uebersieht man nach dem Gesagten, wie verschieden die Stellung und die Verhältnisse der Gilden daheim gestaltet sein konnten und wie ihre Ausbildung dort durch die localen Eigenthümlichkeiten des einzelnen Platzes, das Ineinandergreifen kleinerer und grösserer Gewalten bedingt war, so tritt um so schlagender hervor, was eben deshalb für sie die auswärtigen Verhältnisse bedeuteten.

Die Unzuträglichkeiten und Schwierigkeiten, welche in der heimischen Gemeindeverfassung für die Verkehrsentwicklung liegen konnten, kamen doch kaum in Betracht gegen die Gefahren, die dem Geschäftsmann auf dem fremden „Ufer" und im fremden Gerichte drohten. Verpflichtung des Landsmanns hier dem Landsmann in allen Fällen zur Seite zu stehen, war so von selbst geboten und gegeben und der Werth einer solchen Hilfe für den Bedrängten und sein Gut war so unschätzbar, dass sie sich gleichsam unwillkürlich organisiren musste. Es muss daher als selbstverständlich erscheinen, dass auch der deutsche Kaufmann in den früheren Zeiten den angeklagten Gildebruder von der Herberge auf den Markt, von dort wieder in die Herberge bewaffnet geleitete, ihm mit seiner Waffe, seinem Eide und seinem Zeugniss zur Seite stand, seine Flucht, wenn er des Todschlags schuldig, zu Land und See unterstützte, wie es uns die dänischen Statuten für den dänischen Kaufmann noch im 13. Jahrhundert zeigen [1]).

Aber die Häufigkeit solcher gefährlichen Fälle wurde wesentlich verringert, die innere Eintracht und dadurch die Leistungsfähigkeit der so bedrohten Genossenschaften eben so entschieden gesteigert, wenn es gelang, für ihre eigenen Streitigkeiten unter einander eine genossenschaftliche Gerichtsbarkeit eben in der Fremde zur Anerkennung zu bringen, und zwar

---

[1]) Vergl. oben S. 10 ff. Bei der Aufnahme in die Stendaler Gilde wurde der Gildebruder noch im 17. Jahrh. „besonders auf die Bestimmung des Gildebriefs verpflichtet, dass er bei seinem Gildebruder, wenn dieser auf Reisen in Krankheit oder irgend welche Noth gerieth, einen Tag und eine Nacht auf eigene Kost verbleiben müsse bei Verlust der Gilde", Götze a. O. S. 111.

zunächst unter sich selbst, den eigenen egoistischen Interessen gegenüber.

Denn wie hoch man auch von dem germanischen „Gedanken der freien Einung" denken mag, in jener ersten Periode jedes Verkehrs, wo der Kaufmann und der Seeräuber sich oft zum Verwechseln ähnlich sehen, werden wir uns die Schwierigkeit nicht gross genug denken können, Kauffahrer, die für denselben heimischen Platz auf demselben fremden Markt ihre Einkäufe machten, zur Anerkennung des Urtheils der Genossen mitten in der wilden Fremde trotz aller Geschäftseifersucht zu bestimmen.

Dass der dänische Kaufmann, so weit ich sehe, nirgends, dass auch der angelsächsische nur an wenigen ausländischen Plätzen es zur Ausbildung eines solchen „Gilderechts" brachte, mag zum Theil in der geringen Entwicklung seines Verkehrs seinen Grund haben. Aber andererseits beruht doch zum Theil die grosse Entwicklung des deutschen Handels eben auf der deutschen überseeischen Gilde, und so bleiben wir immer vor der Frage stehen, wodurch diese gefördert ward. Eine Reihe von Thatsachen haben uns oben gezeigt, dass die Formen dieser Organisationen in der früheren Zeit wahrscheinlich überall wesentlich dieselben und ebenso wahrscheinlich weit verbreitet waren.

Der Anfang lag überall in der Bildung einer Kaufgilde daheim. Eben dass sie, wie wir nachwiesen, die Scheidung zwischen Kaufmann, Krämer und Handwerker noch nicht kannte, dass sie aber nur persönlich freie Mitglieder enthielt und dass der Bestand ihrer Genossen ein zum Theil häufig wechselnder war[1], musste auf der einen Seite einer solchen Genossenschaft mannigfache und verschiedene Kräfte zuführen, aber auch andererseits den inneren Zusammenhang nur zu leicht in Frage stellen. Das überall auch später noch hervortretende Princip, den Söhnen der Genossen den Eintritt zu erleichtern, mag von andern ähnlichen Genossenschaften, wie manches andere, überkommen sein, jedenfalls musste es den erwähnten Thatsachen gegenüber sich besonders empfehlen. Eben deshalb erbte das Gilderecht vom Vater auf die Kinder;

---

[1]) S. oben S. 72.

dieses Erbrecht, überall anerkannt, ist in den späteren Statuten verschieden geordnet, aber immer der Eintritt mit einem grössern oder für die Erbberechtigten geringeren Eintrittsgeld zu erkaufen [1]).

Diese Eintrittsgelder zunächst bilden das Vermögen der Genossenschaft, das sehr früh vorhanden gewesen sein muss, auch schon als dieselbe wohl eine Wort, aber kein Haus besass.

Es wird anzunehmen sein, dass die Bussen ursprünglich in Bier und anderen Naturalien geleistet wurden (wie in Menden, wo es dabei bis zum 17. Jahrhundert blieb), aber ebenso auch, dass sie bei reichern Genossenschaften sich bald in Geldzahlungen umsetzten [2]).

Aus diesen Beträgen erwuchs offenbar ziemlich früh ein Capital, dessen Erträge zu „Präbenden" für die Mitglieder verwandt wurden [3]).

Ob eine Verleihung dieser Gelder zur geschäftlichen Verwerthung an die Mitglieder anderswo als bei der Brüderschaft „unter gademen" in Köln vorkommt, weiss ich nicht, aber jedenfalls muss gerade an den kleineren Plätzen in der früheren Zeit eine solche allein dastehende Genossenschaft von Geschäftstreibenden mit diesen ihren sich sammelnden Fonds eine bedeutende Stellung eingenommen haben.

---

[1]) Vergl. das Goslarer Statut, Vaterländisches Archiv 1841 S. 27 und das Göttinger, Nitzsch a. a. O. I S. 30. — [2]) In den Mendenschen Statuten leistet der Eintretende ausser einer Tonne Bier und einem Pf. Wachs „für die Gesinning" eine Geldzahlung für das „Gildrecht". Die Bussen und anderen Leistungen z. B. bei der Wahl eines Gildemeisters, der das Amt noch nicht geleistet, sind meist in Bier angesetzt, das Goslarer und Groninger Statut kennt nur Geldbussen. — [3]) „Provende" in Goslar a. O. S. 28 und in Göttingen a. O. S. 30 f. Die einzige Urkunde, aus der wir die Lemgoer Gilde kennen von 1322, betrifft einen Rentenkauf, bei dem sie 4 Mark in einem Hause der Neustadt anlegt. Lipp. Reg. n. 680. Die dortige „pröve" betrug noch in diesem Jahrh. 1 fl. Das Groninger Gilderecht kennt eine Casse und Rechnungsablage, Oldermannsb. a. a. S. 3 § 3, erwähnt aber der Anlage und Verwendung des Vermögens nirgends. In Salzwedel wurden die Capitalien der Gewandschneidergilde später zum Theil zu Präbenden, zum Theil zu Stipendien verwandt. Nach Danneil, Gesch. der Gewandschneidergilden zu Salzwedel. [Manuscript im Besitz der Gewandschneidergilde der Altstadt Salzwedel].

Damit aber wuchs auch der Einfluss und die Verantwortlichkeit der Behörden einer solchen Genossenschaft.

Es ist eben für die deutschen Gilden vor allen hervorzuheben, dass sich bei ihnen ursprünglich keine Abhängigkeit von einer höheren Gewalt findet, wie sie im 12. Jahrhundert bei den englischen verfassungsmässig bestand, von den dänischen doch gesucht oder fingirt ward[1]). Die Consequenz davon ist, dass die Behörde von den Gildebrüdern ursprünglich selbst gewählt ward, wie der Bauermeister von den Dorfgenossen, also nicht von Rath oder Herrschaft gesetzt, wie dies dagegen bei den ältesten Aemtern, Innungen und Zünften durchstehend der Fall war.

Diese obersten Beamten, in England und Dänemark fast ausschliesslich Aldermann genannt, führen in Deutschland entweder diesen Namen oder fast eben so oft den der Gildemeister[2]), vielleicht im ursprünglichen Gegensatz gegen den „Bauermeister"? Allein in Groningen finde ich neben ihnen eine Finanzbehörde, die „busheren"[3]), die unzweifelhaft die „busse" d. h. Büchse zu verwahren und die Brüchen einzucassiren haben[4]), sonst kommt das Amt nur in Lemgo vor.

Ueberhaupt fehlen dem deutschen Gildevorstand die zum Theil zahlreichen Unterbeamten der englischen Gilde, der Dekan (Englisch dean), der dort häufig vorkommt, ist mir in Höxter und Lemgo als deken nur an der Spitze der Gilde begegnet[5]), was vielleicht in unten zu besprechenden Umständen seinen Grund hat.

---

[1]) S. oben S. 6 ff. Auch in Osnabrück, wo allerdings die Gilde unter den Vögten stand, schien uns dies Verhältniss nicht das ursprüngliche s. oben S. 45 f. — [2]) Die Namen bedeuten dasselbe s. Lüntzel, Diöcese Hildesheim S. 217 f. In Groningen ist oldermann, in Göttingen und Menden gildemeister ausschliesslich gebraucht, in Stendal stehen neben den „Aelterleuten" Gildemeister. Das Goslarer Statut s. S. 84 A. 1 nennt die Vorsteher der koplude „vormunde". Wohl zu beachten ist, dass der Titel der Olderlude in Osnabrück erst später für den Ausschuss der gildemeister zuerst oder wieder in Gebrauch kommt? Dagegen findet sich bekanntlich der Titel Aldermann in Ostsachsen recht häufig für die Kirchenvorstände, Harland, Gesch. v. Einbeck I S. 345, 379 429. Quedlinb. Urkdb. I S. 151, 405. — [3]) Oldermannsbook I § 3, II § 46 f. — [4]) Ebendort I § 3, II § 22. — [5]) S. Smith, English gilds S. 62, 71, 75, 78, 91 u. a. u. Wigand, Denkw. Beitr. S. 116, 139, 143 u. s. w.

Der einzige stehende Unterbeamte der deutschen Gilde ist das jüngst eingetretene Gildemitglied. Seine Verpflichtung tritt auch im Goslarer Statut noch in der Zahlung zu Tage, „vor dat dorslüten eyn veerndel jares, edder he slüte et sulven"[1]. In Menden muss er „auf allen Pflichttagen und andern Beisammenkünften dienen und aufwarten."

Der Knecht, der häufig, der Schreiber, der in Göttingen und Goslar z. B., erwähnt wird, sind nur besoldete Diener. Man darf daher sagen, dass die Aldermänner oder Gildemeister die einzigen und alleinigen Vertreter oder, den Goslarer Ausdruck zu gebrauchen, „vormunde" der Gilde sind. Dass ihnen zunächst der Vorsitz und die Leitung in den Versammlungen, die Verwaltung des Vermögens zukommt[2].

Die Wahl dieser alleinigen Vertreter geschah überall auf ein Jahr, mit dem Amtsantritt der Neugewählten war die Rechenschaftsablage der Abtretenden verbunden.

In zwei Richtungen tritt später unzweifelhaft das Bestreben hervor, dem Amt innerlich mehr Stabilität und von aussen her einen festeren Rückhalt zu geben.

Die Wahlen sind keineswegs allgemeine Wahlen, sondern tragen zum Theil den Charakter der Ergänzung der abtretenden durch die bleibenden Mitglieder[3] und neben den Aelterleuten treffen wir einen berathenden und beschliessenden Ausschuss[4], der jedenfalls sich ebenso erst allmählich ausgebildet hat, wie in den Landgemeinden der Schweiz der neben dem Landmann allmählich auftretende engere Rath. In Groningen ist ebenso für die gerichtliche Thätigkeit, gewiss in Folge ihrer grösseren Ausdehnung, das Gilderecht mit seinen 16 Mitgliedern an die Stelle der allgemeinen Versammlung getreten.

So lange aber diese mehr aristokratischen Bildungen der späteren eigentlichen Kaufgilden fehlten und die alten Gilden mit ihren zum Theil so verschiedenen Mitgliedern in ihrer ursprünglichen Einfachheit bestanden, treten uns zwei Grund- und Hauptzüge ihres Gemeindelebens entgegen.

---

[1] Vaterl. Archiv a. O. S. 27. — [2] Vergl. über die ähnliche Stellung des dänischen Aldermann Wilda a. O. S. 120. — [3] Ueber den Wahlmodus in Stendal, Götze a. O. S. 109. — [4] S. die Stendaler Formeln der Morgensprache a. O. S. 108, die Nordheimer Vaterl. Archiv 1838 S. 313 ff.

In ihren heimischen Versammlungen vollziehen sich Urtheilsfindung, Beschlussfassung und Weisthum wie im Volksgericht und in denselben Formen wie dort, findet die Aufnahme oder Ausstossung der Mitglieder statt. Wie dort Richter und Bauermeister der Gemeinde, steht hier in der Morgensprache der vorsitzende Aldermann der Versammlung der Gildebrüder gegenüber, die das Urtheil und Weisthum findet, über die Aufnahme neuer Genossen in ihrer „Acht" entscheidet [1]).

Nur „Wallfahrt" oder „Kauffahrt" oder andere echte Noth entschuldigt wie bei der Austheilung der „Präbende" so bei der Ladung zur Morgensprache.

Aber eben diese hier vereinigten Genossen haben die Pflicht auf dem fremden Markt, so ihrer vier, wie die Kölner, oder sechs, wie die Groninger Gilde verlangt, zusammen und des Gerichts bedürfen, einen Aldermann zu wählen und unter ihm eine Morgensprache zu halten [2]).

Sie sind nicht an das so gewonnene Gilderecht gebunden, ein Zugrecht an die heimische Morgensprache steht frei, aber der so gewählte Aldermann buten lands leitet auch die nöthigen Massregeln den fremden Gerichten gegenüber. Er ist der Vertreter sämmtlicher Gildegenossen dort, wie der der eigentlichen Gilde, es daheim ist.

Es liegt auf der Hand, dass diese Ausbildung des Gilde-

---

[1]) S. Goslar. U. a. O. S. 28. — [2]) Das Stader Statut der Riper- und Denemarken-Fahrer (Archiv des Vereins f. Gesch. — z. Stade I S. 135 ff.) beginnt mit den Worten: Dit is de rechticheyt — de de — Rathmanne — eren borgeren, de tho Ripen unde tho Denemarken pleghen tho seghele, hebbet ghegheven — dor reynecheit der kopenschop unde dor des willen dat se nen quat ruchte ne hebben in erer kopenschop vor anderen kopluden. Tho dem ersten scolet se hebben twe olderlude de scholet se kesen alle jare. Weret dat de twe olderlude nicht ne segelden des jares to Ripen unn tho D., so scholen de koren olderlude enen setten uth der kumpenye de dar erst seghelden des jares unn de schal it tho sich nemen sunder weddersprake etc. Man sieht wie das Institut des überseeischen Oldermanns hier als allgemeine kaufmännische Sitte erscheint, dass man versucht, das Institut auch ohne Gilde daheim einzurichten. Das Statut findet sich in einem Buche der Schlachteramtslade zu Stade und ist in der vorliegenden Form wohl aus d. 14. J.

rechts, wie sie uns im Groninger Statut vollständig vorliegt, allmählich erfolgte, vielleicht schon im 12. Jahrhundert.

Schon das älteste Soester Recht hat die Bestimmung: „si concives nostri extra provinciam inter se dissenserint, non se ad extrema trahant iudicia; aut vel inter se lites componant, vel, si tot sint personae, iudicem unum de sociis statuant, qui litem, si potest, sopiat. Si non potest, causam, donec ad propria redeant, differant. Hoc constitutum si quis infregerit, 10 marcas et carratam vini vadiabit“[1]). War dieses Recht hier ohne Gilde schon in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts ausgebildet, so werden wir unbedenklich jene eigenthümliche Fassung des Gilderechts wenigstens an vielen Orten ebenso früh setzen dürfen.

Die ganze Entwicklung jener Zeit liegt für uns in Dunkel, aber wenn Groninger Maass und Münze schon im 12. Jahrhundert zu Werden gebraucht und der Smolensker Vertrag von 1229 von dortigen Kaufleuten mit unterzeichnet ward, so waren zweifelsohne Köln und Utrecht von ihnen damals schon längst besucht und ihr Gilderecht dort in Gebrauch[2]).

Daneben bestand die Kölner Gilde zu London in ihrer damals schon vollständigen Consolidation, von den Königen als berechtigte Genossenschaft urkundlich anerkannt und von ihnen mit einer Gildehalle begabt.

Und daneben steht für uns im Osten die Erklärung Bischof Albrechts von Riga im Jahre 1211, dass er den fremden Kaufleuten die Bildung einer gilda communis nicht gestatten werde, da diese Fürstenrecht sei.

So zusammenhanglos diese Erscheinungen zunächst auftreten, sie erhalten ein anderes Licht, wenn wir zwischen diesen verschiedenen Bildungen uns die heimischen Kaufgilden vergegenwärtigen, von denen sie nach unseren Ausführungen ausgegangen sein werden.

---

[1]) Seibertz, Urkundenb. I n. 42 § 29, vergl. Hegel, Geschichte der Städteverfassung von Italien Bd. 2 S. 443 A. Viel einfacher ist der Grundsatz in dem Münsterer Statut ausgesprochen: „qui faciunt iurgia extra civitatem, si non componunt inter se, dabunt civitati sex solidos. Si componunt, qui intersunt, habebunt 3 sol. et civitas tres. s. Gengler, Deutsche Stadtrechte S. 306 § 24 f. — [2]) Feith, De gildis Groninganis S. 11 und oben S. 26.

Den einzelnen Groninger Gilderechten und wie vielen anderen sonst noch, die wieder spurlos verschwunden, steht das Kölner in London gegenüber, das im Lauf des Jahrhunderts entweder andere Einzelgilden nicht aufkommen liess oder sie allmählich unter dem Schutz der königlichen Gewalt absorbirt hatte, und so im 13. Jahrhundert als Gesammtgilde des deutschen Kaufmanns erscheint.

Was kann die gilda communis deutscher Kaufleute um dieselbe Zeit in Riga anderes bedeuten, als eine Vereinigung der kleinen periodisch gebildeten Gilderechte der Kaufleute jeder einzelnen Stadt zu einer grossen Gilde des deutschen Kaufmanns? Ihr gegenüber mochte sich der Bischof, mit Recht oder Unrecht, auf die Analogie der englischen Verhältnisse berufen, die in den vergangenen Jahren der gewaltigen Erhebung Kölns überall bekannt sein mussten, und mit Bezug auf diese mochte er den Satz aussprechen, dass eine solche Vereinigung deutscher Kaufleute in der Fremde — denn in der Heimath existirte sie eben nicht — Fürstenrecht sei.

Damit ergiebt sich aber auch die andere Thatsache, dass Gilden, die eben nicht communes waren, auch im Osten sich bilden konnten und zweifelsohne bildeten. Das ganze Gebiet des deutschen Verkehrs von London bis Riga erscheint gleichmässig als ein Feld für solche Genossenschaften; der deutsche Kaufmann ist überall an ihrer Thätigkeit betheiligt, durch dieselbe gehalten, für ihre Weiterbildung in einer oder anderer Weise interessirt.

Damals, am Schluss des 12., am Anfang des 13. Jahrhunderts, tritt die ganze Bewegung für uns zum ersten Mal in ein helleres Licht; was wir sehen ist jedoch nothwendig das Resultat früherer Entwicklungen. Und diese frühere Entwicklung eben war es, die den heimischen Gilden, wie sie auch gestellt sein mochten, mehr als alles andere inneren Halt geben musste.

In diesen Gildenrechten „buten landes", wie eng oder umfangreich ihr Bestand sein mochte, fand, immer im Zusammenhang mit der heimischen Gilde, die begabte und geschäftskundige Persönlichkeit die Gelegenheit, ihre Erfahrung der fremden Verhältnisse, ihre Kenntniss des kaufmännischen Rechts und damit auch ihr Ansehen und ihren Einfluss auf

die Genossen stetig zu vermehren, erst in der Fremde, dann in der Heimath.

In diesem, sozusagen doppelten Rechtsgebiet, bildete sich wie von selbst das Rechtsleben und der innere Zusammenhang der kaufmännischen freiwilligen Genossenschaft zu einer Productivität und Energie aus, dass wenigstens an vielen Stellen die langsamen und einfachen Aufgaben und Leistungen der bauerschaftlichen Verfassung dagegen weit zurücktreten mussten.

Man hat bekanntlich immer von neuem auf die geselligen Institute der Gilden zur Erklärung ihrer Bedeutung und Wirksamkeit ein ganz besonderes Gewicht gelegt. Die Leistungen für die Festordnung und Polizei auf diesen Versammlungen nehmen unzweifelhaft, namentlich später, in allen Genossenschaftsstatuten eine bedeutende Stelle ein.

Es soll weiter nicht geleugnet werden, dass die kirchlichen Stiftungen und Leistungen für die Mitglieder dem Zielbewusstsein entsprechend ebenso wichtig erscheinen mussten, wie die gegenseitige Unterstützung zur Erhaltung von Leib und Seele nach anderen Seiten hin.

Aber wenn auch der Handeltreibende gewiss des Gebets seiner Genossen und des Schutzes der Kirche noch weniger als andere entrathen konnte und wenn er ebenso für gemeinsame Feste aus den Abenteuern der Fremde einen lebendigeren Sinn und reichere Mittel nach Hause brachte, so lag das eigentliche Lebenselement seiner Genossenschaften, ihr Uebergewicht über ähnliche Vereine doch anderswo. Es lag vor der Ausbildung städtischer Verfassung und der vollendeten Verkehrsumwälzung des 13. Jahrhunderts darin, dass in diesem bis dahin so gänzlich bäuerlichen Deutschland, vor allem Norddeutschland, der Kaufmann, wie er immer sein Geschäft trieb, dem Bauer als eine neue, junge und fast unberechenbare Kraft gegenüber stand; es lag weiter, wie wir eben sagten, darin, dass die Bildung der Gilderechte „buten landes“ und daheim ihm zwei Felder der geschäftlichen und rechtlichen Ausbildung bot, die doch in einem ganz anderen und productiveren Gegensatz neben und zu einander standen, als das Ding des Bauermeisters, Schultheissen und Grafen.

Aber eben gerade in Sachsen sind zur richtigen Auffassung dieser Dinge noch andere Umstände zu beachten.

Nirgend sonst in Deutschland haben die bischöflichen Verwaltungen sich so spät an der Ausbeutung des Verkehrs betheiligt als hier, namentlich in Westfalen [1]. Die convulsivischen Anstrengungen, durch die Adalbert Bremen offenbar Köln gleichstellen wollte, hatten die bekannten von Adam hinreichend geschilderten Resultate.

Eine frühe und eigenthümliche Blüthe verdankte Hildesheim seinem grössten Bischof Bernward und dessen Nachfolger Godehard. Es ist um so beachtenswerther, dass gerade in Hildesheim, wo Aemter und Innungen sich in ganz besonderer Weise entwickelten, jede Spur, ja der Name der Gilde fehlt, bis er im 15. Jahrhundert, wie auch anderwärts, für die anderen Vereine in Gebrauch kommt.

Dieser verhältnissmässig geringen Entwicklung der kirchlichen Hofhaltungen stand allerdings im 10. und Anfang des 11. Jahrhunderts die hoch ausgebildete Kunst des königlichen Hofes gegenüber. Wir werden unten zu beachten haben, was die Ottonische Verwaltung für den Verkehr geleistet, aber das Königthum wurde doch dann unter Heinrich IV. aus seinen sächsischen Positionen an den Rhein zurückgedrängt.

Mit einem Wort, jene glänzende und stetige Ausbildung der grossen Bischofstädte, die Bedeutung der bischöflichen und abteilichen Plätze für den Verkehr, wie sie damals in West- und Süddeutschland, an Donau und Rhein zur Geltung kam, fehlte in Sachsen. Die „institores“ oder „negotiatores, urbium regalium“ gewinnen allerdings seit der Ottonischen Zeit auch hier an Bedeutung, aber neben ihnen ist, soweit ich sehe, die Thätigkeit des hörigen Handwerks noch wenig entwickelt, das in seinen Aemtern damals schon längst geschäftig und ertragsfähig, die Bischofshöfe von Strassburg bis Köln umgab.

War dies der Fall, so bewegte sich innerhalb solcher einfachen Verhältnisse der freie Kaufmann und Gewerbetreibende, noch gering an Zahl, aber ohne die mächtige Concurrenz der grossen kirchlichen und weltlichen Wirthschaften.

---

[1] S. über die späteren Münzrechte und Prägungen der Bischöfe Ficker, Die Geschichtsquellen des Bisthums Münster Bd. 1 S. 24 Anm. 2; Bessen, Geschichte Münsters I S. 162; Zeitschr. f. Westfälische Geschichte 12 S. 145.

Ohne den Halt reichentwickelter fürstlicher Märkte und ihrer hofrechtlichen Polizei, nur den einfachen Ordnungen der Bauerschaften gegenüber, ganz auf sich selbst gewiesen, fand er in der Gildeverfassung die Möglichkeit, für seine eigenen Interessen selbst einzutreten: ihre Aufrichtung und Weiterbildung war freilich schon deshalb nicht überall dieselbe, weil auch auf sächsischem Boden die natürliche Lage und die specielle Beschaffenheit der Bevölkerung verschieden fördernd oder hemmend wirken musste.

Die später so rasche Ausbildung städtischen Lebens hat, was sich damals gleichsam von selbst gestaltet hatte, vielfach weggeschwemmt oder verschüttet, aber jene einzelnen Reste, die wir bis jetzt nachzuweisen versuchten, zeugen doch für die Mannigfaltigkeit und Lebendigkeit der Entwicklung. Ein sehr deutliches, freilich besonders scharf ausgeprägtes Bild solcher Verhältnisse, wenn auch nicht auf sächsischem, so doch auf norddeutschem Boden bietet Groningen.

Im äussersten Norden der Grafschaft Drente, wie eine Halbinsel in die Gebiete der Friesen hineingeschoben, erscheint die villa Cruoninga als ein Königshof in einer Urkunde Heinrichs III. von 1040, durch die er den Ort dem Bischof zu Utrecht schenkt. Wir untersuchen nicht die Ausdehnung und die Bedeutung dieser Tradition.

Jedenfalls war in den friesischen Gebieten zwischen Ems und Lawers, deren Mittelpunkt gleichsam der Ort bildet, damals seit Jahrhunderten die Gewerbthätigkeit und der Handel einer freien Bevölkerung in voller Bewegung.

Diese fränkische Landzunge, rings von friesischen Gebieten umgränzt, erscheint wie eine von der Natur ausgebildete Stätte friesisch-fränkischen Verkehrs. Aber die bischöfliche Verwaltung, die sich hier in historischer Zeit zeigt, hat auf die Umlande wenig eingewirkt und scheint trotz eines lebendigen Verkehrs neben den eigentlich einheimisehen Instituten von geringer Bedeutung.

Wir treffen in der Mitte des 12. Jahrhunderts ein nach dem Ort genanntes Freiengeschlecht, dasselbe möglicher Weise, das schon seit 1181 unter den Dienstmannen des Bischofs von Utrecht erscheint[1]), es erscheint ein praefectus und scultetus

[1]) Driessen Mon. Groning. I n. 1 und 4.

des Bischofs, unzweifelhaft also hat sich eine bischöfliche Verwaltung festgesetzt, daneben ist Handel und Verkehr gerade mit den friesischen Landschaften ausgebildet, wenn auch als Hauptstätten desselben das forum lignorum und das forum equorum venalium erst nach der Mitte des 13. Jahrhunderts erwähnt werden [1]). Aber trotz dieser damals schon alten Verbindungen des Platzes mit seinen Umlanden sind die Zustände noch fast barbarisch.

In einem Vertrag vom Jahre 1258 wird den Einwohnern des Fivelgau für bestimmte Theile der Stadt, den Groningern von diesen für bestimmte Theile des Landes Frieden zugesichert, für dessen Aufrechthaltung sich die beiden Gemeinwesen personis, rebus et armis verpflichten. Dagegen sollen die Fivelgauer in Groningen, die Groninger in dem Gebiete jener keinen Schaden zufügen. Für die einzelnen Verletzungen, die vorkommen könnten, ist eine altgermanische Buss- und Wehrgeldtaxe aufgestellt, der nähere Bestimmungen über die Zahlungspflicht der „amici" oder über die bei Zahlungsunfähigkeit eintretenden Strafen hinzugefügt sind. Zwei Verträge, die 1283 und 1287 mit einem Adelsgeschlecht der Umgegend geschlossen wurden, setzen für die bei einer Schuldklage vorzubringenden Eide einen Tarif fest, der zunächst für jeden Schilling einen Eid verlangt [2]). Mit einem Wort, diese Urkunden zeigen uns noch in jener Zeit einen so niedrigen Stand der Verkehrssicherheit und eine solche Unbehülflichkeit in der Herstellung des nöthigen Schutzes seitens der nächsten Nachbarschaft, wie sie im Süden Deutschlands trotz allen Unfriedens damals einfach unerhört sind. Vergegenwärtigen wir uns, dass noch am Schluss des Jahrhunderts die Verhältnisse an der Elbmündung zwischen Hamburg und den Nachbarstädten einer-, den Ditmarschern andererseits kaum andere waren, so kann keine Frage sein, dass im 12. Jahrhundert ein Platz wie dieser bischöfliche Ort in Mitten einer handel- und seefahrttreibenden Bevölkerung ganz anders gestellt war als z. B. die reichen Märkte des Oberrheins in Mitten ihrer Korn- und Weinbau treibenden, meist abhängigen Landbevölkerung.

---

[1]) A. O. n. 18. — [2]) A. O. n. 22 und 24.

In eben dieser früheren Periode erscheinen nun an der Spitze der Stadt als ihre älteste Behörde von 1245 bis 1294 urkundlich aldermans, dann von 1257 an neben ihnen rationales, die zuletzt noch einmal 1319 allein auftreten, beide Aemter werden auch unter dem Namen der consiliarii zusammengefasst und erst seit 1322 die burgimagstri genannt[1]). Dass jene beiden ältesten Namen für die städtischen Behörden denen entsprechen, die wir später an der Spitze der Gilde treffen, dass neben den Aldermännern hier und dort busheren und rationales einen Finanzmagistrat mit Rücksicht (das eine Mal auf seine Casse, das andere Mal auf seine Rechnungsführung) bezeichnen, kann nicht geleugnet werden. Um so näher scheint mir daher die Erklärung zu liegen, dass in jener frühen Zeit eines so weit ausgebreiteten und vielfach gefährdeten Verkehrs die Gildebehörden und unter ihnen die Gilde an der Spitze des ganzen Gemeinwesens stand.

Hier, wo wir weder die Verleihung eines Markt-, noch eines Stadtrechts kennen[2]), ist die Gilde wahrscheinlich nicht allein einfach aus den Bedürfnissen und den Verhältnissen des Platzes hervorgewachsen, sondern hat sie sich als die massgebende und den ganzen Verkehr vertretende Macht in Mitten jener handeltreibenden altgermanischen Volksgemeinden länger als anderswo behauptet.

Wie sich in oder neben ihr die eigentlich städtischen Magistrate ausbildeten, wollen wir hier nicht untersuchen, seit 1322 sind sie unzweifelhaft da, die Oldermänner und jene Finanzbehörde neben ihr erscheinen dagegen nur noch an der Spitze der Gilde, aber diese nimmt auch jetzt noch in der Gerichtsverfassung und als Vertreterin des gesammten Verkehrs eine Stellung ein, in der sie fast ebenbürtig neben den städtischen Behörden dasteht.

Aehnlich, wenn auch nicht so kräftig ausgebildet, werden wir uns an anderen Stellen in den früheren Zeiten die Gilden zu denken haben, die dann am Ende des 12., am Anfang des 13. Jahrhunderts, oft noch erst weit später für uns erkennbar werden.

---

[1]) S. Acker Stratingh in Bijdragen tot de geschiedenis van Groningen & VIII S. 177 ff. — [2]) A. O. S. 168 ff.

Jedenfalls waren ja die meisten derselben nicht entfernt so zahlreich wie die Kölner, doch wie jene zusammengesetzt aus Handeltreibenden sehr verschiedener Thätigkeit und ebenso verschiedener Vermögensverhältnisse, vor allem aber von Geschäftsbeziehungen bald sehr umfassender, bald bescheidenster Art.

Das volle Bild ihrer ganzen Thätigkeit gewinnen wir indessen erst, wenn wir die anderen Institute in Betracht ziehen, die neben den Gilden seit der Ottonischen Zeit die Gestaltung des sächsischen Verkehrs bedingten.

II.

Die Totschlagssühne in der Lex Frisionum.

Von

Herrn Amtsrichter Dr. **Rudolf Bewer**

in Aurich.

I. Abschnitt: **Materielles Recht.**

Der sühnpflichtige Totschlag.

Für die Sühne des Totschlags hatte die Sippe des Erschlagenen zu sorgen; an die Sippe war das Sühngeld zu zahlen; als unter fränkischer Herrschaft in Friesland der Gemeinfriede in den Schutz des Königs kam, ward für die vorsätzliche Störung des Königsfriedens, die als Rechtsbruch wider den König galt, noch das fredum verwirkt, während unverschuldeter Friedensbruch, casuelle Tötung, nicht ad partem regis zu büssen war.

Der Sühne an die Sippe lag der Mannwerth des Erblichenen zu Grunde, die simpla compositio des ersten Titels der Lex. Drei solcher Wergelder sind schon im ältesten Bruchstück des friesischen Volksrechtes erst eine volle Sühne. Wer aus Zufall tötet, haftet auf Ersatz, wer mit Vorsatz handelt, auf Busse, und wer dabei den Frieden bricht, auch

noch auf Fehdesühne. Die so aus capitis aestimatio, emenda sceleris und pacificatio faidae zusammengesetzte Sühne[1]) kann ganz, getheilt und mehrfach verfallen.

I. Die Simpla Compositionis.

a. capitis aestimatio.

Durch wessen That, aus wessen Hand ein Schaden am fremden Gut und Blut entstand, der soll ihn tragen; auch die äussere That hat einen Thäter, durch ihren Vorgang und Erfolg[2]). Schon dieser Zusammenhang verpflichtet den Urheber selbst einen casuellen, ungewollten, unverschuldeten Verlust zu tragen. Er soll die extra voluntatem, casu quolibet, durch ein der Hand entschlüpftes Geschoss, durch ein unjähriges Kind oder durch ein Hausthier verübte Verwundung nach simpler Busstaxe vergüten[3]); so soll der Entleiher die zufällige Sachverschlechterung, — forte peioratum, — entgelten[4]). — Dem abgeschätzten Schaden entspricht die aestimata compositio, das simplum adpretiatum.

Nicht erst die Additio hat diesen Grundsatz eingeführt und etwa des Princips wegen die Busse für unverschuldete Verletzungen herabgesetzt[5]), sondern er ist schon in der Lex selbst enthalten und nachweisbar.

---

[1]) Dahn, Fehdegang und Rechtsgang der Germanen, Bausteine II S. 111. — [2]) Brunner, Absichtslose Missethat im altdeutschen Strafrecht, Sitzungsbericht der Kgl. preuss. Akademie der Wissenschaften in Berlin 1890 S. 815. — [3]) Additio III[a] 69: Si homo quislibet telum manu tenens et ipsum casu quolibet inciderit super alium extra voluntatem eius qui illud manu tenet, in simplo iuxta qualitatem vulneris componatur; — 70. Similiter et puer qui nondum XII annos habet, si cuilibet vulnus intulerit, in simplo componat. — Keine Verleugnung, sondern nur eine Milderung des Haftprincips ist es, wenn bei Verwundungen durch Thiere der Eigenthümer bloss $^3/_4$ des Schadens tragen soll, wie dies add. III[a] 68 für das mittlere und westliche Friesland bestimmt: Si caballus aut bos aut quodlibet animal homini vulnus intulerit, dominus eius iuxta qualitatem vulneris in simplo componere iudicetur et tres partes de ipsa mulcta componatur, quarta portione dimissa. Inter Wisaram et Laubachi tota compositio in simplo persolvitur. — [4]) Add. X, 1: Si homo alii equum suum praestiterit vel quamlibet aliam pecuniam, talem qualis ei praestita est reddat domino eius; et si forte peioratum reddiderit, componat ei iuxta quantitatem, qua rem eius impeioravit. — [5]) Gaupp, Wergeldsyst. S. 20 meint zu

Im ältesten mittelfriesischen Recht ist bestimmt, es solle der Herr, wenn er selber stiehlt, in duplo [1]), wenn sein Knecht stiehlt, in simplo haften, abgesehen von der seinem Knechte zugedachten, mit 4 Solidi Hautgeld ablösbaren Prügelstrafe [2]); im östlichen Friesland, jenseits der Laubach, verwirkt der diebische und räuberische Volksgenosse ausser simplem Ersatz und dem Fredum noch eine der Ständeskala angepasste Geldbusse „pro facti scelere" an den Verletzten [3]), während beim Knechtdiebstahl die Geldbusse fortgefallen und das Fredum auf vier Solidi gesunken ist [4]). So erscheinen die extra voluntatem domini verübten Diebstähle des Gesindes als herren-

---

Add. III^a 68—70, es beweise die Hervorhebung der Zahlung des blossen Simplums als eine besondere Ausnahme auch hier wieder, dass regelmässig etwas anderes gezahlt werden musste. — Wilda, Strafr. d. Germ. S. 769 Anm. 4; — v. Richthofen, Mon. Germ. III S. 689 Note 23—33.

[1]) III, 1: quod abstulit, in duplum restituat et ad partem regis ... pro freda componat ... weregildum, — ebenso III, 2, 3, 4; — VIII, 1: Si quis rem quamlibet vi rapuerit, in duplum eam restituere compellatur et pro freda solidos 12 componat. Trans Laubaci in simplo componat et (2) pro freda weregildum suum. — [2]) III, 7: Quod si servus . . confessus fuerit, quanti res quae ablata fuerit, aestimabitur, tantum dominus pro servo componat et servus vapulet, nisi dominus eius quatuor solidis corium eius redimere voluerit. — [3]) IX, 14: Si nobilis seu liber libero vi aliquid abstulerit, aut ipsum aut aliud simile in locum restituat et 24 solidos pro facti scelere componat et weregildum suum ad partem regis cogatur exsolvere; — IX, 15: Si autem nobilis vel liber nobili vi aliquid abstulerit, medietate maiori compositione facinus cogatur emendare et weregildum suum ut superius ad partem regis exsolvat, — ebenso IX, 16. Allerdings erwähnen III, 8 und 9 für den Diebstahl keine Busse neben dem fredum; hierin liegt aber, wie de Geer, Zusammens. d. l. Fries. S. 145 meint, keine Abweichung von den auf den Raub sich beziehenden IX, 14 sq., da der Zusatz zu VIII, 1 und 2, obwohl er sich auf den Raub bezieht, auch eine Busse nicht erwähnt. — [4]) IX, 17: Si servus aliquid sustulerit, dominus eius pro illo quantitatem rei sublatae componat, ac si ipse sustulisset et pro weregildo servi 4 solidos, hoc est denarios 12, ad partem regis componat; — add. IX: vis aut furtum in duplo componitur et ad freda weregildum, — berührt das mittelfriesische Recht nur bezüglich des fredum, und statuirt, dass nicht mehr, wie in VIII, 1 beim Raub pro freda 12 solidi, sondern wie in III, 1 und VIII, 2 allgemein als fredum das Wergeld verwirkt sein soll. — cf. v. Woringen, Beiträge S. 147. 167; — Wilda, Strafr. 460 Anm. 2.

haftpflichtige Zufälle. — Sodann normirt auch die Busstaxe in T. XXII de dolo nur den einfachen Schaden der Verletzung, ohne Rücksicht auf die Vorsätzlichkeit der That[1]. Wenn ferner nach IV, 1 und 2 derjenige, welcher einen Knecht oder ein Hausthier tödtet, schlechthin den einfachen Werth ersetzen soll[2], so ist damit nur die Haftung für den Schaden als solchen ausgesprochen; läge ein doloses Delict vor, so müsste der Thäter, wie der dolose Dieb, über den simplen Ersatz hinaus haften.

2. Auch für den casuell getöteten Volksgenossen ist das pretium occisi zu zahlen[3]; dieses, des Toten Manngeld, hat keine andere Bedeutung, wie das Werthssimplum in IV, 1 und 2 für das getötete Thier und den erschlagenen Knecht oder wie in III, 7 der Ersatz des vom Knecht gestohlenen Gutes. Wie die duplex restitutio des diebischen Herrn im Gegensatz zur simpla aestimatio für den diebischen Knecht steht, ist auch die simpla compositio im ersten Titel als Ersatzgeld bei casueller Tötung im Gegensatz zur multiplex compositio bei dolosem Totschlag gedacht; nichts zwingt, die Ueberschrift des ersten Titels „haec est simpla compositio" als späteren Zusatz und als Gegensatz zur angeblichen Wergeldsverdreifachung der Additio zu erklären[4].

Titel I behandelt nur den nackten Mannwerth des Erschlagenen und die Haftung für die casuelle Tötung. Erschlägt ein Knecht den anderen, so soll nach I, 11 und 12 der Herr seinen einfachen Werth ersetzen, und wenn der Herr den Knecht erschlägt, soll er nicht anders haften[5]; weder ist dem

---

[1] Nur ausnahmsweise berücksichtigt sie den auf Zorn beruhenden Vorsatz in §§ 1 und 65; umgekehrt setzt die Busstaxe in Add. III[a] die Busse der vorsätzlichen Verletzungen fest und statuirt nur beiläufig in §§ 68—70 die simpla compositio für casuelle Verwundungen. — [2] IV, 1: Si quis servum alterius occiderit, componat eum, iuxta quod a domino eius fuerit aestimatus, 2. Similiter equi et boves, oves, caprae, porci et quidquid mobile in animantibus ad usum hominum pertinet usque ad canem, ita solvantur, prout fuerint a possessore earum adpretiata. — [3] Wilda, Strafr. S. 544 fg. — Frauenstädt, Blutrache S. 133 Anm. 38. — [4] Dies meinen v. Richthofen, Mon. Germ. III 656 Note 2 und de Geer, Zus. d. L. fries. S. 148. — [5] I, 11: Si quis homo sive nobilis sive liber, sive etiam servus alterius servum occiderit, componat eum iuxta quod fuerit adpretiatus

Knecht eine Leibesstrafe, noch dem Herrn eine Geldbusse, — wie beim Diebstahl, — angedroht; verneint man, dass es sich hier um Zufallstötungen handelt, so wäre das mit Vorsatz vernichtete Leben eines Knechtes nach milderem Principe, wie der geringste Diebstahl, sühnbar. Im östlichen Friesland ist statt des Schätzungspreises des Knechtes sein Wergeld zu zahlen; also ist auch im ganzen ersten Titel das unter dem gleichen Thatbestande erwähnte Volkswergeld nur das simplum adpretiatum. — Trans Laubach hat ferner die Processpartei für ihren im Zweikampf fallenden Lohnkämpfer leudem occisi zu zahlen[1]). Der tödtliche Ausgang ist für den Kämpfer ein Unglück; er findet den Tod in der vertraglich übernommenen Gefahr; sein Gegner, der ihn im gerichtlich geordneten Zweikampf erschlägt, wird nach l. XV weder busspflichtig noch friedlos. Auch der Hauptpartei, die ihn gedungen, fällt der Tod nicht als Schuld, wohl aber als ein von ihr zu tragender Zufall zur Last; unmöglich kann das Wergeld des Lohnkämpfers gleich der vollen Sühne für den vorsätzlichen rechts- und friedebrechenden Totschlag sein; welches Missverhältniss wäre zwischen dieser Haftung und derjenigen des verbrecherischen

---

et dominus eius ipsius pretii eum fuisse sacramento suo iuraverit. — 12: Quod si quaelibet ex praedictis personis hoc homicidium se perpetrasse negaverit, iuxta quod summa precii mancipii fuerit aestimata, maiori vel minori sacramento se excusare debebit; inter Laubachi et Wisaram suam habet compositionem.

[1]) XIV, 7: In hac tamen contentione licet unicuique pro se campionem mercede conducere, si eum invenire potuerit. Si campio qui mercede conductus est occisus fuerit, qui eum conduxit, 60 solidos id est libras 3 ad partem regis componat, insuper et leudem occisi hominis exsolvat. — Budde, Rechtlosigkeit S. 54. — Walter, RG. § 669. — v. Richthofen, MG. III 668 Note 19 dagegen will in dem leudis occisi das Wergeld des im Tumulte Erschlagenen finden, um dessen Sühne im Process gestritten werde; aber erst später ist die Wergeldlosigkeit des Lohnkämpen statuirt: siehe Küre der Brockmer und Emsiger: Notum sit omnibus tam Brocmanis quam Emesgonis quod quicumque conducit pugilem aliquem in terra alterius, et ille fuerit vulneratus, aut in aliquo membrorum suorum privatus, non dabitur ei aliqua emenda; si autem occiditur in duello, non habebit wergildum, sed tantum (solarium, quo convenit cum illo pro quo pugnavit. v. Richthofen. RQ. 138, 16—23; statt solarium liest salarium Wiarda, Willküren der Brockmänner 1820 S. XXIII).

Totschlagsanstifters, die nur eine tertia pars leudis beträgt [1])! Es kann das Wergeld des Lohnkämpfers daher nur sein blosser Mannwerth, nur die simpla compositio des ersten Titels sein. — Ferner nennt die Additio III[a] 68 die Busse für zufällige Verwundungen eine tota compositio in simplo und trotz ihres reinen Civilcharakters, ebenso wie Lex I, 1 eine mulcta; im Grunde ist auch die Haftung für casuelle Verwundung und casuelle Tötung nicht geschieden: qui nolens, sed casu quolibet hominem vulneravit vel occiderit, compositionem legitimam solvat, sagt l. Thuringorum X, 8 [2]). — Auch sei bemerkt, dass im ersten Titel ein Fredum nicht erwähnt ist; der Zufallstödter bricht keinen Frieden. — Schliesslich stimmt mit dem Freienwergeld von 53⅓ solidi im ersten Titel das in den gleich alten Titeln X und XXII 33, 34, 77 stipulirte Bussgeld für die abgeschlagene Hand, den Armverlust und für die Auslösung der meineidigen Schwurhand [3]). Da für die Schwurhand und die Armbusse ein einfaches Wergeld entrichtet wurde, musste das Leben bereits „durch ein mehrfaches Wergeld geschützt sein" [4]).

b. emenda sceleris.

1. Nicht bloss für den Schaden als Folge der That, sondern auch für den in der That ausgedrückten verbrecherischen Vorsatz muss der Thäter büssen.

Vom Duplum, das im mittleren Friesland der Dieb und Räuber zahlen soll, fällt das eine Simplum auf die Diebstahls-

---

[1]) II, welchen Titel v. Richthofen MG. III. 658 Note 20 zum ältesten Theile der Lex rechnet. — [2]) Ed. Merckel V, 6. — Rogge, Gerichtswesen der Germanen 1820 vermuthet, es hätte bei jedem unnatürlichen Tote ein Wergeld stattgefunden. — v. Woringen, Beiträge S. 70—72. — [3]) X. Si quis homo super reliquiis sanctorum falsum sacramentum iuraverit, ad partem regis weregildum suum componat et alio weregildo manum suam redimat. — XXII, 77: Si brachium iuxta scapulam abscissum fuerit, 50 tribus sol. et tremisse componatur. — Die Handbusse der Lex berechnet sich aus XXII, 33 und 34 und add. II, 6 durch Zusammenrechnung der Fingerbussen, der palma manus und des Grasfalls (si manus abscissa terram cadens tetigerit) auf $45 + 4 + 4 = 53$ solidi. — In der Additio II, 1—6 ist die Handbusse auf das halbe Wergeld herabgesetzt. — [4]) Brunner, RG. I. 225 Anm. 7 und derselbe, Absichtslose Missethat S. 822 flgde.

that, das andere auf den Dolus; denn wer ohne eigenen Dolus, wie der Herr für den Knecht haftet, verwirkt ebenso nur ein Simplum, wie derjenige, welcher ein ihm ohne eigene Diebstahlsthat zugelaufenes Thier dieblich verleugnet; im östlichen Friesland besteht die Vorsatzbusse — emenda pro facti scelere — in einer neben dem Ersatz an den Verletzten verfallenden festen Geldstrafe [1]).

Nach IX, 8 haftet ferner für That und Vorsatz in duplo, wer eine Jungfrau raubt und geschändet verstösst [2]).

Doppelte Haftung steht nach der Additio auf dem vorsätzlichen Abhauen der Hand; in add. II, 1—6 ist die Handbusse auf halbes Wergeld, 26⅔ sol. herabgesetzt; in Additio III[a], die den Tarif der vorsätzlichen Delicte angiebt, wird sie auf 53⅓ sol. angegeben; läge ein zufälliger Handverlust vor, so verbliebe es bei der einfachen Taxe nach den Bestimmungen in add. III[a] 68—70 [3]).

Beim Menschenraub soll nach XXI [4]) der Plagiarius trotz

---

[1]) Für Frisia media III, VIII, 1. — Für Frisia orientalis IX, 14—16. — Add. IX. — Add. VII, de rebus fugitivis: Si servus aut ancilla aut equus aut bos aut quodlibet animal, fugiens dominum suum, ab alio fuerit receptum et quaerenti domino negatum et iterum depublicatum, reddat aut ipsum quod suscepit aut aliud simile vel pretium eius et pro furto weregildum suum ad partem regis componat. — Cf. Wilda, Strafr. S. 919. — Köstlin, Germ. Strafr. Z. f. RG. 14 S. 386. — [2]) IX, 8: Si quis puellam virginem rapuerit et violatam dimiserit, componat ei weregildum eius, sive nobilis sive libera fuerit, ad satisfactionem, et ad partem regis similiter, tertium weregildum patri vel tutori puellae. — [3]) Siehe Anm. 3 der vorigen Seite. — Add. II. 1: Si quis alteri manum absciderit, 25 solidos et 5 denarios componat; add. III[a] 1: pes ex toto abscissus componatur ut manus, id est tribus et quinquaginta solidis et tremisse. — [4]) XXI de plagio: Si quis hominem vel nobilis nobilem aut liberum, vel liber liberum vel liber nobilem extra patriam vendiderit, componat eum ac si ab ipso fuisset interfectus, aut eum ab exilio revocare studeat; si vero qui venditus fuit, reversus fuerit, et eum qui se vendiderat de facinore convenerit, componat ei bis iuxta quod fuerat adpretiatus, et sol. XII ad partem regis componat. Ultra Laubachi vero weregildum suum. — Tit. XI soll nach v. Richthofen, MG. III. 672 Note 51 für Mittelfriesland erlassen sein, aber nicht durchaus ältestes Recht sein; de Geer S. 147 sieht in Tit. 18—21 ein edictum regium, das nach der Unterwerfung des östlichen Theils von Friesland einem Capitulare pro partibus Frisiae seinen Ursprung verdanke.

Rückkehr des Verkauften „de facinore" bis iuxta, quod fuerat adpretiatus, erlegen, von welchen simpla das eine für den Vorsatz, das andere pro faida gilt [1]). Der Schätzungswerth des Verkauften wird wohl durchschnittlich seinem Mannwerthe entsprechen; auch beim Jungfrauenraub in IX, 8 beträgt die Raub- und Schändungsbusse das Wergeld der Entführten. Da der Plagiarius wie ein Totschläger büssen soll, so kann auch der vorsätzliche Totschläger nicht mit dem einfachen Mann- und Ersatzgeld davonkommen, sondern muss ebenso wie der dolose Plagiarius ein zweites Compositionssimplum für seinen Vorsatz zahlen [2]).

2. Weiteres ergeben I, 13 und 14 [3]). Hier handelt es sich um vorsätzliche Tötung durch den Knecht; sonst wäre kein Gewicht darauf gelegt, ob der Knecht im Auftrage seines Herrn die Tötung ausgeführt hat. Während der Herr für jede von seinem Knecht auch zufällig begangene Tötung ein einmaliges Wergeld leisten muss, haftet er bei dem vom Knechte vorsätzlich, aber nesciente domino verübten Totschlag auf ein bis simplum; hat der Knecht aber iussu domini gehandelt, so haftet der Herr selbstverständlich noch höher und zwar sicut manu sua occidisset. Das Compositionssimplum für die Tötung durch den Knecht wird wegen der Vorsätzlichkeit des Knechtes verdoppelt [4]); das bis simplum ist

---

[1]) Siehe darüber C. pacificatio faidae S. 104. — [2]) Noch im Rechte des Ostergo und Westergo v. 24. August 1398 wird bestätigt, dass der vorsätzliche Totschlag mit 200, der absichtslose mit 100 Schillingen gebüsst werden soll: Item so wie enen man dootslaet mit opset ende mit voerrade, die selue ghelden mit twee hondert olde scilde, ende den heere to broeke vyftich olde scilden; ende en schlecht onversien dootslach hondert olde scilden, ende den heere to broeke vive ende twintich olde scilden (Schwartzenberg, Charterboek I, 286, Zeile 8). — [3]) I, 13: Si servus nobilem seu liberum aut litum nesciente domino occiderit, dominus eius, cuiscunque conditionis fuerit homo qui occisus est, iuret, hoc se non iussisse, et mulctam eius pro servo bis simplum componat. — 14: Aut si servus hoc se iussu domini sui fecisse dixerit et dominus non negaverit, solvat eum sicut manu sua occidisset, sive nobilis, sive liber, sive litus sit. — [4]) Wäre nach Gaupp, Wergelds. S. 11 das ohne Wissen des Herrn begangene Verbrechen des Knechtes nur als eine That des Herrn, die er mit seiner Hand, aber ohne seinen Willen verübt hat, anzusehen, so könnte der Herr nur wegen Zufallstötung mit einem sim-

bis simpla compositio des tit. I. Schon grammatisch muss die mulcta eius das Wergeld des Getödteten sein, zumal I, 1 das Wergeld ebenfalls eine mulcta nennt. Wenn kurz vorher in I, 11 und 12 bestimmt ist, es solle der vom Knecht erschlagene Knecht nach seinem Schätzungswerthe und trans Laubach mit seinem Wergeld ersetzt werden, warum soll das Simplum in I, 13 nicht das Manngeld des vom Knecht erschlagenen Volksgenossen sein? — Gleichwohl sieht die herrschende Meinung in der mulcta kein Wergeldssimplum, sondern ein fremdartiges Wergeldsaliud. Nur mit Gewalt wider die Grammatik kann die pro servo zu zahlende mulcta eius sc. occisi in eine mulcta servi pro eo sc. servo umgedeutet werden. Wäre die mulcta auch eine Strafe oder ein Lösegeld, so fehlt doch jeder Anhalt über den Betrag des bis simplum; man hat zwar die 4 solidi Strafe des diebischen oder sonntagsschändenden Knechts[1]) sowie die 4 solidi für Unzucht mit einer Leibeigenen[2]) als simplum mulctae zu Grunde gelegt; die gewählten Strafbestimmungen bieten aber keine Analogie zum Totschlag. Die Nothzucht der Leibeigenen durch einen Freien und der Totschlag des Freien durch einen Knecht lassen unter sich keinen Vergleich zu; wenn vielmehr die Nothzucht der Tischmagd mit dem dreifachen, nämlich 12 solidi bestraft wird[3]), kann der Totschlag nicht bloss mit dem zweifachen von 4 solidi gesühnt werden; 8 solidi sind eine unangemessene Totschlagssühne, da erst 12 solidi der volksrechtliche Durchschnittswerth eines Knechtes ist, so dass man zweifeln müsste, ob der Knecht im Nichtzahlungsfalle den Tod oder bloss für 2 × 4 solidi eine doppelte Prügelstrafe erleiden muss. — Schliesslich ist auch die Ansicht nur eine Vermuthung, dass

---

plum haften, da der Wille des Knechtes, die Vorsätzlichkeit der That, im Rahmen dieser Auffassung nicht unterzubringen ist. — Brunner, Absichtslose Missethat S. 831.

[1]) XVIII, 2: Si servus hoc (— opus servile die dominico —) fecerit, vapuletur aut dominus eius 4 solidi pro illo componat; — III, 7. — [2]) IX, 3: Si vero ancilla et virgo erat, cum qua quislibet homo moechatus est, componat is, qui eum violavit, domino eius solidos IV, hoc est denarios XII. — [3]) XIII: Qui cum ancilla alterius, quae nec mulgere nec molere solet, quam bortmagad vocant, moechatus fuerit, solidos 12 mulctam domino eius cogatur exsolvere.

das bis simplum der doppelte Werth des Knechtes ist, um ihn damit von der Fehde loszukaufen [1]).

c. pacificatio faidae.

1. Verletzt das Verbrechen neben dem direct Betroffenen auch dessen Sippe und den Verband des Geschlechts überhaupt, so bedürfen auch die Schädigung der Sippe und der Bruch des Geschlechts- und Gemeinfriedens ihre Sühnung [2]). In der germanischen Rechtsperiode, wo die Fürsorge für das Gemeinwesen noch keinem staatlichen Beamtenthum anvertraut war, musste die Sippe [3]) den Frieden schützen und sühnen; ihre Antwort auf den Friedensbruch war Fehde, und wenn diese durch die Sühne nicht verfriedet wurde, offener Rachekampf bis zur Vernichtung des Friedlosen. Der vollen Rache war das volle Wergeld gleichgewerthet; ward dieses als Sühne an die verletzte Sippe gezahlt, so galt die Fehde von der Sippe abgekauft und die Feindschaft im Volke als abgegolten. Trotzdem inzwischen das fredum sich abgespaltet hat, ist dieser allgemeine Versöhnungszweck der Totschlagsbusse auch in dem friesischen Volksrecht nicht verleugnet. In allen Fällen erhält das Geschlecht des Erschlagenen eine Quote der Sühne; beim Totschlage eines Volksgenossen fällt ihm $^1/_3$ als Magsühne, dem Erben $^2/_3$ als Erbsühne zu; von der Sühne des Liten bekam sein Geschlechtsverband ursprünglich $^1/_4$ [4]), nach dem späteren Rechte des östlichen Friesland ebenfalls $^1/_3$,

[1]) v. Richthofen, MG. III. 657 Anm. 17. — Wilda, Strafr. S. 659. — Gaupp, Wergeldsyst. S. 9 flgde. — Türk, Forschungen Heft V S. 77. — de Geer, Zus. des L. fries. S. 142. — [2]) Köstlin, Germ. Strafr. Zeitschr. für Rgsch. 14 S. 419, 425—426, 380, 387—388. — v. Woringen, Beiträge S. 90 flgde. — Wilda, Strafr. S. 253—254, 265, 322, 490 Note 1. — Dahn, Fehdegang S. 79. 111. — [3]) Sippe bezeichnet auch Friede, Bund und Verwandschaft; Dahn, l. c. S. 79. — [4]) I, 1: Si nobilis nobilem occiderit, 80 sol. componat, de qua mulcta duae partes ad haeredem occisi, tertia ad propinquos eius proximos pertineat. — I. 4. Si nobilis litum occiderit, 27 sol. uno denario minus componat domino suo et propinquis occisi sol. 9 excepto tertia parte unius denarii. — Diese $8^8/_9$ sol. Litenwergeld sind keine „unorganische Zulage zu dem Wergeld", wie v. Amira, Erbenfolge S. 142 meint, sondern ebenso der Erbenbusse des Freien gleichgestellt, wie das Freienwergeld der Erbenbusse des Adligen gleichsteht. — Cf. Brunner, Sippe und Wergeld S. 19.

während seinem Herrn das übrige, wahrscheinlich kraft Erbrechts zufiel[1]). — Im Fall der casuellen Tötung ist die Geschlechtssühne nur ein Drittel des reinen Ersatzgeldes, der simpla compositio des ersten Titels; dagegen ist sie bei der vorsätzlichen Tötung gleich hoch wie bei dieser und dient dann nicht so sehr zum Schadenersatz, sondern besonders zur Aussöhnung mit der fehdegebenden Sippe und zur Herstellung des gemeinen Friedens; in diesem Sinne ist die Magsühne vorzüglich ein simplum faidosum, denn nur $^1/_3$ derselben dient zum civilistischen Ersatz des Toten.

2. Nach dem 21. Titel soll der Plagiarius für den Verkauften als Ersatz das Manngeld und daneben als Strafe bis iuxta, quod fuerat adpretiatus zahlen. Von dieser Strafe des Duplum ist das eine Simplum die Vorsatzbusse, die in gleicher Weise der Herr für den vorsätzlichen, ohne sein Vorwissen von seinem Knecht begangenen Totschlag neben dem Ersatzgeld als bis simplum in I, 13 zahlen muss; das andere Simplum des Plagiarius ist die Fehdesühne, um welche sich auch die Haftung des Herrn in I, 14 erhöht, wenn der Knecht iussu domini den Totschlag verübt hat. Denn der Plagiarius soll für den Verkauften, — ac si ab ipso fuisset interfectus, — ebenso haften, wie der auftraggebende Herr für den totschlägerischen Knecht, — sicut manu sua occidisset. — Kehrt der Verkaufte zurück, so bleiben immerhin unter Fortfall des Ersatz- und Manngeldes die beiden Simpla für Vorsatz und Fehde verwirkt; nur eine nebensächliche Verschiedenheit zwischen der Composition für den Menschenraub und der vollen Totschlagsühne ist es, wenn jene beiden Simpla statt nach dem Manngelde des Geraubten nach seinem Schätzungswerthe oder Verkaufspreise, — bis iuxta quod fuerat adpretiatus — berechnet sind, zumal in den übrigen Volksrechten statt des Schätzungswerthes das Wergeld gesetzt ist[2]).

---

[1]) XV, 3: Compositio liberi librae duae et unciae novem, ex qua duae partes ad dominum pertinent, tertia ad propinquos eius. — [2]) Der Zusatz zu XXI: „Ultra Laubachi vero wergildum“ bedeutet, dass anstatt wie im übrigen Friesland 12 solidi als fredum, im östlichen Friesland das Wergeld als fredum zu zahlen ist. — Ein Widerspruch, keine Analogie mit I, 13, 14 wäre es, wie Gaupp, Wergeldsyst. S. 17, 18 meint, wenn der Plagiarius seine That unbedingt wie ein Totschläger

3. Die Selbständigkeit des Simplum faidosum ergiebt sich aus Titel II der Lex[1]); hier ist ausgesprochen, dass, wer jemand durch eine gedungene Hand tödten lässt, den Frieden bricht, fehdepflichtig wird und pro pace faidae büssen soll.

Jedoch bedarf der mit Streit umworbene zweite Titel ein besonderes Eingehen.

Neben dem Totschlage durch die gedungene Hand ist die Anstiftung kein selbständiges Delict[2]), sondern nur das zum Totschlag gehörige dolose Element; im Totschläger wirkt die zum Verbrechen treibende Willenskraft des Anstifters; aber nur dem Totschläger fällt die vorsätzliche Ausführung der That als solche zur Last; zu Lasten des Anstifters ist in tit. II ein Fredum nicht erwähnt.

Das Sühngeld des Anstifters ist ein wahres Drittel der vollen Totschlagssühne; es kann insbesondere nicht ein Drittel der simpla compositio im I. Titel sein; denn da der Diebstahlsanstifter ebenfalls $^1/_3$ der Diebstahlsbusse verwirkt[3]), die Diebstahlsbusse aber in Mittelfriesland im doppelten Werthe des gestohlenen Gutes besteht[4]), so würde die Sühne des Diebstahlsanstifters härter sein, wie die des Totschlagsanstifters; wäre z. B. das gestohlene Gut $53^1/_3$ sol. werth, so betrüge sie $(2 \cdot 53^1/_3,) : 3$ sol., während der Anstifter zum Totschlag nur $53^1/_3$ sol. : 3 zu zahlen hätte. — Dieser Fehdesühne ist die Meineidsbusse ähnlich; ausser dem Fredum soll der Meineidige im mittleren und westlichen Friesland zur Auslösung der Schwurhand sein Wergeld zahlen[5]); im normalen Falle

büssen soll, „gleichviel ob der Verkaufte zurückkommt oder nicht"; — die Parallelstellen der übrigen Volksrechte s. bei v. Richthofen, MG. III. 673 Note 53.

[1]) II, 1: Si nobilis nobilem per ingenium alio homini ad occidendum exposuerit, et is qui eum occidit patria relicta profugerit, qui eum exposuit tertiam partem leudis componat. — [2]) Rogge, Gerichtsw. § 6. — v. Woringen, Beiträge z. Gesch. d. d. Strafr. S. 49—51 sieht in der Anstiftung eine „besondere Verletzung". — [3]) II, 11 (add. Wulemari): Si quis servum aut ancillam, caballum, bovem, ovem vel cuiuscunque generis animal, vel quodcunque homo ad usum necessarium in potestate habuerit, arma vestem, utensilia quaelibet et pecuniam, alii ad auferendum exposuerit, si ille qui abstulit patria profugerit, expositor tertiam portionis compositionis exsolvat. — [4]) III, 1; — VIII, 1; — add. IX. — [5]) Für Mittelfriesland X: Si quis homo super reliquiis

bekäme dieses der Verletzte[1]), gegen welchen der Meineid sich als Rechtsbuch darstellt und dessen Sache es ist, den Verlust der Schwurhand zu betreiben; nur wenn niemand durch den Meineid verletzt ist, hat der Staat den Rechtsbruch zu sühnen[2]) und nur deswegen wird in l. Frisionum das Lösegeld ad partem regis gezahlt. Da die Busse für den Rechtsbruch des Meineidigen $53^1/_3$ solidi ist[3]), kann das simplum faidosum wegen Totschlages nicht ein Drittel hiervon sein. Vielmehr ist dasselbe ein gleich hohes und gleich selbständiges wie das Ersatz- und Manngeld im ersten Titel[4]).

Anstifter und Totschläger sind nicht in gleicher Linie haft- und strafbar. Sie können zwar die volle Sühne unter sich zusammenbringen und sich von jedem Anspruch der Sippe lösen; wer die Sühne voll bezahlt, befreit auch den anderen von jedem Rechts- und Fehdegang[5]); ihrerseits würde die schadlos gestellte Sippe Recht und Frieden brechen, wollte sie wegen gesühnter That noch aussergerichtlich den Anstifter

---

sanctorum falsum sacramentum iuraverit, ad partem regis weregildum suum componat et alio weregildo manum suam redimat; de coniuratoribus eius unusquisque weregildum suum persolvat; — für das westliche Friesland, cis Fli, XIV, 3: Qui in iudicio (Kesselfang) probatus inventus fuerit, compositionem homicidii persolvat et ad partem regis bis weregildum suum; caeteri coniuratores sicut superius de periuris dictum est; — im östlichen Friesland beträgt nach III, 9 das Lösegeld den bannus regius von 60 solidi. — Cosack, Eidhelfer des Beklagten S. 66: „die Friesen verhängen über die meineidige Partei als Strafe die „Zahlung des vollen Wergeldes, sowie Verlust der Hand gegen noch„malige Wergeldzahlung zu lösen, über die Helfer dagegen eine „Geldstrafe in Höhe des einfachen Wergeldes.“ Aber worin besteht der Unterschied zwischen vollem und einfachem Wergeld?

[1]) Cf. Cosack l. c. S. 74 Anm. 3. — [2]) Köstlin, Germ. Strafr. Z. f. Rg. 14 S. 374 flgde. — [3]) XXII, 77. — [4]) Die Vermuthung Gaupps, Wergeldsyst. S. 20, es behandelten die Worte „et haec est simpla compositio“, welche den Anfang der ganzen Rechtssammlung bilden, nicht bloss den ersten Titel, sondern alles Nachfolgende gleichmässig, trifft daher für tit. II nicht zu. — [5]) Ein treffendes Analogon giebt das stammverwandte Gesetz Aelfreds cap. 19 § 12: „Wenn jemand seine Waffe einem anderen leiht, um jemand damit zu erschlagen, so können sie sich, wenn sie wollen, zu der Were vereinigen, § 1. Wenn sie sich nicht vereinigen wollen, so gelte der, welcher die Waffen hinlieh, den dritten Theil der Were und den dritten Theil der Wette.“

befehden. Von Rechtswegen ist zunächst nur der Thäter auf die volle Sühne belangbar. Ihn, an dessen Hand das Blut klebt und hinter dem der versteckte Anstifter sich deckt, mag die Sippe friedlos legen, Tod mit Tod und Blut mit Gut entgelten; gelangt sie aber zur Sühne, so ist damit auch jeder Gang wider den Anstifter ausgeräumt und auch der Anstifter schuld-, buss- und fehdefrei.

Wegen dieser Subsidiarität der Anstiftungsbusse ist eine Gesammtklage wider den Mörder und den Anstifter, wie sie z. B. in tit. XIV gegen die des Totschlages verdächtigen Tumultuanten gestattet ist, ebenso versagt, wie der gesonderte Rechtsgang gegen den Anstifter, sofern der Mörder noch im Lande ist [1]). Ist dieser aber landesflüchtig, so hat er sich selber friedlos gelegt; jedoch ist damit materiell der Totschlag nicht gesühnt; ungesühnt ist immerhin die zum rechtsbrechenden Totschlag führende Anstiftung; trotz Landesflucht des Mörders ist die Schuld des Anstifters als ein materielles Residuum der Totschlagssühne an der Person des Anstifters sitzen geblieben und wider ihn im Rechtswege verfolgbar geworden.

Es bestimmt aber weiterhin II, 2, dass, falls der Totschläger nicht geflohen, der Anstifter von der verletzten Sippe bis zur Aussöhnung befehdet werden darf [2]).

Ueber Grund, Bedingungen und Umfang dieses Fehderechtes sind verschiedene Ansichten aufgestellt [3]).

Nach Rogge soll sie erst zulässig sein, wenn der im Lande gebliebene Mörder verurtheilt ist. — Cropp meint, solange der Totschläger im Lande ist, könne der Anstifter

---

[1]) II, 6, 7: Si homicida infra patriam fuerit, nec iuret nec aliquid solvat. — [2]) II, 2: Si servo homicida non fugerit, nihil solvat, sed tantum inimicitias propinquorum hominis occisi patiatur, donec quomodo potuerit eorum amicitiam adipiscatur. — [3]) Rogge, Gerichtswesen der Germanen 1820 S. 26—29, S. 146 Note 170. — Cropp in der Besprechung der Roggeschen Schrift (Heidelberger Jahrb. der Literatur 1825) S. 644, 645. — v. Woringen, Beiträge zur Geschichte d. deutsch. Strafr. 1836 S. 50. — Wilda, Strafr. d. Germanen 1842 S. 631 Anm. 1. — Gaupp, Wergeld- und Bussensystem d. alten l. Fries. 1853 S. 18. — Siegel, Gesch. d. deutsch. Gerichtsverf. 1857 S. 9. — Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte I 1887 S. 162 u. ib. Anm. 33. — Cf. auch Frauenstädt, Blutrache und Totschlagsühne 1881 S. 4.

nicht gezwungen werden, sich mit einer Busse bei der verletzten Sippe abzufinden, sondern dieses bliebe der freien Vereinbarung überlassen. — v. Woringen führt aus, dass, wenn der Thäter, an den man sich zu halten habe, nicht geflohen sei, auch der Anstifter nichts bezahle; aber da für die besondere Verletzung der Anstiftung keine Taxe bestünde, sei aus Billigkeit die Fehde zugelassen, damit die beleidigte Familie nicht ganz um ihr Wergeld komme. — Wilda will den Anstifter, in dessen Hause etwa der Totschlag begangen war, so lange der Rache ausgesetzt lassen, bis der im Lande befindliche heimliche und unbekannte Totschläger bekannt geworden, gegen ihn die Hauptsache gerichtlich entschieden oder er als Totschläger geflohen war. — Nach Gaupp soll gegen den Mörder im Lande die Klage auf das ter simplum und gegen den expositor nur die Fehde gehen. — Siegel behauptet, gegen den Helfer beim Totschlage sei den Verwandten des Erschlagenen aus Billigkeit eine Klage auf den dritten Theil des Wergeldes zugestanden, sofern von dem eigentlichen Vollbringer in Folge seiner Flucht nichts zu erlangen ist; sei aber die That vom Mörder gebüsst, so sei wider den Verräther aus Billigkeit nur die Fehde gestattet, und möge die verletzte Familie zusehen, was sie auf diesem Wege erreichen könne. — Brunner giebt an, nur einmal könne das Wergeld eingeklagt werden; sei die Sühne vom Totschläger zu erlangen, so sei gegen den Anstifter keine Klage, sondern nur Fehde zulässig; die Fehde sei in der fränkischen Zeit einzige Vergeltungsform für Unthaten, bei denen die Logik des geltenden Rechtes einen Anspruch auf Busse oder sonstige Sühne versagen müsse.

Zunächst ist festzuhalten, dass nur der Sippe des Erschlagenen, — insbesondere auch nur der Sippe des erschlagenen Liten, nicht dessen Herrn, — die Fehde gestattet ist [1]); da sie

---

[1]) II, 5: Si (sc. nobili) de lito idem scelus ei imputetur et homicida defuerit, ut superius de libero sacramentum perficiat, adempta ipsius sacramenti dimidia portione; solvens tertiam partem leudis eius, si negare non potuerit; et si qui eum occidit infra patriam fuerit, sicut superius diximus, expositor nec iuret, nec leudem solvat, sed inimicitias propinquorum occisi patiatur, donec secum eis reconciliet; — ebenso II, 8 bei Tötung eines Liten auf Anstiftung eines Freien. — Schon zur Zeit der l. Fris. gingen die Liten aus eigenen Litengeschlechtern

der Sippe als solcher, — nicht dem Erben des Getödteten, nicht dem Herrn des Liten, — zusteht, betrifft die Fehde nur die Geschlechtssühne; denn die Litensippe wird wegen der dem Herrn zufallenden Erbenbusse sicherlich nicht in Fehde treten. Auch hiernach erscheint die tertia pars leudis des tit. II als das von dem Ersatzgelde und der Willensbusse verschiedene simplum faidosum [1]). — Zwar tritt die verletzte Sippe durch den Totschlag ohne weiteres zum Mörder und Anstifter in Feindschaft; aber während diese in früherer Zeit unmittelbar zum Fehdekampf führte, ist nach der Lex Frisionum das Fehdeverhältniss nur eine zunächst im Rechtsgange auszugleichende Feindschaftsspannung. Wenn jedoch gegen den Thäter im Lande die Rechtsverfolgung aussichtslos ist, weil er versteckt, unbekannt, arm und sippenlos ist, so wird die subsidiäre Haftung des Anstifters wenigstens insoweit actuell, als er nunmehr der aussergerichtlichen Fehde ausgesetzt wird. — Diese Fehde ist sühnbar und ihr versöhnliches Ende vom Gesetze selbst in Aussicht genommen [2]); sie ist von vornherein auf die gesetzliche Höhe der Anstiftungsbusse von 1/3 des Wergelds beschränkt; unbegrenzte Fehde wäre grenzenlose Willkür; wider den Anstifter ist nur die Form der Beitreibung seiner Busse geändert; statt des Rechtsganges dient der Fehdegang als Zwangsmittel [3]), aussergerichtlich die tertia pars leudis durch Frohndung, Pfändung oder Verknechtung zu erlangen. Wohin führte sonst die Fehde gegen den Diebstahls-

---

hervor; siehe hierüber v. Richthofen, Untersuch. über fries. Rg. II, 2 S. 1089 flgde.

[1]) Die Uebereinstimmung, dass die Anstiftungsbusse in II und die Geschlechtssühne des Liten in XV beide 1/3 des Wergelds ausmachen, spricht dafür, dass tit. II jünger wie tit. I ist, indem die Geschlechtssühne erst 1/4 betrug, und dass tit. II sich an tit. XV anschliesst. Auch Wilda, Strafr. S. 631 Anm. 1 und de Geer, Zus. d. l. Fries. S. 144, 152 rechnen, — entgegen v. Richthofen, MG. III S. 658 Anm. 22, — den tit. II zu den jüngeren Stücken der Lex; de Geer hält ihn für spätere Ergänzungen, „welche dem Gewohnheitsrechte entnommen sind, beigeschrieben von einem Unbekannten, der diese Verhältnisse und Sitten zur Erinnerung darstellt." — [2]) II, 2: donec quomodo potuerit eorum amicitiam adipiscatur. — II, 3: donec cum eis quoquo modo potuerit in gratiam revertetur. — II, 5: donec . . se cum eis reconciliet. — [3]) Cf. Brunner, Abspaltungen der Friedlosigkeit Z. f. Rg. XI [2] 69 84, 92—96.

anstifter, wenn sie in II, 11 nicht auf einen bezifferten Haft betrag begrenzt wäre!

II. Die Compositio plena.

Hiernach besteht die volle Totschlagssühne schon im ältesten friesischen Volksgesetz aus dem Dreifachen des Compositionssimplum des ersten Titels; insbesondere beträgt sie im mittleren und östlichen Friesland für den Freien also $3 \times 53^1/_3 = 160$ solidi [1]. In dieser Höhe hat sie auch das ribuarische Volksrecht anerkannt; da in derselben Stelle 36, 4 [2]) das Wergeld eines freien Alamannen, Bayern und Sachsen ihrem Heimathsrecht entspricht, muss vom freien Friesen das Gleiche gelten; mag auch jene Bestimmung erst der karolingischen Zeit [3]) entstammen, so giebt sie doch die ursprüngliche volle Totschlagssühne an.

Weder tit. XV hat das Wergeld verdoppelt, noch die Additio es verdreifacht.

Titel XV [4]), der erst im Jahre 785 für das östliche Friesland hinzugekommen sein kann, soll nach der gemeinen Meinung die trans Laubach eingeführten Simpla von $106^2/_3$, $53^1/_3$, $26^2/_3$ auf 220, 110, 55 solidi erhöht und ein Knechtswergeld von $27^1/_2$ sol. hinzugefügt haben.

Frühestens ebenso alt wie XV können die Zusätze zu §§ 10, 12 tit. I sein, die die mittelfriesische simpla compositio für das östliche Friesland abändern; sie haben für das neu-

---

[1]) Für den Nobilis, Freien, Liten im mittleren Friesland 80, $53^1/_3$, $26^2/_3$ sol.; — cis Fli 100, 50, 25 sol., der sol. zu 3 Denare; — trans Laubach $106^2/_3$, $53^1/_3$ $26^2/_3$. — [2]) L. rib. 36, 4: Si quis Ribuariorum advenam Alamannum seu Fresionem vel Bajuvarium aut Saxonem interfecerit, centum sexaginta solidi culpabilis iudicetur; — cf. Pactus Alam. II, 37; — l. alam Hlo. 69, 1; — l. Baiuw. III, 13, IV, 28; — arg. l. Sax. cap. 40. Das Sachsenwergeld ist aus 240 solidi minores zu 2 tremissen in 160 solidi maiores zu 3 tremissen, wie sie bei den Franken üblich waren, umzurechnen. — v. Richthofen, MG. V S. 52 Note 27. — Gaupp, Wergelds. S. 3. — Brunner, Rg. I 225. — Auch das Frankenwergeld in l. Rib. 36, 1 stimmt mit demjenigen in l. Sal. 44, 1, l. Rib. 7 u. l. Cham c. 4. — [3]) Wilda, Strafr. S. 435. — Gaupp, Wergelds. S. 2. — [4]) XV, 1: Compositio hominis nobilis, librae XI per veteres denarios, 2. Compositio liberi, librae V et dimidia per veteres denarios. 3. Compositio liti, librae II et unciae IX, ex qua

gewonnene Seitenland die Bedeutung von Einführungsgesetzen [1]). Titel XV, der ebenfalls frühestens a. 785 in die Lex gekommen sein kann, wäre, wenn er jenen eben erst eingeführten Tarif verdoppelt hätte, eine Abänderungsnovelle; aber woraus soll sich ein derartiges sofortiges Uebertrumpfen dieser Skala erklären? — Der Betrag des im Zusatz zu § 12 tit. I erwähnten Knechtewergeld ist in XV näher auf 16½ Unzen angegeben [2]); da die beiden Zusätze zu §§ 10, 12 tit. I gleichaltrig und zusammengehörig scheinen, so müssen die 16½ Unzen einen geringeren Werth haben, wie das Litenwergeld von 26⅔ in Zusatz zu § 10 tit. I. Es kann also, wie behauptet wird, nicht 27½ solidi betragen. — Wer in tit. XV eine Verdoppelung finden will, müsste tit. XV und den Zusatz zu § 12 tit. I nicht nur für jünger halten, als den frühestens im Jahre 785 hinzugekommene Zusatz zu § 10 tit. I, sondern auch annehmen, dass sie wenigstens in den folgenden 17 Jahren bis zum Jahre 802 in die Lex gekommen sind; denn sonst wären jene Bestimmungen nicht in Form von Novellenzusätzen in die Lex, sondern in die aus dem Jahre 802 herrührende Additio aufgenommen worden; dafür, dass nach der Additio noch die Lex Veränderungen erfahren hat, spricht aber nichts. — Die behauptete Verdoppelung soll aus der Umrechnung der Pfunde in neue Denare, von denen 60 auf das Pfund gehen [3]), folgen; der denarius vetus soll nach v. Richthofen der Gegensatz zum fränkischen Denar sein, aber denselben Werth wie die denarii novi [4]) haben. Zu Gunsten dieser Vermuthung liegt nichts vor; vielmehr liegt es nahe, an einen Gegensatz zwischen dem alten und neuen friesischen Denar zu denken; der alte Denar scheint eine Quote des früheren Goldsolidus zu sein;

---

duae partes ad dominum pertinent, tertia ad propinquos eius. 4. Compositio servi, libra I et unciae IV et dimidia.

[1]) Zusatz zu I, 10: Inter Laubachi et Wisaram weregildus nobilis 106 solidi et duo denarii, liberi 53 solidi et denarium, liti 26 solidi et dimidius tremissis. — Zusatz zu I 12, betreffend den Ersatz des erschlagenen Knechtes: Inter Laubachi et Wisaram suam habet compositionem. — [2]) v. Richthofen, MG. III S. 657 Note 10: Hanc servi compositionem in l. Fries. XV, 4. — [3]) XIV, 7. — [4]) Literatur: v. Richthofen, MG. III S. 669 Note 20—24, S. 650, 668 Note 18. — de Geer, Zus. d. l. Fr. S. 148. — v. Amira, Erbenfolge 142—144. — Gaupp, Wergeldsyst. S. 24, 25. — Wilda, Strafr. 431.

der neue Denar ist in Mittelfriesland 1/3 des Silbersolidus und bezeichnet die trimesse; im westlichen Friesland gehen 2 1/2, im östlichen Friesland 2 Denare auf den Solidus[1]). Mag auch der Metallwerth und das Gewicht eines Pfundes in ganz Friesland gleich gewesen sein, so können die Denare, wenn 20 bis 25 solidi aus dem Pfunde geprägt wurden, im Werthe sehr differiren[2]); die veteres denarii mögen vielleicht durch ihre Abnutzung leichter geworden und im Curs- und Metallwerth gesunken sein, so dass zwei derselben einem neuen Denar gleich geworden sind. Alsdann würden die Sätze in XV mit denen in I. für das östliche Friesland übereinstimmen[3]). In XV drückt das Rechnungspfund die Wergeldshöhe in der Zahl der alten Denare aus; nur soll die Zahlung in neuen Denaren erfolgen. Entsprechen die auf die 11 Pfund Nobelwergeld gehenden veteres denarii den 320 Denaren in Zusatz zu I, 10, so repräsentiren die auf ein Pfund gehenden alten Denare einen Werth von $29\frac{1}{11}$ neuen Denaren[4]). — Die angebliche durch die Additio vollzogene Verdreifachung der Wergelder soll aus den Erhöhungen der Wundbussen folgen. Allerdings sind in der Additio III[a] für viele Wundbussen Verdreifachungen angegeben[5]); aber daraus folgt nichts für die

[1]) Brunner, Rg. I. 214, 215 und Anm. 13. — [2]) Müller, Münzgeschichte 1860 I. S. 96, 99. — Waitz, Verfassungsgeschichte IV S. 70. — [3]) Brunner, L. c. S. 342 Anm. 8 hält es für wahrscheinlich, dass in den Wergeldsätzen des tit. 15 „eine Umrechnung der sonstge„nannten Wergeldsätze vorliegt; entsprechen die Wergeldsätze des tit. 15 „der dreifachen Composition des tit. I, so hatte der alte Denar etwa „den 1 1/2 Werth des neuen.“ — Liegt eine wahre Verdreifachung der „Simpla des tit. I vor, so enthält tit. XV die volle 3 Simpla umfassende „Sühne und scheint sich tit. 15 auf die in tit. 14 behandelte dolose „Tötung im Tumulte zu beziehen, an den er sich mit den Worten „et „hoc eadem regione observatur“, — auffallend eng anschliesst.“ — [4]) Das Knechtwergeld beträgt dann gerade 40 Denare, übersteigt also nicht auffallend den in Mittelfriesland nach I, 12 unter gleichen Verhältnissen zahlbaren Sachwerth des Knechtes von durchschnittlich 12 solidi, bleibt aber andererseits entsprechend unter dem ostfriesischen Litenwergeld von 26 2/3 in Zusatz zu I, 10. — Cf. Brunner, Rg. I 231. — [5]) Brunner, Rg. I 342 Anm. 8 versucht die angebliche Verdreifachung des Wergeldes aus der Umrechnung der Goldsolidi in Silbersolidi zu erklären; seit dem Uebergange zum Silbersolidus habe man die ursprüngliche Ziffer als Wergeldsimplum festgehalten, welches in Fällen casueller Tötung, als höhere Wundbusse oder als höheres Friedensgeld bezahlt wurde, während der Totschlag und die ihm gleichgestellten Unthaten mit dem dreifachen Betrage gebüsst worden sind.

nachträgliche Verdreifachung der simpla compositio im ersten Titel für die Totschlagssühne; sicherlich wäre dies für das Capitaldelict des Totschlages nicht unausgesprochen geblieben.

Die Wunden gelten als partielle Lebensvernichtungen; die Wundbussen als partielle Totschlagssühne; sie haben gerade so ihr Einheitssimplum wie die Totschlagssühne; dieses soll nach der Additio III^a 58 für die beiden Seitenländer das Einheitssimplum des tit. I für den Totschlag nicht übersteigen[1]. Schwere Verletzungen sind wie der Totschlag zu sühnen; so gilt dies nach der Lex bereits für die Entmannung[2] und das Plagium[3]. Die Additio hat die gleichzeitige Beraubung von Gehör und Sprache zugefügt[4]. Es ist daher ebensowenig auffällig, dass die Wundbussen wie die Totschlagssühne nach dem Stande des Verletzten abgestuft werden[5], als wenn wegen vorsätzlicher Verletzungen eine Erhöhung des Busssimplums eintritt. Die Tripla der Wundbussen sind aus der Analogie mit dem Totschlage veranlasst; sind auch die einzelnen Simpla in ihrem Charakter nicht besonders kenntlich gemacht, so stehen sie doch in ihrem Gesammtbetrage zur Totschlagssühne in einem entsprechenden Verhältniss. Auf die Verdreifachung im Falle der Vorsätzlichkeit weisen die Worte am Schlusse der Additio II hin: hoc totum in triplo componitur[6]; in additio III^a sind die Bussen für vorsätzliche Delicte angegeben, jedoch wahrt sie insofern die Selbständigkeit der Simpla, indem sie in §§ 68—70 vorschreibt, bei casuellen Verwundungen solle nur das Simplum als Einheitssatz der Busstaxe zur Anwendung kommen.

Was sodann das mehrfach in der Lex VII, XVII, XX er-

---

[1]) Add. 58^a a. E.: Apud occidentales Fresiones inter Flehi et Sinkfalam quot unciarum fuerit longitudo vulneris, tot solidorum compositione persolvitur, donec ad quinquaginta et tres solidos perveniat et unum tremissem; ibi nobilis homo centum et sex solidis et duobus tremissis simpla compositione solvitur. Similiter inter Wisaram et Laubachi. — [2]) T. XXII, 57, 58. — [3]) T. XXI. — [4]) Add. III^a 8 und 60. — [5]) T. XXII, 90 epilogus für media frisia: haec omnia ad liberum hominem pertinent, nobilis vero hominis compositio, sive in vulneribus et percussionibus et in omnibus quae superius scripta sunt, tertia parte maior efficitur; liti vero compositio . . . medietate minor est, quam liberi hominis. — Add. III^a 71—73 für die beiden Seitenländer: haec omnia compositiones liberi hominis sunt, in nobili homine dimidio maiores, in lito medietate minores. — [6]) v. Richthofen, MG. III 683 Note 44 will sie auf add. III^a 1—7 beziehen.

wähnte [1]), auf fränkischem Einfluss beruhende neunfache Wergeld und neunfache Fredum betrifft, so ist dieser neunfache Betrag der simpla compositio des Titels I rechnerisch nur die Ziffer für die in Wirklichkeit darunter zu verstehende verdreifachte Totschlagssühne; dies ergiebt eine Vergleichung des tit. 17, 1 mit l. sax 5, 1 [2]), die unter entsprechender Voraussetzung statt des neunmaligen Simplums nur das practische Triplum statuirt. Diese Verschärfung hat ihren speciellen Grund in dem Bruche des erhöhten Heerfahrtfriedens, der Mordheimlichkeit, und dem grösseren Schutze des Standes des Verletzten [3]).

Schliesslich sei noch auf additio III[a] 76 verwiesen [4]); derjenige, der eines Freien Ehefrau entführt, soll sie zurückgeben, das Wergeld als fredum und eine Busse von 3 × 53 1/3 solidi zahlen. Dieser dreifache Betrag ist aber kein Triplum des ursprünglich vollen Wergelds, sondern stellt nur eine volle Sühne dar, die sich aus drei in verschiedener Richtung verwirkten Wergeldern zusammensetzt, — ebenso wie in l. XXI beim plagium je eine Compositio als Vorsatzbusse und Fehdesühne, und in l. IX, 8 für die Verstossung der geraubten und geschändeten Jungfrau je ein Wergeld als Satisfactio und Vorsatzbusse verwirkt wird; hierfür spricht, dass ad partem

[1]) T. VII de brand: 1 Si quis domum alterius incenderit, ipsam domum et quidquid in ea concrematum est, in duplo componat. 2. Si autem dominum domus flammis ex ipsa domo egredi compulit, et egressum occidit, componat eum novies, cuiuscunque fuerit conditionis sive nobilis, sive liber, sive litus sit. Haec constitutio ex edicto regis processit. Trans Laubaci in fredum novies componit weregildum suum. — T. XVII. Hic bannus est. 1. Si quis in exercitu litem concitaverit, novies damnum quod effecit componere cogatur, et ad partem dominicam novies fredam persolvat. 2. Qui in curte ducis, in ecclesia aut in atrio ecclesiae hominem occiderit, novies weregildum eius componat, et novies fredam ad partem dominicam. 3. Si quis legatum regis vel ducis occiderit, similiter novies illum componat, et fredam similiter novies ad partem dominicam. — T. XX. 1. Qui obsidem occiderit, novies eum componat. 2. Si quis hominem occiderit et absconderit, quod mordritum vocant, novem weregildos componat, aut si negaverit, cum 35 iuret. — [2]) L. Sax 5, 1: Qui homini in hoste vel de hoste ad palatium vel de palatio pergenti, malum aliquod fecerit, in triplo componat. — [3]) Gaupp, Wergeldsyst. S. 14. — Cf. de Geer, Zus. d. l. Fris. S. 146. — Wilda, Strafr. S. 418 flgde. — [4]) Additio III[a] 76: Si quis liber uxorem alterius contra legem tulerit, reddat eam et facimus ter quinquaginta tribus solidis et tremisse componat, et pro freda ad partem regis weregildum.

regis nur ein Wergeld zu zahlen ist, nicht aber ein dreifaches fredum, wie bei den neunfachen Wergeldern auch novies fredum zu zahlen ist.

II. Abschnitt: **Der Rechtsgang.**

1. Die Anklage beruht auf dem uneidlichen Vorwurfe, der Beschuldigte sei am Totschlage als Thäter betheiligt oder für den Thäter haftbar. Nur im westlichen Friesland[1]) ist ein Calumnieneid des Anklägers erwähnt; will er wegen Tötung im Raufhandel bis sieben der Tumultuanten anklagen, so soll er vor der Ladung in reliquiis schwören, nur Verdächtige zu beschuldigen; dieser ausserhalb des eigentlichen Rechtsstreites geschworene Eid ist eine Voraussetzung, um die Angeklagten mit Erscheinungszwang zu laden; er erscheint nur als eine particuläre Besonderheit zum Schutze gegen Willkür bei der Massenanklage im Tumultprocess. Im östlichen Friesland[2]) ist er nicht erwähnt; denn ohne weiteres soll der Angeklagte der Ladung folgen und sich zur eidlichen Reinigung erbieten. Im mittleren Friesland[3]) fehlt er nachweislich, obwohl die Anklage ebenfalls auf sieben Tumultuanten erstreckt werden kann; gewinnen die Angeklagten im ersten Gange des Loosordals durch Herauskommen des bekreuzten Stäbchens, so ist die Anklage abgelehnt, aber Kläger darf eine zweite gegen nochmals sieben erheben; hätte Kläger seine Klage beschworen, so wäre ihm diese Vergünstigung einer zweiten Anklage nicht gestattet, sondern ihm vielmehr die Meineidsbusse zur Last gelegt.

2. Was die Einlassung des Angeklagten betrifft, so ist in den Titeln I, II, XIV die Tötung als zweifellos vorausgesetzt und daher der Angeklagte nur vor die Frage gestellt, ob er seine Schuld einräume; er kann nicht bestreiten, dass ein Totschlag vorliege, sondern bloss, dass er an demselben

---

[1]) XIV 3: Is qui compositionem homicidii quaerit, in reliquiis sanctorum iuret, se non alium de hac re interpellaturum, nisi eos qui ei ipsius homicidii suspecti sunt; et tunc unum vel duos vel etiam tres aut quatuor vel quotlibet fuerint, qui eum occisus est, vulneraverunt, de homicidio interpellet. — [2]) XIV 4: Ille qui compositionem homicidii quaerit, unum hominem interpellet, homicidam eum proximi sui vocans et eum leudem occisi debet persolvere; et ille si responderit et dixerit, se velle cum coniuratoribus suis sacramento se purgare, dicat ille qui homicidam eum interpellavit, se in placito publico eum interpellare velle. — [3]) XIV 1.

schuldig sei [1]). Der geständige oder nichtleugnende Angeklagte gilt als schuldig und hat die Sühne zu leisten; leugnet er, so hat er sein Bestreiten mit Helfern zu beschwören. — Das Geständniss des Knechtes, er habe die Tötung begangen, ist unbestreitbar; niemand weiss besser um die That als der Thäter. Behauptet der Knecht aber, im Auftrage seines Herrn gehandelt zu haben [2]), so überführt dies den Herrn im mittelfriesischen Rechte nach I, 13 nicht; denn trotzdem steht ihm die eidliche Reinigung offen. — Im östlichen Friesland dagegen ist er nicht zum Eide zugelassen, sondern soll ohne weiteres, wie in I, 14, die volle Sühne zahlen; dies bestimmt I, 22 [3]), eine Novelle zu I, 14, die sich auf den Fall bezieht, dass der Knecht den Tötungsauftrag eingeräumt hat. Es haftet der Herr im östlichen Friesland nicht ohne weiteres absolut für den Kecht [4]), der bereits der Freiheitssphäre der Volksgenossen näher gerückt und mit einem Wergeld ausgestattet ist, während er im älteren mittelfriesischen Recht für ihn, der noch auf der Stufe der Hausthiere steht, nur beschränkt haftet [5]). Vielmehr ist das Verbot der eidlichen Reinigung

---

[1]) I, 1: Se illum occidisse; I, 11 servum suum perpetrasse; I, 13 se non iussisse. II, 3—10 se non hominem ad occidendum exposuisse. XIV, 5 se homicidii reum esse. — [2]) I, 13, 14; siehe vorne emenda sceleris unter 2. — [3]) I, 22: Inter Laubacum et Wisuram dominus servi non iuret, sed componat eum ac si ipse eum occidisset. — Diese Bestimmung hat weder einen abgeschlossenen Inhalt, noch sagt sie ausdrücklich, wohin sie gehört. Sie ist eine lex fugitiva. In der Heroldschen Ausgabe steht sie am Schlusse des tit. I ohne Paragraphennummer; v. Richthofen giebt ihr den § 22 aus redactioneller Rücksicht; Gaupp, l. Fries. S. 5 fügt sie dem Schlusse von I, 13 bei. — [4]) Dies meinen v. Richthofen, MG. III 658 Anm. 19. — Gaupp, L. c. — de Geer, Zus. d. l. Fries. S. 155. — [5]) I, 11. — IV. — add. VII. — XV, 4. — Cf. Brunner, Rg. I S. 231. — Auch in anderen Volksrechten haftet der Herr für den Knecht nur voll, wenn er iubente domino, — nicht nesciente domino, — gehandelt hat. L. Sax. 50: quidquid servus aut litus iubente domino perpetravit, dominus emendet. — Rothar. 24: si cum iussione sui domini fecerit, domini repotetur culpa. — L. Wisigoth. lib. VIII tit. I, 1. Wo der Herr für die ohne sein Vorwissen begangenen Delicte haftet, findet sich ein besonderer Grund angegeben. Rothar. 249: Si servi dominum suum secuti fuerint, in compositione domini compotentur; culpa enim dominus fecit, nam non servus, qui dominum suum secutus est; in l. Sal. 40, 9 und 10 haftet der Herr, wenn er den Knecht nicht fristgerecht dem Gerichte stellt. — Cf. Schmidt, Grundsätze über Schadenersatz in den Volksrechten S. 43 flgd.

processualer Natur; die Aussage des Knechtes ist unzerreissbar; glaubt man ihm die Tötung, so soll ihm auch geglaubt werden, dass er im Herrenauftrage gehandelt hat. I, 22 schliesst sich an die allgemeine Voraussetzung in I, 14 an: aut si servus hoc se iussu domini sui fecisse dixerit, und bestimmt in diesem Falle: dominus non iuret; I, 22 passt auch im Satzbau als Ergänzung zu I, 14; beide sagen mit gleichem Ausdruck, es solle der Herr haften, als wenn er selbst die That begangen.

Den Vorwurf der Tötung soll der Angeklagte nach I, 1, 6, 10 mit dem Zwölfeide bestreiten; wird die Tötung einem Knecht zur Last gelegt, so kann der Herr für ihn den Haupteid leisten, ohne dass die elf Helfereide aufgehoben sind[1]. Steht Mord zur Anklage, so erhöht sich nach XX, 2 die Eidhelfergrundzahl auf 35; denn dreimal höher ist die Sühne des Mörders und reinigungsbedürftiger ist der Angeklagte, der die Leiche verborgen hat. Dagegen schwört er nach II, 3, 7 und I, 16, 20 den Zwölfeid nur zum Drittel als Viereid, wenn er Anstifter oder Auftraggeber zum Totschlage sein soll; denn hier steht nur $^1/_3$ Totschlagssühne in Frage; während der Herr beim vorsätzlich von seinem Knecht verübten Totschlage nach I, 13 ohne weiteres auf $^2/_3$, bis simplum, haftet, ist die Haftung für das dritte Drittel von seinem Auftrage bedingt; ebenso ist nach II die Anstiftungsbusse tertia pars leudis. Bei casueller Tötung, für welche nur ein Simplum verfällt, ist der Zwölfeid, und nicht der Viereid in I, 1, 6, 10 wohl deswegen verlangt, weil die Feststellung von That und Thäter der Frage nach Schuld und Sühne vorgeht. Ist der Haupteid des Herrn, „servum non perpetrasse“ wirksam gescholten, so kommt noch der Viereid des Herrn „se hoc non iussisse“ in Betracht.

3. Das Princip der Pflicht zur eidlichen Reinigung kann mit dem selbstverständlichen Grundsatz, dass der Ankläger seinen Vorwurf zu beweisen habe, nicht im Widerspruch stehen. Angeklagter braucht nicht den Entlastungsbeweis zu führen, aber er muss sich auf die Anklage einlassen und im Be-

---

[1] I, 15: Et si servus hoc se perpetrasse negaverit, dominus eius iuret pro illo; I, 16—22 beziehen sich nur auf den Tötungsauftrag, also auf I, 13 und 14. — Im 10. der 24 Landrechte schwört der Herr den Haupteid als „withetb“, d. h. auf die Reliquien. (v. Richthofen, RQ. S. 58, 21.)

streitungsfalle seine Schuld in glaubwürdiger Weise in Abrede stellen; als glaubwürdige Ableugnung gilt aber nach formalem Processrecht nur die eidliche [1]. — Dem unverdächtigen Angeklagten wird sie nicht schwer sein. In der Regel befreit die eidliche Reinigung den Angeklagten vom Processanspruch, sofern Kläger den Unschuldseid anerkennt; will er dies nicht, so mag er ihn schelten [2] und seiner Anklage eidliches Gegengewicht geben. Unschulds- und Anklageeid bilden die Basis des Kampfordals. Auf die Eidesschelte folgt im Diebstahlsprocess der zweiseitige Kesselfang [3], im Totschlagsprocess entweder ebenfalls der Kesselfang oder wie dies aus dem für Westfriesland geltenden tit. XIV, 5 folgt, der Zweikampf; der Unterliegende verwirkt die Meineidsbusse, als Angeklagter auch die Sühne des ihm zur Last gelegten Verbrechens. — Das Kampfordal dient zur Bestärkung der Eidesreinheit.

4. Anders liegt die Sache bei begründetem Thatverdacht des Angeklagten. Entweder wird Angeklagter gar nicht zur eidlichen Reinigung zugelassen oder sie gelingt ihm nicht oder sein Unschuldseid hat keine absolutorische Kraft. Während sonst die negative, mit Unschuldseid verstärkte Einlassung des Angeklagten ihn von der Anklage befreit oder den Kläger zur Eidesschelte und zum Kampfe zwingt, bleibt Angeklagter wegen seiner dringenden Verdächtigkeit sogar trotz des Un-

---

[1]) Köstlin, Beweisverfahren nach deutsch. R. S. 215. — Siegel, Gesch. d. Gerichtsv. S. 167. — Dahn, Fehdegang S. 118 flgde. — Cosack, Eidhelfer S. 77. — [2]) Da in III, 8 und 9 beim Diebstahl die Eidesschelte ohne Rücksicht auf den Werth des gestohlenen Gutes gestattet ist, kann sie nicht davon abhängen, dass die Streitsumme die Höhe der Meineidsbusse erreicht. — Cf. v. Amira, Salfr. Eideshilfe S. 62. — Cosack, L. c. S. 62. — [3]) III, 8: Si quis in furto deprehensus fuerit et ab ipso qui eum deprehendit furti arguatur et negaverit, iuret uterque solus et ad examinationem ferventis aquae iudicio Dei probandus accedat; III, 9. Si vero is qui alium furem interpellavit, falso eum calumniatus est, et in iudicio ferventis aquae fuerit convictus, 60 solidis manum suam redimat. — Cf. Dahn, Gottesurtheil, Bausteine II S. 53. — Grimm, RA. S. 910 und Anm. 16. — Siegel, Gerichtsv. S. 210. Anm. 3. — Dagegen meint v. Amira, Salfränk. Eideshilfe S. 64, in III, 8 schreite nur der Beklagte zum Kesselfang. An die Kampfnatur des Kesselfanges erinnert das Schulzenrecht 42 (v. Richthofen RQ. 392, 34) und das Sendrecht 14 (RQ. 408, 24), welches ihn einen lessa stryd, den kleineren Streit im Gegensatz zum mara stride des Zweikampfes (Hunsigoer Busstaxe 77, RQ. 341, 20) und einen Wetterkampf nennen.

schuldseides der Anklage verfangen, kann den Kläger nicht zum Kampf provociren, sondern muss dulden, dass Kläger ihn in vortheilhafter Weise — sei es durch den Erfüllungseid oder durch das einseitige Ordal — seiner Schuld völlig zu überführen unternimmt.

Bestreitet z. B. der Angeklagte, dem Verletzten durch einen Schlag mehrere Wunden zugefügt zu haben, so soll nach Additio III, 49 [1]) dem Verletzten der Erfüllungseid zustehen; die Wahrscheinlichkeit spricht zu sehr gegen den Angeklagten, dass er nicht bloss einige, sondern alle Verletzungen beigebracht hat, um seine eidliche Reinigung als erheblich zuzulassen.

Wenn ferner der Angeklagte die eidliche Reinigung nicht erbringt, so gilt der Mangel der Eideshülfe zwar nicht wie das Geständniss und das Nichtleugnen als eine Selbstüberführung, sondern bloss eine Selbstverdächtigung. Kläger gewinnt damit das Recht, auf den Angeklagten das einseitige Ordal anzuwenden, um ihn gänzlich zu überführen [2]); wie der Erfüllungseid in Additio III, 49 erscheint es als suppletorisches Beweismittel. Dem Angeklagten ist das Ordal nicht als letzte Rettung, als eine Art Vergünstigung gestattet, sondern bloss deswegen auferlegt, weil er vollständig überführt werden muss. So kann der Herr, wenn er den Haupteid für seinen diebstahlsbezichtigten Knecht ablehnt, ihn anstatt sofort der Rache und der Strafe zu übergeben und Ersatz für ihn zu leisten, zuvor im einseitigen Kesselfang erproben lassen [3]); ebenso

---

[1]) Additio III, 49: Si quis alii duo aut tria aut eo amplius vulnera uno ictu intulerit et negare voluerit, quod uno ictu tot vulnera fecisset, liceat ei qui vulneratus est sua solius manu sacramentum peragere, quod tot vulnera uno ictu ei fuissent illata et componat iuxta quod vulneris fuerit magnitudo. — [2]) Nach dem 10. der 24 fries. Landrechte kommt wider den Knecht bei der Mordklage das Ordal des heissen Eisens zur Anwendung; der Erbe des Getöteten kann sich nach dem fries. hunsigoer, dem fries. emsigoer und dem fries. westerlauwerschen Text auf Sendrecht berufen und sich mit anderen einseitigen Ordalen (Kesselfang, geweihter Bissen) zur Ueberführung des Angeklagten „helfen": hweerso ma een daedbante werpt op enis mannes schalck, soe moet di hera ont suara mit ene wytede, iefta di schalck schil een heet yrser draga fan da fonte ti da halgha alter. Jef di eerfnama dat riucht naet hera wil iefta oen siaen, so aegma him to helpen mit sindriucht: mit ketelfangh iefta mit wyder corbita. (v. Richthofen, RQ. 59, 16). — [3]) III, 5, 6: Si servus furti reus esse dicatur, dominus eius in vestimento suo

kann er mangels eidhelferischer Reinigung für sich selbst zum Kessel gehen; mag auch der einseitige Kesselfang hauptsächlich das Ordal des Ungenossen sein, so steht doch dem Kesselfang desjenigen, der sich selbst verknechten kann, nichts im Wege, wenn er im Processe sich dem Knechte gleichstellen will. Kein Grund liegt vor, warum im Totschlagsprocess das bei der Diebstahlsklage gestattete einseitige Ordal dem reinigungsunfähigen Angeklagten versagt sein sollte [1]).

Für den Process wegen der Totschlagssühne kommt speciell noch tit. XIV über die Tötung im Raufhandel (in turba ac seditione) in Betracht. Jeder Tumultuant, — qui eum, qui occisus est, vulneraverunt, — ist der Mitschuld am Tode verdächtig. Mit dem blossen Unschuldseide kommt er von der Anklage nicht frei, sondern muss, falls er nicht als schuldig gelten will, zu seiner Ueberführung eine Ordalprocedur über sich ergehen lassen; obwohl für jedes der drei Gebiete Frieslands ein besonderes Verfahren gilt, ist doch übereinstimmend der auf sichere Ermittlung eines Thäters gerichtete Zweck des Ordals zum Ausdruck gebracht.

Im östlichen Friesland [2]) kann der Angeklagte, wenn er trotz seiner Betheiligung am Tumulte leugnen will, der Totschläger zu sein, den Kläger nicht zum Kampfe provociren; er muss auf andere Weise zusehen, von der Anklage loszukommen. Zwar braucht er nach Lage der Sache nicht ein-

---

sacramentum pro illo perficiat. Aut si grandis erat, in reliquiis iuret, aut servum ad iudicium dei in aqua ferventi examinet. — Wider Willen des Herrn kann der Knecht nicht zum Kessel gehen. — Cf. v. Bethmann-Hollweg, Civilproc. V, 167. — Köstlin, Germ. Strafr. Z. f. Rg. 14 S. 393 und Derselbe, Beweisverfahren nach deutsch. R. in krit. Ueberschau V S. 215.

[1]) de Geer, Zus. d. l. Fries. S. 142 meint, „dass der Leibeigene sich nicht auch durch ein Gottesurtheil freimachen konnte und dass, falls der Dominus nicht schwören wollte, der Leibeigene immer für den Schuldigen gehalten wurde.“ — Siehe die Ordale bei der Mordklage im 10. der 24 fries. Landrechte (v. Richthofen, RQ. S. 58, 16 flgde.) — [2]) XIV, 4: Ille qui interpellatus est, si negare non poterit, alium quod sibi obiectum est homicidii reum ostendat, quod ita facere debet. 5. Producat hominem quem voluerit et iuret quod ille homo homicidii de quo ego interpellatus suum, reus est, tenens eum per oram sagi sui. Ille autem, si hoc sacramentum negare velit, iuret et contra ipsum cum armis suis in campum procedat, et uter in ipso certamine convictus fuerit et sibi concrediderit, solvat leudem occisi.

seitig den Kesselgriff zu thun, sondern er ist besser gestellt, da er einen Dritten als Thäter in den Process ziehen, eidlich als Thäter bezichtigen und mit ihm, falls jener seine Schuld eidlich bestreitet, zum Zweikampf schreiten kann. Wer im Zweikampf unterliegt, gilt als Thäter; also hat das Ordal mit Gewissheit zur Ermittlung des Totschlägers geführt.

Im westlichen Friesland[1]) ist die Klage auf sieben Tumultuanten ausdehnbar. Jeder Angeklagte soll den Zwölfeid leisten; wer ihn nicht erbringt, gilt definitiv als schuldig, hat also kein Recht auf ein Ordal; von mehreren Eidesfälligen kann der Ankläger jeden als haftpflichtigen Thäter annehmen. Die Zwölfeide bezwecken nur, in dem Eidesfälligen den Thäter zu entdecken; sie haben aber nicht die positive Reinigungskraft, die Angeklagten von der Beschuldigung zu befreien; nicht nur sind die Angeklagten durch die Theilnahme am Raufhandel zu stark belastet, sondern es belastet der Reinigungseid des einen wiederum die übrigen mitangeklagten Tumultuanten. Will der Ankläger alle oder einige der Unschuldseide nicht anerkennen, so genügt die eidlose Schelte, um gegen die Angeklagten den einseitigen Kesselfang zwecks Ueberführung zu veranlassen; mit Zuverlässigkeit steht die Ueberführung des Thäters zu erwarten; von einer zweiten Anklage gegen andere der Tumultuanten ist im Rechte Westfrieslands nichts erwähnt. — Die Reihenfolge der Anklagen wird dem Grade der Verdächtigkeit der Angeklagten entsprochen haben; wenn die Angeklagten in dieser Reihenfolge schwören und zum Kessel gehen, so wird voraussichtlich der Hauptverdächtige, der den ersten Griff thut, als Thäter festgestellt[2]); für jeden der Angeklagten ist der Kesselfang ein selbständiges Ordal;

---

[1]) XIV, 3: Unusquisque eorum qui interpellatus est sua duodecima manu iuret et se post sacramentum iudicio dei examinandum, ferventi aqua innocentem ostendat; qui primus iuravit, primus ad iudicium exeat et sic per ordinem; qui in iudicio probatus fuerit, compositionem homicidii persolvat et ad partem regis bis weregildum suum; coniuratores sicut superius de periuris dictum est. — [2]) Im westerlauwerschen Schulzenrecht 41 (v. Richthofen, RQ. 393, 17) findet die Feststellung der Verletzungen und der Ausspruch über den Ausfall des Ordals erst am dritten Tage nach dem Kesselgriff statt; dies wird auch dem Verfahren zur Zeit der Lex entsprochen haben; dass alle sieben Angeklagten sofort unter einander die Kesselprobe versuchen mussten, ist nicht anzunehmen. Cf. Wiarda, Asegabuch S. 248.

sowie einer unterliegt, ist die Procedur zu Ende und sind die übrigen Angeklagten vom Kesselgriff befreit.

Im mittleren Friesland können ebenfalls sieben Tumultuanten zusammen angeklagt werden; auch hier gilt dasselbe über die Unschuldseide, wie im westlichen Friesland. Die Angeklagten stehen aber hier im Verdachte der Gesammtthäterschaft; die Anklage wider sie ist von solidarem Charakter; sämmtliche Zwölfeide sind nur ein einheitlicher Gesammtreinigungsact; Ankläger kann nicht einen einzelnen Eid herausgreifen und schelten, sondern nur die Gesammtheit der Unschuldseide bemängeln. Damit verfallen die Angeklagten, — septem, qui iuraverunt, — dem einseitigen Loosordal[1]). Sie sind aber insofern günstig gestellt, als zunächst nur über den Gesammtverdacht das Loos geworfen wird; wenn vom kreuzlosen und bekreuzten Loos das letztere gewinnt, so sind ihre Eide rechtsgültig und die Angeklagten verdachtsrein und anklagefrei[2]); insoweit ist das Loosordal allerdings Bestärkungsmittel des Unschuldseides. — Fällt aber das kreuzlose Stäbchen, so gilt sicher der Schuldige als mitangeklagt. Zwar können die Angeklagten unter sich „den Schuldigen ausmachen“[3]),

[1]) Andere Anwendungen des Loosens werden von den fränkischen Chronisten bezeugt. Als über Willebrord, der um 715 auf Helgoland die heilige Quelle entweiht hatte, die Strafe vom Himmel ausblieb, warfen die Friesen über ihn das sors damnatorum, zur Befragung der Götter, ob sie die Strafe des handhaften Ueberführten wollten. (Alcuins Vita Willebrordi cap. 10 in Jaffé, bibl. rer. germ. V 1873 S. 47); — über Willehâd, der um 780 im Gau Hugmerke und Thrianta durch Predigt gegen das Heidenthum frevelte, wird das sors mortis geworfen, um vom Himmel zu erfahren, ob er todeswürdig oder straffrei sei (Anskars Vita Willehadi cap. 3 in MG. II S. 380, 381). — Durch das Loos werden die Götter befragt, wer ihnen zum Opfertode darzubringen ist (Vita Wulframmi de 729 in Acta Sanct. Bened. III, 1); über Strafaufschub wird in Caesar, de bello gallico I, 53 geloost. — Cf. v. Richthofen, Untersuch. II, 1 S. 449. — Brunner, Rg. I S. 166, 176 und Abspaltungen der Friedlosigkeit in Z. f. Rg. XI² S. 73 Anm. 1. — [2]) XIV, 1: Debet unusquisque eorum sua duodecima manu obiecti criminis se purificare sacramento. Tunc ducendi sunt ad basilicam et sortes super altare mittendi, vel si iuxta ecclesiam fieri non potuerit, super reliquias sanctorum. Quae sortes tales esse debent: duo tali de virga praecisae, quos tenos vocant, quorum unus signo crucis innotatur, alius purus dimittitur ... Si illum qui cruce signatus est, sustulerit (sc. presbyter), innocentes erunt qui iuraverunt. — [3]) An dieses alte Recht erinnert das ostfriesische Landrecht

oder als Gesammtschuldner die Sühne leisten[1]); sonst ermittelt das Loos den Thäter[2]); entprechend dem Charakter der Solidarklage wird nicht jeder Angeklagte besonders, wie im westlichen Friesland durch den Kesselfang, im Ordal geprüft, sondern in einer Gesammtausloosung wird festsgestellt, dass derjenige als Thäter gilt, dessen Loos zuletzt gezogen wird. In dieser Function ist das Loosordal reines Ueberführungsordal[3]). — Wird das gekreuzte Loos gezogen, so darf zwar der Ankläger eine zweite Klage erheben; diese ist aber von minderem Reehte[4]); denn die Zwölfeide der Zweitangeklagten haben absolute Reinigungskraft, das Loosordal fällt fort und eine dritte Klage wird nicht zugelassen.

---

de 1515 lib. III cap. 19 (ed. Wicht S. 672): Wann jemant im Kyve wort doet geschlaegen, wort dair einer im Kyve gewundet eder doet geslagen und men weet nicht den rechten Handt dadigen, so soelen se dat thosamen betalen, so verne als de Hoene dat will holden mit synem Eede dat he in dem Kyve is gewundet, eder se soelen einen schuldigen maeken.

[1]) Cf. l. Sal. em. 45, 1: Si quis in convivio ubi quatuor aut quinque fuerint homines, unus ex ipsis interfectus fuerit, illi qui remanent, aut unum convictum reddant aut omnes mortes illius compositionem coniectent; quae lex usque ad septem qui fuerint, in convivio illo convenit observari. — [2]) XIV, 1: Unusquisque illorum septem faciat suam sortem, id est tenum de virga, et signet signo suo, ut eum tam ille quam caeteri qui circumstant cognoscere possint; et obvolvantur lana munda, et altari seu reliquiis imponantur, et presbyter si adfuerit, si vero non ut superius puer innocens, unumquemque eorum singillatim de altari tollat, et ei qui suam sortem esse cognoverit, rogat; cuius sortem extremam esse contigerit, ille homicidii compositionem persolvere cogatur, caeteris quorum sortes prius levatae sunt absolutis. — [3]) Cf. v. Amira, Zur salfr. Eideshilfe, Germania N. F. VIII S. 64 mit Bezug auf l. Fries. XIV. — Dahn, Gottesurtheile S. 44 und Fehdegang S. 124 in Bausteine II. — [4]) XIV, 2: Si autem in prima duarum sortium missione illam quae crucis signo notata est, sustulerit, innocentes erunt, sicut praediximus, septem qui iuraverunt, et ille, si velit, alios de eodem homicidio interpellet et quicunque interpellatus fuerit sua duodecima manu perfectorio sacramento se debet excusare, et in hoc interpellatori sufficiat, nec ulterius ad sortem quemlibet compellere potest.

III.

Erörterungen über die Reimvorrede des Sachsenspiegels.

Von

Herrn Privatdocenten Dr. jur. **Georg Frommhold**

in Breslau.

Der Eifer, mit welchem sich die neuere deutsche Rechtswissenschaft der Erforschung und Auslegung des Sachsenspiegels zugewandt hat, ist ausschliesslich dem den Rechtsstoff enthaltenden Text desselben zu gute gekommen. Die Vorreden zum Sachsenspiegel sind in der Literatur selten einer näheren Betrachtung werth gehalten worden und auch bei der privaten Lectüre dieses Rechtsbuches wird wohl kaum ein flüchtiger Blick auf dieselben geworfen. Gleichwohl verdienen sie diese geringschätzige Behandlung keineswegs, da sie, wenn auch nicht an die Bedeutung des übrigen Werkes heranreichend, immerhin einige auch für den Rechtshistoriker interessante Dinge enthalten und an mehr als einer Stelle Scharfsinn und Nachdenken des Lesers herausfordern. In den folgenden Zeilen soll ein solcher Punkt näher untersucht werden, der in einem gewissen Zusammenhange mit der Frage über die Person des Verfassers unseres einheimischen Rechtsbuches steht und schon deshalb nicht ohne einige Bedeutung sein dürfte: Das Verhältniss nämlich, in welchem die einzelnen Theile der ersten, gereimten Vorrede des sächsischen Landrechts zu einander stehen.

Es ist allgemein bekannt und auf den ersten Blick in die handlichen Ausgaben von Homeyer und Weiske, deren Text auch hier benutzt wird, sofort ersichtlich, dass die 280 Verse der praefatio rhythmica nicht ein einheitliches Ganze bilden. Man pflegt sie vielmehr in zwei oder drei Abschnitte zu zerlegen, von denen der erste die Verse 1—96, der zweite die Verse 97—260 umfasst, während die Schlussverse 261—280

ebensowohl den Charakter eines Nachworts als den des Schlusssatzes einer Vorrede an sich tragen[1]). Die letzteren, so wichtig sie sonst für die Entstehungsgeschichte des Sachsenspiegels sind, treten für die nachfolgende Betrachtung mehr zurück. In erster Linie fesseln die Verse 1—260 unsere Aufmerksamkeit.

Bezüglich der Person des Dichters hatte schon Eichhorn Zweifel geäussert, ob die Vorrede dem Verfasser des Gesetzbuchs selbst zuzuschreiben sei.

Eichhorn glaubte dies deshalb verneinen zu müssen, weil dem Verfasser des Buches nicht wohl angestanden habe, sein Werk in der Weise, wie es in Vers 97 geschieht, selbst als ein gelungenes zu bezeichnen[2]).

Dem gegenüber wies Stobbe mit Recht darauf hin, dass dieser Grund nicht stichhaltig sei, da solches (zudem m. E. sehr bescheidene) Eigenlob dem naiven und ehrlichen Sinne jener Zeit nicht widersprochen habe[3]). Unter Berufung auf Eichhorn hält auch Phillips dafür, dass man höchstens den ersten Theil der Vorrede (Vers 1—96) dem Verfasser des Sachsenspiegels selbst zuschreiben könne[4]). In neuerer Zeit hat wiederum Zöpfl erklärt, dass kein Grund vorhanden sei, Eike von Repgow für den Verfasser des „zweiten oder sogar auch des ersten Gedichts“ zu halten“[5]).

Dagegen zweifeln Homeyer, Stobbe und Schroeder nicht an der Identität der Verfasser des Rechtsbuchs und beider Stücke der Vorrede[6]).

Was die Zeit der Abfassung und das Verhältniss der beiden Theile zu einander anlangt, so behauptet Zöpfl, dass für das erste Gedicht mindestens ein gleich hohes, oder auch ein etwas höheres Alter als für das zweite Gedicht in Anspruch zu nehmen sei[7]). Zu dem Schlusse, das zweite

---

[1]) Vergl. insbesondere Eichhorn, Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte (5. Ausgabe) II § 279 S. 272 u. 277 flg., Homeyer, Sachsenspiegel I (3. Ausgabe) S. 48—51, Stobbe, Geschichte der deutschen Rechtsquellen I S. 293 flg., Zöpfl, Deutsche Rechtsgeschichte (4. Ausgabe) I § 31 S. 148 flg., Schröder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte § 54 S. 621. — [2]) A. a. O. S. 272 Anm. h. — [3]) A. a. O. S. 295 Anm. 8. — [4]) Grundsätze des gemeinen deutschen Privatrechts (3. Aufl.) I § 9 S. 78. — [5]) A. a. O. S. 149. — [6]) A. a. O. — [7]) A. a. O. S. 149 zu Anm. 35b.

Gedicht für jünger zu halten als das erste, gelangt er durch eine Betrachtung der Gestalt und des Inhalts beider. Nach Zöpfl sind nämlich die Sprache des ersten Gedichts und der Versbau desselben viel correcter, sowie auch die Gedanken weit edler und präciser ausgedrückt, als im zweiten. Das letztere, behauptet er, sei in Reim und Versbau viel geringer als das erste und möchte, an sich betrachtet, „kaum für etwas anderes, als für eine schlechte Paraphrase des ersten Gedichts gehalten werden können." Stobbe hingegen hält aus äusseren und inneren Gründen den ersten Theil der Vorrede für den späteren und das zweite Stück für die ursprüngliche Vorrede, der dann Eike selbst, etwa bei einer späteren Ueberarbeitung seines Werkes, das erste Stück vorangesetzt habe: aus äusseren Gründen, weil das erste Gedicht in einer Anzahl gerade der ältesten Handschriften fehle, auch im Deutschenspiegel nicht bearbeitet worden sei; aus inneren Gründen, weil sich darin die Stimmung eines Verfassers ausspreche, welcher schon früher als Schriftsteller aufgetreten ist, dessen Werk andere benutzt und angewendet, aber auch missverstanden und angegriffen haben, während im zweiten Stück ein Verfasser rede, welcher sein Werk bei der Veröffentlichung empfiehlt und sich über seine Absichten und die Veranlassung seiner Arbeit erklärt [1]).

Ebenso folgert der hervorragendste Kenner des Sachsenspiegels, Homeyer, daraus, dass die ältesten Handschriften die Reimvorrede erst mit Vers 97 beginnen, während die jüngeren sie mit: „Ich zimbere, sô man saget, bî wege", anfangen, sowie aus dem verschiedenen Inhalt und Ton beider Stücke, dass die Verse 97—280 zum ursprünglichen Bestandtheil des Werkes gehören, während die Verse 1—96 demselben erst später vorgesetzt seien [2]).

Diese Ansicht, welcher sich auch Schroeder [3]) anschliesst, scheint mir in der That die richtige zu sein. Weniger Werth möchte ich freilich zunächst auf das Fehlen des ersten Stückes in den ältesten Handschriften legen, da wir nicht wissen, ob nicht auch ältere, verloren gegangene Handschriften dasselbe

[1]) A. a. O. S. 293 Anm. 6, S. 295. — [2]) A. a. O. S. 50, 51. — [3]) A. a. O. S. 621 Anm. 5.

besassen. Das ist nicht unmöglich; auch der älteste Text der von Homeyer beschriebenen ersten Handschriftenklasse stammt erst aus einer Zeit, die etwa 60—70 Jahre nach der muthmasslichen Niederschrift des Werkes liegt.

Den Ausschlag aber giebt ausser der von Stobbe und Homeyer mit Recht hervorgehobenen verschiedenen Tendenz eine genauere Betrachtung der Anlage und des Inhalts beider Stücke.

I. Nimmt man zuvörderst einmal an, dass der Verfasser beider Theile derselbe ist, so erscheint schon rein äusserlich das erste Gedicht als das spätere, weil es in vollendeterer Form und Reimart und in grösserer Ausführlichkeit Gedanken, die sich auch im zweiten finden, wiedergiebt. Das erste Stück ist in 12 Strophen zu 8 Versen mit wechselndem Reim gedichtet, während das zweite kunstloser mit aufeinanderfolgenden Reimen gefügt ist. Mit grösserer Breite werden einzelne Gedanken, die sich im zweiten Theile finden, ausgemalt. So ist z. B. der kurze Satz in Vers 122—124: daz recht nîman gelêren kan, daz den lûten allen kunne wol gevallen, ausgedehnt und erweitert in den Versen 65—80; während ferner in Vers 198 nur die einfache Bitte, sich über etwas, das in diesem Buche nicht gefallen sollte, nicht gleich zu beklagen, ausgesprochen wird, gehen die Verse 9—14 von dem Gesichtspunkte aus, als seien solche Beschwerden schon laut geworden, und schildern das Thörichte dieses Thuns. Schon dieses breitere Ausmalen einfacher, anderwärts knapp ausgesprochener Gedanken lässt es mehr gerechtfertigt erscheinen, das erste Gedicht als eine Paraphrase des zweiten zu betrachten, statt mit Zöpfl das Umgekehrte anzunehmen.

II. Von grösserer Bedeutung ist aber die Anordnung, die Art und Behandlung des Stoffes in beiden Theilen.

1. Das zweite Gedicht weist in den Versen 97—260 eine vortreffliche Disposition des Inhalts auf, die, wie mir scheint, bisher den Lesern desselben entgangen ist. Deutlich kann man nämlich 4 bezw., wenn man die Verse 261—280 noch als Schlusswort hinzunimmt, woran nichts hindert, 5 Abschnitte unterscheiden, von denen jeder einen selbständigen Hauptgedanken behandelt [1]). Die einzelnen Abschnitte heben sich

---

[1]) Die willkürliche Abtheilung dieser Verse in den Handschriften

dadurch vortrefflich von einander ab, dass ein jeder mit der zunächst vorliegenden Thatsache beginnt, nämlich an das vollendete Buch oder das in ihm enthaltene Recht anknüpft und hieran, gleichsam vom Concreten zum Abstracten, vom Speciellen zum Allgemeinen fortschreitend, weitere Bemerkungen über die Anwendung und Auslegung des Werkes anschliesst.

So beginnt der Verfasser den ersten Abschnitt mit Vers 97 flg.: Got hât die Sachsen wol bedâcht, sint diz bûch ist vor gebrâcht den lûten al gemeyne; alsdann erörtert er die Mangelhaftigkeit seines Werkes und im Anschluss daran die eines jeden Rechts- und Gesetzbuches im allgemeinen, giebt mit Rücksicht hierauf die Anweisung zu stetem rechten Handeln und kehrt endlich wieder in einer Bitte um verständige und richtige Auslegung seines Buches zu dem concreten Ausgangspunkt zurück.

Der zweite Abschnitt hebt gleichfalls in Vers 151 mit dem vorliegenden Recht an: Diz recht enhân ich erdâcht u. s. w., erwähnt hierauf die Motive der Veröffentlichung desselben, woran die allgemeine Bemerkung geknüpft wird, dass man stets von seinem Wissensschatze anderen mittheilen solle, nennt demnächst den Namen des Buches und den Grund für solche Benennung und schliesst mit der Mahnung, dasselbe ordentlich anzuwenden und stets rechtlich und der letzten Stunde eingedenk zu leben, wobei die Brücke für den Uebergang zu dem letzten Mahnwort durch das Gleichniss mit dem Spiegel gebildet wird.

Der dritte Abschnitt, beginnend mit Vers 195: wer in dîseme bûche vrâge rede sûche, behandelt in Kürze die Ausfüllung der Lücken des Rechtsbuches und bleibt durchaus auf diesem concreten Gebiet. Auch er schliesst in Vers 220 mit dem ausdrücklichen Hinweis auf das Werk: des geb ich zu urkunde diez bûchelîn.

Endlich nimmt auch der vierte Abschnitt von demselben seinen Ausgang, Vers 221 flg.: Grôz angest gêt mich an: ich vorchte, daz manig man diez bûch wolle mêren u. s. w. In ihm wird die falsche Anwendung und Vermehrung des

---

und Ausgaben hindert selbstverständlich nicht eine andere Anordnung des Stoffes, wie sie oben versucht wird.

Werkes verwünscht und nach kurzer allgemeiner Bemerkung über die rasche Entdeckung und Vergänglichkeit alles Unrechts und falschen Scheins schliesst auch dieser Theil mit einem Hinweise auf das Werk selbst, das mit Gottes Beistand vollendet worden (Vers 258—260).

Als 5. Abschnitt würde dann nicht unangemessen auf den Fluch die Aufforderung, dem eigentlichen Urheber des Werkes, dem Grafen Hoyer von Falkenstein, zu danken, als Schlusssatz folgen.

Diese vortreffliche Stoffanordnung und wohldurchdachte Anlage ist in der That wohl nicht das Zeichen einer schlechten Paraphrase, sondern setzt überlegtes Nachdenken und planvolle Geistesarbeit voraus. Schauen wir uns nun aber daraufhin den ersten Theil der Vorrede an, in welchem nach Zöpfl die Gedanken weit edler und präciser ausgedrückt sein sollen. Es ist mir nicht gelungen, in diesem überhaupt eine vernünftige Stoffanordnung zu entdecken. Er trägt vielmehr deutlich den Charakter planloser Niederschrift an sich. Einzelne Gedanken kehren an verschiedenen Stellen ohne ersichtlichen Grund wieder. So ist z. B. der Satz, dass niemand es allen recht machen kann, ausgesprochen in Vers 54/55 und in Vers 65/66; ferner der ähnliche, dass man nicht alle Leute vernünftig machen und zu einer Meinung bringen kann, in Vers 5/6 und in Vers 67—80; weiter der, dass man leicht die Falschheit eines Menschen aus seinen Handlungen, nicht aus seinen gleissnerischen Worten erkennt, in Vers 25—32 [1]), in Vers 33—35 und in Vers 41—48. Die Verachtung der neidvollen Reden anderer (Vers 19) kehrt wieder in Vers 91/92, die sich andererseits auch mit Vers 49/50 berühren. Auch der Gedankengang in den einzelnen Strophen selbst ist ungeordnet und zusammenhanglos. So dürfte z. B. schwer ein Zusammenhang aufzufinden sein zwischen dem Satz, dass mit

[1]) Ettmüller (in der Bibliothek der gesammten deutschen Nationalliteratur Band 33: Wizlâws IV. Sprüche und Lieder, S. 90) übersetzt „valschen mût“ mit „böser Gesinnung“. M. E. bedeutet es Tüchtigkeit, die falsch ist, in Wahrheit nicht besteht, die simulirt ist; und das „leyder“ ist ironisch. Glücklicherweise, meint Eike, kommt die wahre Gesinnung der Heuchler doch noch in ihren Thaten und Handlungen zu Tage.

grossem Lärm ausposaunte Weisheit sich oft als Unrecht herausstellt (Vers 33—35), und dem, dass das von Eike niedergeschriebene Recht von den Vorfahren überliefert sei (Vers 36/37); der letztere Satz findet sein Widerspiel erst in Vers 38—40. Widerspruchsvoll ist Vers 49—51 und Vers 57—60, in denen der Verfasser erst sagt, andere mögen immerhin besseres Recht verkünden, wenn es nur der Welt nützlich ist, und dann wieder behauptet, dass bei allem Streit der Meinungen ihm doch allein die Wahrheit kund sei. Völlig unverständlich scheint mir auch der Gedankengang der dritten Strophe (Vers 17—24).

2. Als ein zweites Argument fällt die Art der Darstellung und der Inhalt beider Theile ins Gewicht. Während, wie schon bemerkt, das zweite Gedicht sich mehr an das Concrete, an das vollendet vorliegende Rechtsbuch hält, ist das erste Gedicht voller allgemeiner Sätze. Schon der Beginn beider ist hierfür ein Beweis. Die Einleitung des zweiten ist eine einfache, sich ungezwungen ergebende, die des ersten eine gekünstelte, phrasenhafte. Einzelne Sätze des zweiten Gedichts treten im ersten in allgemeiner Form auf. So spricht z. B. Vers 122—124 von der Unmöglichkeit, ein allen wohlgefälliges Recht zu lehren, während Vers 54/55 dies auf Leben, Handeln und Reden überhaupt ausdehnen. Im ersten Gedicht werden Sprichwörter und Gemeinplätze anscheinend mit besonderer Vorliebe gebraucht, und dadurch wird die Darstellung aufgehalten und verblasst; man vergleiche in dieser Beziehung Vers 1/2, Vers 12—14, 46—48, 76—80, 93—96. Im zweiten, grösseren Gedicht finden sie eine massvolle Verwendung an geeigneten Stellen, so einmal zur Begründung des Unternehmens (Vers 159 flg.), das andere Mal zur Bekräftigung des Mahnwortes (Vers 192). Auch das Gleichniss in Vers 250 flg. ist mit Geschick gewählt, um der in Vers 249 ausgesprochenen Wahrheit grösseren Nachdruck zu verleihen.

3. Sodann ist der Ton der Darstellung in beiden Gedichten ein recht verschiedener. Im zweiten redet ein Mann, der sich seiner Schwachheit und Fehlbarkeit wohl bewusst ist (Vers 103/104, 143—145, 195—197, 167, 276), der der Lehre anderer tüchtiger und verständiger Männer den Vorrang lässt (Vers 209—211), der nur betheuert, den besten Willen

gehabt zu haben (Vers 212—220) und allen Dank bescheiden von sich ablenkt und dem eigentlichen Urheber des Werkes zuwendet (Vers 261—280). Dagegen ist der Ton des ersten Gedichts ein ganz anderer. Dort behauptet der Verfasser, dass unter den Verständigsten er allein die Wahrheit kenne (Vers 57—60), und dass er ein grosser Meister sei (Vers 93—96); dort tröstet er sich sophistisch, dass einzelne Sätze seines Buches zwar von einigen wohl als fehlerhaft, von tausend anderen aber für richtig gehalten werden würden (Vers 69—71) und ermahnt in lehrhaftem und überhebungsvollem Tone zur sorgfältigeren Lectüre seines Buches (Vers 9—16).

Das stimmt wenig mit der sonst schlichten und einfachen Darstellungsweise Eikes überein und erinnert eher an die schlechteren Machwerke der Minnesänger in späterer Zeit.

4. An mehreren Stellen des zweiten Gedichts scheinen dem Verfasser andere Stücke des Rechtsbuches vorgelegen oder vorgeschwebt zu haben. So sind Vers 141—150 und Vers 183—190 anscheinend eine poetische Umarbeitung eines Theiles der dritten Vorrede, des Prologus: Des heyligen geistes mynne [1]. Der Satz dieses Prologs: von rechte sal nŷmanne wîsen lîbe noch leide, noch zcorn noch gift kehrt fast wörtlich in den Versen 148—150 wieder. Auch der Satz: Got ist selber recht, dâr umme ist ime recht lîb findet sein Abbild in den Versen 138—140. Den Versen 113—124 entspricht ebenso nach Sinn und Inhalt, zum Theil sogar auch in der wörtlichen Ausdrucksweise Art. 78 § 2 des sächsischen Lehenrechts (Homeyer II, 1 S. 308/309): Recht würde lichte besceiden, ne were der so vele nicht die unrechtes laget, unde unrechte dut durch iren vromen, unde dat sie denne to rechte secget. Dede man't in, it düchte sie unrecht, wende't n'is nieman so unrecht, it ne dünke ine unbillik of man ime unrechte du. Dagegen erinnert zwar der allgemeine Inhalt des Art. 78 § 3 daselbst, nicht aber die schlichte Darstellung an einzelne Verse des ersten Gedichts [2].

Ziehen wir die Summe unserer Erörterungen, so dürfte der Schluss wohl gerechtfertigt erscheinen, dass als das ältere

---

[1] Vergl. auch Homeyer I S. 52. — [2] Vergl. auch Stobbe, Rechtsquellen I S. 295 Anm. 9.

Stück das zweite Gedicht zu betrachten ist, während das erste Gedicht nur als eine spätere, äusserlich zwar formschönere, inhaltlich aber minderwerthige Zuthat sich darstellt. Ja, es erscheint in hohem Grade zweifelhaft, ob beide von demselben Verfasser herrühren, wogegen kein Grund vorliegt in Abrede zu stellen, dass das zweite Gedicht von dem Verfasser des Rechtsbuches selbst stammt, vielmehr hierfür die Uebereinstimmung des Tones und Inhalts dieses Gedichts mit einzelnen anderen Stellen des Sachsenspiegels geltend gemacht werden kann.

IV.

Der Gottesfriede in der Kaiserchronik.

Von

Herrn Dr. iur. **Ludwig Huberti,**

Privatdocent in Leipzig.

Ueber die Entstehung des sogenannten „Gottesfriedens“, in den mittelalterlichen Quellen „treuga dei“, auch „gotis vride“ genannt, herrscht bekanntlich grosser Streit. Schroeder [1]) hat die gegenwärtig herrschende Meinung dahin zusammengefasst: „Der Gottesfriede, eine kirchliche Einrichtung französischen Ursprungs, sei zuerst durch Beschluss einer französischen Synode aus den Jahren 1039 bis 1041 verkündigt worden.“

Die Berichte der Chronisten Rodulfus Glaber [2]), Hugo Flaviniacensis [3]), Landulfus Mediolanensis [4]) zum Jahre 1041; das Aufforderungsschreiben des Erzbischofs Ragimbald von Arles, der Bischöfe Benedikt von Avignon, Nitard von Nizza, des Abtes Odilo von Cluny [5]), vom Jahre 1041, im Namen

[1]) Schroeder, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte. Leipzig 1889. S. 615. — [2]) Raoul Glaber, Les cinq livres de ses histoires, publ. par Prou. (V. 1) S. 125 f. — [3]) Mon. Germ. hist. Script. VIII. Bd. (II. 30) S. 403. — [4]) Mon. Germ. hist. Script. VIII. Bd. (II. 30) S. 67. — [5]) Bouquet, Recueil des historiens. XI. Bd. S. 516.

des gesammten Clerus von Frankreich an alle Geistlichen Italiens gerichtet, behufs Annahme der treuga dei; der Bericht in der Bisthumschronik von Lausanne über die Annahme des Gottesfriedens auf einer Synode zu Montriond in Burgund[1]) zum Jahre 1041, u. a., scheinen allerdings für die Annahme zu sprechen, „dass um diese Zeit und hier zum ersten Mal durch die neue Institution der treuga bestimmte Friedetage eingeführt worden seien", und zwar neben der schon früher durch die pax festgesetzten Befriedung gewisser Personen und Gegenstände.

Dem steht aber entgegen, dass bereits in den Acten des Concils von Elne in Roussillon[2]), in den Quellen bezeichnet als „synodus Helenensis sub Oliva episcopo Ausonensi habita", die zweifellos in das Jahr 1027 zu setzen ist, ein Friedensvertrag erwähnt wird, — „pactum sive treuga" —, als gebundene Zeit festsetzend — „ab hora sabbati nona usque in die lunis hora prima" —.

Entgegen steht die Stelle in dem Bericht der gesta episcoporum Cameracensium[3]) zum September des Jahres 1023: „donec eum, in tribuis positum, etiam die dominica interfecit." Im Anschluss hieran ist berichtet im chronicon sancti Andreae[4]): „in travia positum dominica die interficeret." Der Sonntag erscheint hier als gebundener Tag.

Entgegen steht die Bestimmung über gebundene Tage, aber ohne dass die Bezeichnung treuga gebraucht ist, in den laws of king Ethelred (V) von 1008, c. 19[5]): „And at those holy tides, let there be, as is right, to all christian men general peace and concord; and let every strife be appeased. Als diese holy tides ergeben sich aus dem vorhergehenden c. 18: einmal alle „festival-days", dann „the regular emberdays", dann die Zeit „from adventum domini till the octaves of the epiphany", endlich die Zeit „from septuagesima till XV. days after easter."

Entgegen steht wahrscheinlich die etwas unklare Stelle über Bindung der Sonntage und Feiertage vor allem, aber

---

[1]) Mon. Germ. hist. Script. XXIV. Bd. (c. 9) S. 798 f. — [2]) Mansi, Conciliorum collectio. XIX. Bd. S. 483 f. — [3]) Mon. Germ. hist. Script. VII. Bd. (III. 39) S. 481. — [4]) Mon. Germ. hist. Script. VII. Bd. (I. 14) S. 529. — [5]) Ancient laws and institutes of England, ed. Thorpe. S. 131.

auch der Werktage, im Capitular von 813, c. 2[1]): „de faidosis hominibus, qui solent incongruas commotiones facere tam in dominicis diebus quamque et aliis solemnitatibus."

Entgegen stehen wohl auch die zahlreichen Bestimmungen in den germanischen Rechten über eine gewisse Bindung gewisser Tage, vor allem der Sonntage und Feiertage.

Gebundene Tage neben befriedeten Personen und Gegenständen sind also dem älteren Recht nicht unbekannt. Es entsteht deshalb hier sofort die Frage: Wann und wo setzt denn nun thatsächlich jene nach Inhalt und Form so charakteristische Friedensbewegung des Mittelalters ein? Sind die Wurzeln derselben schon im älteren Recht, besonders in den Capitularien, zu suchen, oder ist dieser Friede unmittelbar eine neue Institution?

Ich glaube nun nicht fehl zu gehen, wenn ich den Anfang der ganzen Friedensbewegung als solcher zurückführe auf die Bestimmungen des südfranzösischen Concils von Charroux[2]) vom Jahre 989, als deren Höhepunkt die entwickelte treuga von 1027, die ausgebildete treuga dei von 1041, erscheint.

Trotzdem manche der bisher erwähnten Ansichten bereits ihre gegensätzlichen Vertreter gefunden haben, so will ich hier doch nicht auf eine Widerlegung der entgegengesetzten Anschauungen im einzelnen eingehen. Ich verweise auf die Ausführungen in meinen „Studien zur Rechtsgeschichte der Friedenssatzungen im Mittelalter"[3]).

Um begründeten Zweifel gegenüber den bisherigen Anschauungen zu erwecken, genügt ja der Hinweis auf die oben zum ersten Mal mitgetheilten Quellenstellen, die den Bearbeitern des Gottesfriedens bislang entgangen sind.

Ebenso hat auf eine äusserst interessante Stelle in der poetischen Literatur bis jetzt meines Wissens noch niemand aufmerksam gemacht, trotzdem sie auf den ersten Blick hin geeignet erscheinen könnte, manche der bisher für unrichtig erklärten Ansichten zu erhärten und manche bisherige Beweisführung über den Haufen zu werfen.

---

[1]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. Bd. S. 175. — [2]) Labbe et Cossart, Sacrosancta concilia. IX. Bd. S. 733. — [3]) Huberti, Studien zur Rechtsgeschichte der Gottesfrieden und Landfrieden. I. Bd. I. 1.

I.

Von König Ludwig dem Frommen erzählt nämlich die Kaiserchronik [1]): „Er habe einen gotis vride geboten. Nach dem Schachraube ertheilte man die Weide, nach dem Morde das Rad, den Räuber hing man an den Galgen, dem Diebe ging es an die Augen, dem Friedbrecher an die Hand, dem Mordbrenner an den Hals. Ganz Friede sei da im Lande geworden.“

Der Zusammenhang, in welchem die Stelle steht, ist folgender:

Zwei Brüder, Germar und Gutwin, hatten sich gegen den Kaiser empört (15128—36). Die Geschichte weiss jedoch nichts von jenen alliterirenden Brüdern Germar und Gutwin. Es wird dann weiter erzählt (15137—39): „Dô gedâhte der kunic Ludewic daz bî sînis vater zît nieman den anderen sluoc.“ Entschieden unrichtig und durch nichts begründet ist die Annahme von Massmann [2]) hierzu: „Ludwig gedachte des Landfriedens, der unter seinem Vater errichtet worden war.“ Von einem Landfrieden ist in dieser Zeit überhaupt nicht und auch in diesen Worten nicht die Rede. Es ist das eine ganz willkürliche Unterstellung von Massmann. Der Bericht fährt fort: Ludwig sprach gegen jene die Acht aus (15142); sie wurden zu Oppenheim gefangen (15144), und auf einem zweiten Tage zu Mainz (15146) mit noch sechs anderen enthauptet (15151).

Es folgt dann die merkwürdige Stelle:

„Mit râte alsô wîslîchen
rihte der kunic dô daz rîche.
Er gebôt einin gotis vride:
nâch dem scâchroube irteilde man die wide,
nâch dem morde daz rat,
hei welich vride dô wart!
Dem roubaere den galgen,

---

[1]) Massmann, Der keiser und der kunige buoch oder die sogenannte Kaiserchronik. Quedlinburg u. Leipzig 1849. II. Bd. S. 397 f. Die von E. Schröder bearbeitete Kaiserchronik, die Anfang Sommer 1890 im Druck erscheinen sollte als Theil eines besonderen Bandes der Mon. Germ. hist., lag mir leider bei Abfassung der Arbeit noch nicht vor. — — [2]) Massmann, Der keiser und der kunige buoch. III. Bd. S. 1043.

dem diebe an die ougen,
dem vridebrechel an die hant,
den hals umbe den brant.
Der vride wuohs dô in dem rîche."

Ludwig schuf hiernach Gottesfrieden im Reiche (15155) unter strengen Strafen (15156—62); und der Friede wuchs im Reiche (15163), dass alles gedieh und Treue und Ehre blühte (15185) und Gerechtigkeit (15195).

Richtig hieran ist der in den Nachsätzen ausgesprochene Gedanke, dass die öffentlichen Strafen auf die Gottesfrieden, beziehungsweise auf die Friedenssatzungen überhaupt zurückzuführen sind, unrichtig jedoch der erste Satz, dass König Ludwig der Fromme gotis vride geboten habe. In einer Zeit, in der die Gottesfrieden eine allgemein bekannte Institution waren, hat eben der Verfasser der Kaiserchronik diesen Namen angewendet, um einzelne rechtliche Bestimmungen Ludwigs des Frommen in der Sprechweise seiner Zeit zu charakterisiren, die eine gewisse Aehnlichkeit mit den Bestimmungen der Gottesfrieden seiner Zeit hatten. Zudem war ja, wie aus der ganzen Fassung des Berichts über Ludwig den Frommen in der Kaiserchronik hervorgeht, und worauf schon Massmann hingewiesen, ein Geistlicher der Verfasser.

Welches sind nun diese Bestimmungen, die der Verfasser der Kaiserchronik im Auge haben konnte?

Ich bin nach eingehender Untersuchung und sorgfältiger Durchforschung aller Capitularien aus dieser Zeit, sowie der von Abt Ansegis von Fontanella im Jahre 827 hergestellten Capitulariensammlung und der zwei Decennien später von dem Mainzer Diakon Benedictus Levita unternommenen Vervollständigung der ansegisischen Sammlung, auf die ich beim Mangel jeglicher diesbezüglichen Nachricht bei den zeitgenössischen Geschichtsschreibern allein angewiesen war, zu dem Resultate gekommen, dass der Verfasser dabei nur gedacht haben kann an gewisse Bestimmungen in den Capitularien Ludwigs des Frommen, ja auch Karls des Grossen, die zum Theil in die Sammlung von Ansegis übergegangen und vor allem in der mit dem pseudoisidorischen Unternehmen zusammenhängenden Fälschung des Benedictus Levita mit kirchlichen Tendenzen erweitert worden waren.

Unterstützt wird dies durch folgendes. Die prosaische Kaiserchronik erzählt ziemlich übereinstimmend, aber ohne das Wort Gottesfriede zu erwähnen:

„Er gebôt an der selben stunt einen starken vride. Dar nâch wart er ein vorhtsamer rihtaere. Nâch schâchroube erteilte man die wide, nach dem morde daz rat, dem rehten strâzeroubaere den galgen, dem diebe umbe die êrsten schulde an diu ougen, denne dar nâch an den galgen, dem vridebraechere an die hant, dem manslegen an daz houbet.“

Den beiden ersterwähnten Stellen in beiden Chroniken, wonach Ludwig als Strafen für Räuber und Mörder Rad und Galgen festgesetzt haben soll, spreche ich natürlich keine besondere Autorität zu; sie erscheinen als einer späteren Anschauung entsprungen. Ebenso der Stelle: „dem vridebraechere an die hant.“ Die letztere Strafe an und für sich ist aber in dieser Zeit schon wiederholt erwähnt, so im cap. Aquisgranense (I. 148), c. 10: „Ut presbiter — — manum amittat“; vergl. eine Urkunde bei de Courson, Hist. I. S. 416, von 858: „pro redemptione manus suae dextrae quam iudicaverunt incidere.“ Als Strafe des Meineids ist Verlust der rechten Hand gedroht in cap. Haristallense (I. 49), c. 10; ebenso in den Capitularien von 802 (I. 98), c. 36; von 805 (I. 124), c. 11; von 808 (I. 139), c. 4.

Dagegen kommt besonders in Betracht die auf den Diebstahl gesetzte erste Strafe und Rückfallstrafe: „dem diebe umbe die êrsten schulde an diu ougen, denne dar nâch an den galgen.“ Es entspricht dies dem capitulare Haristallense (I. 49), c. 23, wo dem Räuber zuerst Verlust des Auges, bei Wiederholung der Nase, bei nochmaligem Rückfall des Lebens angedroht wird. Vergl. cap. Lang. (I. 205), c. 4. Ueber die Strafe des Galgens, die auch gegenüber „dem rehten strâzeroubaere“ zur Anwendung kommen soll, vergleiche cap. Aquisgranense (I. 171), c. 11: „et iudices atque vicarii patibulos habeant“; ferner ann. Alam. 792 (S. 47); ann. Einh. 792 (S. 179). Der Stelle: „dem manslegen an daz houbet“ entspricht beispielsweise cap. Haristallense, c. 8: „Ut homicidas aut ceteros reos qui legibus mori debent“, u. a.

Im ganzen sind aber die Nachrichten in den beiden Chroniken nach den obigen Ausführungen durchaus nicht im

Stande, einen Beweis dafür zu liefern, dass Ludwig der Fromme einen Gottesfrieden errichtet habe.

II.

Es ist nun im Anschluss hieran kurz die Frage zu erörtern, ob nicht in den Fehdebestimmungen der fränkischen Reichsgesetze, vor allem soweit sie königliches Verordnungsrecht enthalten, die „ersten Anfänge der Friedenssatzungen" zu erblicken sind.

Man hat da, vor allem Schröder[1]), den pactus Childeberti I. et Chlotarii I.[2]), wie bei Boretius dieses Gesetz genannt ist, erlassen zwischen 511 und 558, als „Landfriedensgesetz" bezeichnet.

Zwei Gründe können nur für diese Benennung bestimmend gewesen sein, einmal der Inhalt, der vor allem das Massgebende hätte sein müssen, dann die Ueberschrift: „pactus pro tenore pacis domnorum Childeberti et Chlotharii regum", wie sie sich in einigen Codices findet. Allein fürs erste halte ich diese Ueberschrift auf Grund der abweichenden Inscriptionen in den Codices, die Boretius alle in der Note a auf Seite 4 anführt, für später hinzugefügt. Vielleicht, dass sie zurückzuführen ist auf die Worte: „pro tenore pacis", die sich in c. 16 und 18 finden. Dieser Zusatz zum ursprünglichen Titel findet sich auch anderweitig; so ist er in verschiedenen Handschriften, wie aus Boretius Seite 8 Note a ersichtlich, auch bei späteren Gesetzen hinzugefügt, beispielsweise zum edictum Chilperici von 561—584[3]).

Weiters ist dieses Gesetz aber auch seinem Inhalt nach keineswegs eine Friedenssatzung, d. h. eine Friedenssatzung in dem Sinne, wie ich sie von Anfang an als besondere Bezeichnung verwendete für jene Satzungen, die zunächst zur Bekämpfung der Fehde bestimmt waren[4]). Ueber Fehde und ähnliches findet sich hier gar keine Bestimmung. Dagegen sind öffentliche Strafen angedroht gegen latrones in verschiedenen

[1]) Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 243 u. s. w. — [2]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 3 f. — [3]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 8 f. — [4]) Huberti, Friede und Recht. Eine rechts- und sprachvergleichende Untersuchung. Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft V. Bd. S. 1 f.

Einzelbestimmungen, c. 1, 9, 14, 16, 17 und ist im c. 14 und 15 das Asylrecht der Kirche im Anschluss an can. 1 und 3 des concilium Aurelianense I. von 511 geregelt.

Höchstens, wenn man das Wort Friede in seiner allgemeinsten Bedeutung nehmen würde, könnte man mit einiger Berechtigung sagen, dieses Gesetz sei bestimmt gewesen, den Frieden innerhalb der Gemeinschaft herzustellen und zu erhalten. Allein mit diesem allgemeinen Ausdruck ist nicht viel gesagt: schliesslich kann man ihn auf alle Gesetze anwenden, die ja, wie es einmal heisst, gerichtet sind gegen alle die, welche „communem pacem populi perturbare moliuntur." Hierher würde dann auch gehören die Stelle im edictum Chlotarii II. von 614, c. 11 [1]): „Ut pax et disciplina in regno nostro sit Christo propiciante perpetuo, et ut revellus vel insullentia malorum hominum severissime reprimatur." Ebenso im capitulare missorum von 808, c. 1 [2]): „De pace infra patriam"; im capitulare missorum Aquisgranense primum von 810 c. 10 [3]): „De pace et iustitia infra patriam, sicut saepe per alia capitula iussi adimpletum fiat." Ebenso in Ansegisi abbatis capitularium collectio [4]) der Ausdruck: „de pace et concordia servanda" in I. 50, 59; II. 1, 62. Man wird doch kaum deswegen alle diese Satzungen Friedensgesetze nennen.

Zum mindesten kann man, selbst wenn man diesen allgemeinen Ausdruck auf den pactus Childeberti et Chlotarii Anwendung finden lässt, daraus nicht auch noch die Berechtigung erschliessen, dieses Gesetz „Landfriedensgesetz" zu nennen, und ebenso verhält es sich, wenn man in dem eben angedeuteten Sinne von Einrichtungen spricht, „die in dem pactus zur Wahrung und Verbesserung des Landfriedens angeordnet" seien. Denn von einem Landfrieden, ein Wort, das ja im Mittelalter eine technische Bedeutung erlangte, darf man mit Unterlegung des allgemeinen Begriffs Friede nicht sprechen; zudem kommt dieser Ausdruck erst bedeutend später in den Rechtsquellen zum ersten Male vor, und bei strenger Scheidung der bis jetzt wahllos durch einander geworfenen

---

[1]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 22. — [2]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 140. — [3]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 153. — [4]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 401 f.

Friedenssatzungen führt eine derartige Anticipation der Begriffe leicht zur Verwirrung. Ein analoges Beispiel hiefür giebt ja das Wort Gottesfriede.

Auch das bereits oben genannte edictum Chilperici [1]) ist nicht gegen die Fehde gerichtet, trotz der gleichlautenden inscriptio: „pro tenore pacis." Es befindet sich vielmehr in c. 8, Absatz 2, die bekannte an den Titel de chrenecruda in der lex Salica erinnernde Bestimmung, die ausdrücklich die Rache gestattet: „nos ordinamus, cui malum fecit tradatur in manu et faciant exinde quod voluerint", falls der Uebelthäter das Wergeld nicht zahlen kann: „si res non habet, unde sua mala facta componat", und die Sippe ihn nicht löst: „parentes aut des suis rebus redimant", trotzdem er dreimal auf der Gerichtsstätte ausgeboten worden ist: „et offeratur per tres mallus ante rachymburgiis."

Eine Wendung zu Gunsten der Ausdehnung der öffentlichen Strafe findet sich in der decretio Childeberti II. von 595, c. 5 [2]), in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen in der lex Burgundionum II. 1 und lex Wisigotorum VI. 4, 11; 5, 14 f. Die Stelle lautet: „De homicidiis vero ita iussimus observare, ut quicumque ausu temerario alium sine causa occiderit vitae periculum feriatur: nam non de pretio redemptionis se redimat aut componat. Forsitan convenit ut ad solutionem quisque discendat, nullus de parentibus aut amicis ei quisquam adiuvet; nisi qui praesumpserit ei aliquid adiuvare, suum weregildum omnino componat; quia iustum est, ut qui novit occidere, discat morire." Also Todesstrafe, ohne Recht der Lösung, für jede vermessentliche Tötung. Die aussergerichtliche Sühne wurde hier zwar nicht untersagt, aber dadurch erschwert, dass den Verwandten des Thäters bei Strafe verboten wurde, diesem zur Zahlung des Sühngeldes behilflich zu sein [3]). Es liegt hierin eine energische Beschränkung des Compositionssystems zu Gunsten des Princips der öffentlichen Strafe. Während aber das Capitular von Heristal von 779, c. 8 [4]) anscheinend hieran noch festhielt, kehrten Ludwigs

[1]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 8 f. — [2]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 16. — [3]) Brunner, in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte. XVI. Bd. S. 47 f. — [4]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 48.

capitula addenda von 818/19, c. 7 [1]) wieder zu dem System der Volksrechte zurück; nur für Tötung in einer Kirche wurde die Todesstrafe aufrecht erhalten, c. 1, in allen andern Fällen sollte der Töter den Verwandten des Getöteten das Wergeld zahlen und auf eine dem Ermessen des Königs überlassene Frist in die Verbannung gehen.

Trotzdem ist durch die decretio Childeberti II. die Rache nicht abgeschafft. In dem Worte „causa" ist enthalten einmal die durch gesetzliche Erlaubniss freigegebene Tötung: es darf z. B. der Friedlose busslos erschlagen werden, so nach c. 10 des edictum Chilperici [2]), dann die berechtigte Fehde; endlich der Richterspruch.

Im decretum Compendiense von 757, c. 21 [3]) wird die Fehde sogar ausdrücklich erwähnt; mancher, dem die Rache droht, ist dadurch veranlasst, flüchtig das Land zu verlassen: „Si qui propter faidam fugiunt in alias patrias et dimittunt uxores suas, nec illi vivi nec illae feminae accipiant coniugium." Aehnlich c. 9 im decretum Vermeriense [4]): „Si quis necessitate inevitabili cogente in altum ducatum seu provinciam fugerit — —"; beachtenswerth ist der euphemistische Begriff für das obige faida.

Einen Fingerzeig betreffs der Art und Weise, wie man hier zunächst versuchte, dem Umfang der Eigenmacht und Selbsthilfe Schranken zu ziehen, geben jedoch schon die folgenden beiden Bestimmungen. In cap. 16 ist hier das Verbot aufgestellt: „Ut arma clerici non portent." Indem man den Clerikern das Waffentragen verbot, sind sie der Fehde indirect entzogen worden. Ein Waffenloser ist nicht fehdefähig. Deutlicher als im decretum Vermeriense ist dieser Satz, dass Geistliche nicht fehdefähig sind, schon früher ausgesprochen in der Satzung Karlomanni principis von 742, c. 2 [5]): „Servis dei per omnia omnibus armaturam portare vel pugnare aut in exercitum et in hostem pergere omnino prohibuimus, nisi — —." Zum zweiten ist in c. 6 und 7 das capitulare Pippini Aquita-

---

[1]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 282. — [2]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 10. — [3]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 39. — [4]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 41. — [5]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 25.

nicum von 768 [1]) bestimmt: „Quicumque in itinere pergit aut hostiliter vel ad placitum, nulla super suum pare praendat, nisi emere aut praecare potuerit, excepta herba, aqua et ligna — —.“ Eine Bestimmung, die in den ersten deutschen Friedensordnungen häufig wiederkehrt, so nur beispielsweise im Elsässer Landfrieden c. 8 [2]).

Nirgends in der fränkischen Reichsgesetzgebung aus der Merowingerzeit und aus der Zeit der Hausmeier, nicht einmal in dem für die Verfassungsentwicklung des fränkischen Reiches grundlegend gewordenen edictum Chlotarii II. von 614, findet sich also irgend ein Anhaltspunkt, der dazu berechtigte, den Beginn der ganzen Friedensbewegung hier in der Art anzuknüpfen, dass man eines dieser Gesetze als Friedenssatzung im eigentlichen Sinne bezeichnen dürfte.

III.

Ein kräftigeres Vorgehen gegen die Fehde ist im fränkischen Reiche unter den ersten Karolingern erkennbar, zugleich mit dem Momente, in dem mit dem Regierungsantritt Karls des Grossen beginnend unter diesem — zum Theil unter Mitwirkung seines Sohnes Pippin als Königs von Italien — und fortdauernd unter Ludwig dem Frommen — zum Theil unter Mitwirkung seines Sohnes Lotar — das königliche Verordnungsrecht einen bedeutenden Aufschwung in den zahlreichen königlichen Satzungen, nun in technischer Bezeichnung capitularia genannt, genommen hatte.

Zunächst ist im ersten Capitular Karls des Grossen von 769 [3]) das schon oben erwähnte Waffenverbot für die Geistlichen wiederholt, c. 1: „Servis dei per omnia omnibus armaturam portare vel pugnare — — omnino prohibuimus.“ Dazu ist in c. 2 bestimmt: „Ut sacerdotes neque christianorum neque paganorum sanguinem fundant.“ Ich erblicke im Zusammenhange dieser beiden Stellen ein indirectes Fehdeverbot für die Geistlichen. Dies Waffenverbot für die Geistlichen findet sich noch öfters in der späteren Zeit, so nur beispiels-

---

[1]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 43. — [2]) Waitz, Urkunden zur deutschen Verfassungsgeschichte. Berlin 1886. S. 33. — [3]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 45.

weise in den capitula in conventu Sparmacensi anno 846 edita, c. 37. Weiters gehört hieher die ebenfalls schon bekannte Bestimmung in c. 17 des c. Heristallense von 779 [1]): „De iterantibus, qui ad palatium aut aliubi pergunt, ut eas cum collecta nemo sit ausus adsalire. Et nemo alterius erbam defensionis tempore tollere praesumat, emendet."

Wichtiger ist das folgende. Eine directe Bestimmung betreffs der Fehde findet sich zum ersten Mal im genannten capitulare Haristallense von 779, c. 22: „Si quis pro faida pretium recipere non vult, tunc ad nos sit transmissus, et nos eum dirigamus ubi damnum mimine facere possit. Simili modo et qui pro faida pretium solvere noluerit nec iustitiam exinde facere, in tali loco eum mittere volumus ut per eum maior damnum non crescat." Es wäre jedoch sehr unrichtig, hieraus, wie manche es gethan haben, auf die Unstatthaftigkeit der Fehde an sich zu schliessen. Ein Verbot der Fehde kann hieraus durchaus nicht geschlossen werden.

Es ist hier lediglich bestimmt: Wer einen andern tötet, soll sofort die Busse anbieten und zahlen, die Verwandten des Erschlagenen sollen ihrerseits gehalten sein, sie anzunehmen und Frieden zu gewähren: wer sich weigert, das eine oder andere zu thun, von dem will der König, dass er ihm übersendet werde, damit er denselben an einen Ort schicke, wo er keinen Schaden anrichten kann. Und diese Bestimmung hat keinen andern Zweck als den, die aussergerichtliche Sühne, beziehungsweise die Composition gegenüber der Fehde auszuspielen. Durch eventuellen Zwang zur Annahme des Sühngeldes suchte man der Fehde den weiten Spielraum zu nehmen, den sie bis jetzt noch inne hatte.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass der Sühnevertrag das regelmässige Mittel war, wodurch die Fehde beigelegt wurde. Allein auf keiner Seite bestand bisher ein Zwang zu dessen Eingehung. Die rächende Familie konnte die Genugthuung in Form der Wergeldgebung zurückweisen. Andererseits mochte eine starke Familie, einmal befehdet, die Zahlung weigern mit dem Entschlusse, nicht eher Genug-

---

[1]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 51.

thuung zu geben, als bis sie überwältigt dazu gezwungen werde.

Da tritt nun Karl der Grosse ein, den fortgebildeten Verhältnissen durch ein fortgebildetes Recht Rechnung tragend: er gebietet die Annahme des Wergelds, wenn es dargereicht wird, und verbietet die Weigerung seiner Zahlung, wenn rechtmässige Genugthuung verlangt wird. Der Weg, den er dabei einschlug, war aber nicht der der volksrechtlichen Satzung. Das Recht, das hier zur Anwendung kam, hatte in der Amtsgewalt des Königs und seiner Beamten seinen Ausgangspunkt.

Ganz charakteristisch ist hier nun, dass diese das eigenmächtige Fehderecht ganz bedeutend beschränkende königliche Verordnung zunächst nur für Franken erlassen wurde. Es ist dies zurückzuführen auf die Erstarkung der königlichen Gewalt unter Karl dem Grossen, die vor allem in Franken selbst das fränkische Königthum in die Lage setzte, unabhängig vom Willen des Volkes königliche Verordnungen zu erlassen. Bedingend und bedingt dadurch ermöglichte es das Vorhandensein eines Königsgerichts, die Besetzung der höheren Richterstellen mit königlichen Beamten u. s. w. hier zuerst den Gehorsam gegen den obrigkeitlichen Befehl zu erzwingen, den Befehlsbruch zu bestrafen. Vergl. capitula missorum von 802, c. 32[1]). Völlig hiermit übereinstimmend Hlotarii constitutio Papiensis von 832. Alia cap. 9, 10[2]).

Entsprechend dem ganzen Charakter der admonitio generalis von 789 ist hier in c. 67[3]) sowohl den episcopis als omnibus angeordnet: „Item ut homicidia infra patriam, sicut in lege domini (Exod. 20, 13) interdictum est, nec causa ultionis nec avaritiae nec latrocinandi non fiant; et ubicumque inventa fuerint, a iudicibus nostris secundum legem ex nostro mandato vindicentur, et non occidatur homo, nisi lege iubente.“ Totschlag der Fehde halber ist hier verboten. Es ist dies das erste directe Verbot der Fehde in den Capitularien.

Eine ähnliche direct gegen die Fehde gerichtete Bestimmung, die aber nicht Reichs- oder überhaupt Territorial-

---

[1]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 97. — [2]) Pertz, Capitularia Mon. Germ. hist. Legum. I. S. 363. — [3]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 59.

recht, sondern sächsisches Volksrecht, also persönliches Recht der sächsischen Stammesgenossen in Folge ihres Charakters als capitula legibus addenda schuf, steht in der capitulatio de partibus Saxoniae von 782, c. 31 [1]): „Dedimus potestatem comitibus bannum mittere infra suo ministerio de faida vel maioribus causis in solidos LX.“ War hier den Grafen das Recht eingeräumt, bei Königsbann Frieden zu gebieten, so wurde im capitulare Saxonicum von 799, c. 4, 8, 9 [2]) dem Könige selbst das Recht vorbehalten, einen noch höheren Bann bis zu 1000 solidi zu verhängen. Es ist dies die erste Festsetzung einer Strafe für die faida als solche.

Diese drei letztgenannten Stellen bilden eine Ausnahme und zwar die einzige Ausnahme in der ganzen Reihe der Fehdebestimmungen der Capitularien. Das Verbot der Fehde in der ersten ist aber eine lex imperfecta: es fehlt die Strafsanction. Sie zeigt aber auch abgesehen hiervon nichts anderes als die schon besprochene Erscheinung, dass zunächst und vor allem die Geistlichkeit das ihren Anschauungen und Lehren der Nächstenliebe widersprechende Fehdewesen abzuschaffen bestrebt war [3]). Dieses ausnahmsweise Verbot der Fehde ohne Straffestsetzung für Uebertretung erklärt sich also leicht aus dem eigenthümlichen Charakter dieser capitula ecclesiastica, und man bedarf zur Erklärung desselben nicht der eigenthümlichen Construction wie Siegel [4]), es sei die Fehde, wie er sich ausdrückt, aber in derselben kein Totschlag erlaubt gewesen, die bereits Waitz [5]) als auf einer unklaren Auffassung der Verhältnisse beruhend zurückgewiesen hat.

Was dann die beiden sächsischen Capitularien betrifft, so ist es einmal den Grafen lediglich anheimgegeben, jeweils im einzelnen Falle die Bannstrafe zu verhängen, wenn es ihnen eben nöthig erscheint, nicht aber ist allgemein für jede Fehde die Bannstrafe festgesetzt. Weiters erklärt sich aber auch

---

[1]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 70. — [2]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 71 f. — [3]) Vergl. über das Bestreben der Kirche für Abschaffung der Blutrache überhaupt: Kohler, Nachwort zu Shakespeare S. 19. Kohler, Blutrache S. 25 f. Milenko Wesnitsch, Zeitschrift für vergl. Rechtswissenschaft 1889 S. 450. — [4]) Siegel, Geschichte des deutschen Gerichtsverfahrens I. S. 21. — [5]) Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte IV. 2. S. 509, Note 4.

diese Bestimmung aus der Ausnahmestellung, die in Folge der politischen Verhältnisse die Sachsen im fränkischen Reich einnahmen. Es war lediglich eine politische Massregel, wenn Karl der Grosse in dem eben unterworfenen Sachsen den Grafen die Befugniss ertheilte, um ihren Verfügungen hinsichtlich der Fehde den gehörigen Nachdruck zu geben, bei Königsbann Frieden zu gebieten, und wenn er sich selbst das Recht vorbehielt, einen noch höheren Bann bis zu 100 solidi zu verhängen.

Ganz anders lauten wieder die Bestimmungen im capitulare missorum generale von 802, c. 32 [1]): „Et hoc firmiter banniamus, ut parentes interfecti nequaquam inimicitias super commissum malum adaugere audeant, neque pacem fieri petenti denegare, sed datam fidem paratam compositionem recipere et pacem perpetuam reddere, reum autem nulla moram compositionis facere.“ Diese Bestimmung zielt zunächst in Anknüpfung an die früheren Bestimmungen des capitulare Haristallense auf Beilegung der Fehde durch Zwang zur Zahlung und Annahme des Sühngeldes: Wenn einmal ein Totschlag begangen worden, so soll einerseits das Uebel nicht noch vergrössert werden dadurch, dass die Familie des Erschlagenen weitere Gewaltthaten verübt, und andererseits soll der Schuldige seine Schuld nicht noch steigern dadurch, dass er nicht bereitwillig Genugthuung anbietet. Sohm [2]) schliesst aus dem Worte „banniamus“ in diesem Capitular, dass dieselbe Bannstrafe wie in den beiden sächsichen Capitularien für die faida als solche auch in dem übrigen fränkischen Reich gegolten habe, dass also für die faida als solche, nicht bloss für Sachsen, die Strafe des Königsbannes festgesetzt gewesen sei.

Allein das Wort bannire hat neben der besonderen Bedeutung „den Königsbann androhen“, auch allgemein die Bedeutung „verfügen“, und in diesem Sinne scheint es mir hier gebraucht, besonders da es in Verbindung mit dem Wort firmiter gebracht ist, das in Verbindung mit der ersten Bedeutung keinen rechten Sinn gäbe. Dann aber ist diese könig

[1]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 97. — [2]) Sohm, Reichs- und Gerichtsverfassung I. S. 105 Note 6.

liche Verordnung zunächst und ausdrücklich nicht gegen die faida als solche gerichtet, sondern wie sich aus dem Vergleich mit den früheren analogen Bestimmungen ergiebt, vor allem gegen die Weigerung der Zahlung bezüglich der Annahme des Wergeldes — ein Grundgedanke, auf den fast alle Festsetzungen und Massregeln Karls des Grossen bezüglich der Fehde hinzielen. In dem Maasse aber, in dem das Gebot der Sühne bei einer Fehde verwirklicht wurde, rückte man näher der Geltendmachung des Rechts auf gerichtlichem Wege.

Dieselben Bestimmungen, nur dass hier das Zwangsmoment noch schärfer zur Geltung kommt, verbunden mit Bestimmungen über Strafandrohung für Bruch des gebotenen Friedens finden sich im capitulare missorum in Theodonis villa datum secundum von 805, c. 5[1]): „De armis infra patria non portandis, id est scutis et lanceis et loricis; et si faidosus sit, discutiatur tunc quis e duobus contrarius sit ut pacati sint, et distringantur ad pacem, etiamsi noluerint; et si aliter pacificare nolunt, adducantur in nostram praesentiam. Et si aliquis post pacificationem alterum occiderit, componat illum et manum quam periuravit perdat et insuper bannum dominicum solvat.

Einmal soll im besondern untersucht werden, wenn zwei in Fehde begriffen sich vorfinden, wer der Gewaltthätige ist, der dem Frieden entgegensteht, und dann die dergestalt Verfeindeten auch wider ihren Willen durch öffentliche Autorität zum Frieden gezwungen, und wenn sie sich hartnäckig weigern, vor den König gebracht werden. Zum andern ist der Bruch des Friedenseides mit Strafe bedroht: Wer nach gelobtem Frieden den Feind erschlägt, verliert zur Strafe des Meineids die Hand und hat ausserdem die Bannbusse zu zahlen.

Besonders interessant ist das Capitular von 813, c. 2[2]): „Ut inquiratur diligenter de faidosis hominibus, qui solent incongruas commotiones facere tam in dominicis diebus quamque et aliis solemnitatibus sicuti et in feriaticis diebus: hoc omnino prohibendum est, ne facere praesumant." Wilda und Waitz allein haben diese Stelle zu erklären versucht. Allein

---

[1]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 123. — [2]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 175.

es ist kein Grund, mit Wilda anzunehmen, dass faidosus hier allgemein einen unruhigen, gewaltthätigen Menschen bezeichne. Waitz[1]) giebt keine nähere Erklärung der eigenthümlichen Zeitangaben. Er sagt nur: Verfeindete, denen die Rache drohte, hielten sich berechtigt, um der Gefahr willen, der sie ausgesetzt waren, in kriegerischer Haltung einherzugehen, und gefährdeten so die öffentliche Ordnung.

Es wird sich fragen, ob hiedurch nicht die schon oben erwähnte Aufstellung einen neuen Anhaltspunkt findet, dass, wenn auch nur nach Gewohnheitsrecht schon früh bestimmte Tage, und zwar vor allem die Sonntage und Feiertage für fehdefrei galten. Diese Stelle würde diese Erscheinung schon für die Zeit vor oder kurz nach 813 beweisen. Ist die Ansicht richtig, dass hierdurch nur die Einhaltung gewisser fehdefreier Tage eingeschärft wurde, so lässt sich aus dieser Stelle auch ein Gegenbeweis gegen die Ansicht erbringen, dass durch diese Bestimmung die Fehde als an sich unzulässig und strafbar erklärt sei.

Betreffs der Fehdebestimmungen der capitularia Italica Karoli magni et Pippini filii sei hier nur hervorgehoben: Pippini capitulare von 790, c. 4[3]): „De diversis generationibus hominum qui in Ialia commanent: volumus ut, ubicumque culpa contigerit unde faida crescere potest, pro satisfactione hominis illius contra quem culpavit secundum ipsius legem cui neglegentiam commisit emendet.“ In den capitularia Hlotarii Italica[4]) finden sich keine Bestimmungen über Fehde.

Als die Schranken, in welche das Fehderecht durch die Capitularien Karls des Grossen eingeengt wurde, ergeben sich demnach im allgemeinen die folgenden: Zwar konnte die Familie des Getöteten nicht gezwungen werden, von vorneherein auf den Totschlag Klage zu erheben. Aber sobald die Genugthuung in Form der Wergeldzahlung angeboten wurde, da musste der Feindschaft Einhalt gethan werden. Sie durfte die Fehde beginnen, wenn das letztere nicht der Fall war. Man sieht, auch die Capitularien gingen bei ihren

[1]) Wilda, Strafrecht der Germanen S. 193. — [2]) Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte IV. 2. S. 510. — [3]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 201. — [4]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 316 f.

Fehdebestimmungen von dem persönlichsten Fall ihrer Veranlassung aus, von einer vollbrachten Tötung.

IV.

Von den Capitularien Ludwigs des Frommen kommen folgende in Betracht:

In Ausbildung der Bestimmungen in c. 22 des cap. Haristallense und zugleich ihre Einfügung in sämmtliche Stammesgesetze bewirkend normiren die capitula legibus addenda von 818/19, c. 13[1]): „De faidis cohercendis. Si quis aliqua necessitate cogente homicidium commisit, comes in cuius ministerio res perpetrata est et compositionem solvere et faidam per sacramentum pacificari faciat; quodsi una pars si ad hoc consentire noluerit, id est aut ille qui homicidium commisit aut is qui compositionem suscipere debet, faciat illum qui ei contumax fuerit ad praesentiam nostram venire, ut eum ad tempus quod nobis placuerit in exilium mittamus, donec ibi castigetur, ut comiti suo inoboediens esse ulterius non audeat et maius damnum inde non adcrescat." Beauftragt mit der Sorge für den Vollzug sind hier ausdrücklich die Grafen: der Graf soll die fehdelustigen Parteien von Amts wegen zum Abschluss eines Sühnevertrags zwingen.

Auch hier ist für die faida an sich, wie Sohm[2]) anzunehmen scheint, durchaus keine Strafe festgesetzt, sondern ausdrücklich nur auf die Weigerung, den Sühnevertrag abzuschliessen: der hartnäckig widerstrebende, sei es nun der Fehdethätiger oder der Befehdete, soll vor den König gebracht werden, von dem er an einen sichern Ort geschickt wird, wo er keinen Schaden mehr anrichten kann. Und gerade deswegen erscheint hier besonders diese Strafe als Strafe für den Ungehorsam gegen die Obrigkeit, d. h. als Strafe nicht für den Rechtsbruch, sondern für den Befehlsbruch. Ludwig hat ausserdem für solche, die ohne Grund oder nur aus geringem Anlass einen Totschlag begingen, neben der Zahlung des Wergeldes die Strafe der Verbannung nach Gutdünken

---

[1]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 284. — [2]) Sohm, Reichs- und Gerichtsverfassung I. S. 105 Anm. 6.

des Kaisers vorgeschrieben, so in cap. leg. add., c. 7 [1]). Und auch Leibesstrafen konnten, wie Waitz [2]) nachgewiesen hat, zur Anwendung kommen.

Trotzdem aber scheint es Ludwig dem Frommen nicht gelungen zu sein, seine Bestimmungen gegenüber der alten Sitte der Selbsthilfe in nachhaltiger Weise wirksam werden zu lassen. Gerade die angesehensten Männer, wird in dem Schreiben der Geistlichkeit auf der Versammlung zu Worms von 829 geklagt, liessen nicht ab, sich wegen zugefügter Beleidigungen selber Genugthuung zu verschaffen. Deshalb bitten in der oben genannten petitio, c. 9 [3]), der constitutiones Wormatienses die Geistlichen den König: „ut vestro sollertissimo studio vestraque imperiali auctoritate tam temeraria christianorum sanguinis effusio in regno vestro fieri non sinatur, — —."

Weiter unten folgt dann noch die interessante Stelle: „Econtra vero nescimus, quia pernoxia inventione a nonnullis usurpatum est, ut hic qui nullo ministerio publico fulciuntur, propter sua odia et diversissimas voluntates pessimas, indebitum sibi usurpant in vindicandis proximis et in interficiendis hominibus vindictae ministerium, et quod rex saltem in uno exercere debuerat propter terrorem multorum, ipsi impudenter in multis perpetrare non metuunt propter odium, et putant sibi licere ob inimicitiarum vindictas, quod nolunt ut rex faciat propter dei vindictam." Vergleiche auch Frauenstädt [4]), der ausführlich die späteren Zustände behandelt.

Ludwig hat dann dieselben capitula von neuem eingeschärft. Im Jahre 829 wurden diese auf das Jahr 779 zurückführenden capitula, die inzwischen von Ansegis in seine Capitulariensammlung aufgenommen worden waren und später auch in Regino II, c. 80 übergingen, abermals verkündigt und ihre fortdauernde Geltung gleich den Bestimmungen eines Stammgesetzes angeordnet. So in dem capitularia Wormatiensa von 829, c. 7 [5]): „De faidis cohercendis observetur et teneatur, quod in capitulari nostro libro 4 capitulo 25 continetur. Si

---

[1]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 282. — [2]) Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte IV. 2. S. 509 Anm. 2. — [3]) Pertz, Capitularia. Mon. Germ. hist. Legum I. S. 340. — [4]) Frauenstädt, Blutrache und Totschlagsühne S. 7. — [5]) Pertz, Capitularia. Mon. Germ. hist. Leg. I. S. 354.

quis — —." Allein es scheinen diese Gesetze noch weniger als die letztgenannten zu rechter Geltung gekommen zu sein, ja ich möchte sogar von einer absteigenden Bewegung sprechen, die in einer Gegenströmung gegen die Beschränkung des Fehderechts immer mehr zu Tage tritt.

Denn gerade in den späteren Gesetzen der Karolinger ist fortwährend Bezug genommen auf die Rache als an sich nicht unzulässig und strafbar. Dies geht beispielsweise direct hervor aus Karoli II. et Hlotarii II. conventus apud sanctum Quintinum von 857, c. 1 (adnuntiatio Hlotarii)[1]: „Sciatis enim, quia consideravimus, ut quiscumque malefactor de uno regno nostro in alterum venerit, episcopus vel missus, sive comes, de quorum ministerio effugerit, ut iustitiam non reddat aut dignam vindictam non sustineat, illis missis, in quorum missatico in alio regno fugerit, notum faciant, et ipse illum taliter constringant, ut aut ad compositionem aut ad vindictam illuc reveniat, ubi malum perpetravit." Ebenso aus Karoli II. capitulare Carisiacense von 873, c. 3[2]: „Et si talis est quem aut parentes aut propter faidam homines accusare noluerint aut ausi non fuerint, — —."

Kurz erwähnt sei, dass auch zur dauernden Erhaltung des Völkerfriedens bei den projectirten Reichstheilungen von Karl und Ludwig ziemlich ins einzelne gehende Bestimmungen getroffen werden, welche beweisen, dass die Idee eines internationalen Schiedsgerichts schon im fränkischen Reich ihre Vertretung gefunden hat. Ich denke hierbei an die divisio regnorum vom 6. Februar 806[3]) und an die ordinatio imperii vom Juli 817[4]).

Fasse ich zusammen, so komme ich zu dem Resultate, dass sich wie im Volksrecht so auch im Königsrecht dieser Zeit, wenn auch nicht, wie Waitz behauptet, ein einheitlicher und allgemein durchgreifender Gesichtspunkt, so doch ein verhältnissmässig abschliessender Endpunkt in der Strafrechtspflege vermissen lässt.

---

[1]) Pertz, Capitularia Mon. Germ. hist. Leg. I. S. 457. — [2]) Pertz, Capitularia Mon. Germ. hist. Leg. I. S. 519. — [3]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 126 f. — [4]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 270 f.

Aber ein Streben, die von der Entwicklung überholten alten Gedanken fortzubilden in Anpassung an die steigenden Culturzustände, ist nicht zu verkennen, und wenn es auch Karl und seinen nächsten Nachfolgern nicht gelang, ein durchgreifendes Verbot der Fehdeübung zum Zweck der Rache wegen erlittener Verletzung durchzusetzen, vielmehr nur das durch die königsrechtliche Gesetzgebung erreicht wurde, dass in Bestätigung, Ergänzung oder Erneuerung des Volksrechts diese Art der Rechtsverwirklichung um ein Stück zurückgedrängt wurde, so wird es doch immer als ein Fortschritt gegen früher erscheinen, was sie auf diesem Gebiete zur Geltung gebracht haben.

Dass man diese Fehdebestimmungen in den Capitularien nicht „Friedenssatzungen" im eigentlichen Sinne nennen kann, hat sich wohl aus dem Verlaufe der Darstellung von selbst ergeben.

Einmal giebt es kein einziges Capitular, das im ganzen und als solches gegen die Fehde gerichtet wäre, das überhaupt jene typischen äusseren Erscheinungen aufweisen würde, wie sie in den späteren Friedenssatzungen uns entgegentreten. Es sind immer bloss einzelne Bestimmungen, eingeschoben zwischen andere Materien, nur einen Theil der umfangreicheren Gesetze bildend.

Abgesehen von zwei scheinbaren Ausnahmen, deren thatsächliche Bedeutung ich oben klarzulegen versuchte, waren diese einzelnen Bestimmungen nicht dazu bestimmt, durch eine allgemeine Norm die Fehde als eine Art der Rechtsverwirklichung überhaupt abzuschaffen, und noch weniger ist in ihnen eine einheitliche, eine Entwicklung aufweisende Bewegung zu erblicken, vielmehr war ihr Hauptzweck der, jeweils im einzelnen Falle praeventiv oder repressiv die Ungemessenheit der Fehde einzuschränken und zwar durch die verschiedensten Mittel.

Zum dritten waren auch selbst diese Bestimmungen in dem letztangedeuteten Sinn nur Ansätze, mehr oder minder erfolglose Versuche. Die Gewohnheit, sich selbst sein Racherecht zu schaffen, wurzelte zu sehr in alter Sitte, und diese die Fehde nur thatsächlich einschränkenden Bestimmungen standen oft nur auf dem Papier. Die Wirkung des Königs-

rechts war ja nur eine Machtfrage. Es gewannen daher die in einer entgegengesetzten Gewohnheit sich äussernden reactionellen Bestrebungen in der folgenden Zeit und vor allem in Frankreich um so mehr an rechtlicher Bedeutung, als diese Art der Rechtsbildung unter den letzten Karolingern nicht die nöthige Autorität besass, um ihre herrschende Stellung in der Rechtsordnung aufrecht zu erhalten, beziehungsweise mit den letzten Capitularien Karls III. aus den Jahren 920 und 921 vollständig aufhörte. Vom Beginn des 10. Jahrhunderts an ruhte überhaupt jegliche Gesetzgebung fast ganz. Die Zeit war nicht dazu angethan. An ihre Stelle tritt das Gewohnheitsrecht und hier konnte naturgemäss die alte Gewohnheit der Selbsthilfe um so leichter wieder grösseren rechtlichen Boden gewinnen; so kommt es, dass wir in nachfränkischer Zeit gerade in den alten Sitzen der Saalfranken die Geschlechterfehde in vollster Blüthe finden.

Es steht übrigens diese Erscheinung nicht vereinzelt. Als analoges Beispiel im kleinen sei hier nur erwähnt, dass Ludwig im Verbot der sogenannten Kreuzesprobe in den cap. ecclesiastica von 818/19, c. 27, und ebenso der kalten Wasserprobe in den cap. Wormatiensia von 829, c. 12, erliess. Aber beide sind gleichwohl im Gerichtsgebrauch festgehalten worden, wie die darauf bezüglichen, überaus reichhaltigen liturgischen Formeln zeigen. Selbst in späteren deutschen Friedenssatzungen spielen sie noch eine Rolle, so im Mainzer Gottesfrieden von 1085; „Si autem cui imputatur se innocentem probare voluerit, iudicio aquae frigidae se expurget, ita tamen ut ipse et nemo alius pro eo in aquam mittatur."

Ich glaube deshalb nicht fehlzugehen, wenn ich den Beginn der charakteristischen Friedensbewegung in Frankreich als solcher in die Synodalbestimmungen der 989 zu Charroux versammelten Bischöfe setze. Abgesehen von den angeführten innern Gründen wird diese Ansicht auch unterstützt dadurch, dass in den Canones des Concils von Poitiers vom Jahre 1000 das Concil von Charroux gewissermassen als erste der Friedenssatzungen bezeichnet wird, indem es dort u. a. heisst: „et cetera, sicut in concilio Karrofensi constitutum est." Das spätere Concil greift also direct auf das Concil von Charroux als erstes in seinen Bestimmungen zurück, und erspart sich

durch Verweisung auf dasselbe die Wiederholung der gleichlautenden Stellen.

Man darf mich jedoch nicht falsch verstehen: Was den Inhalt der ersten kirchlichen Friedensordnungen im einzelnen betrifft, so ist eine Anknüpfung an bereits bestehende Verhältnisse ganz unverkennbar, wie man es überhaupt als feststehend betrachten kann, dass im Mittelalter fast alle Institute im einzelnen sich aus einer bereits gegebenen Wurzel entwickeln. Als Neuschaffung kann wohl das ganze Institut als solches erscheinen; in den einzelnen Theilen ist diese Neuschaffung meistens eine relative.

Allein, wenn ich auch zugebe, dass diese Erscheinungen, da alle menschlichen Verhältnisse sich gegenseitig beeinflussen und durchdringen, auf die Entstehung der französischen Friedensbewegung nicht ohne Einfluss waren, ja in gewissem Sinne sie erst ermöglichten, so ist doch auf der anderen Seite daran festzuhalten, dass es sich, wenn man überhaupt einmal scheidet, vor allem um besondere, charakteristische Formen handeln muss.

Eine einheitliche Bewegung gegen die Fehde, als solche neu, ist in Frankreich erst durch das Eingreifen der Geistlichkeit gegeben, nicht in vereinzelten Bestimmungen und sprungweise, sondern stetig sich entwickelnd, sich durch lange Zeit, ja über Jahrhunderte hinaus erstreckend, so sehr das Bild einer gleichartigen Entwicklung darstellend, dass man alle diese Bestrebungen unter einem Sammelnamen zusammenfassen kann, dem der „kirchlichen Friedenssatzungen."

Wollte man den Beginn der Bewegung in diese einzelnen, zusammenhangslosen, noch keine einheitliche Entwicklung darstellenden Bestimmungen setzen, so müsste man consequenterweise überhaupt mit den ersten Regungen der Reaction gegen die Fehde beginnen. Dabei müsste man aber in die Zeit zurückgehen, wo Staat und Recht eben wirksam wurden. Denn von diesem Momente an muss es auch, wenigstens für bestimmte Verhältnisse, ein öffentliches Strafrecht geben, und damit ist naturgemäss schon ein Kreis von Beziehungen, die früher der Selbsthilfe zur Regelung überlassen waren, der Selbsthilfe entzogen.

V.

Weniger Schwierigkeiten bietet eine andere Frage.

Neben den ordentlichen Gerichten der Grafen und ihrer Stellvertreter oder Unterbeamten gab es in der Gerichtsverfassung des fränkischen Reiches, wie Waitz [1]) ausführt, noch andere, die einen mehr ausserordentlichen Charakter an sich trugen. Zunächst kommen hier „Gerichtsversammlungen" in Betracht, welche von mehreren Grafen gemeinsam für ihre Bezirke abgehalten wurden. Dies beruht auf dem Aachener Capitular Karls de iustitiis faciendis von 811/13, c. 12 [2]), oder hat durch dieses wenigstens Anerkennung und bestimmte Regelung erhalten: „In den Monaten, in denen die Königsboten keine Versammlungen beriefen, sollten die benachbarten Grafen sich dergestalt vereinigen, um so besser und wirksamer für die Aufrechterhaltung der Rechtssicherheit zu sorgen." Mitunter traten auch ein oder mehrere Bischöfe hinzu, ja es zeigen die späteren Nachrichten, dass die Bischöfe regelmässig erschienen, oft sogar eine führende Stellung bei den Versammlungen einnahmen. Gerichte dieser Art nahmen nach Unger [3]), vorzüglich in der späteren karolingischen Zeit, wohl den Charakter von förmlichen Provinzialversammlungen an.

Gegen diese von Waitz schon früher aufgestellte Ansicht ist dann Sohm [4]) mit der Behauptung aufgetreten, dass die citirte Stelle aus dem Aachener Capitular nicht von dem Vorsitz mehrerer Grafen im Volksgericht, sondern von der Vereinigung der Grafen zu „Landtagen" handle, welche die königlichen Beamten auch ohne missus zum Zweck gegenseitiger Unterstützung in Ausübung ihrer Amtspflicht zu halten haben, und macht darauf aufmerksam, dass derartige Zusammenkünfte im Anschluss an die Provinzialconcilien nach Gregor, Hist. Franc. IV. 2 und X. 8 schon unter den Merowingern vorgekommen seien. Ebenso verhalte es sich mit den bei Waitz angeführten übrigen Quellenstellen.

Eine Art Mittelstellung zwischen diesen beiden Ansichten hat Schröder [1]) eingenommen und zugleich eine besondere Be-

---

[1]) Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte IV. 2. S. 411 f. — [2]) Boretius, Capitularia regum Francorum I. S. 177. — [3]) Unger, Geschichte der deutschen Landstände I. S. 72. — [4]) Sohm, Reichs- und Gerichtsverfassung I. S. 289 Note 32 und S. 486.

zeichnung für diese Versammlungen eingeführt. An die Organisation des Königsbotenamtes, sagt er, wurde von Karl dem Grossen eine andere, für die spätere Verfassungsentwicklung bedeutend gewordene Einrichtung geknüpft, indem die Königsboten die Grafen ihres Sprengels anweisen mussten, sich während der von der Thätigkeit der Königsboten freien Monate zu gemeinsamen „Landfriedensgerichten" zu vereinigen[1]). Die Bedeutung, welche dieser Einrichtung für die spätere Entwicklung zukomme, wird dann von Schröder[2]) im Abschnitt über die mittelalterliche Gerichtsverfassung hervorgehoben. Eine Mittelstellung zwischen dem das ganze Reich umfassenden Gerichte des Königs und den auf die einzelnen Gaue beschränkten Landgerichten der Grafen hätten in der karolingischen Verfassung die Beamtentage der missatica eingenommen. Solcher Beamtentage habe es zwei gegeben.

Der zweite Beamtentag sei ein Landfriedensgericht ohne bestimmten Vorsitzenden, eine allgemeine Versammlung der Grafen und Bischöfe gewesen, bei welcher die Bestrafung der „Friedensbrecher" die Hauptaufgabe bildete, aber auch sonstige Massnahmen zur Wahrung der Rechtsordnung ins Auge gefasst wurden. Unter Verweis auf Waitz und Weiland und gestützt auf die Belege bei v. d. Bergh, Wartmann, Dronke, wird dann ausgeführt, dass sich die erwähnten Landfriedensgerichte durch alle Jahrhunderte des Mittelalters verfolgen lassen. Eine besondere Bewegung auf dem Gebiete der Landfriedensgerichte habe dann seit Ende des 11. Jahrhunderts mit der Gottesfrieden- und Landfriedensgesetzgebung begonnen, welche überall zur Bildung amtlicher Landfriedenscommissionen mit bestimmt abgegrenzten Bezirken führte; verwiesen wird auf Franklin, Wyncken, Fischer.

Lässt man auch zunächst unentschieden, welche Ansicht die allein richtige ist, und schliesst man sich der letzteren vermittelnden Ansicht an, so wird sich doch bezweifeln lassen, ob die neue Bezeichnung dieser Versammlungen als Landfriedensgerichte zutreffend ist. Eine Bezeichnung, die auch

---

[1]) Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 174 und Note 102. — [2]) Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte S. 487 und S. 537 Note 64 und 67; S. 538 Note 69.

Schwalm[1]) in den Anfang seiner Abhandlung herübergenommen hat.

Denn es wird bei der Erörterung der mittelalterlichen deutschen Friedenssatzungen darzustellen sein, dass der Name Landfriede erst von einer bestimmten späteren Zeit an aufkommt, und zwar ebenso wie der Name Gottesfriede in einem ganz bestimmten Sinn; nur der moderne, aber unrichtige Sprachgebrauch hat ihn hier und da auch für frühere Zeiten anticipirt. Zum andern kann man ihnen auch inhaltlich nicht einmal den Namen Friedensgericht überhaupt geben, indem man zum Beispiel, wie Schwalm es thut, als ihren Zweck hinstellte „den Frieden im Lande aufrecht zu erhalten“ oder „für die Befriedung des Landes zu sorgen.“

Denn abgesehen davon, dass dieser Ausdruck gegenüber dem bestimmt abgegrenzten Zweck der Friedenssatzungen, an Stelle des Fehdezustandes den Friedenszustand zu setzen, mit einem Worte die Fehde abzuschaffen, zu vag und nichtssagend ist, ist er auch im gegebenen Falle durch nichts gerechtfertigt, indem die diesbezüglichen Quellenstellen selbst zu dieser abgeblassten Bezeichnung keinen Anhalt gewähren. Sowohl aus den Worten, mit denen Karl den Zweck dieser communia placita zusammenfasst: „tam ad latrones distringendos quam ad ceteras iustitias faciendas“, als aus den Thatbeständen in den übrigen von Schröder angeführten Quellenstellen, abgesehen von einer einzigen Ausnahme, ergiebt sich, dass sie lediglich dazu bestimmt waren, den Rechtszustand aufrecht zu erhalten, dass sie auf einen Friedenszustand nicht hinzielen.

So wird in der von Schröder angeführten Stelle aus den traditiones Sangallenses 680 (S. 282) berichtet, dass der Bischof Salomo als Abt von Sangallen mit dem Grafen des Linzgaues in Streit lag wegen Besitzungen des Klosters und deshalb eine Versammlung der drei benachbarten Grafschaften berief, in welcher er den Vorsitz führte, ausserdem der Bischof von Chur anwesend war. Aehnlich in den übrigen Citaten.

Hiezu könnte ich noch viele Stellen, z. B. aus den baye-

---

[1]) J. Schwalm, Die Landfrieden in Deutschland unter Ludwig dem Bayern. Göttingen 1889. S. 1.

rischen Rechtsquellen fügen, die alle dasselbe Resultat ergeben.

So wird in den traditiones Frisingenses 121 (S. 92) berichtet, dass unter Karl ein Streit zwischen dem Bischof von Freising und einem Abt in der Weise verhandelt wird, dass sie über ein zu Tegernsee abzuhaltendes Gericht übereinkommen, auf welchem dann der Erzbischof von Salzburg, drei Bischöfe, zwei Aebte, mehrere Priester und Mönche, ausserdem drei Grafen, ein Centenarius und mehrere andere Personen erschienen. „Publicum placitum" wird diese Versammlung genannt.

Weiter ist in den trad. Frisingenses 473 (S. 249) die Rede von einer Versammlung, auf der zwei Bischöfe, fünf Grafen et alii multi zusammenkamen ad recta iudicia dirimenda. Ferner bei Meichelbeck, Historia Frisingensis (I No. 118) zum Jahr 802 von einer Entscheidung eines Streites um Grundstücke in Regensburg, allerdings unter Vorsitz von missi; als testes werden genannt Bischöfe, Aebte, Grafen u. s. w.

Ferner ebendort (I. No. 122) zum Jahre 806 von der Entscheidung eines Rechtsstreits um Grundstücke unter Vorsitz von missi mit zwei Bischöfen, drei Aebten, acht Grafen, zwei iudices, zwanzig namentlich aufgeführten anderen et multi alii quamplures.

Diese Versammlungen suchten also lediglich den bestehenden Rechtszustand aufrecht zu erhalten; keineswegs aber waren sie dazu bestimmt, für die Befriedung des Landes zu sorgen, geschweige die Fehde abzuschaffen. Die einzige Ausnahme, die sich in den Quellen findet, ist der Bericht in den traditiones Fuldenses 138 zum Jahre 1058: „conventus fidelium principum de pace facienda et sedenda latronum tyrannide et raptorum compensanda seditione." Allein hier taucht sofort die Frage auf, ob diese Stelle noch in einen Zusammenhang mit dem Capitular Karls zu bringen ist, oder ob sie schon den Beginn einer neuen Bewegung bezeichnet. Ich entscheide mich für letzteres.

Die Bezeichnung dieser Versammlungen als Landfriedensgerichte ist demnach nicht gerechtfertigt.

Damit ist einmal die Unrichtigkeit der Ansicht gegeben, die durch diese Bezeichnung verführt Schwalm und noch mehr

sein Kritiker in der historischen Zeitschrift[1]) angenommen zu haben scheint, als ob das capitulare de iustitiis faciendis die erste Friedenssatzung gewesen sei, bezüglich „Landfriedensbestrebung". Indem aber der letztere sagt, die Geschichte der Landfrieden in Deutschland führe denjenigen, der die äussersten Wurzeln des Institutes untersuche, auf die communia placita des cap. de iust. fac., begeht er noch einen logischen Fehler. Die communia placita waren ein Institut der fränkischen Gerichtsverfassung, die Gottesfrieden und Landfrieden aber waren gesetzgeberische Acte. Man kann also die Wurzeln der letzteren höchstens in dem capitulare, nicht in den placita suchen.

Auf Grund der vorgebrachten Thatsachen kann ich mich zum andern auch nicht dem Schlusse anschliessen, den Schröder aus dieser Bezeichnung gezogen zu haben scheint: als ob diese Institution der communia placita die Grundlage bilde für die spätere Organisation der Friedensgerichte im technischen Sinn, wie sie durch die mittelalterlichen Friedenssatzungen geschaffen sind. In Betreff der deutschen Landfriedensgerichte wird diese Behauptung bei Besprechung der deutschen Friedenssatzungen nach den obigen kurzen Andeutungen im näheren auszuführen sein. Allein noch weniger als in Deutschland besteht ein Zusammenhang zwischen den communia placita und den Gottesfriedensgerichten in Frankreich.

Zwar findet sich auch hier ein Beispiel dafür, wenn auch nur ein einziges, dass diese communia placita in Frankreich nicht gänzlich unbekannt waren.

Man wird da wohl absehen müssen von einigen Versammlungen, deren die histoire générale de Languedoc erwähnt, beispielsweise der Versammlung zu Elne vom 1. November 1000[2]), bei der ausser „Berengarius, episcopus sedis Helenensis, una cum multitudine clericorum suorum caterva", auch erwähnt werden: „laicorum vero nobilium Sonifredus, vicecomes Cerdaniensis, Bernardus Segovinus, id est Bernardus

[1]) Besprechung der Abhandlung von Schwalm in der historischen Zeitschrift LXIV. 1890. S. 172 f. — [2]) Dom Vaissete et Dom Devic, Histoire générale de Languedoc. Nouv. édition. V. Bd. Chartes et diplômes. S. 337 f.

Gauzbertus, Durandus, Rigulfus, Finardus et aliorum multorum hominum, qui ibidem aderant simul, et cum iudice, qui iussus est iudicare, causas dirimere, et legibus definire, id est Guilielmus."

Es ist aber aus späterer Zeit ein Urtheil bei Baluze (II. S. 1468) erhalten, wonach in dem westlichen Theil des Frankenreichs sechs Bischöfe und elf Grafen als Urtheiler in einem Handel zwischen einem Erzbischof und Grafen fungirten: „praedicti vero maiores privilegio et proceres potestate dum ibidem — — de communi tractarentur utilitate ad iustitiam totius provinciae."

Doch sind, wie zu zeigen sein wird, die Gottesfriedensgerichte eine ganz eigenartige, selbständige Institution. Zudem wird es sich hier fragen, ob nicht mit Sohm diese Versammlung für einen von den proceres abgehaltenen Landtag, dem man in diesem Falle noch gerichtliche Thätigkeit zusprechen wird, und nicht für eine Gerichtsversammlung zu halten sein wird.

Es besteht demnach meines Erachtens weder ein Zusammenhang zwischen den ersten Friedenssatzungen überhaupt und dem capitulare de iustitiis faciendis, noch zwischen den durch sie geschaffenen Friedensgerichten und den communia placita des letzteren. Aus den Quellen lässt sich nicht einmal ein mittelbarer Einfluss nachweisen, den allenfalls diese letzteren Versammlungen auf die Ermöglichung der kirchlichen Provincialconcilien in Frankreich, beziehungsweise der Vereinigungen der territorialen Gewalten in Deutschland ausgeübt haben könnten, auf denen zuerst Friedensnormen statuirt wurden.

VI.

Gegenüber den bisher besprochenen Ansichten ergiebt sich sonach als Resultat, dass in den Synodalbestimmungen von Charroux vom Jahre 989 der Ausgangspunkt jener einheitlichen Friedensbewegung in Frankreich zu suchen ist, die zunächst von der Kirche ausgehend den Fehdezustand in einen Friedenszustand zu verwandeln suchte. Als Mittel zur Bekämpfung des Fehdewesens gebrauchte man zunächst nicht sowohl ein gänzliches Verbot der Selbsthilfe, als vielmehr in-

directe Beschränkungen, indem hier zuerst Kirchen, im weiteren Verlaufe auch Kirchhöfe, Wohnhäuser, Mühlen, Ackergeräthe auf dem Felde, auch wohl des Königs Strasse und das Innere der Dörfer und Städte, dann bestimmte Kategorien von Personen, so Geistliche, weiter Frauen, Kaufleute, Landleute, Jäger und Fischer während der Ausübung ihres Berufs u. s. w. gegen jede unberechtigte Gewaltthat, späterhin gegen jeden gewaltsamen Angriff, auch in berechtigter Fehde geschützt wurden.

Der Grund liegt klar: Hauptaufgabe der Friedenssatzungen war die Bekämpfung des alten Instituts der Fehde. Der eine Weg war der, die Fehde direct zu verbieten. Doch konnte dieser Weg bei Beginn der Bewegung zu keinem Ziele führen. Die Gewohnheit, sich selbst sein Racherecht zu schaffen, „l'ancien droit de se faire iustice à soi-même", wie Pfister[1]) es nennt, war zu sehr in das damalige Rechts- oder besser Machtbewusstsein eingewurzelt. Im andern Fall wären eben die Bestimmungen nur auf dem Papier gestanden. Der andere Weg war der, einen immer grösseren Kreis von Personen und Oertlichkeiten der Befehdung zu entziehen und diesen so weit auszudehnen, bis so durch Hereinziehung fast aller Personen und Gegenstände, die zunächst des Schutzes bedurften, indirect die Fehde möglichst eingeschränkt war.

In den genannten Synodalbestimmungen aus dem Ende des zehnten Jahrhunderts ist nun dieser Weg der Abschaffung der Fehde durch Inschutznahme bestimmter Personen und Gegenstände zum ersten Mal in besonderer Form eingeschlagen. Zu diesen Bestimmungen tritt dann mit Ausbildung der treuga dei als neue und wichtigste die Befriedung gewisser Tage und Zeiten hinzu. Die treuga dei begnügte sich nicht mit der unbedingten Befriedung gewisser Personen und Gegenstände, ihre Hauptbedeutung lag vielmehr in der hinzugefügten Befriedung gewisser Zeiten und Tage, an denen jeder Waffengebrauch mit Ausnahme eines Krieges und der Verfolgung handhafter Verbrecher untersagt sein sollte. Auch hier kostete es einen harten Kampf, damit diese die Fehde einschränkenden Friedensordnungen nicht ebenfalls nur auf dem Papier

[1]) Pfister, Études sur le règne de Robert le Pieux. S. 163.

stehen blieben. Nur durch stetig sich auf einander folgende und weiter fortgebildete und mit verschärften Strafbestimmungen versehene Erneuerungen der Friedensordnungen vermochte man Schritt für Schritt vordringend das Fehdewesen, wenn auch nicht ganz abzuschaffen, so doch erheblich einzuschränken.

V.

Der „Libellus de Cesarea monarchia“ von Hermann Peter aus Andlau.

Von

Herrn Gymnasiallehrer **Joseph Hürbin**

in Luzern.

LIBER SECVNDVS[1]).

Tit. I. De septem Principum Electorum institucione.

Etsi utilius laborem meum consumere, et tempus fertiliori impendere studio potuissem, adeo me tamen et zelus impellit imperii, et prefulgidum Germanice nobilitatis decus invitat, ut neque calamo parcere, neque jucundissimo absistere studio, quod inchoavi, valerem[2]). Atqui[3]) superiori libro sacri procursum[4]) imperii, illiusque varium per tempora exaravimus statum. Deinceps ad ea, que invictissimi rectoris imperii personam et statum concernere videntur, laborem stilumque[5]) vertamus. Translato Romano imperio in persona magnifici Karoli, in[6]) Germanos regimenque illius in stirpe progenieque Karoli, per successionem tolerantibus Germanis principibus per annos centum et ultra usque ad septimam generacionem permansit. Defecit autem[7]) genus et imperium in persona Ludowici quarti, Arnulphi filii, de anno domini DCCCCXIII. Is enim [ut in Francorum cronographya[8]) legitur] sine filiis obiit, relinquens duas filias, videlicet Placidam et Mathildim[9]), quarum[10])

---

[1]) L Petri de Andlo liber secundus. — [2]) L valeam. — [3]) L Et quidem; D Atque. — [4]) L progressum. — [5]) L stylumque. — [6]) in L und B fehlt die Stelle von „in Germanos“ bis zu „Karoli“. — [7]) in L, B und D steht nach „autem“ noch „et“. — [8]) L chronographia. — [9]) L Mathildin. — [10]) D quorum (Schreibfehler).

primogenitam, scilicet Placidam dedit uxorem Conrado comiti Alamannie[1]) principi, qui post eum imperavit, alteram vero Henrico, duci Saxonum, desponsavit, et ex ea genuit Othonem[2]) primum, postea imperatorem magnum. Legitur autem in gestis Acquitanie[3]), quod ex eo progenies et posteritas Karoli magni fuit reprobata, quia[4]) Dei graciam abijciens ecclesiarum et religionis cultum, quem ex paterna et avita successione susceperat[5]), neglexit, devastatrix pocius ecclesiarum quam creatrix fuit. Mortuo itaque Ludowico quarto, ultimo ex stirpe Karoli, Romanorum Francie et Germanie rege post eum regnum Francie invasit quidam Hugo dictus Caphet[6]), comes Parisiensis, in cujus genealogia regnum Francie postea gubernandum permansit. Porro Conradus[7]) gener Ludowici, qui primogenitam ejus filiam[8]) uxorem habuit, defuncto socero Romanum imperium cum Germanie regno[9]), quod ad imperium devolutum erat, de Alamannie principum consensu obtinuit, et sic deinceps Alamannia a regum Francorum dominio separatum[10]) fuit, et dictus Hugo Francorum rex suaque posteritas de facto pocius quam de jure Romanorum regem in superiorem recognoscere recusavit; cum tamen regnum Francie per obitum Ludowici ipso jure eciam ad Romanum imperium devolutum fuerit. Verum Conrado[7]) sine liberis defuncto Henricus prefatus Saxonie dux Romanorum adeptus est regnum, qui quam magnifice et imperiose Francorum regibus et Lombardis super Romano imperio silencium perpetuum imposuerit[11]). Qualiterque[12]) ipse terram illam, que inter Mosam et Renum est, Lotharingiam appellaverit, atque terram eandem cum tota Alamannia regno[13]) Francorum eripiens Romano univerit imperio quantaque devocione et honore ecclesias Dei tam in Ytalia quam Alamannia sublimaverit, quia[14]) multis codicibus illud expressum reperitur, hic insistere supervacuum esse arbitratus sum. Sepultus autem est in Quedlinburg Halberstadensis[15]) dyocesis[16]), ubi[17]) ipse monasterium insigne et castrum fundavit, et predicatur in vita et morte sanctus fuisse. Reliquit autem heredem imperii Ottonem[18]) primum. Hic primus post Francorum reges creatus est imperator. Conradus enim et genitor suus Henricus, quamvis essent reges Romanorum, imperiali tamen benediccione caruerunt. Nam cum vexaretur ecclesia Romana a Berengario, tyranno Ytalie, anno a nativitate Christi DCCCCXXXV, advocatus est in ecclesie subsidium Otto primus dux Saxonum, princeps magne potencie, religiosus et fide Catholicus[19]), qui super universam dominabatur Alamanniam, ut habetur in decretis LXIII

---

[1]) B und D haben vor „Alamannie" noch „de Hessen". — [2]) D Ottonem. — [3]) L Aquitaniae. — [4]) L quod. — [5]) B suscepit. — [6]) L Capet. — [7]) D Cunradus. — [8]) in L fehlt „filiam". — [9]) D und P „regni". — [10]) L separata. — [11]) L imposuit. — [12]) L Qualiter. — [13]) in L fehlt die ganze Stelle von „regno" bis „sublimaverit". — [14]) L quod. — [15]) L Halberstadiensis. — [16]) L diœcesis. — [17]) L ut. — [18]) L Othonem. — [19]) D Chatolicus.

d. in sinodo[1]), qui magnum Theutonicorum parans exercitum Ytaliam ingressus est, commissoque bello[2]) cum dicto Berengario ipsum cum suo exercitu devictum occidit; deinde[3]) Romam pergens a Leone octavo in imperatorem coronatus est, qui et imperium tenuit usque in terciam generacionem, quorum quilibet vocatus est Otto.

Verum Ottone tercio mortuo sine filiis Gregorius quintus, nacione Theutonicus[4]), de parentela Ottonis in summum pontificem assumitur. Cujus[5]) pontificis tempore regis Romanorum septem electores instituuntur, scilicet septem principes Alamannie: Quia[6]) enim predicti tres Ottones successive, quasi hereditario jure, obtinuerunt imperium, fuit pro bono statu ecclesie Dei et populi Christiani provide ac utiliter ordinatum, ut tante potestatis fastigium, que[7]) non debetur sanguini sed virtuti, non per viam successionis sed eleccionis procederet, ut dignissimus habeatur ad dignitatem imperii gubernandam. Factum est autem decretum hujusmodi post Christi nativitatem anno MIV. Et sunt quatuor laici et tres clerici: primus est rex Bohemie, olim dux, imperatoris pincerna; secundus comes Palatinus; tercius dux Saxonie, portitor[8]) ensis; quartus marchio Brandenburgensis, marescalcus[9]); ex clericis primus est archiepiscopus Moguntinus cancellarius Germanie; secundus archiepiscopus Coloniensis, cancellarius Ytalie; tercius archiepiscopus Treverensis, cancellarius Gallie. Hii namque septem principes electores, velut septem candelabra lucencia in unitate septiformis spiritus, sacrum debent illuminare imperium. Et de hiis septem electoribus mencionem facit gl. in c. ad Apostolice. De re judic. lib. VI. et sustinent vicem olim Romani senatus, ad quem imperatorem eligere spectavit, licet quandoque per exercitum militum, ut Vespasianus in Palestina, aliquando autem per impressionem et in sedicione militari, ut Focas[10]) in Oriente contra Mauricium, quis[11]), ad Cesaream assumeretur majestatem, tam in veteri Roma quam apud Argivos in Constantinopolitana civitate. Imperium namque et quodlibet regnum ab olim non ex successione, sed eleccione debitum[12]) fuit, ut not. VIII. q. I.[13]) c. Moyses[14]). Sed hodie regna ex conswetudine deferuntur ex successione, ut legitur et notatur in c. licet. de fo.[15]) compet. Quid autem si desinat successio in domo regali, vide quod not. Panorm. in c. licet. De foro compet.

---

[1]) L synodo; B dist. c. in synodo. — [2]) in D fehlt „bello". — [3]) L de in; in B und P fehlt „in", dagegen hat D nach meiner Ansicht die einzig richtige Lesart „deinde". — [4]) L Teutonus. — [5]) L Eius. — [6]) L und D Quod. — [7]) L quod. — [8]) P hat vor „portitor ensis" noch als Randbemerkung „prothospatarius id est". — [9]) L marschallus. — [10]) L Phocas. — [11]) D quos. — [12]) L delatum. — [13]) in P fehlt „I". — [14]) L Moises. — [15]) L und D dist. 6.

Tit. II. De Romanorum regis eleccione.

Defuncto serenissimo Augusto sacroque imperio rectore vacante, Maguntinus archipresul, ut [1]) presidens illustris collegii principum electorum, ceteros coelectores suos pro eleccione futuri regis Romanorum in imperatorem postmodum favente domino promovendi, literis suis patentibus evocare conswevit ad opidum [2]) Franckfordense, Maguntine dyocesis, quondam a veris Francis id [3]) est Trojanis fundatum. Postquam autem predicti electores civitatem Franckfordensem ingressi fuerint, statim sequentis diei diluculo in ecclesia sancti Bartholomei ibidem in omni ipsorum presencia missam de Sancto Spiritu faciunt solempniter decantari. Peracta quoque missa hujusmodi omnes ecclesiatici electores coram ewangelio [4]) beati Iohannis ewangeliste [4]) „In principio erat verbum", quod illic ante eos poni debet, manus suas pectori cum reverencia supponunt. Seculares vero principes electores dictum ewangelium [5]) manibus corporaliter tangunt, qui omnes cum omni sua familia inermes ibidem assistere debent.

Et tunc archiepiscopus Maguntinus [6]) dat eis formam juramenti, quod vulgariter prestant in hunc modum: „Ego Theodoricus episcopus [7]) Maguntinus [6]), sacri imperii per Germaniam archicancellarius et princeps elector, juro ad hec sancta Dei ewangelia hic presencialiter coram me posita, quod ego per fidem, qua Deo et sacro [8]) imperio sum astrictus [9]), secundum omnem discrecionem et intellectum meum cum Dei adjutorio volo eligere temporale caput populo Christiano, regem Romanorum in Cesarem promovendum, qui ad hoc existat ydoneus [10]), in quantum discrecio et sensus dirigunt me, et vocem meam dabo absque omni pacto, stipendio, precio vel promisso, quocunque modo talia [11]) appellari possunt. Sic me Deus adjuvet et omnes sancti".

Prestito itaque per omnes electores hujusmodi juramento ad eleccionem procedunt, nec de dicta civitate Franckfordensi separari debent, donec major pars temporale caput mundo [12]) elegerit atque [13]) populo Christiano. Quod si infra XXX dies facere distulerint, illis transactis a modo panem manducare et aquam bibere debebunt, quousque caput fidelium electum fuerit, ut prefertur. Archiepiscopus autem Maguntinus vota singulorum inquirere et scrutari habet, hoc ordine: primo quidem a Treverensi, qui [14]) primam vocem habet, votum scrutabitur; secundo a Coloniensi, cui [15]) competit ex dignitate Romanorum regi primum

---

[1]) in L fehlt „ut presidens". — [2]) L oppidum. — [3]) L et. — [4]) L evangelio und evangelistae. — [5]) D evangelistum. — [6]) L Moguntinus. — [7]) D archiepiscopus. — [8]) D sancto. — [9]) L adstrictus. — [10]) L idoneus. — [11]) D in Italia (Schreibfehler!). — [12]) in L fehlt „mundo". — [13]) in L fehlt „atque". — [14]) in L fehlt die Stelle „qui primam vocem habet, votum scrutabitur". — [15]) in L ist „cui competit" bis „imponere" ganz unrichtig unmittelbar nach „Treverensi" gestellt.

dyadema regni imponere; tercio a rege Bohemie, qui inter electores laicos ex regie dignitatis fastigio primatum obtinet; quarto a comite Palatino Reni; quinto a duce Saxonie; et[1]) sexto a marchione Brandenburgensi. Quo facto dicti principes ipsum Maguntinum vice versa requirunt, et vǒtum scrutantur ab eo, ut hec omnia in Karoli quarti constitucionibus per auream bullam declaratis lacius contineri dinoscuntur.

De conswetudine tamen rex Bohemie ad eleccionem non vocatur, nisi cum vota aliorum sunt equalia numero, et sic hodie[2]) practicatur. Quod verum[3]), dummodo persistat in unione sancte matris ecclesie; alioquin si duo electi paria vota haberent, ad Papam recurrendum esset, qui unum ex illis, quem vellet, eligere posset, et[4]) dicit glo. in c. ad apostolice. de re judi. li⁰. VI⁰. quod illud jus non habuit rex Bohemie ab antiquo. Sane postquam pars eorum major numero[5]) aliquem elegerit, talis eleccio perinde habetur[6]) et reputari debebit, ac si foret ab eis omnibus nemine discrepante concorditer celebrata[7]).

Peracta[7]) autem hujusmodi eleccione, is qui in regem Romanorum fuit electus, mox ut jura sacri imperii administrare inceperit, universis principibus electoribus ecclesiasticis et secularibus, qui velut artus et membra imperii esse dinoscuntur, omnia ipsorum privilegia, jura, libertates et conswetudines[8]) antiquas et quecunque[9]) ipsi ab imperio usque in diem eleccionis obtinuerunt, confirmare et approbare tenetur, et ea omnia innovare, postquam fuerit imperialibus infulis coronatus.

Deinde in Romanorum regem electus solempnes nuncios cum decreto eleccionis ad summum pontificem destinare tenetur habentes speciale mandatum: pro electo devocionem ipsius et reverenciam filialem, quam erga Romanam gerit ecclesiam, coram papa exponendi, necnon petendi et impetrandi favorem et graciam conswetos[10]), offerendi quoque[11]) ipsi summo pontifici et prestandi pro electo in ipsius animam debite fidelitatis et cujuslibet[12]) alterius juramentum, ac petendi per papales manus sibi impendi unccionem,

---

[1]) in D fehlt „et“. — [2]) in P (einzig) fehlt „hodie“. — [3]) in L nach „verum“ noch „est“. — [4]) L ut dicit gl. in c. apostolicae de iudic. lib. 6. — [5]) in L fehlt „numero“. — [6]) D haberi. — [7]) in L steht unmittelbar nach „celebrata“, in gleichem Satze fortfahrend, folgende Stelle, die in allen drei Handschriften fehlt: „nec requiritur omnium consensus, nec duae partes eorum, sicut in electione Papae; sed sufficit major pars, ut in aliis electionibus, per c. licet. De re iudic., ut formaliter dicit Abbas in c. venerabilem. et Ant. de Butr. eod. Et ubi in aliquem maior pars Electorum non consenserit, possunt ante admonitionem electores variare, et accedere ad nominationem alterius, sicut observatur in electione Papae, ut not. in d. c. licet per Bald. Abb. et Ioan. Andr. Electio etiam unius electorum valet, quia possunt eligere unum ex se ipsis, per L. plane et ibi Bald. ff. quod cuius. univers. nom. quem sequitur Ioan. de Anan. in c. fin. col. 2 de sortileg.“. — [8]) L consuetudines. — [9]) P quicunque; D quicquid. — [10]) L consuetam. — [11]) L que. — [12]) P cujus.

consecracionem et Romani imperii dyadema. Extunc papa presentato sibi decreto eleccionis, eleccionem hujusmodi examinat, et personam electi ac ejus merita perquirit, ut de fide, probitate ac aliis que in persona imperatoris sunt merito inquirenda, ut LXXVIII dist. c. quid est. Qua canonica reperta et persona ydonea reputata papa ipsum nominat, denunciat et declarat regem Romanorum, sufficientem et abilem[1]) declarat ad suscipiendum imperialis celsitudinis dignitatem, ac decernens[2]) unccionem, consecracionem imperiique Romani coronam sibi per ipsius manus debere concedi, prout hec habentur in c. venerabilem. De elect. et in clem. I. De jurejur.

Subsequenter vero papa a prefatis nunciis sufficiens ad hoc mandatum habentibus secundum formam in decretis, que incipit: „Tibi domino" comprehensam fidelitatis recipit juramentum, sub hac forma: „Tibi domino Pape Pio rex[3]) Fridericus promittit et jurare facit, prout nos ejus nuncii in animam juramus ipsius, per patrem et filium et spiritum sanctum, et per hoc lignum vivifice crucis, et per has reliquias sanctorum, quod si permittente Domino Romam venerit, sanctam Romanam ecclesiam et te rectorem ipsius exaltabit secundum posse suum, et nunquam vitam, aut membra, neque ipsum honorem quem habes, sua voluntate et suo consensu aut sua exhortacione perdes, et in Roma nullum placitum aut ordinacionem faciet de omnibus, que ad te pertinent aut ad Romanos sine tuo consilio. Et quicquid[4]) de terra S. Petri ad ipsum pervenerit, tibi reddet. Cuicumque regnum Ytalicum commiserit, jurare faciet illum, ut adjutor tuus sit ad[5]) defendendam terram secundum posse suum".

Hujusmodi autem juramentum primus prestitit Otto tercius pape Ioanni[6]), ut habetur in c. a domino dist. LXIII. Alia preterea juramenta prestare habet in imperatorem promovendus, de quibus in processu videbitur. Postquam vero electus pronunciatus est in regem Romanorum in imperatorem postmodum promovendum, ad coronam regni a Coloniensi archiepiscopo suscipiendam ad opidum[7]) Aquisgranense Leodiensis dyocesis, quam primum poterit, properabit; prout hec pertractat rabi juristarum Ioan. Andr. in addit. Specul. in lit. de rescript. presen.[8]) § fin.[9]) vers. Item quod imperator. Sed prius quam hunc passum attingam, nonnullas questiones doctorum premittere libet.

Tit. III. An principes[10]) electores non Germanum eligere in Cesarem possint.

Queritur ergo primo et apud jurisperitos in dubium vertitur, utrum electores imperii aliquem principem non Germanum eligere

---

[1]) L habilem. — [2]) L decernit. — [3]) in L vor „rex" noch „N". — [4]) L quantum. — [5]) D que. — [6]) L Iohanni. — [7]) L oppidum. — [8]) in L fehlt „presen.". — [9]) D ubi. — [10]) L An electores imperii principem non Germanum in Caesarem eligere possint.

valeant in Cesarem. Quidam tenentes partem affirmativam questionis dicunt, nullo jure probari, quod ex sola nacione Germanorum debeat eligi imperator. Et ad text. in c. venerabilem de election. qui profitetur ecclesiam Romanam imperium a Grecis transtulisse in Germanos; et ad similes respondent, quod imperium fuit translatum in eos active, quia fuit data principibus Alamannie potestas eligendi imperatorem. Unde non prohibentur, quin ipsi eligere possint de alia nacione principem, licet ab olim extra Germanicam nacionem non fuit[1]) electus aliquis in Cesarem. Et hanc opinionem sensit in d. c. venerabilem magne auctoritatis doctor, dominus[2]) Cardinal. Florent; que opinio firmari potest racione. Nam electores, quibus disposicio imperii Christiani commissa est, non solum ad bonum Germanice nacionis, sed ad totam rempublicam Christianam consideracionem et respectum in eleccione habere debent. Sed posset aliquis esse princeps extra Germanorum nacionem, tantis meritis virtutibusque refulgens, ut preferendus foret principibus Germanis: ergo videtur, quod hunc eligere possent.

Preterea isti principes electores successerunt in locum senatus populique Romani. Sed licet Romani quondam orbis imperium tenerent, nonnunquam tamen viros fide et probitate preditos extra nacionem Ytalicam ad apicem imperii assumebant, ut de Trajano, qui de Hyspania[3]), et Dyocleciano[4]), qui de Dalmacia ab opido Dyoclea oriundus fuit, hystoriis traditum est. Sic et Valentinianus, dum apud Argolicos imperium esset, a Grecis imperator creatus est, licet ipse non Grecus sed Pannonius de civitate Cibala[5]) natus esset.

Sed in contrariam sentenciam est vir excellentissime doctrine dominus Panormitan. qui dicit priorem opionem confundi per text. preall. c. venerabilem in eo quod dicit, quod imperium fuit translatum in[6]) personam magnifici Karoli, certumque est, ait, quod imperium fuit translatum in Karolum passive et non active, quod fuit ipse assumptus in imperatorem, non autem fuit sibi potestas data eligendi imperatorem: ergo eciam passive fuit imperium translatum in Germanos, quam consideracionem dicit notandam. Preterea si exposicio prioris opinionis stare deberet, non fuisset a Grecis translatum imperium, cum secundum D. Cardinalem posset Grecus hodie per electores in Cesarem promoveri. Porro non est indecens, ut de certa[7]) gente seu genere personarum[8]) debeat eligi presidens. Nam hoc videmus quandoque servari in ecclesiasticis dignitatibus tam ex[9]) privilegiis quam conswetudine longeve introducta, ut probatur conswe. dilectus. De verb. signif. abbate. Papa autem hoc potuit facere ex maxima et urgente causa tunc occurrente, cum idem sit Dei consistorium et pape, et plenitudo divine potestatis in Dei vicarium in terris

[1]) D fuerit. — [2]) L D. — [3]) L Hispania. — [4]) L Diocletiano. — [5]) L Cybala. — [6]) in L fehlt die Stelle: „in personam magnifici Karoli, certumque est, ait, quod imperium fuit translatum". — [7]) P certe. — [8]) in L fehlt „personarum". — [9]) in L fehlt „ex".

transfusa sit. De[1]) officior. Romana. lib. VI. et not. Innoc. in c. quanto.[2]) de jurejur. Et precipue dicta sunt vera tenendo communem opinionem Canonistarum, quod Romanum imperium dependeat immediate a papa, juxta ea, que not. in c. novit. De judic. et infra suo loco patebit. Voluit ergo papa et active et passive Romanum imperium transferre in inclitam nacionem Germanorum, que opinio non solum vera, sed eciam pro conservacione imperii maxime necessaria esse videtur.

Queritur secundo, nunquid electoribus imperii competat eligendi potestas ut[3]) singulis, vel ut collegio. Hostiens. tenuit, quod hec potestas competat eis ut singulis, sicut et patronis jus patronatus videtur omnibus ut[4]) singulis competere, ita quod simul ad actum presentacionis eos convenire non sit necesse, quod[5]) an verum sit not. in c. III. De jure patron. ergo idem videtur in principibus electoribus dicendum. Sed multi tenuerunt contrarium, quos sequi videtur Io. Andr. in addit. Specul. in Tit. de rescript. princ. § ult. vers. penult. Et ista contraria opinio eciam plus placere videtur Panormitano. Nam cum electores hujusmodi in locum successerunt[6]) populi Romani, qui ut universitas elegit sibi imperatorem, debent isti censere eodem jure, cum illis[7]) ut surrogatum sapiat naturam ejus cui surrogatur, ut[8]) lite pen. ecclesia. Preterea debent omnes simul convocari et simul actum expedire. Ideo dicit[9]) notabiliter[10]) text. in preall. c. venerabilem: „quod plus obest eleccioni contemptus unius[11]) quam contradiccio multorum. Nam contradiccio minoris partis principum electorum non impedit eleccionem partis majoris, sed contemptus unius principis non vocati potest facere totam eleccionem retractari. De elect. c.[12]) quod sicut et c. bone. Omnia enim hec sunt signa collegii. Inspectantibus enim ad singulos potest quilibet per se prestare consensum, ut L. per fundum. ff. de servit. rustic. pred. Sed in hoc actu eleccionis necesse est, eos simul convenire, ut in constitucione Karolina declaratur, et supra tetigi. Concluditur ergo ad ipsos principes jus eligendi ut collegium, et non ut ad singulos spectare debere.

Tit. IV. An per negligenciam principum electorum potestas[13]) regie provisionis devolvatur in pontificem summum.

Questionem alteram prioribus subnectandam visum est: an videlicet electoribus imperii imperatorem eligere negligentibus potestas provisionis ad summum pontificem devolvatur ipso jure? Doctores[14]) dicunt, quod ex quo electoribus hujusmodi terminus

---

[1]) D in c. Romana de off. ordi lib. 6. — [2]) D quinto. — [3]) D vel. — [4]) L et. — [5]) B quid. — [6]) L successerint. — [7]) in L fehlt „illis ut". — [8]) in L fehlt „ut lite pen. ecclesia". — [9]) D dixit. — [10]) in B fehlt „notabiliter". — [11]) L hat nach „unius" noch „principis non vocati". — [12]) in D fehlt „c". — [13]) L An per negligentiam principum electorum Regem Romanorum eligere cessantium potestas provisionis devolvatur ad Papam. — [14]) L Dd.

a jure communi prefixus non[1]) est, principes primo per papam moneri[2]) debent, ut infra[3]) certum terminum ad eleccionem procedant; quod si non fecerint, tunc primo[4]) potestas devolvatur ad papam et non ante. De quo est optima gl. in c. ad apostolice. De re judic. lib. VI. et facit c. venerabilem sepe alleg. Verum[5]) si electores infra[3]) terminum prefixum velint eligere, nec tamen possint, nichilominus tamen post admonicionem et expectacionem potestas provisionis devolvitur ad papam, ne[6]) sedes apostolica defensore careat sine culpa. Imperator enim est defensor et advocatus ecclesie, et tenetur eam pro posse defendere et exaltare, ut Clem. ne Romani. De jurejur. et LXIII. dist. tibi Domine. et c. ego Ludowicus. et idem in aliis principibus, de quo vide text. XXXIII. q. VI. principes[7]) et c. regum. Si preterea omnes electores scienter indignum eligerent, potestas eligendi devolvitur ad papam ipso jure secundum omnes doctores[8]). Quia[9]) ex quo potestatem eligendi habuerunt, a papa, debet redire illa potestas ad papam, si ea abutuntur arg.[10]) c. gratum. De elect. Est tamen verum, quod papa non potest sine causa privare electores imperii potestate eligendi, vel eorum[11]) potestam impedire, quia[12]) papa in temporalibus non debet se sine maxima causa intromittere, ut in c. causam. Qui fil. sunt[13]) legit. et quod not. gl. in c. ad apostolice sup. alleg. Nam privilegium semel concessum de sui natura perpetuum, non debet revocari, ut not. Innoc. de judic. novit.

Tit. V. An electus in Romanorum regem ante papalem approbacionem et coronacionem jura imperii possit administrare.

Visum est de sacratissimi rectoris imperii eleccione; nunc questio altera, que apud scholasticos moveri solet, dispicienda esse videtur: „Utrum ad apicem imperii electus ante papalem approbacionem et coronacionem jura imperii administrare possit“?

Olim inter literarum doctissimos varie in hac re opiniones fuere, et quod sola eleccio non sufficeret ad administracionem, aliqui multis nitebantur viribus et racionibus astruere, ex quibus pluribus pauca perstringamus. Nam per eleccionem electus consequitur jus in re[14]) et potestatem administrandi in[15]) habitu, sed per approbacionem datur jus in re et potestas administrandi in actu, ut dicit gl. singularis LXIII. dist. c. V. et not. in c. transmissam. De elect. et fac. c. avaricie. eod. tit. lib. VI. Preterea nichil operatur ante-

---

[1]) in L fehlt (das hier sehr wichtige) „non“. — [2]) P moveri. — [3]) L intra. — [4]) L demum. — [5]) L Unde. — [6]) L nec. — [7]) L hat noch „c“ vor „principes“ — [8]) L Dd. — [9]) in B fehlt „Quia“. — [10]) P ar.; in B fehlt „arg“. — [11]) B aliorum. — [12]) L quod. — [13]) L sint. — [14]) L vere. — [15]) in L fehlt die Stelle von „in habitu“ bis zu „in actu“.

quam sit. L. ult. D. de collat. bonor. Sed imperator in coronacione dicitur oriri, et sic incipere esse. L. omnes. D. de fer. ibi; vel ortus imperii protulerunt, et[1]) glo. ibidem, id est coronacio. Dicebant eciam illud persuaderi posse ex antiqua constitucione regum veteris testamenti, qui per viam eleccionis ad regimen Israelitici populi fuerunt assumpti, quorum gesta sunt nobis in accionibus speculum, tanquam ab infallibili Dei providencia preordinata, ut ait apostolus I. Corinth. c.[2]) X. Omnia illis[3]) in figura contingebant, scripta autem sunt propter nos, in quos fines seculorum devenerunt. Saul autem primus rex Israel etsi ex mandato domini fuisset per Samuelem prophetam electus inunccionem[4]) tamen et solempnitates, quas regalis exposcebat dignitas, non administravit Israeliticum regnum, ut legitur I. reg. IX. Hoc idem de David regum Israel invictissimo patet, qui post divinam eciam eleccionem longo tempore administracionem non habuit. Et cum sit par[5]) racio in imperatore et regibus Israeliticis, eadem eciam juris disposicio inter illos esse debere videtur arg. c. translato. De constit.

Sed contrarium tenet gl. in Clem. ne[6]) Romani. De jurejur. Que opinio recepta est ex conswetudine, ut electus in regem Romanorum ex sola eleccione adquirat potestatem administracionis. Ex quo patet, quod rex Romanorum, qui nondum est imperator vel coronatus, privilegia dare possit. de quo fac. not. in Specul. de rescript. princ. § fin. vers. neque quod est optentum[7]), Hocque disputavit et tenuit insignis legum doctor Iacobus de Arena, cujus questionem ad literam posuit. Cyn. in L. bene a Zenone. C. de quadr. prescript. Innoc. in decret.[8]) venerabilem dicit: „Quod si imperator non possit recipere coronam in loco debito, nichilominus auctoritatem administrandi a Coloniensi episcopo, ad quem spectat, consequitur"; vel ex ipsa eleccione habet illam. Secundum eum refert Hostiens. de verb. signif. c. super quibusdam, quod vidit in Alamannia per principes judicari et teneri, quod rex Romanorum post eleccionem concordem habeat omnem potestatem quam imperator, et quod unccio nihil addit. Et[9]) fac. quod not. Io. Andr. in d. Clem. ne Romani, se vidisse formas quarundarum literarum, que de registro Innocencii tercii dicuntur extracte, que emanarunt in negocio discordis eleccionis, de qua loquitur prefata decret. venerabilem, quarum altera dirigebatur archiepiscopis[10]), prelatis et principibus Alamannie et Slavanie[11]), altera specialiter Maguntino[12]), inter alia referentes, quod inconcussa conswetudo imperii et racioni consona et jure subnixa per pacienciam sedis apostolice tollerata[13]), et per tolleranciam

---

[1]) L ubi glo. — [2]) in D fehlt „c". — [3]) L illa. — [4]) B unctionem. [5]) L eadem — [6]) in L fehlt „ne". — [7]) L obtentum. — [8]) L in c. — [9]) B Et dicit Io. An. in dicta Clem.; D 93 di. legimus. Et d. Io. And. — [10]) in D steht vor „archiepiscopis" noch „episcopis". — [11]) L Slavoniae. — [12]) L Moguntino. — [13]) L tolerata.

approbata habet. Quod duobus in discordia electis uterque jura imperii administrat, ut rex, et omnem imperii jurisdiccionem exercet. Quod declarat ibi papa locum habere, donec per papam alterius eleccio fuerit approbata vel reprobata, et sic[1]) validitas gestorum ex futuro dependet eventu, de quo in l. jure nostro § fin. D. de testam. et c. nichil De elect.

Est tamen receptum, quod electus et approbatus ad regimen Romani imperii non dicitur imperator sed rex, neque ante coronacionem utitur bulla, sed tantum sigillo, quemadmodum papa aliter utitur bulla[2]) ante coronacionem quam post, ut not gl. pen. in Clem. ne Romani s.[3]) alle. et in fine. VI libri superdata.

Tit. VI. De Romanorum regis unccione, et triplici ejusdem coronacione.

Postquam in regem electus augustalem adeptus est principatum, papalique fuerit[4]) approbacione stabilitas[5]) in regnum, ad imperialia jura suscipienda, hoc est, ad unccionem et coronacionem animum convertere debet. Sumpsit autem exordium hec inunccio regum ex veteri testamento, ubi non solum ungebatur sacerdos, sed eciam rex atque propheta, sicut in libro[6]) regum dominus precipit Helie[7]): „Vade et revertere in domum tuam per desertum in Damascum, cumque perveneris illuc, unges Azabel in regem super Syriam, et Yëu[8]) filium Nansi unges regem super Israel; Eliseum[9]) autem filium Saphat[10]), qui est de Abel, unges prophetam pro te“. Et Samuel cum ex precepto domini constituisset Saul in regem super Israel, tulit cornu olei, effundensque super caput ejus dixit: „Unxit te Deus super hereditatem suam in principem, et tu liberabis populum ejus de manu inimicorum illius.“ I. reg. cap. X. Quondam vero princeps in capite ungebatur, ut pontifex, nunc autem principis unccio a capite ad brachium est translata, ut legitur in c. unico[11]). De sacram. uncc. In brachio enim sive in humero vel in armo principatus congrue designatur, juxta quod legitur in Ysaia[12]): „factus est principatus super humerum[13]) ejus. Ad quod plane significandum Samuel fecit poni armum ante Saul, cui dederat locum in capite ante eos, qui fuerant invitati. Refert[14]) autem inter pontificis et principis unccionem, quia[15]) caput pontificis crismate[16]) consecratur, brachium autem principis oleo delinitur, ut ostendatur, quanta sit differencia inter auctoritatem pontificis et principis potestatem. Porro bis Romanus princeps inungitur, primo quidem Aquisgrani a Coloniensi archiepiscopo in regem, et deinde Rome in basilica S. Petri ad

---

[1]) in L fehlt „sic“. — [2]) in D fehlt „bulla“. — [3]) in L fehlt „s. alle. et in fine VI libri superdata“. — [4]) L fuit. — [5]) L stabilitus. — [6]) L hoc. — [7]) L Eliae. — [8]) L Iehu. — [9]) L Elizeum. — [10]) L Zaphat. [11]) B unica. — [12]) L Isaia. — [13]) D humeris. — [14]) L Reffert. — [15]) L quod. — [16]) L chrismate.

altare S. Mauricii per Hostiensem[1]) episcopum, cui hoc ex privilegio competit, et de mandato pape in imperatorem consecratur. Ex Romanis vero principibus primus inunctus[2]) fuit magnus Karolus; prius namque imperatores, quamvis coronatos, unccione tamen delinitos fuisse hystoriis me legisse non memini.

Triplici preterea corona orbis princeps coronatur, ut habetur in pontificali; ferrea videlicet, quam a Coloniensi archipontifice accipit, secunda argentea ab archipresule Mediolanensi, et tercia aurea a summo omnium pontifice et Christi vicario coronatur. Sic olim in hiis[3]) tribus metallis dabatur tributum Romanis, ut scribit Ioan. Andr. De fide instrum. c.[4]) inter dilectos super gl. judicio. et de hiis coronis ex ordine videndum erit. Romanorum inclitus Augustus ad regales infulas procedere volens illustri atque copiosa stipatus procerum et magnatum comitiva solempniter, ut regalem decet majestatem, ad Aquisgranum nobilissimum Westphalie[5]) opidum[6]) pergit, ubi sedes unccionis et coronacionis cis Alpes a magnifico Karolo constituta est; illucque veniens a principibus electoribus tam ecclesiasticis quam secularibus ibidem tunc ad hunc actum celebrem congregatis eo honore, quem regia meretur majestas, suscipitur, et magnifice cum ingenti cordis et oris leticia intronisatur[7]). Die quoque statuta ad ecclesiam sancte Dei genitricis et rex et principes omnes conveniunt, ubi ante majus altare sedes regia parata est, atque decenter adornata. Archipresules vero Coloniensis, Trevirensis atque Maguntinus pontificalibus insigniis decorati; seculares autem senatoria toga et penula, id est veste longa et talari[8]) induti, hermelinoque[9]) vellere in modum almucii pectore circum[10]) amicti procedunt. Tunc quoque reverendissimus Coloniensis archipresul, cui ex officii dignitate incumbit Romanorum regem cis Alpes et[11]) inungere et coronare, divinum peragit officium, et astantibus sibi ceteris principibus coelectoribus suis[12]) inter divinum officium, brachium ejus dexterum cum oleo[13]) exorcisato[14]) et inter scapulas perungit. Ac deinde coronam ferream capiti ejus[15]) imponit, que fortitudinem designat, qua vincere debet rebelles[16]) et infideles conculcare, ut XXXVI. q. I. c. penult. in fin. et. not. gl. in d. Clem.[17]) ne Romani. sepe alleg. Sicque rex coronatus prima corona in sede sua relocatur[18]), peractoque divino officio dies illa a principibus et nobilibus regni lete et festive nimis agi conswevit. Sane Romanorum princeps a Coloniensi pontifice regio dyademate coronatus[19]), ad imperialeque fastigium ascendere volens, cum copioso et magno principum et optimatum exercitu in Ytaliam, se iturum[20]) disponit. Verum

[1]) L Ostiensem. — [2]) L unctus. — [3]) in L fehlt „hiis". — [4]) in D fehlt „c". — [5]) B Westfaldie. — [6]) L oppidum. — [7]) L intonizatur. [8]) D tallari. — [9]) P hermolinque. — [10]) D ceterum. — [11]) in L fehlt „et". — [12]) B sive. — [13]) in L fehlt „oleo". — [14]) L exorcizato. — [15]) B und D suo. — [16]) B rebellos. — [17]) P hat vor „Clem." noch „ca". — [18]) D recolatur. — [19]) B und D coronato. — [20]) L iterum.

priusquam ingrediatur Ytaliam, et[1]) ibidem jura aliqua exerceat, sub testimonio suarum patencium literarum in manibus ambassiatorum a summo pontifice ad eum specialiter ad hoc missorum promittere, et tactis sacrosanctis ewangeliis[2]) juramento firmare conswevit, ut legitur in d. Clem. ne Romani:

„Quod ecclesiam Romanam et fidem Catholicam[3]) pura fide totisque viribus conservare reverenter et defensare velit, omnem heresim[4]) et scisma[5]), et hereticos et quoslibet fautores, receptatores et[6]) defensores ipsorum exterminare pro posse[7]) suo; ac nunquam cum saraceno[8]), pagano, scismatico[5]), seu alio quolibet communionem Catholice[3]) fidei non habente, aut cum aliquo alio prefato ecclesie inimico, rebelli seu[9]) eidem manifeste suspecto unionem quamlibet, parentelem aut confederacionem inire velit, sed tam pape quam suorum successorum personas, honorem et statum manutenere, defendere et conservare contra omnes homines, cujuscunque existant preeminencie, dignitatis aut status“. Eidem adjiciens juramento: „quod manuteneat semper atque servet privilegia omnia per predecessores suos reges ac imperatores Romanos prefate Romane ac aliis quibuslibet ecclesiis quocunque concessa tempore et[10]) continencie cujuscunque, ipsaque omnia et specialiter ac precipue per preclare memorie Constantinum, Karolum, Heinricum, Ottonem quartum, Fridericum II[11]) ac Rudolphum predecessores ipsius super concessione, recognicione, quittacione[12]) et[10]) libera divisione terrarum et provinciarum Romane ecclesie, ubilibet positarum, sedi apostolice Romanisque pontificibus sub quocunque tenore concessa recognoscat, confirmet[13]), et ex certa sciencia innovare velit, et de novo concedat, et terras ipsas atque provincias recognoscat[13]) ad jus et proprietatem ipsius ecclesie plenissime pertinere“. Sub predicto se obligans juramento: „quod nullo unquam tempore occupet, seu quantum in eo sit, ab alio permittat occupari; nec in eis aut aliqua parte ipsarum, jura aliqua, possessiones et[14]) tenutas habere, seu quomodolibet[15]) possidere, nec in eis eciam potestarie[16]) seu cujusvis[17]) capitanie, officium aut jurisdiccionem quamcunque per se vel per alium exercere velit. Quodque ut princeps Catholicus[18]), et sepedicte ecclesie advocatus atque defensor, ipsam juvare velit, et consiliis et[19]) et auxiliis illi[20]) assistere oportunis contra quoslibet rebelles et inobedientes eidem, et precipue contra occupantes seu turbantes terras predictas, seu provincias, vel[21]) partem quamlibet earundem“. Sub eodem eciam juramento promittit: „quod tam ipsam Romanam ecclesiam, quam alias ecclesias[22]),

---

[1]) L vel. — [2]) L evangeliis. — [3]) D Chatolicam. — [4]) L heresin. — [5]) L schisma. — [6]) in L fehlt „et defensores“. — [7]) B possetenus; D possemus. — [8]) B Sarraceno. — [9]) L vel. — [10]) L ac. — [11]) in L fehlt „II“. — [12]) L quittitatione. — [13]) in D fehlt die Stelle von „confirmet“ bis „recognoscat“. — [14]) ebenso fehlt in D „et tenutas habere“. — [15]) D quorum (Schreibfehler). — [16]) L potestatis. — [17]) L ius. — [18]) D Chatolicus. — [19]) L atque. — [20]) L ipsi. — [21]) L seu. — [22]) in L fehlt „ecclesias“.

libertatem ecclesiasticam, bona, jura, prelatos, et ministros ecclesiarum ipsarum manuteneat, conservet ac defendat posse[1]) suo. Et quod ecclesie Romane vasallos contra justiciam nullatenus offensurus[2]) devotos atque fideles ecclesie eciam imperio constitutos benigne tractare, nec eos opprimere contra justiciam, aut quantum in eo sit, per alium opprimi sustineat, sed in suis pocius juribus et justiciis conservare velit".

Hoc itaque prestito juramento rex magnificus in regali magnificencia in Ytaliam ingreditur, primoque ingressu ad villam Mediolanensis dyocesis[3]) et prope Mediolanum sitam, que Modecia[4]) dicitur, contendere debet, ubi quondam sepultura regum Longobardorum[5]) fuit, quorum colla confregit primus imperator Germanus Karolus magnus, sueque gentis tyrannidem bello perdomuit. Illuc namque Romanorum rex secundam ibi regni sui coronam, scilicet argenteam, recepturus venit, quam sibi reverendissimus Mediolanensis archipontifex ex officii sui dignitate prestare conswevit. Refert tamen gl. in preall. Clem. ne Romani, Henricum imperatorem, de quo ibi textus mencionem facit, coronam argenteam recepisse in basilica S. Ambrosii. Suscipit itaque[6]) gloriosus Augustus in Lambardia[7]) alterum et secundum dyadema regni, quod argenteum esse debet. Argentum namque designans mundiciam et claritatem signat[8]) ipsum principem talem esse debere. Tum inde progrediens regum omnium princeps Romam pergit imperiale[9]) ibidem dyadema suscepturus. Et [ut ex[10]) libro pontificali habetur, qui autenticus[11]) est, ut not. Hosti.[12]) de servis non ordi consuluit] cum Romam venerit rex Romanorum ad[13]) suscipiendam ibidem coronam imperialem, quam primum descenderit de monte gaudii et pervenerit ad ponticellum, ibi conswevit libro ewangeliorum[14]) coram se posito hoc juramentum prestare Romanis: „Ego Fridericus Romanorum[15]) rex annuente domino futurus imperator, juro etc.". Sane quando coronari debet, cum pervenerit ad portam Collinam, que est juxta castellum Crescencii sive S. Angeli[16]), recipitur honorifice ibi a clero urbis cum crucibus et thuribulis ibidem congregato, et processionaliter deducitur usque ad gradus S. Petri, cantantibus universis ante eum[17]): „Ecce ego mitto angelum meum qui preparabit viam ante faciem tuam etc.". Responsa[18]) sub dominica adventus feria quarta. Camerariis seu dispensatoribus ipsius missilia seu pecunias in vulgo longe ad turbam arcendam spargentibus ante ipsum, et prefecto urbis gladium anteferente. Cum autem pervenit ad plateam, que Cortina vocatur, que est

---

[1]) in L vor „posse" noch „pro". — [2]) L offensuros". — [3]) dioeceseos. — [4]) L Modicia; D Modena. — [5]) L Langobardorum. — [6]) L ergo. — [7]) L Lombardia. — [8]) L significat. — [9]) D imperiali. — [10]) L in. — [11]) L authenticus. — [12]) L Host. de servis c. non orbi consulit. — [13]) in L fehlt „ad suscipiendam ibidem coronam imperialem". — [14]) L evangeliorum. — [15]) L Romanarum rerum. — [16]) L S. Evangelii (!). — [17]) in B und D fehlt „eum". — [18]) in P fehlt „Responsa".

ante basilicam S. Petri, tunc textrandum est a senatoribus usque ad gradus predictos, et eo ibi descendente equus quo insidetur[1]), dandus et tradendus est illis. Eo igitur scilicet[2]) imperatore ibi expectante summus pontifex cum omnibus ordinibus suis preperatus in secreta tanquam missam celebraturus venit processionaliter usque ad suggestum aree, que est in capite graduum, ubi super fandistorium[3]) resideat; [considentibus[4]) supra primum gradum episcopis et presbyteris a parte dextra], a sinistra[5]) vero dyaconis[6]) cardinalibus, primicerio et cantoribus circa illos, et magnatibus, et nobilibus et aliis officialibus et ministerialibus aule papalis. Tunc rex cum archiepiscopis et episcopis, principibus, magnatibus et optimatibus suis ascendens ad summum pontificem reverenter osculatur flexis genibus pedem ipsius, offerens ei aurum pro suo velle, et mox benigne salutatur et recipitur a domino papa ad osculum. Et summo pontifice surgente rex ipse a parte dextra et prior dyaconus[6]) a sinistra deducunt eum usque ad ecclesiam sancte Marie in Turribus, ubi subdyacono ewangelii textum ante altare tenente rex ipse prestat super illum hujusmodi juramentum:

„Ego Fridericus rex Romanorum, annuente domino futurus imperator, promitto, spondeo et polliceor atque juro coram Deo et beato Petro, me de cetero protectorem, procuratorem et defensorem fore summi pontificis et hujus sancte Romane ecclesie in omnibus necessitatibus et utilitatibus suis, custodiendo et conservando possessiones, honores et jura ejus, quantum divino fultus adjutorio fuero, secundum scire et posse meum, recta et pura fide. Sic me Deus adjuvet et hec sancta Dei ewangelia“. Quod quidem juramentum in dicta[7]) Clem. „ne Romani“ eciam[8]) insertum reperitur[9]). Deinde summus pontifex cum ordinibus suis ad altare beati Petri processionaliter procedit, et facta ibidem oracione ad sedem ascendit; rege cum suis, et tribus episcopis videlicet Hostiensi, Portuensi, et Albanensi in prefata S. Marie in Turribus ecclesia remanentibus[10]); ubi a canonicis S. Petri receptus in fratrem imperialibus induitur[11]) insigniis dato pallio camerario domini pape. Quo facto precedentibus canonicis et cantoribus concinunt antiphonam: „Petre amas me. Tu scis, Domine, quia[12]) amo te etc.“ Responsa in natali S. Petri. Cum ad hostium[13]) basilice principis apostolorum pervenerit, que porta argentea nuncupatur, deducentibus eum hinc inde comite Lateranensis palacii, et primicerio judicum Romanorum, Albanensis episcopus ante ipsam portam argenteam hanc super eo[14]) oracionem

[1]) L insidet. — [2]) in L fehlt „scilicet imperatore“. — [3]) L fronthisterium. — [4]) Die Stelle, welche hier in Klammer steht, findet sich zwar nur in D, stand aber offenbar, wie sich aus dem unmittelbaren Anschluss von „a sinistra vero“ ergiebt, im Urtext. — [5]) D synistra. [6]) L diaconus. — [7]) L in d. — [8]) in B fehlt „eciam“. — [9]) P hat vor „reperitur“ noch „et“. — [10]) L permanentibus. — [11]) L inducitur. — [12]) L quod. — [13]) L ostium. — [14]) D eum.

effundit: „Deus, in cujus manu sunt corda regum, inclina" etc. Cum autem intra ecclesiam ad medium rote pervenerit, Portuensis episcopus hanc oracionem dicit: „Deus, inenarabilis[1]) author[2]) mundi, cognitor generis humani", etc. Post hoc[3]) procedunt, cumque ad confessionem beati Petri pervenerit, prosternunt se in terram, et prior dyaconorum super eum dicit letaniam, qua finita episcopus Hostiensis pronunciat: „Pater noster; et ne nos. Salvum fac servum tuum, Domine; esto Domine. Nichil proficiat inimicus in eo etc.[4]). Domine exaudi. Dominus vobiscum. Oremus. Pretende, Domine, quesumus, famulo tuo dextram" etc.[4]). Alia[5]) oracio: „Acciones quesumus, Domine, aspirando preveni. etc."[5]). Quo dicto procedunt ad altare S. Mauricii, ubi Hostiensis episcopus consecrat et ungit in modum crucis cum oleo exorcizato[6]) brachium ejus dextrum et inter spatulas, hanc oracionem dicendo: Domine Deus omnipotens, cujus est omnis potestas". Alia oracio: „Deus Dei filius Iesus Christus dominus[7]) noster" etc. Attamen per hujusmodi consecracionem aut inunccionem non dicitur habere sacrum ordinem, sed sacram majestatem. Et dicit gl. in c. Valentinianus LXIII dist. quod imperator recipit ordinem militarem, et[8]) non sacrum, licet pape et episcopo deserviat[9]) in missa in apparatu subdyaconali. Et olim imperatores vocabantur pontifices: Instit. de rer. divis. § sacre. X. distinct. de capitulis; de quo eciam lacius not. Specul. in Tit. de legat. §. nunc ostendum vers.[10]) XXXIX. Hiis peractis ascendit rex ad altare beati Petri, ubi summus pontifex recipit eum ad osculum pacis, sicut unum de dyaconis, et mox ipse procedit ad pulpitum seu ambonem, ubi thalamus constructus de[11]) ligno et ordinato[12]) de paliis debet esse paratus, ibique cum suis archiepiscopis, episcopis[13]), principibus et magnatibus secundum loci capacitatem consistit. Primicerius[14]) autem et cantores in choro ante altare decantant introitum et alia. Sane ympno[15]) angelico decantato papa primo[16]) collectam dicit competentem illi diei, et secundo pro ipso imperatore hanc collectam: „Deus regnorum omnium et Christiani etc.". Deinde responsa et aliis[17]) decantatis imperator ascendit processionaliter ad altare, et ibi papa tradit ei gladium ewaginatum de altare sumptum; in tradicione gladii curam tocius imperii sibi intelligens, et tradendo dicit: „Accingere gladio tuo super femur tuum potentissime". Et mox cum accinctus fuerit[18]) ipse imperator eximit ensem de wagina et ewaginatum ter viriliter vibrat in manu, et continuo illum ad manicam extersum in waginam reponit. Eo igitur sic accincto, et milite beati Petri facto, subsequenter apo-

---

[1]) L inenarabiliter; B innumerabilis. — [2]) D autor. — [3]) D hec. — [4]) in L fehlt „etc.". — [5]) in B fehlt die Stelle von „Alia" bis zu „preveni". — [6]) L exorcisato. — [7]) D Deus. — [8]) L non autem. — [9]) L ministret. — [10]) in L fehlt „vers. XXXIX". — [11]) L cum. — [12]) L ordinatis. — [13]) in L fehlt „episcopis". — [14]) L Primitus. — [15]) L hymno. — [16]) L primam. — [17]) D alleluia decantatur. — [18]) L fuit.

stolicus ibidem primo mitram pontificalem in caput ejus ponit, ac super mitra imperiale dyadema, quod sumit de altare dicens: „Accipe signum glorie, dyadema regni, coronam imperii“. Deinde papa dat ei mantum, et postea tradit ei sceptrum et pomum aureum, et imperatore genua flectente dicit super eum: „Dominus vobiscum etc.“ [1]). Benediccio: „Prospice, quesumus, omnipotens Deus serenis obtutibus hunc gloriosum famulum tuum etc.“. Alia oracio: „Deus, pater eterne, glorie sit adjutor tuus etc.“.

Est autem sciendum, quod hec tercia corona, qua coronatur per papam, de puro auro esse debet; et designat aurum, quod omnibus metallis est excellencius, ipsum imperatorem aliis regibus et principibus in potencia et justicia excellenciorem esse debere. Et quondam solvebatur tributum ad aurum [2]) coronarium, id [3]) est ad coronacionem principis, et postea corone pendebantur in templo ad rei memoriam perpetuam; quod quidem tributum tanquam superfluum per Titum et Vespasianum sublatum fuit, et nemo hodie ad hujusmodi collacionem cogendus est, nisi [4]) conswetudo loci hoc habeat, ut L. unica C. de auro coron. lib. X. Iudei tamen hujusmodi consweverunt prestare tributum, ut dicit L. Iudeorum. C. de Judeis. Oracionibus autem [5]) supermemoratis completis imperator flexis genibus osculatur apostolicum pedem, quibus omnibus gloriosissime gestis papa ad eminenciam redit specule papalis tribunalis, et imperator scandit ad fandistorium [6]) supra in amplo gradu sub apostolici dextra paratum. Deinde coronatus incedens [7]) et [8]) pomum aureum in dextra manu, in sinistra vero sceptrum portans ad thalamum redit. Eo itaque ibi cum suis prelatis et principibus assistente prior subdyaconorum cum aliis subdyaconis Romane ecclesie et capellanis aule papalis ad pectorale dextrum ante crucifixum argenteum laudes imperatoris alta voce decantant hoc modo: „Exaudi Christe, etc.“. Scriniarii vero urbis sericis cappis [9]) induti ante pectorale in choro assistentes respondent: „Domino nostro Friderico invictissimo Romanorum imperatori et semper augusto salus et victoria“; et repetitur ter. Qua laude tercio repetita prior subdyaconorum [10]) cum suis dicit [11]) tribus vicibus: „Salvator mundi“. Scriniarii vicissim respondent: „Tu illum adjuva“. Deinde prior subdyaconorum cum suis duabus vicibus dicit: „Sancta Maria“. Et illi vicissim respondent: „Tu illum adjuva“. „Sancte Michael. Tu illum adjuva“; et sic de sequentibus Sanctis in pontificali ordinatis. Post hoc [12]) prior subdyaconorum cum suis bis cantant [13]): „Kyrie eleyson“; ac [14]) simul deinde dicunt: „Kyrie eleyson“. Premissis laudibus expletis legitur ewan-

---

[1]) in L fehlt „etc.“ — [2]) in D fehlt „aurum coronarium“. — [3]) L et ad. — [4]) D enim. — [5]) in L fehlt „autem“. — [6]) L fandisterium. — [7]) L intendens. — [8]) in L fehlt „et“. — [9]) L capuciis. — [10]) D dyaconorum. — [11]) D dictis (Schreibfehler). — [12]) D hec. — [13]) L cantat. — [14]) in L fehlt die Stelle: „ac simul deinde dicunt: „Kyrie eleyson“.“

gelium; lecto ewangelio imperator corona et manto depositis accedit ad papam offerens ad pedes ejus aurum quantum sibi placuerit. Oblacione predicta facta papa descendit ad altare pro perficiendis [1]) missarum solempniis, et imperator more subdyaconi offert calicem et ampulam [2]), et stat ibi donec pontifex ad sedem reversus communicet, ubi ipse depositis imperialibus insigniis sacram communionem de manu ejus suscipit cum osculo pacis. Quo facto resumit pomum, sceptrum pariter et coronam, et redit ad thalamum. Missa finita pontificalem benediccionem accipit, et statim procedit ad locum, ubi debet summus pontifex equitare, et cum ipse pontifex equum [3]) ascenderit, teneat sceptrum satelles ejus, et arrepto freno aliquantulum ipsum adextret, moxque suum equum ascendens equitet a sinistra parte juxta apostolicum usque ad ecclesiam S. Marie in Transpadiam [4]), ubi dato sibi osculo ad invicem non corde sed corpore separantur. Conswevit autem imperator larga prebitoria omnibus illis [5]) ordinibus exhibere, quibus ea cum coronatur summus pontifex elargiatur [6]) videlicet episcopis, presbyteris, dyaconibus, cardinalibus et omnibus prelatis, et primicerio, et cantoribus, subdyaconis, basilicariis, et ceteris officialibus et ministerialibus: curie prefecto, senatoribus, judicibus et advocatis, scriniariis ac prefectis monialium. Assoluit [7]) preterea imperator, cum venerit [8]) super pontem Tiberis [9]) juxta castellum S. Angeli, creare milites. Dehincque erecto ante eum imperii vexillo cum aquila ad S. Iohannem Lateranensem equitare [10]) ubi manere conswevit.

Tit. VII. De benediccione regine et ejusdem in imperatricem coronacione.

Si vero regina in imperatricem benedicenda et coronanda sit, ipsa post regis ingressum a duobus cardinalibus deducta ingreditur ecclesiam, et episcopus Hostiensis in [11]) medio rote dicit super eam [12]) hanc oracionem: „Omnipotens, sempiterne Deus, fons et origo tocius bonitatis etc.“. Quo [13]) facto ducitur ad altare beati Petri et facta oracione ducitur ad osculum pedis domini pape, qui eam hilariter [14]) recipit et salutat. Ducitur autem postea ad eminentem thalamum ligneum palliis ornatum, qui ex opposito thalami regii sibi debet esse paratus, ubi cum duabus puellis [15]) ad minus et aliquibus ex principibus imperii tam ecclesiasticis quam mundanis stare debet. Demum postquam rex

---

[1]) L prospiciendis. — [2]) L ampullam. — [3]) in L fehlt „equum“. — [4]) L Transpadana. — [5]) B istis. — [6]) D elargitur. — [7]) L assolet. — [8]) L venit. — [9]) D Tyberis. — [10]) L equitat. — [11]) D hat noch „est“ vor „in“. — [12]) L ipsam. — [13]) L Qua facta. — [14]) D hylariter. — [15]) L pell* und am Rande die Anmerkung „Locus corruptus“, während alle Handschriften übereinstimmend: „puellis ad minus“ haben.

invictus[1]) ad altare beati Petri ascendit, tunc ipsa deducitur a predictis cardinalibus ad dictum altare S. Mauricii, ubi ungitur similiter ab episcopo Hostiensi et de eodem oleo, et in eisdem locis, de quo et in quibus rex fuit unctus, dicente oracionem: Sancti Spiritus gracia nostre humilitatis officio etc.". Quo expleto ducitur ad aliquem honestum locum, ubi regiis vestibus adornatur, et ornata ad thalamum deducitur, et immediate post coronacionem imperatoris deducitur ad altare, ubi summus pontifex dat super eam hanc benediccionem: „Deus qui solus habes[2]) immortalitatem etc.". Deinde in capite ejus mitram pontificalem imponit, ita quod cornua mitre sint a dextris et a sinistris, et super mitram coronam imperialem imponit, dicendo: „Officio nostre dignitatis imperatricem[3]) etc."[4]). Coronata itaque regina deducitur ad thalamum, et dicto ewangelio postquam imperator obtulerit[5]), ducitur ad oblacionem summo pontifici exhibendam statque in gradibus juxta absidem versus altare S. Leonis, donec de manu summi pontificis post imperatorem sacram communionem accipiat, et tunc ad thalamum reducta ibi permanebit usque ad finem misse.

Sic nuper de anno Domini MCCCCLII dominica[6]) Letare, que est medie quadragesime, gloriosissimus et invictissimus imperator noster Fridericus III. ab illustrissima Austrie domo exortus, cum desponsata sibi conjuge, domina Leonora, serenissimi regis Portugalie[7]) filia, utrisque prius per papam Nicolaum quintum ad invicem matrimoniali jure desponsatis, ipse in[8]) Augustum, ipsa in Augustam coronati sunt, recepitque uterque a papa nupciarum et imperii coronas, et uno eodemque die simul et imperator et sponsus ostenditur, quod soli Friderico post Eraclium[9]) Augustum contigisse legitur, qui eciam simul cum sponsa sua Eudocia a Sergio patriarcha in Constantinopoli et imperiale et nupciarum dyadema suscepit. Qui denique[10]) Fridericus preclare et[11]) felicissime memorie Ladislao ejus nepote Bohemie et Ungarie rege adhuc admodum adolescente absque liberis defuncto, in regem postmodum eciam Ungarie a proceribus regni est electus, ipsa quoque eleccione sibi presentata nuper de anno preterito, videlicet MCCCCLIX. dominica Letare, coram decem pontificibus pontificalibus[12]) decoratis insigniis[13]), principumque multitudine copiosa, in ecclesia Dei genetricis nove civitatis Austrie, curam et gubernaculum regni suscepit; regnicolis Bohemie[14]) quendam magnatem Gersing[15]) nuncupatum, Bohemie[16]) regno preficientibus; quo

---

[1]) L inunctus. — [2]) D homines. — [3]) B hat vor „imperatricem" noch „in". — [4]) in L fehlt „etc.". — [5]) L obtulit. — [6]) in P fehlt die Stelle „dominica Letare, que est medie quadragesime" wie B und D sie übereinstimmend aufweisen, während L „dominica Laetare in medio Quadragesimae". — [7]) L Portugalliae. — [8]) L hat vor „in" noch „vero", welches in D nach „ipsa" steht. — [9]) L Heraclium. — [10]) L quidem. — [11]) L ac. — [12]) L pontificiis. — [13]) L insignibus. — [14]) D Boemie. — [15]) L Gersick. — [16]) L Bohemico.

proh dolor tristi casu sceptrum Bohemicum ab inclita domo Austrie sublatum est.

Tit. VIII. De Romanorum imperatoris supra alios reges excellencia et auctoritate[1]).

Majestatis imperialis excellenciam descripturus vereor, ne temeritatis arguar, quod in tam limpidissimum alte excellencie speculum intuitum figere coner. Scio equidem me haud digne satis ejus alta et magnifica extollere preconia posse, idque supra vires meas existere. Nec enimvero in id opus calamum impingere in presenciarum michi[2]) animus est, sed solum pauca superioritatis illius super alios reges insignia succinctus sermo percurrat.

Imperialis siquidem majestas omnes alios reges in tribus potissimum excellit, videlicet dignitate, auctoritate, et insigniis imperialem gloriam decorantibus.

Primo enim dignitate et honore cunctos reges antecedit imperator, quia[3]) non solum terrenus, sed et divinus sibi honor exhibitus ceteros principes merito facit anteire. Multipharie[4]) namque multisque modis Christus dominus diebus sue carnis imperium honorare dignatus est, dando in semetipso exemplum, tanquam dominus et magister, Romanum imperium ab omnibus fore honorandum. Honoravit[5]) quidem ipsum mundum ingrediens; in ipso progrediens et ipsum egrediens. Mundum[6]) istum secundum carnem ingrediens duobus modis honoravit imperium Romanum. Primo quidem in tempore sui adventus per Cesarem Augustum totum mundum[7]) pacificavit, ut per ipsius domini adventum pax esset in universa terra ad designandum, quod ipse erat[8]) pax nostra faciens utraque unum, et per eum (ut dicit apostolus ad Colossens.) reconcilianda erant[8]) omnia, que sunt in celo et in terra. Unde prophetarum eximius et rex invictus David canit in psalmo: „Posuit prodigia et judicia future reconciliacionis super terram, auferens bella usque ad finem terre"; et alibi: „Orietur in diebus domini habundancia[9]) pacis". Secundo quia[10]) suo ingressu honorasse et approbasse videtur Romanum imperium, mox ut natus est, censui Cesaris se subdendo, quando edictum ab Augusto exiit, ut describeretur universus orbis, et singuli ibant in suas civitates, unde oriundi erant, ut confiterentur tribum suam. Unde Augustinus in gl. super ewang. Luce dicit: „Humilitas Christi commendatur, quia[11]) non solum incarnari

---

[1]) L De Romanorum imperatoribus, quomodo supra alios Reges excellentiam habeant et auctoritatem. — [2]) D nisi (Schreibfehler). — [3]) L quod. — [4]) L Multifarie. — [5]) in L lautet diese Stelle: Honoravit quidem ipsum ingrediens mundum istum secundum carnem duobus modis. — [6]) in L ist diese ganze Stelle verderbt, indem sie lautet: „mundum istum secundum carnem duobus modis". — [7]) P modum (Schreibfehler). — [8]) L erit, erunt. — [9]) L abundantia. — [10]) in L fehlt „quia". — [11]) L quod.

voluit, sed in[1]) illo tempore nasci, in quo mox censui Cesaris subderetur. Deinde Christus progrediens in hoc mundo Romanum imperium dupliciter honoravit, primo quia[2]) dedit ei tributum pro se et Petro ut legitur[3]) Mathei XVII, et habetur in decretis XXIII.[4]) q. I. eciam nunc; secundo quia[2]) non solum tributum dedit, sed eciam Cesari dari precepit, dicens: „Reddite Cesari, que sunt Cesaris“. Preterea Christus egressurus mundum bis honoravit Romanum imperium. Primo dum dicentibus apostolis: „Ecce duo gladii hic“, qui duas potestates[5]) significant[6]) in presenti seculo, Christus respondit: „Satis est“. Et quid est dicere „Satis est“ nisi[7]) sufficit et nihil deest[8]). Protestatur ergo dominus, esse de sua voluntate potestatem sacerdotalem et potestatem imperialem. Unde Gelasius papa „Duo sunt, inquit, quibus hic mundus principaliter regitur, scilicet pontificalis auctoritas et regalis potestas“, ut LXXXXVI. dist. duo sunt. de major. et obed. solite.[9]) Hee[10]) sunt due potestates principales, per[11]) quas Deus decrevit et[12]) voluit, ut mutuo sibi honorem debitum impenderent, et per eos genus humanum per juris regulas ad vitandum[13]) mala, et faciendum bonum salubriter informaretur. Secundo dominus instante mortis hora honoravit imperium, quando Pilato dixit: „Non haberes in me potestatem ullam, nisi tibi datum esset desuper“. Quod secundum gl. duobus modis exponitur, uno modo[14]) sic: „Desuper“, id est, a Deo, quia non est potestas, inquit apostolus, nisi a Deo. Alio modo exponitur „Desuper“, id est a Cesare, qui Pilatum fecit presidem Palestine. Deus enim fuit auctor potestatis Pilati primarius, Cesar autem secundarius. Secundum hunc posteriorem intellectum dominus multum commendat Romanum imperium; ostendit enim potestatem Cesaris aliis potestatibus mundanis[15]) preeminere, et ipsas sub eo contineri. Quid enim est, potestatem dari desuper, nisi dari ab eo, cujus potestas supereminet alias potestates mundanas tanquam inferiores et minores sub se contineat et includat, unde omnes alie potestates a Romano imperio subalterna quadam emanacione defluere dicuntur.

S e c u n d o principaliter ipsa majestas imperialis excellit omnes alios reges et principes a u c t o r i t a t e et p o t e s t a t e. Ipse enim totum suis submittit legibus orbem, quarum ipse solus generalis conditor est, que et ab omnibus sunt observande, ut L. leges. C. de legib. et constit. L. constituciones. C. de jur. et fac. ignor. Ipse autem solus imperator legibus non constringitur L. princeps. D. de legib. IX. q. III. cuncta per mundum. licet se velle legibus vivere profiteatur. L. digna vox. C. de legib.[16]) Et

---

[1]) in D fehlt „in“. — [2]) L quod. — [3]) in L fehlt „legitur“. — [4]) L 33. — [5]) P potestas. — [6]) L designant. — [7]) D nec. — [8]) D est mit vorhergehender Lücke. — [9]) in L fehlt „solite“. — [10]) B Hec. — [11]) in B fehlt „per“. — [12]) in D fehlt „et voluit“. — [13]) L vitanda. — [14]) in L fehlt die Stelle von „modo sic“ bis „exponitur“. — [15]) B Romanis. — [16]) B hat nach „legib.“ noch einmal „digna vox“.

premissa sunt vera[1]) quoad seculares. Ecclesiastici namque non modo humano sed et divino jure ab imperatoris jurisdiccione sunt[2]) exempti LXXXXVI. dist. bene quidem. et c. II.[3]). De judic. Ipse denique Augustus habet solus pre ceteris regibus regimen Romane ecclesie. De consecr. dist. V. in die. et est ipse super omnes reges VII. q. I. in[4]) apibus et omnes naciones sub eo sunt XI.[5]) q. I. § si quis vers. volumus. Ipse enim est princeps mundi et dominus. L. deprecacio. D. ad leg. Rhod. de jact. et eciam Iudei sub eo sunt. L. Iudei. C. de Iudeis. Tum eciam omnes provincie sue majestati de jure subduntur. LXIII. dist. Adrianus, et omnia sunt in potestate imperatoris. VIII. dist. quo jure. Tolle enim jura imperatoris (inquit ibi text.) et quis potest dicere, „Hec domus est mea, hec villa est mea", et XXIII. q. VIII. convenior et L. bene a Zenone. C. de quadrien. prescript. Sibi denique in signum universalis imperii et subjeccionis[6]) omnes homines profiteri debent per tributum, et eciam propter impensas publicas fiendas. L. omnes pensitare. C. de annon. et tribut. lib. X. c. omnis anima. De censib. nec currit contra solucionem imperialis tributi prescripcio quantocunque eciam temporis spacio introducta XVI. q. 3. § potest. Et ut predixi, omnes potencie[7]) regum de jure communi fluxerunt ab imperio, tanquam rivuli a flumine; et hanc materiam lacius pertractat Bart. in l. I. Quis dicat.[8]) dux. com. etc.[9]) coll. X. Hodie tamen plurimi reges plus de facto quam de jure imperatorem in superiorem non recognoscunt, et suprema jura imperii, que sibi Imperator in signum universalis dominii et potestatis reservavit, usurpant; que an prescribi possint, not in c.[10]) venerabilem. Qui fil. sint legit. et in c. super quibusdam. De verb. signif. vide eciam gl. notab. 63. dist. Adrianus pre[11]) alle. que dicit, quod reges Hispanie non recognoscunt imperatorem in superiorem, ex eo quia[12]) de faucibus infidelium regnum illud eruerunt. De rege vero Francie dicit text. in d. c. per venerabilem, quod ille in temporalibus superiorem non recognoscat; quod gl. dicit esse de facto, sed de jure nullo[13]) modo possibile, ymo de jure rex Francie subsit Romano imperio. Innocent. ibidem dicit, quod subest Pape. Hostiensis dicit, quod in temporalibus debet recognoscere imperatorem in dominum, c.[14]) Adrianus sepe alleg.; ille enim est Dei vicarius, ut not. in c. 2. Qui fil. sint legit. Subest tamen imperator Pape, ut ibi not. et hoc respectu (dicit Hostiens.) rex Francie subest Pape, quia[15]) subest illi qui subest Pape, de[16])

---

[1]) D verb. — [2]) in B fehlt „sunt". — [3]) L. I. — [4]) L hat vor „in" noch „c". — [5]) L II. — [6]) L jurisdictionis. — [7]) L potestates. — [8]) D dicatur. — [9]) in L fehlt „etc. coll. X". — [10]) in D fehlt c. — [11]) in L fehlt pre alle. — [12]) L quod. — [13]) in L fehlt „nullo modo possibile, ymo de jure rex Francie". — [14]) in L fehlt c. Adrianus sepe alleg. — [15]) L quod. — [16]) in P fehlt „de quo" bis „ab imperio" an dieser Stelle, und folgt dann als Randbemerkung: „Qualiter autem Veneti sint exempti a Romano imperio not. Barto. in l. hostes D. de captivis".

quo eciam per Bart. in l. hostes. D. de capt., ubi eciam tractat, quomodo Veneti fuerint exempti ab imperio. An autem peccent rex Francie, Hispanie et Anglie hanc subjeccionem non recognoscentes, videtur quod sic XI.[1]) q. 3. qui resistit. Sed dicunt doctores, quod forte quandiu non exigatur obediencia, possunt excusari, sicut notatur in jure decimarum, in c. cum homines in fine. De decim. secund. Hostiens. An autem hec non subjeccio et libertas prescribi possit, respondent doctores, quod non est prescriptibilis, ut in c. cum ex officii. De prescript. Gladius enim temporalis, qui unicus est, frangi vel dividi non potest, sicut nec gladius spiritualis, alias Christi[2]) gladius non esset. Quanquam autem predixi, quia[3]) imperator sit dominus et princeps mundi, non tam potest tollere ea, que sunt de jure gencium, sine causa, et sic non potest tollere alicui rem suam sine causa. Quia imperator licet habeat de jure jurisdiccionem in universo, non tamen habet dominium rerum privatarum, que olim fuerunt concesse occupantibus, ut Instit. de rer. divis. per tot. et hec[4]) not. per legist. in l. item si verberatus D. de rei vendic. Non potest eciam ad libitum alienare jura imperii, precipue in grave prejudicium imperii, ut not. in c. intellecto. De jurejur.; licet possit[5]) moderate donare, proprium namque est regum et principum donare. c. I. De dona.

Tercio principaliter Romanorum imperator excellit omnes alios reges in insigniis imperialem gloriam decorantibus, et sunt quatuor: imperiale dyadema, gladius, sceptrum et pomum aureum seu globus. De primo supra ad longum dictum est[6]), triplici nempe corona nullus alius preter Cesarem coronatur, in signum excellencie et potencie sue. Secundum insigne[7]) est gladius, qui licet et aliis regibus et principibus anteferatur, proprie tamen regis seu imperatoris Romanorum insigne est, quia[8]) duo tantum (ut supra mencionatus sum) gladii sunt, et[9]) unus imperatori, alter vero Pape commissus. Tercium insigne Cesaree[10]) majestatis est sceptrum, et quanquam alii reges hoc itidem sibi insigne vendicent, Cesaris tamen[11]) principaliter est proprium, qui in temporalibus gerit vicem ejus, de quo in Daniele dicitur: „Qui sedes super sceptrum divinitatis tue“, et in psalmo 44: „virga direccionis, virga regni tui“. Est enim duplex hec virga[12]) sive sceptrum, scilicet juste severitatis et clemencie ut 46. dist. sunt namque. De prima[13]) dicitur in psalmo: „Reges eos in virga ferrea“, et hoc quod legis transgressores. Virga clemencie significatur per virgam auream, quam extendit Assuerus ad Hester in signum pacis et clemencie. Insignium quartum est pomum aureum, seu globus aureus et rotundus, significans mundum et terrarum orbem, qui rotundus et

---

[1]) L II. — [2]) L enim. — [3]) L quod. — [4]) L quae. — [5]) L posset. — [6]) in L fehlt die Stelle von „est“ bis „coronatur“. — [7]) in L fehlt „insigne“. — [8]) L quod. — [9]) in L fehlt „et“. — [10]) in L fehlt „Cesaree majestatis“. — [11]) D tam. — [12]) L scipio. — [13]) L primo.

spericus[1]) est designans[2]) ipsum Cesarem mundi esse dominum. Quod quidem insigne alii reges sibi non usurpant, quod nullus alius preter Cesarem orbis terrarum dominus est. Pertinet autem ad Comitem Palatinum pomum aureum ferre ante regem seculi, ad ducem Saxonie gladium, et ad marchionem Brandeburgensem sceptrifere[3]) dignitatis honor spectare consuevit.

Tit. IX. An majestatis Imperialis auctoritas derivetur in Cesarem immediate a Deo, vel illam accipiat ab ejus vicario summo.

Auctoritatem et excellenciam imperiatorie potestatis inter principes seculi maximam fore supra ostendimus. Sed solet a scholasticis[4]) et doctissimis viris nonnunquam in concertacionen venire, an hec secularis potestas gladiique temporalis exercicium derivetur in Cesarem immediate a Deo, vel per[5]) subalternam emanacionem a vicario Iesu Christi illam[6]) accipiat.

Et licet non intendam hanc questionem in dubium revocare, quia[7]) non longe foret ab heresi pertinaciter negare temporalem Cesaris jurisdiccionem a summo pontifice derivare, in quem haud cunctanter jura celestis et terreni imperii a Christo plenissime sunt transfusa[8]). Nam sicut ponere duo principia hereticum est, ut de sum. trinit. et fide cathol. c. I., sic eciam ponere duos vicarios equales in terris hereticum esse videtur, fac. gl. notab. in c. non autem 6. q. I.

Nichilominus tamen quia[7]) scripturarum solacio insistere libuit, pauca motiva precipue quorundam legistarum in oppositum adducere mens est. Quod enim imperium Romanum[9]) immediate a Deo sit, et non a Papa, arguitur sic: „Nullum id quod prius est, dependet ab eo quod posterius est, ut ait sapiens. XIII. lib. de animal. Sed Romanum imperium fuit prius quam papale, ut XCIII.[10]) dist. legimus. Ergo ab eo non dependet. Preterea dominium temporale summi Pontificis videtur expresse fuisse collatum Sylvestro a Constantino, ut XCVI. dist. c. coronam et c. Constantinus. Per quod manifeste videtur, quia[7]) ecclesia ab imperio jurisdiccionem habeat[11]) temporalem, et non e converso. Tercio, nam sacerdocium et imperium fluxerunt ab eodem principio, scilicet a Deo, in[12]) Auth.[13]) quom. oport. episc. in princ. XXIII. q. 4. c. quesitum et c. solite. De major. et obed. Fecit Deus duo luminaria magna, per que iste due supreme dignitates, sacerdocium et imperium intelliguntur. Et c. cum ad verum. 96. dist. ibi[14]) dicit Canon: „Nec[15]) imperator jura pontificatus arripiat, nec

---

[1]) L sphaericus. — [2]) L designatque. — [3]) D sceptri verae. — [4]) D scolasticis. — [5]) in L fehlt per. — [6]) L illa. — [7]) L quod. — [8]) L translata. — [9]) in D fehlt „Romanum". — [10]) L 17 dist. — [11]) L habet. — [12]) in L fehlt „in". — [13]) D auctorite. — [14]) L ubi. — [15]) D hat nach „Canon" noch „eciam".

Pontifex jura Imperatoris usurpet etc."[1]). Ergo potestas Imperialis non fluxit a Papa.

Sed pulcherrimis[2]) racionibus contrarium astruit ecclesia. Quod enim utraque potestas et spiritualis et temporalis sit penes Papam, spiritualis quidem habitu et actu, temporalis vero habitu, probatur sic secund. Ioh. de Ligna. Quod[3]) in habentibus ordinem in universo impossibile est esse duo eque perfecta. Sed imperator non est major, ergo non erit equalis, et per consequens solum erit unum caput principale in terris, quod perfectissimum est, a quo cetera moventur et dependent, quod est Papa. Preterea militans ecclesia divinitus est exemplata ab ecclesia triumphante dicente Iohan. in Apocal. XII: „Vidi sanctam Iherusalem[4]) novam[5]) descendenten de celo etc."; et Moysi dictum est Exod. XXV: „Quod omnia faceret secundum exemplum sibi monstratum". Cum igitur in ecclesia triumphante sit princeps unus summus, cujus obediencie tota ipsa ecclesia perfectissime est subjecta, necessario sequitur, quod et ecclesie militanti unus summus princeps presideat. Sed imperator ille esse non potest, cum[6]) non valeat preesse in spiritualibus. Ergo est Papa, qui et in spiritualibus preesse potest, et per alios ministros seculi vindictam sanguinis exercere. Nam et patriarche et sacerdotes veteris testamenti utramque potestatem habuerunt et exercuerunt XI.[7]) q. I. relatum. et not. Innoc. in c. licet ex suspecto[8]). De foro compet. Item ipse Christus utramque potestatem in hoc seculo exercuit; ipse enim flagello facto de funiculo ejecit emen tes et vendentes de templo, ut Math. XI.[7]) et I. q. 3. ex multis. Unde in psalmo: „Deus judicium tuum regi da"; et hanc potestatem simpliciter transtulit in Petrum dicendo[9]): „Pasce oves meas", non distinguens in modo pascendi. Ymo cum Petrus diceret: „Ecce duo gladii hic", Christus respondit: „Satis est", non dixit: „Nimis est"[10]). Sed cum gladio vellet uti, Christus prohibuit dicens: „Mitte gladium tuum in waginam", non dixit: „Abijce gladium". Unde tantum prohibuit exercicium et execucionem gladii racione supradicta. Omnia enim verba hec ponderanda sunt, cum Christus semper fere figurative locutus sit. Preterea Christi vicarius imperium transfert de certo genere personarum ad aliud genus: imperatorem inungit, approbat et coronat, ac causis exigentibus reprobat et deponit, ut in[11]) c. venerabilem. de elecc. et in c. ad apostolice. De re judic. lib. VI.

Et hec omnium Canonistarum indubita sentencia est, quod in Christi vicarium utraque potestas translata sit, apud quem sunt jura celestis et terreni imperii, ut dicit text. in c. omnis. 22. dist;

---

[1]) in L fehlt „etc.". — [2]) L pulcerrimis. — [3]) in D fehlt „Quod". — [4]) L Ierusalem; D Hierusalem. — [5]) in L fehlt „novam". — [6]) in D fehlt die Stelle von „cum non valeat" bis zu „preesse potest". — [7]) L II. — [8]) D suscepto. — [9]) D Dn̄s (= dominus). — [10]) in D fehlt „est". — [11]) in L fehlt in c. venerabilem de elecc,

et habeat in spiritualibus jurisdiccionem habitu et actu, in temporalibus vero tantum habitu; execucionem gladii temporalis ecclesia commiserit[1]) imperatoribus tanquam suis ministris. Hinc est quod in ejus coronacione sumit Papa gladium de altari, datque illum in manum[2]) Cesaris, ut supra visum est.

Ad contraria vero in oppositum allata[3]) respondeo, et ad objeccionem primam „Quod imperium fuit ante Papatum" dicitur, quod etsi permissive precesserit imperium, approbative tamen secutum est. Ante Constantinum enim imperium Romanum non fuit approbatum a Deo, ymo vyolentum[4]) et per tyrannidem sumpsit exordium. Narratur enim in chronicis, quod ipse Constantinus beato Silvestro gladium tradidit et insignia regalia, in signum, quod usque ad eum nullus fuit legitimus[5]) imperator, ut narrat Archidiac. 10. dist. quoniam idem[6]). Ipse enim Constantinus fuit primus, qui sacra fide Christianorum munivit imperium, ut ait L. Divi. C. de natur. lib. Et quanquam ante Petrum esset imperium, non tamen erat ante sacerdocium. Unde sacerdocium Melchisedech precessit legem scriptam, de quo in c. translato. De constit., et sic eciam longe antecessit imperium. Et cum natus erat Christus[7]), rex et sacerdos in eternum, utramque potestatem in se transtulit, eo quod ipse esset verus et naturalis Dominus mundi. Ob quam causam Octavianus Augustus mox nato Domino divino agitatus spiritu edicto prohibuit se deinceps dominum nominari. Christus autem in suum vicarium plenitudinem terrene et celestis potestatis transfudit; alias enim quomodo vicariatus suus sufficiens foret, si imperio non preesset.

Ad secundum respondetur, quod donacio facta per Constantinum Silvestro non[8]) habuit vim collacionis sed cessionis. Silvestro enim, ut vicario veri et naturalis Domini debebatur, et res de facili redit ad sui naturam. L. si unus. D. de pact. 35. dist. ab exordio. Nec obstat, quod ad tempus vicarii Christi se de temporali jurisdiccione non intromiserunt, quia[9]) oportuno tempore sedata persecucione martirum Deus voluit suum ewangelium publice et sine metu predicari, et tunc virtus Christi principem mundi sollicitavit, percuciens eum lepra, ac ipsum curans supra humanam virtutem; qua probata inspiratus divinitus cessit vicario Christi, sedem suam Bisancium[10]) transferens, ut in I. libro supra memoratum est.

Ad[11]) tercium, quod utraque potestas fluxerit a Deo, certe hoc non abnuitur, ymo fatendum est cum Apostolo ad Romanos scribente: „Non est potestas nisi a Deo"; et quod imperium

---

[1]) L commisit. — [2]) L manu. — [3]) D allegata. — [4]) L violentum. — [5]) L Latinus. — [6]) in L fehlt „idem". — [7]) P cristus (nur hier). — [8]) in D fehlt die Stelle: „non habuit vim collacionis, sed cessionis. Silvestro". — [9]) L quoad. — [10]) L Byzantium. — [11]) in L fehlt die Stelle: „Ad tercium, quod utraque potestas fluxerit a Deo", die sich in allen drei Handschriften gleichlautend vorfindet.

sicut et sacerdocium processit a Deo, et nedum summum imperium, sed et quelibet inferior potestas. Veruntamen hec potestas non derivatur in principem seculi immediate a Deo, sed per subalternam emanacionem, ut predixi.

Est tamen verum, quod sine magna et urgente causa[1]) Papa se de imperio intromittere non debet, ut not. in c. licet ex suscepto. De foro compet. et in c. novit. De judic.

Tit. X. Ad quem Romano imperio vacante jurium rerumque imperii administracio spectare dicatur.

Nunc videndum est, ad quem imperio Romano vacante administracio jurium et rerum imperii spectare dicatur.

Et quidem de jure communi Papa in administracione hujusmodi succedere debet, secundum doctores qui hoc not. in c. licet ex suscepto. De foro compet. fac. c. alius XV. q. VI. et c.[2]) cum inter universas in fin. De elecc. Quia ut jam visum est, imperium immediate ab ecclesia dependet, quare si vacat, ad ejus jurisdiccionem redire debet. Idemque[3]) vult Innoc. in quolibet principe superiorem in temporalibus non recognoscente.

Veruntamen Karolus IIII. in sua constitucione. Tit. de jur. Com. Palat. et Duc. Saxon. determinat, quod vacante imperio comes Palatinus Reni in partibus Reni, Suevie et in jure Franconio ex comitatus sui privilegio provisor debeat imperii, cum potestate judicia exercendi, et beneficia ecclesiastica[4]) prestandi, de feudisque investiendi, principum feudis et illis que Vanlehen vulgariter nuncupantur, dumtaxat exceptis, ita tamen quod ad alienacionem sive obligacionem rerum imperialium manum non extendat. Sic quoque in locis, ubi jura Saxonica servantur, in duce Saxonie idem dispositum reperitur. Habet quoque illud insigne privilegium comes Palatinus, ut imperator coram eo conveniri et de justicia respondere teneatur. Illud tamen judicium non alibi quam in imperiali curia, ubi imperator presens extiterit, ut in eadem constitucione declaratur, poterit exercere.

Tit. XI. De nobilitate, et quibus causis[5]) nobilitatis jura nascantur.

Cesaree gubernator monarchie diversis nobilitatis[6]) ordinibus adornatur, a quo ut ex fonte tocius nobilitatis jura descendunt. Ideo de nobilitate paulisper disserere statui.

Aristoteles autem philosophorum omnium prestantissimus in V. Politic. describens nobilitatem ait: „Illam esse virtutes et antiquas divicias“; et alio in loco: „Nobiles videri, dixit[7]), quibus

[1]) L caussa. — [2]) in D fehlt „c“. — [3]) L Idque. — [4]) in L fehlt „ecclesiastica“. — [5]) B casibus. — [6]) in L fehlt „nobilitatis“. — [7]) in L fehlt „dixit“.

extiterint virtutes et divicie progenitorum". Sed cum hec[1]) descripcio non in virtutibus solum, sed et in adjunctis fortune bonis nobilitatem ponat, sequeretur absurditas, ut cum divicie sint bona fortuita, que dari et aufferri possunt, esset in fortune arbitrio sita nobilitas, ut abeuntibus copiis simul et nobilitas abiret.

Unde Aristotelem arbitror non ex animi judicio, sed ex vulgi et communi opinione locutum. Nam in Ethicis, ubi ex veritate quod sentit exprimit, illum appellat generosum, cui ex natura inest, ut discernat que vera sunt, et appetat verum bonum, hacque natura aliquem natum verum et perfectum nobilem appellat.

Cui applaudit Stoicorum sentencia, qui bonorum finem in honesto et virtute posuerunt, et nobilitatem ex sola nasci virtute voluerunt. Et Seneca ex Stoicorum secta philosophus excellens ad Lucillium epist. [ut[2]) opinor] 44. idem senciens[3]) ait: „Non facit nobilem atrium famosis[4]) imaginibus plenum, sed animus". Nam Socrates patricius non fuit, Platonem non suscepit philosophia nobilem, sed fecit. Nichil enim secundum illos est nobilitas, nisi excellencia quedam qua[5]) digniora indignioribus prestant. Ut[6]) igitur homo[7]) animi[8]) prestancia nobilior est omnibus animantibus, ita quidem[9]) claritudine tantum animi homo hominem antecellit. Nam cum in optimis artibus diu exercitatus animus justicia, pietate, constancia, magnanimitate, moderacione ac prudencia claruit, cum bene de Deo immortali, de parentibus, de amicis, de cognatis ac de republica meruerit[10]), et in sanctissimis literarum studiis educatus fuerit, tum profecto preter ceteros nobiles pollens, illustris et clarus habetur.[11]) Contra vero cum de pessimis artibus corruptus ad nequiciam et crudelitatem et ignaviam ac secordiam, ad intemperanciam et impudiciciam se tradiderit[12]), cum nulla fuit ei rerum divinarum cura, ac parentum pietas aut amicorum benevolencia, utique apud omnes recta racione judicantes miser, ignobilis, turpis abjectusque[13]) judicandus erit.

Est itaque juxta Stoicos[14]) propria sedes nobilitatis animus, cum enim nobilitas[15]) sit accidens quoddam, aut inheret corpori aut anime. Corpori quidem inherere non potest. Tolle enim jactanciam, inquit in V. De civit. Dei Augustin. et omnis caro quid est nisi caro. Ergo est accidens anime, quod per generacionem non transfunditur. Doctores in jure nostro scribentes in c. I. de donat. duplicem ponunt nobilitatem, unam generis, quam Greci eugeniam[16]), id est, generositatem appellant, alteram vero virtutis. Et utraque nobilitas[17]) ab ecclesia honoratur[18]), ut not in c. de multa. de prebend. Dicit tamen[19]) Cynus legum

---

[1]) in D fehlt „hec". — [2]) in L fehlt „ut opinor". — [3]) B sentencia. — [4]) L fumosis. — [5]) B quam. — [6]) L uti. — [7]) L hominis. — [8]) in L fehlt „animi". — [9]) L quadam claritate. — [10]) L meruit. — [11]) L habebitur. — [12]) L tradidit. — [13]) B abjectusve. — [14]) D Stoycos; P Stoicus (Schreibfehler). — [15]) B nobilitates. — [16]) L *εὐγένειαν*. — [17]) L nobilitatis. — [18]) L nominatur. — [19]) L enim.

monarcha preclarus in l. providendum. C. de postul.: nobilem moribus atque virtutibus preferendum esse nobili genere tantum: quia[1]) primus per se suam adipiscitur nobilitatem, quia[1]) in eo[2]) proprium decus refulget, alter vero pollet tantum nobilitate majorum, que est aliena.

Ad quod optime facit text. in c. nunquam LVI. dist., unde[3]) dixit quidam: „Si nobilis es, lauda[4]) parentes“. Et Cicero contra Sallustium: „Sanccius est meis[5]) me fulgere moribus quam majorum opinione niti, ut sim posteris meis nobilitatis inicium et virtutis exemplum“. Sed[6]) sacre leges tractantes de nobilitate sumunt illam in toto corpore juris civilis pro nobilitate generis sive politica, prout nobilis differt a plebeio, ut not. in l. I. C. de dignitate. lib. XII. propter vicia tamen et delicta hujusmodi nobilis eciam perdit dignitatem et nobilitatem, ut l. judices. C. eod. Et ex hoc infertur, quod secundum jus civile quis pro tempore potest esse nobilis, et pro alio tempore ignobilis. Nam et mulier nobilis nupta plebeio desinit esse nobilis, ut habetur in d. l. I. in fin. et e. converso plebeia nupta nobili efficitur nobilis, ut l. mulieres. eod. et l. femine. D. de senator ubi dicit text.: Femine nupte clarissimis personis clarissimarum personarum appellacione continentur; mulier tamen illustris etsi nubat nobili inferioris dignitatis, nichilominus tamen illustratur et coruscat nobilitate suorum progenitorum, ut l. sepe alleg. et l. liberos. D. de senator. Preterea plebeius factus miles nobilitatur, ut d. l. I. C. de dignitate, sed Florencie remanet popularis. In hoc enim attentenda est conswetudo. Quanquam[7]) autem in premissis sapientissimorum virorum stat de nobilitate sentencia, attamen nobilitatis opinio secundum diversitatem morum et provinciarum variatur. Ut enim inquit Iheronimus[8]): „Unaqueque provincia in suo sensu habundat.“[9]) c. certificari. De sepultur.

Verum quantum ad nostrates pertinet, quibus in rebus nobilitatis ponant condicionem, videndum est. Nostrates contra-

---

[1]) L quod. — [2]) D eoque. — [3]) L Hinc. — [4]) L laudas. — [5]) D hat nach est „inquit“. — [6]) P hat von hier noch als eingeschaltete Randbemerkung folgende (etwas vom Text abweichende) Darstellung: Verum apud legistas, prout sumitur in toto corpore juris civilis, nobilitas sumitur pro nobilitate politica, prout nobilis differt a plebeio ut l. I. § de dignitate l. C. XII. Et hoc jure aliquis pro tempore potest esse nobilis et pro alio tempore ignobilis. Nam per delictum quis perdit nobilitatem, ut l. judices lib°. et tit°. prox. etc. alle. Et plebeia nupta nobili statim efficitur nobilis, ut enim et tit°. et comm. (jus) nobilis nupta pleibeio desinit esse nobilis, ut l. I. prealle. Preterea plebeius factus miles efficitur nobilis ut eadem l. I., licet in aliquibus locis ut Florencie remaneat popularis. Et sic ex conswetudine attendendum nobilis vel ignobilis ar. l. fin. ff. de mune. et hono. et per Inno. in prealle. c. de multa. de preben. Mulier eciam illustratur et coruscat nobilitate sui generis, si nubat nobili inferioris dignitatis l. senatorio filius et l. liberos ff. de sena. secum si pleibeio ut jam dixi. — [7]) L Quamvis. — [8]) L Hieronymus. — [9]) L abundat.

dicentes omnino Stoicorum sentencie in sola generis claritate nobilitatem sitam esse volunt: ita ut quantumcunque doctissimus, et in republica exercitatissimus, aut virtutum laude insignitus quisquam fuerit, nisi illi a progenitoribus generis adsit claritas, ignobilis apud omnes reputatur [1]. At vero si quispiam a rurali vel montano tugurio, vel luporum (ut ita dixerim) cubiculo progrediens, quamvis nulla preditus virtute, nulla sapiencia, nulla doctrina redimitus, ymo [2] nonnunquam raptu et viciis vivens dummodo aliqua quantumcunque modica majorum et progenitorum [3] suorum nobilitatis specie illustretur, profecto [4] nobilis predicatur [5] et pre aliis honoratur. Si qui autem reperiantur, qui animi nobilitatem extollant, illam magis ad avium aucupio et venatui [6] quam virtuti et sapiencie deditum retorquere solent. Quinimo id moris apud eos irrepsit, ut dedecori habendum sit nobilium filios sciencia [7] et virtutum exercicio imbui, maluntque illos sompno, quieti, ocio, vino, epulis, libidini atque impudiciciis vacare, et mox postquam literarum apices vix ruditer depingere sciant, illico puerulos ad canes et equos alendum applicare solent, quasi si diucius literarum insisterent studio, aliquam turpem inde notam contraherent, nescientes miseri, quid [8] imperatoria lex profiteatur in Auth. habita. C. ne fil. pro patre; que dicit: „Orbem terrarum sine literatis et viris virtuosis regi non posse"; et alibi: „Quod per literarum sienciam mundus illuminatur".

Ymo secundum leges quilibet doctor dicitur nobilis, et gaudet privilegio nobilium, ut vult Bart. in l. medicos, C. de dignit. lib. XII., et si viginti annis in [9] cathedra legerit, comitis privilegio gaudere debet, ut ibi notatur.

Sed ut ad nostros redeam, sunt nonnulli fastuosi, plebei tamen, qui cum nobilitatem summo conatu adipisci desiderent, nec aliam viam sibi ad illam assequendam apertam vident, ad equestrem ordinem se conferunt, itineribusque [10] et stratis publicis insidiari moliuntur. Hoc enim exercicio gradum nobilitatis se assecuturos arbitrantur, et quo quisque eorum animo audacior et ad invadendum rempublicam prompcior est, tanto se magis existimat nobilitari; ymo quod risu dignissimum est, plerique ex stultorum numero hiis quasi ob virtutem [11] meritum ascribentes, propter hujusmodi invasionis exercicium bene meritos illos appellare non verentur. Nobiles autem modeste et pacifice viventes tanquam degeneres despiciunt, cives eos appellantes, quod nomen longe a nobilitate remotum, esse volunt quasi in equestri exercicio, cui nulla eciam [12] virtus admixta sit, nobilitas sita esse videatur.

Inter Romanos equestris ordo in minima parte nobilitatis ponebatur, ut in l. unica. C. de equest. dignit. lib. XII.,

---

[1]) L reputetur. — [2]) L imo. — [3]) L parentum. — [4]) L perfectus. — [5]) L judicatur. — [6]) D venatu. — [7]) L scientiae. — [8]) D quod. — [9]) in B und D fehlt „in". — [10]) L itineribus. — [11]) L virtutum. — [12]) in L fehlt „eciam".

sed dicebantur nobiles patriciorum familie, et qui ex triumphalibus, consularibus senatoriisque viris longa stirpe originem trahebant. [Et[1]) admodum miror nos tantum ab eorum opinione differre].

Soleo sepe ad me ipsum stimulari doloribus, cum Poggii Florentini poete et oratoris hac nostra etate clarissimi libellum legere cepero, quem „De nobilitate" edidit. Qui cum mores condicionesque nobilitatis diversarum provinciarum descripserit, hanc laudem Germanice nobilitati tribuit. Ait enim ut suis verbis utar: „Germani atque Alamanni, quibus census patrimonii ad victum suppetit, et hiis[2]) qui[3]) procul urbibus, aut qui castellis et oppidulis dominantur, quorum magna pars prede[4]) ac rapine[4]) deditur, nobiles censentur[5]). Et[6]) quibus humanius ingenium natura dedit, herent principibus, quorum in aula asswescunt culciori vite, rudes tamen et moribus asperi". Hec Poggius.

Verum quanquam apud insipienciores vulgaresque homines hec opinio nobilitatis exorta sit, apud tamen viros graviores flocci penditur despicatuique habetur, nec atria[7]) principum ingreditur semper, qui solos illos nobiles existimant, quorum nobilitas cum virtute semper floruit et honore. Illorum profecto quorum adhuc ingens occurrit numerus, magnopere commendanda nobilitas est et pre ceteris honoranda, qui acceptam a progenitoribus claritatem ob res vel bello vel pace egregie gestas virtutum exercicio nutrire satagunt et conservare, quique non ad inferendam sed ad[8]) propulsandam patrie injuriam arma capessere student, ac in omnem causam[9]) in rempublicam fidelissimos se patronos ostendunt. Hac enimvero nobilitate preditos antiqui Romani colebant, quam et nostri principes diligere debent, et inferiores admodum venerari.

Est preterea et altera nobilitas, que creata dicitur. Apud principes enim id moris inolevit, ut imperator et reges privilegio et literis faciant nobiles, nulla habita virtutis racione. Ita illi[10]), quod risu dignum est, usu et obsequio, isti scriptura et cera [ut Poggius[11]) ait] nobilitatem adipiscuntur. Et[12]) hoc quidem absurdum secundum eos, qui in virtute nobilitatem ponunt. Illa enim extrinsecus non provenit, sed a propria descendit virtute, que inter principum munera non admiscetur.

At si aliunde nobilitatem eruimus[13]), non dubium quin imperator nobiles creare possit, qui et principes creat, et nobilitatis conditor jure percenseri[14]) potest: a quo terrene dignitates ut ex abisso[15]) defluere dinoscuntur. Sacrilegii enim instar obtinet dubi-

---

[1]) in P fehlt der Satz „Et admodum" bis „differre", während B, D und L denselben aufweisen. — [2]) L hos. — [3]) in D fehlt „qui". — [4]) L latrocinio. — [5]) L censent. — [6]) in L fehlt „Et". — [7]) L atrium. — [8]) in L fehlt „ad". — [9]) L casum. — [10]) L illud. — [11]) B Pogius. — [12]) in D fehlt die Stelle von „Et hoc" bis ponunt. — [13]) D hat statt „eruimus" eine Lücke. — [14]) L censeri. — — [15]) L abysso.

tare, an is sit dignus, quem princeps elegit, ut inquit L. II. C. de crim. sacrileg. et XVIII. q. IV. §. qui autem.

Princeps[1]) eciam inferior imperatore, qui prescripsit jura regalia, secundum jus civile nobiles creare potest. arg. L. I. D. de emancip. liber. et L. I. D. de mun.[2]) et honor. Sic[3]) et civitas et populus[4]), cui[5]) concessa est potestas condendi leges statuarias, ut L. omnes populi. D. de just. et jure. Nam potest hujusmodi civitas per statutum aliquos facere nobiles, non tamen puto quod tales extra civitatem statuentem debeant reputari nobiles. arg. c. fin. De constit. lib. VI. in fine.

Mercatores tamen, quamdiu mercimoniis insistunt, nobilitari non debent. L.[6]) milites D. de re milit. lib. XII. facit eciam L. nobiliores. C. de commerc. que dicit, nobiliores natalibus et honorum luce conspicuos, patrimonioque clariores perniciosum urbibus mercimonium exercere prohibemus. Et theologorum decus Iheronimus[7]) vix[8]) arbitratur pestem esse majorem, quam plebejum nobilem creatum. Clericum enim, inquit, negociatorem, ex inope divitem et[9]) ignobili gloriosum, quasi quasdam pestes fuge. LXXXVIII dist. c. negociatorem.

Tit. XII. De septem nobilitatis gradibus quibus terrena regitur monarchia.

Diversis nobilitatis ordinibus velut membris a Cesarea potencia dependentibus terrena regitur monarchia. Qui quidem ordines etsi secundum regionum diversitatem varientur, ex libro tamen feudorum Friderici I. Augusti septem principaliter gradibus continentur. Primus et supremus post Cesareum gradus primus est regum, secundus ducum, tercius marchionum, quartus comitum, quintus capitaneorum, qui proprie valvasores olim appellabantur, sextus valvasorum[10]) et septimus valvasinorum, prout illi adnumerantur[11]) per text. in c. quis dicatur dux, marchio. et gl. in c. fundamenta. De elect. lib. VI. Nos vero tres inferiores gradus aliis nominibus designamus, videlicet barones, ministeriales et clientulos.

Rex dicitur qui de aliquo regno per imperatorem est investitus, ut in lib. feudor. Tit. de feudo march. ducat. et dicitur a regendo.

---

[1]) P hat diese Stelle (von „Princeps“ bis „in fine“) als Randbemerkung noch in folgender Fassung: Principes eciam inferiores nobiles recreare possunt, si habent potestatem a lege vel conswetudine. ar. l. I. ff. de emancip. lib. et civitates habentes potestatem condendi leges statuarias, ut l. omnes populi ff. de just.; et puto tamen, quia nobilis talis per civitatem, extra ejusdem territorium possit ignobilis reputari. ar. c. fin. de const. lib. VI. — [2]) L decurionib. — [3]) in L fehlt „sic“. — [4]) in L fehlt „populus“. — [5]) L habens facultatem. — [6]) D in. — [7]) L Hieronymus. — [8]) L non. — [9]) D ex. — [10]) L Vasallorum. — [11]) L enumerantur.

Dux solito more vocatur, qui a principe de ducatu aliquo investitus est; et dicti sunt primo duces a ductu populi, sed precipue in castris. Est enim ipsorum officium exercitum dirigere et ipsum in pugna preire et ideo in lingwa Theutonica[1]) dicitur HERTZOG, quasi ZOGHEER. Unde cum filii Israel impugnarentur a Chananeis[2]) quesiverunt ad invicem (ut scribitur in lib. Iudicum): „Quis ascendet[3]) ante nos contra[4]) Chananeum et quis erit dux belli?“ Et hoc nomen tali rectori proprie convenit, propter difficultatem regendi populum, quando est in pugna, ab excellencia regiminis, qua utique racione et Iesus Nave, quia[5]) feliciter pugnavit bella Domini, dux appellatus est. Et Scipio Affricanus, Attilius Regulus, Magnusque[6]) Pompeïus, et alii plerique consulares viri, quia[5]) exercitibus ducendis et gubernandis prefecti erant, a Romanis duces appellati sunt. Dignitatis autem hodie plusquam officii nomen est.

Aliud autem nomen dignitatis deserviens imperatoribus et regibus dicitur marchio, et est ille qui a principe de marchia investitus est. Dicitur autem marchia, quia cara, id est collecta et juxta mare plerumque sit posita. Alii dicunt quod dicitur a marcha[7]), quod est singulare divitum pondus, per quod[8]) significatur recta et rigida justicia, qua quidem justicia illustres marchiones Badenses plurimum commendantur, qui[9]) non solum nomine, sed et reipsa se marchiones ostendunt. Et plerunque hujusmodi principes marchionali titulo illustrati in locis asperis demorari consweverunt, ob quam causam confinia regionum que quidem sunt loca montuosa rigidaque, apud nonnullos marchie appellantur, et interdum provincie lascivum gignentes populum, quorum utrumque genus rigore justicie conservari necesse est. Marchiones autem et comites proprie regum capitanei majores dicuntur, ut in lib. feudor. in princ.[10]).

Hunc gradum sequitur generosum comitum nomen. Dicitur vero proprie comes, qui de aliquo comitatu investitus est a principe. Sunt autem hujusmodi comites multiplici[11]) differencia distincti. Alii enim sunt comites provincias regentes, qui lantgravii[12]) dicuntur; alii comites castrenses, qui castrum a principe feudo[13]) possident, ut ejus gardiam[14]) seu gastaldiam, id est, custodiam gerrere[15]) debeant, et dicuntur burggravii[16]). Fuit vero nomen comitum primo post exactos reges a populo Romano assumptum, ut dicit Ysidorus XI.[17]) ethim., eligebantur tunc singulis annis duo consules, quorum unus rem militarem, alius autem rem administrabat civilem, et isti duo consules vocati[18]) sunt comites

---

[1]) L Teutonica. — [2]) L Cananeis. — [3]) L ascendit. — [4]) L in. — [5]) L qui. — [6]) L Magnus. — [7]) D marchia. — [8]) L illud. — [9]) L quod. — [10]) D primo. — [11]) D hat vor „multiplici“ noch „in“. — [12]) L Landgravii. — [13]) L feudi titulo. — [14]) L guardiam. — [15]) L gerere. [16]) L Burggrafii. — [17]) L II ethymol. — [18]) in D vor „vocati“ noch „primi“.

a commeando simul per veram concordiam, qua sola aucta fuit respublica, ut tradit Sallustius de bell. Iugurth.[1]) Processu vero temporis nomen istud a Romano abolitum est regimine, in statumque dignitatis translatum, et[2]) tunc a concomitando dicti sunt. Ipsorum enim precipuum tunc erat officium imperatorem comitari et sequi tum in rebus bellicis, tum aliis domesticis forensibusque negociis pro imperii utilitate gerrendis[3]). Hii[4]) autem et nomine et officio distincti erant, ut ex corpore legum sub diversis titulis traditum est, quorum hodie nomina partim abolevit antiquitas. Alii enim erant comites rei militaris, quibus regende milicie cura commissa erat; alius autem comes erat palatinus, qui in palacio imperatoris continuus erat, gerebatque[5]) curam tributorum provincialium, et judicis et notariorum negligenciam arguebat. Erat et comes Orientis, qui procurator fuit Cesaris earum rerum, quas in Oriente habebat; comites eciam fuerunt[6]), qui comites rerum privatarum dicebantur, qui procuracionem gerrebant rerum Cesaris private racionis seu rerum fiscalium, et illi erant illustres. Fuerunt et comites sacrarum largicionum, per quos princeps sua stipendia militibus et aliis largitus est. Comes deinde erat sacri patrimonii, qui Imperatoris patrimonium, et[2]) immobilia bona procurabat. Alii tum[7]) erant comites consistoriani, qui consistorio principis assistebant et spectabilibus consulibus equiparati sunt, ut C. de comit. consist. lib. XII.[8]). Et quia plures comites Alamannia habet, qui de comitatu quopiam[9]) non sunt investiti, sed a castellis privatis que possident titulos sue denominacionis[10]) contraxerunt, quorum majores arbitror Rome hujusmodi comites extitisse, nomenque dignitatis, et dum exteras naciones peterent, retinuisse. Hos nobilissimum capitaneatus nomen, quod nos barionatum vocamus, subsequitur.

Est autem capitaneus sive baro is qui a principe vel potestate aliqua de plebe vel plebis parte per feudum fuerit[11]) investitus; et valvasores vasallos habet, qui proprie valvasor major olim appellabatur, et baro[12]) a labore, quasi fortis in labore secundum Ysidorum. Barra[13]) enim grece gravis sive fortis latine[14]) vocatur, quia[15]) debet esse in continuis gymnasiis[16]) id[17]) est virium et virtutum exerciciis, ut in partibus Germanie atque Gallie solitum est fieri. Nam [ut Vegecius dicit de re milit.] oportet[18]) ipsos primos esse in acie ad bellandum pro subditis; idcirco assiduitate exercicii audaces efficiuntur et prompti. Nullus enim [ut idem Vegecius inquit] attemptare dubitat, quod se bene didicisse confidit.

---

[1]) D Iugurtino. — [2]) in L fehlt „et". — [3]) L gerere. — [4]) L Hi. — [5]) L gerebat. — [6]) B erant. — [7]) L tamen. — [8]) D lib. I. — [9]) D quoppiam. — [10]) L dominationis. — [11]) L fuit. — [12]) in D steht vor „baro" noch „dicitur". — [13]) L Barys. — [14]) in L fehlt „latine". [15]) L quod. — [16]) D gignasijs (Schreibfehler). — [17]) in L fehlt „id est virium". — [18]) L decet illos.

Sunt autem barones in Alamannia in duplici differencia: alii quidem dicuntur simpliciter barones, alii autem[1]) semperbarones. Semper-baro is esse fertur, qui a nullo horum feudum habet, sed alii ab ipso, adeoque liber est, ut nulli ad fidelitatis adstringatur juramentum, ut proprie barones de Lympurg[2]) esse dicuntur.

Est autem Alamannis inveteratus usus et longe retro[3]) observata conswetudo, non magna (quantum conijecere possum) racione suffulta, ut baro copulando sibi militaris et inferioris generis conjugem prolem suam inde creatam degeneret atque debaronizet, filiique de cetero barones minime vocitentur. Comites vero per connubium cum simplicis militaris generis femina[4]) natos[5]) filios non decomitant; sed si eorum filii itidem in militarium genus nubant, extunc illorum demum proles decomitatur, militariumque generis ordini deinceps connumeratur, que profecto observancia haud satis honesta esse videtur.

Post baronum ordinem valvasores, id est, minores capitanei, qui et proceres sive[6]) ministerarii dicuntur, locum sibi vendicant, simplicem miliciam transcendentes; et sunt illi, qui a majoribus valvasoribus et capitaneis feudum tenent, et ipsi eciam alios vasallos habent, ut dicit text.[7]) in d. Tit. quis dux, march., comes etc., ut sunt proprie domini mei de Andelo, de Hohenstein, de Landsperg[8]), Beger[9]) et hiis similes. Ille enim quatuor familie sunt valvasores sive vicedomini hereditarii illustris Argentinensis ecclesie, ex quibus unam personam ad vicedominatus dignitatis regimen assumere tenetur, qui eciam plurimos minoris milicie nobiles feudali jure vasallos habent, jureque proprio in preliis suo panderio possunt.

Hunc valvasorum ordinem sequitur infimus nobilitatis gradus, qui ex libro feudorum valvasini denominantur, id est, minimi valvasores, et sunt illi qui a superioribus, et nullus ab eis feuda tenent, quos et clientulos more nostro appellamus. Plurima tum[10]) eciam sunt nomina principibus et nobilibus secundum diversas regiones assignata, et a predictis differencia, que brevitatis gracia in presenciarum succindo.

Omnes autem predicti principes nobilesque in auxilium ministeriumque sacri imperii sunt instituti, ex quibus terrena perfectissime constituitur monarchia. Quorum proprium[11]) est officium rempublicam in terris sibi commissis tum regere, tum eciam ab oppressione defensare, invigilare commodis subjectorum, pacem diligere, justiciam colere, neque unquam nisi ad injuriam propulsandam bellum aliis inferre, ut legibus sacris et canonibus sancitum est, in Auth. de pace tenen. in[12]) rubro et in nigro coll. X. 33. q. I. c. noli de treuga et pace per tot. Illi

---

[1]) in L fehlt „autem“. — [2]) L Limpurg. — [3]) D vero. — [4]) L feminis. — [5]) in D fehlt „natos“. — [6]) in B fehlt „sive“. — [7]) L hat „L“ statt „text.“. — [8]) D Lansberg. — [9]) L Treger. — [10]) L tamen. — [11]) L primum. — [12]) in L fehlt „in rubro et in nigro coll. X“.

enim [ut et[1]) Platoni et Tullio in I. Offic. placet] non solum sibi, sed et patrie nati sunt, in qua sancte, pie et juste versari, nec[2]) nisi ut in pace sine injuria vivatur, arma capessere debent. Quod quidem onus etsi cunctis temporalem gerrentibus gladium incumbat, septem tamen principum electorum humeris precipue incumbere debet, qui in partem sollicitudinis Cesaris vocati sunt, et pars corporis ejus esse censentur.

Et notandum, quod legum disposicione solus princeps inter predictos gradus uti debet vestibus olosericis[3]), id est textis de optimo auro, quod in vulgari Ytalyco dicitur aurum foliatum, nec eciam tinctis[4]) murice, id est, sanguine muricis illius piscis, qui color[5]) preciosus est ut aurum, et hec omnia habentur in C. de vestib. oloser, et de auro etc.[6]) lib. XI[7]). Solus denique princeps in frenis et sellis equestribus, in baltheisque et zonis[8]) suorum vestimentorum pro ornatu suo potest uti hiis tribus gemmarum generibus, scilicet margaritis, smaragdis et iacinctis[9]). Sunt enim ille et propter virtutes, et eciam significatum ceteris preciosiores. Convenit enim principem privatis hominibus ornatu[10]) prepollere. Militibus tamen fibulis et baltheis suarum chlamidum[11]) de[12]) auratis et arte[13]) preciosa factis uti permittitur, dummodo in illis non sit ulla gemma intexta, exceptis ornamentis mulierum et annulis aureis, in quibus tam maribus quam feminis usus gemmarum permissus est; alias hujusmodi ornamenta deferentes legibus puniuntur, ut C. nulli licere in fren. et equest. sell. l. unica.[14]) libro XI[15]).

Tit. XIII. De militibus et veteri jure militari.

Venio nunc ad precipuum decus et stabilimentum Romani imperii rem[16]) videlicet militarem disciplinamque[17]), cujus tenacisimum vinculum apud Romanos milites syncerum semper et incolume servatum fuit, Valerio teste II. Tit. De discipl. milit., in cujus sinu ac tutela serenus tranquillusque beate pacis status requievit. Fortissimi etenim milites et ad augmentum et custodiam Romani principatus reique publice tuicionem ab olim potissime sunt instituti. Unde Vegecius, qui et ipse Romanus fuit, lib. I. de re milit. „Nulla alia re, inquit, videmus Romanum populum orbem subegisse terrarum, nisi armorum exercicio, disciplina castrensi, usuque milicie. Quid enim adversus Gallorum multi-

---

[1]) in B und D fehlt „et". — [2]) D neque. — [3]) L holosericis. — [4]) L tinctum. — [5]) in B fehlt „color". — [6]) in B und D statt „etc." folgende Stelle: „et tinccione sacri muricis in rubro et in nigro l°. XI". — [7]) in L fehlt „XI". — [8]) B sonis. — [9]) L hyacinthis, D iacetis. — [10]) in L fehlt „ornatu". — [11]) L chlamydum. — [12]) in L fehlt „de auratis". — [13]) L ante. — [14]) in L fehlt „l. unica". — [15]) L lib. II. [16]) in L fehlt „rem". — [17]) L disciplinam.

tudinem paucitas Romana potuisset? Quid adversus Germanorum severitatem[1] temporis[2] brevitas valuisset? Affrorum[3] dolis[4] atque diviciis impares fuimus; Grecorum artibus atque sapiencia nos vinci nemo dubitavit. Sed adversus hec omnia profuit militem solertem eligere, vim armorum cottidiano[5] docere exercicio, et regulam discipline semper in castris inviolatam servare“.

Dictus autem est miles a milicia, id[6] est duricia quam pro nobis sustinere consweverunt, vel a mille eo quod antiquitus ex mille forte unus precipuus strenuus eligebatur in militem, quasi milesimus dictus. L. I. § miles. D. de testam. milit. Eutropius autem in hystoriis[7] Romanorum tradit, milites ex eo nomen traxisse, quod Romulus condita urbe centum elegit senatores, quorum consilio omnia ageret, et mille pugnatores, quibus deliberata execucioni mandaret[8]: ideoque a millenario numero appellatos fore. Secundum tradicionem autem legum veteremque Romanorum observanciam non illico is in numero[9] militum referebatur, qui adhuc tiro[10] in expedicione aliqua et stipendiis publicis militabat, sed solum qui habebant omnia conrequisita ad miliciam L. penult. D. de testam. milit. Requirebantur autem sex ut militari gaudere[11] privilegio posset[11], ut refert gl. pulcherrima in l. penult. D. ex quibus caus. major.

Primum est quod sit de genere militarium et non sit negociator. Negociator enim quantumcunque ditissimus propter sui ignobilitatem ad miliciam aspirare non debet, ut C. ne negociat. milit. L. unica. lib. XII. et[12] § si quis rusticus. De[13] pace tenen.

Secundum conrequisitum, quod examinabantur an, ad militare exercicium esset idoneus. L. I. C. qui milit. non poss.

Tercium quod per Deum omnipotentem solempne prestabat juramentum, mortem se reipublice causa[14] non evitare, sed velle militare fideliter, et ante finitum assumpte milicie tempus nullo eventu miliciam[15] esse deserturum, nec quocunque inminente periculo a signis et vexillo discedere velle[16], ut Vegecius lib. II. cap. V scribit.

Quarto accingebatur per principem ense, ut L. filius familias. D. de testam. milit.

Quinto stigma, id est nota publica, seu caracter[17] nomen imperatoris continens brachio ejus dextro imprimebatur L. III.[18] C. de fabricens.

Sexto quia[19] inscribebatur in matricula militum, ubi nomina aliorum militum inscribi consweverunt. Unde[20] versus:

---

[1]) L proceritatem. — [2]) L nostra. — [3]) L Afrorum. — [4]) L dotis. — [5]) L cotidiano. — [6]) L vel. — [7]) L historiis. — [8]) D demandaret. — [9]) L numerum. — [10]) L tyro. — [11]) L gauderet. — [12]) D hat nach „et“ noch „in 10. coll.“. — [13]) in B fehlt „De pace tenen.“. — [14]) L caussa. — [15]) D militum (Schreibf.). — [16]) in L fehlt „velle“. — [17]) L character. — [18]) L 4. — [19]) L quod. [20]) in L fehlt „unde“.

„In brachiis stigma, jurant, examen et ensis,
Matricula faciunt militem absque negociatore".

Et hujusmodi milites multa habent privilegia in corpore legum eis concessa, dummodo tamen sint in expedicione sive in castris. Milites vero nostri temporis ex quo auctoritate superioris potestatem habentis creantur et professionem faciunt, sunt veri milites. Sed eorum [1]) milicia quamvis [2]) ense cingatur [3]), non est privilegiata, cum in eorum creacione ea que premissa [4]) est solempnitas non servetur; sed uti debent communi jure, secund. Bald. in l. penult. D. ex quibus caus. major. et [5]) Specul. Tit. de procur. § I. vers. Item quod est [6]) miles. Dicit [7]) autem Cyn. in l. I. C. de jur. et fac. ignor.: „milites nostri temporis nullum aliud habere privilegium, nisi quod in ingressu et potu aliis preferuntur". At plurimi ex militum grege reperiuntur hodie, nullo armorum exercicio vel stirpis eciam genere nobilitati sed ocio pocius et inercia torpentes ita se agunt, ut respublica in suis commodis eos nondum natos esse persenserit; eoque solum quod a principe in camera forte ense succincti sunt, honore gaudere militari volunt, quos ego non aliter tanti pendo, quam idiotam aliquem per Papalem bullam doctoratum.

Traditum est eciam, longo esse tempore observatum a tempore quo gentes fluxerunt ad Christum, militarium enses esse priusquam accingerentur tironibus [8]), solempni benediccione esse consecratos [9]), qua quidem benediccione contra hostes imprecabatur fortitudo, defensio religionis orphanorum et viduarum indefessa tutela. Sed ne utinam hodie gladius militaris eorum quos premisimus esset exterminator devastans. Meminerint tamen hujusmodi milites, qui ex professionis debito reipublice saluti et tuicioni intendere debent, se actibus [10]) se implicant. illicitis, militari dignitate se reddere indignos, neque inter claros milites locum sibi vendicare: deperditur enim propter demeritum, quod ob meritum militi est concessum. L. testamenta eorum. D. de testam. milit. de quo late 23. q. I. per tot. Adeo autem [11]) strenue apud Romanos quondam servabatur militaris censura, ut nullus infamis, nullus fidei [12]) fragus, aut ullo crimine irretitus permitteretur in exercitu et expedicione militari, sed statim a milicia remissus milicie cingulo solvebatur, ut habetur in L. II. D. de hiis qui not. infam. Nam in castris sive expedicione militantes ex triplici causa remittebantur a milicia: una fuit honesta missio [13]), utpote quia [14]) finita fuit milicia vel tempus per [15]) quod assumptus erat; altera fuit causaria que ante finitum tempus ex causa racionabili vel ob

---

[1]) L hat vor „eorum" noch „licet". — [2]) in L fehlt quamvis. — [3]) B und D cingantur. — [4]) L promissa. — [5]) D hat vor „et" noch „preall.". — [6]) in L fehlt „est". — [7]) L Dicunt. — [8]) D tyronibus. — [9]) L consecrandos. — [10]) L artibus. — [11]) B tamen. — [12]) L foedifragus. — [13]) B und D remissio. — [14]) L quod. — [15]) L ad.

necessitatem, aut infirmitatem vel etatem fiebat; etas autem sexaginta annorum fuit justa causa remissionis, quia[1]) post illud tempus dicuntur minui vires, nec amplius sufficere possunt ad bellandum. Pauperes autem remissi, qui amplius belligerare non poterant, Rome in tabernam meritoriam recipiebantur, ubi milites ob meritum vite stipendium a re publica suscipiebant[2]), in qua et tempore natalis Christi fons olei largissimo rivo per totam diem manare cepit in loco, ubi nunc templum S. Marie trans Tiberim[3]) situm est. Tercia fuit ignominiosa missio[4]), que fiebat ob crimen aliquod admissum[5]), vel quia[1]) alienavit arma contra preceptum ducis belli, vel fidem rupit[6]) vel prodidit[7]), vel hiis similia perpetravit; et tunc imperator solvebat eum a juramento et clipeo perforato retro ad dorsum pendente in signum infamie a milicia remittebat[8]). Nonnunquam eciam ob enormia crimina vel desertam miliciam illos exauctorabat, id est, militaribus insigniis ad instar clericalis degradacionis denudabat. Induebatur enim miles omnibus suis insigniis et armis, publiceque illi unum post reliquum detrahebat imperator, sicque milicia solutus castrisque rejectus privatus erat et consorcio et privilegio militari ut in c. degradacio. De pen. lib. VI. et probatur[9]) in l. II. §. miles. D. de infam. Nec talis ignominiose remissus[10]) audebat postea morari in urbe vel alibi, ubi erat imperator ut d. L. II. alle.[11]) Multis autem privilegiis hujusmodi milites gaudebant, precipue quoque in testamenti faccione, que adeo libera eis fuit, ut dum alii nisi cum legali et magna solempnitate testamenti[12]) faccionem haberent, milites tamen in conflictu et prelio, eo tempore quo vite sortem dubiam habebant, testari quocunque modo potuerunt. Proinde si quis in wagina mucronis aut clipeo literis sanguine rutilantibus annotaverit, aut eciam in pulvere scripserit gladio supremam voluntatem suam, stabilis permanebat. L. milites. C. de testamen. milit. ubi[13]) hec elegantissime disserit textus.

Sane miles postquam longo tempore militaverat, efficiebatur veteranus. Dicuntur autem veterani emeriti milites qui viginti annis ad minus in legione vel in vexillacione militaverunt, ut d. § ignominie. et not. in rubr. C. de veteran. lib. XII. Et illi majora privilegia precedentibus a legibus concessa habent, dummodo[14]) tamen[15]) honeste vivant. Nam (inquit L. veterani) qui ex negligencia vite neque rus colunt, neque aliquid[16]) honestatis peragunt, sed latrociniis sese dederunt[17]), omnibus veteranorum privilegiis exuti penis competentibus a[18]) provinciarum rectoribus subijciantur, ut[19]) in l. veterani tit. et li°. proxime all.

---

[1]) L quod. — [2]) L aere publico recipiebant. — [3]) D Tyberim. — [4]) B und D remissio. — [5]) L commissum. — [6]) B ruperit. — [7]) D perdidit. — [8]) L dimittebat. — [9]) D „per Bart" statt „probatur". — [10]) L dimissus. — [11]) in L fehlt „alle.". — [12]) L testari possent. — [13]) in L fehlt „ubi hec elegantissime disserit textus". — [14]) L dum. — [15]) D tum. — [16]) L honestatem. — [17]) L dediderunt. — [18]) L et. — [19]) L hat einfach „ut ibi".

Est eciam preter armatam miliciam juxta sacratissimarum legum tradicionem et altera milicia inermis, celestis videlicet, que est sacerdotum[1]), et literata qua sacri consistorii advocati militare dicuntur. Dicit enim Imp. in L. advocati. C. de advoc. divers. judic. Advocati qui ambigua dirimunt facta[2]) causarum sueque defensionis juribus[3]) in rebus sepe publicis ac privatis lapsa erigunt, fatigata reparant[4]), non minus provident humano generi quam si preliis atque vulneribus patriam parentesque salvarent. Nec enim solos militare credimus nostro imperio illos, qui gladiis, clipeis[5]), et thoracibus utuntur, sed eciam[6]) advocatos, [militant[7]) namque patroni] qui gloriose vocis confisi munimine laborancium spem, vitam et[8]) posteros defendunt.

Porro[9]) cum milicia in armatam et literatam partita sit, solet[10]) a nonnullis legum doctoribus in medium questio afferri, utrum doctor militi, vel e contrario miles doctori sit preferendus? Et quidem ad utramque partem auctoritates legum et raciones adducere conantur; tandem vero ab eis hec conflatur conclusio: Quod in actibus[11]) militaribus miles doctori, in doctoreis vero doctor militi sit preferendus, sicut et Papam in spiritualibus Imperatori, et[12]) in temporalibus Imperatorem Pape, ut in c. cum ad verum. XI.[13]) q. 6. In actibus[11]) vero indifferentibus secundum communem majorum nostrorum doctorem preferimus militi, prout not. Io. de Plat. Instit. de milit. testam. §. II. Magis enim reipublice utiles videntur leges quam arma, cum leges tanquam digniora disponant, arma autem disposita exequantur, ut in prohem[14]) Instit. notari conswevit.

Et[15]) est singulariter notandum, quod extra Romanum imperium milicia de jure non est dignitas, sed solum milites imperii dicuntur in dignitate constituti ut l. I. Co. de equestri dignit. li°. XII. § licet aliter de conswetudine servetur.

Et nunc de militibus pauca dixisse sat est. De aquila et armorum insigniis subsequenter videndum erit[16]).

---

[1]) P hat hier folgende Randbemerkung: nam clerici gaudent privilegio militari, in hiis saltem, que congruunt ordini clericali. De quo in c. eps (episcopus) de preben. et glo. in l. miles ff. de re jud. est eciam. — [2]) L fata. — [3]) L viribus. — [4]) P raparant (Schreibf.). — [5]) L clypeis. — [6]) D advocatis. — [7]) in L fehlt: [militant namque patroni]. — [8]) L ac fortunam. — [9]) in L fehlt die ganze Stelle von „Porro" bis „sit". — [10]) in L beginnt dieser Satz: „Solet autem multis". — [11]) L artibus. — [12]) L hunc autem in saecularibus Papae solemus praeferre. — [13]) L II. — [14]) L procem. — [15]) L, B und D: Est singulariter notandum, quod secundum leges imperatorias, solum milites Imperii dicuntur in dignitate constitui. Militia enim aliorum extra imperium Romanum non censetur de jure dignitas, licet de consuetudine servetur contrarium. L. unica. C. de equestri dignit. lib. 12. — [16]) L est.

Tit. XIV. De aquila et armorum insigniis.

Imperii[1]) nobilissimum armorum insigne aquila semper fuit, eaque causa a Romanis antiquitus in vexilli signum assumpta, tradente Valerio lib. I. quod Remo et Romulo[2]) in sacro Aventino monte observantibus auspicia, aquilas ibidem viderunt: quod quidem auspicium eo quod aquila omnium sit regina avium prosperrimi imperii signum esse voluerunt. Non tamen ipse[3]) Romulus Romani parens imperii, illico ab exordio ducebat aquilam in vexillo, sed fasciculos[4]) feni pro vexillis milites habuerunt. Verum crebescentibus bellis duces legionum in vexillo signum aquile signum primo detulerunt, unde Lucanus ait:

„Ut note fulsere[5]) aquile Romanaque signa“[6]).

Civitas[7]) vero Romana non aquile figuram, sed rubente campo transversaliter quatuor aureas descriptas literas defert in armis, videlicet: S P Q R, designantes senatum populumque Romanum. Ysidorus autem lib. 18. etim.[8]) dicit, aquile signum ideo legionum Romanarum fuisse vexillum, quod eadem avis, dum Iupiter[9]) adversus Titanos[10]) proficisceretur in bellum, ejus in auspicio feratur apparuisse, quam ille pro judicio victorie acceptam tutelamque suam auspicatus eam legioni signum dedit[11]), quo factum est, ut deinceps militum signis committeretur. Precipue quoque ea causa quod in ordinando bello legio acies faciebat alares, et quelibet legio habebat unum aquiliferum, id est, unum precipuum militem qui ferebat panderium cum signo aquile. Et est in hodiernum aquila coronata imperatorum armis inviolatum insigne consecratum, designans preeminenciam quam habet in mundo Cesarea sublimitas. Unde et in Ezechiele loquens propheta de Nabuchodonosor Orientis monarcha: „Aquila, inquit, grandis magnarum alarum, longo membrorum ductu, plena plumis venit ad Libanum, et tulit medullam cedri etc.“. Principalia autem signa legionum in bellis antiquitus fuerunt aquile, dracones et pile, cujus meminit Lucanus dicens: „Signa pares aquilas et pila minancia“[12]). Draconum signa ab Appollinis[13]) morte Pithonis[14]) serpentis inchoata sunt. Dehinc a Grecis et Romanis in bello gestari ceperunt. Pilam insigne[15]) constituisse fertur Augustus propter naciones sibi in cuncto orbe subjectas, ut exinde figuram ostenderet. Porro armorum usus ex eo primum adinventus est, ut illis imperium et quodlibet regnum, provincie, principatus, civitates et familie terrarum cognoscerentur.

Queritur autem, an cuilibet sua auctoritate sibi arma et insignia assumere liceat? Bart. de Saxo in tract. de insign. et arm.

---

[1]) L hat vor „Imperii“ noch „Quoniam“. — [2]) B Rumulo. — [3]) in L fehlt „ipse“. — [4]) L hat vor „fasciculos“ noch „et“. — [5]) D fulserunt. — [6]) L campo. — [7]) in L fehlt die Stelle von „Civitas“ bis „Romanum“. — [8]) L ethymol. — [9]) L Iuppiter. — [10]) D Titanas. — [11]) L sedit. — [12]) L immania. — [13]) L Apolline. — [14]) L Pythonis. — [15]) P in signo (Schreibf.).

putat, quod liceat. Sicut enim nomina adinventa[1]) sunt ad[2]) cognoscendum homines, ut C. de ingen. et manumiss. L. ad recognoscendum: ita eciam ista insignia inventa sunt, L. statuimus. D. de re divi.[3]) Sed talia nomina cuilibet licet imponere sibi ad placitum ut[4]) d. L. ad recogn., ergo idem videtur dicendum de armis. Posset autem sciscitari[5]) aliquis quid tunc revelaret hujusmodi arma habere ex concessione principis, respondet[6]) Bart. primo militem[7]) propter majorem nobilitatem, ut dicimus in testamento facto coram principe, ut L. omnium. C. de testamen. Secundo quod non potest alius[8]) ab alio prohiberi illa arma deferre. L. II. de jurisd. et l. minor. in princ. D. de minor. Tercio si duo assumerent eadem arma et insignia, nec de prioritate et[9]) posterioritate appareret, prefertur is qui a principe habuit, ut L. si duos. D. de excus. tutor. Quarto, quia si essent in exercitu vel alio loco, debent[10]) precedere arma que a principe sunt concessa. L. fin. D. de albo scrib. et[11]) c. per tuas. Ex de major. et obed. Et predicta vera ceteris paribus, ita quod illi eadem deferentes arma sint equales dignitate.

Sed emergit questio: Unus portat insignia seu certa[12]) arma, alius vult portare eadem, an ei hoc liceat, vel aliter prohiberi possit? Ad quod respondendum cum distinccione: Si unus assumit arma que alius portavit ab antiquo, et illius non interest, nec ex hoc aliquo modo leditur verisimiliter. Exempli gracia, quidam Teutonicus tempore indulgenciarum venit Romam, et ibi reperit Italicum deferentem arma et insignia suorum antiquorum, certe de hoc conqueri non poterit; propter distanciam enim locorum alter alterius armis gravari vel ledi non potest. Quando[13]) alterius[14]) multum interest, ut si homo odio plenus, cujus vite insidiantur multi, vult assumere arma hominis pacifici, et tunc non dubium[15]), quin prohiberi[16]) possit; idem si ex hoc honor et pudor primi aliquo modo lederetur: arg. L. judices. C. de judic.

Inter otiosos et de nobilitate disputantes eciam quandoque[13]) dubitatur, quis color in armis sit honorabilior[17]) aut nobilior altero. Et quamvis vulgarium secundum diversas consideraciones varia in hoc sit sentencia, at[18]) tamen Bart. quod considerando[19]) colorem in se racione sue proprietatis, color aureus dicitur nobilior[20]), quod per eum representatur lux. Constat autem nil luce esse nobilius epl'a[21]) inter claras, ibi nec est enim quicquam lumine clarius et in sacra scriptura pro excellenciori decore

---

[1]) B inventa. — [2]) in D fehlt „ad". — [3]) L milit. — [4]) in L fehlt „ut". — [5]) L suscitari aliquid quod. — [6]) L ut vult idem. — [7]) P multum (Schreibf.). — [8]) L aliquis. — [9]) L nec. — [10]) D deberent. — [11]) in D fehlt „et". — [12]) D cetera. — [13]) B und D Quanquam. — [14]) L hat vor „alterius" noch „autem". — [15]) L hat nach „dubium" noch „est". — [16]) L prohibere. — [17]) in L fehlt „honorabilior aut". — [18]) L dicit. — [19]) L considerato colore. — [20]) L nobilium. — [21]) L. l. inter claras. C. de sum. Trinit.

designatur sol, ut ibi: „Fulgebunt[1]) sicut sol justi.“ Math. 18. et alibi: „Resplenduit facies ejus sicut sol“; per quod nobilitas illius coloris apparet. Sequens[2]) eum nobilior est purpureus sive rubeus, qui figurat ignem, qui est super cetera elementa nobilius elementum, et est corpus post solem secundo luminosum. Post hunc colorem est azurius[3]) sive albus, per eum enim significatur aër, qui est corpus transparens et diaphanum[4]) et maxime receptivum lucis, et est sequens elementum post ignem, et est nobilior[5]) aliis. Unde predicti colores per id quod representant, dicuntur nobiliores, et cum lux sit nobilissima, cujus[6]) contrarium sunt tenebre, et ergo[7]) in coloribus, secundum se saltem, color niger est infimus. Colores autem medii nobiliores sunt, vel minus nobiles, secundum quod appropinquant plus albedini vel nigredini, et istud videtur esse de mente Aristotelis in lib. de sensu et sensato. In figuris autem animalium et aliarum rerum, cum ars imitatur naturam, illa insignia nobiliora sunt, que magis appropinquant nature, et proprietate rei quam designant, arg. L. si pater et eis[8]) D. de oper. libert.

Tit. XV. De imperialis curie celebracione, et Cesaree majestatis solempnitate.

Imperatoria majestas in ostensionem alte sue magnificencie nonnunquam cum principibus ac proceribus imperii sui solempnem conswevit celebrare curiam, que quidem magnifica curia prima vice in nobili Nurenbergensi[9]) opido[10]) Babenpurgensis[11]) dieceseos[12]), juxta Karoli quarti constitucionem celebranda est.

Die autem qua solempnis hujusmodi imperialis curia fuerit peragenda, venire debent circa horam primam principes electores ecclesiastici et seculares ad palacium imperiale sive regale[13]), et Imperator ipse vel Rex omnibus insigniis imperialibus induetur, et ascensis equis omnes comitantur Imperatorem ad locum sessionis aptate, et ibi quilibet eorum in ordine et modo suo astabit. Archicancellarius autem, in cujus archicancellatu[14]) curia celebratur, super baculo argenteo omnia sigilla et cyparia[15]) imperialia defert. Seculares vero principes electores sceptrum, pomum et ensem, secundum quod infra exprimetur, portabunt. Imperatrix eciam vel regina cum suis augustalibus amicta insigniis post Imperatorem Romanum atque eciam post regem Bohemie, qui Imperatorem immediate subsequitur, competentis spacii intervallo suis associata proceribus suisque comitata virginibus ad locum sessionis procedit. Imperatore autem ipso in solio imperiali sedente dux Saxonie

[1]) in D fehlt von „Fulgebunt“ bis „justi“. — [2]) L Secundus post. — [3]) L azureus. — [4]) L diaphonum. — [5]) L nobilius. — [6]) L ideo. [7]) L ergo. — [8]) in L fehlt „eis“. — [9]) B und D Nurenbergensium. — [10]) L oppido. — [11]) D und B Bambergensis. — [12]) D diocesis. — [13]) B regali (Schreibf.). — [14]) L archicancellariatu. — [15]) L typaria.

officium suum agit hoc modo: Ponetur enim ante edificium sessionis imperialis acervus avene tante altitudinis, quod pertingat ad pectus vel antelam[1]) equi, super quo sedebit ipse dux, et habebit in manu baculum argenteum mensuramque argenteam, que simul faciant 12 marchas argenti, et sedens super equo primo mensuram eandem de avena plenam accipiet[2]) ac[3]) famulo primitus venienti ministrabit eandem; quo facto figendo baculum in avenam recedit, et vicemarchalcus ejus[4]) puta de Bappenheim accedens, vel eo absente marchalcus curie alterius avenam ipsam distribuet. Ingresso vero Imperatore ad mensam principes electores ecclesiastici videlicet archiepiscopi stantes ante mensam cum ceteris prelatis benedicent eandem, et benediccione completa iidem archiepiscopi omnes, si adsunt, alioquin duo vel unus sigilla vel typaria[5]) imperialia[6]) a cancellario curie recipient, eoque in cujus archicancellatu[7]) curiam ipsam celebrari contigerit, in medio procedente et aliis duobus ex alterutro latere sibi junctis, sigilla et cyparia[6]) ipsa omnes quidem baculum in quo suspensa fuerint, manibus contingentes ea portabunt, et ante Imperatorem reverenter in mensam deponent, Imperator vero eadem ipsis statim restituet, et in cujus archicancellatu[7]) hoc fuerit, [ut prefertur] is majus sigillum collo appensum usque ad[8]) finem mense portabit, et deinceps, donec ad hospicium perveniat ab imperiali curia equitando. Baculus vero de quo premittitur esse debet argenteus, 12 marcas argenti habens in pondere, cujus tam precii quam argenti partem terciam unusquisque archiepiscoporum persolvet[9]); et baculus ipse protinus una cum sigillis et cypariis debet cancellario imperialis curie assignari in usus suos beneplacitos[10]) convertendo.

Deinde marchio Brandenburgensis archicamerarius accedet[11]) super equo habens argenteas pelues cum aqua in manibus ponderis 12 marcarum[12]), et pulchrum manitergium, et descendens ab equo dabit aquam domino Imperatori manibus abluendis.

Comes Palatinus Reni[13]) similiter super equo habens in manibus quatuor scutellas argenteas cibis[14]) impletas, quarum quelibet debet habere tres marchas, in statera, et descendens[15]) de equo portabit et ponet ante Imperatorem in mensa.

Post hec[16]) rex Bohemie archipincerna venire debet sedens similiter in equo portans in manibus cuppam[17]) sive cyphum[18]) argenteum ponderis 12 marcarum coopertum, vino et aqua permixtum[19]) impletum, et descendens ab equo cyphum ipsum Imperatori porriget ad bibendum.

---

[1]) L antilenam. — [2]) D accipiat. — [3]) L et. — [4]) in L fehlt „ejus". — [5]) L typaria. — [6]) in D fehlt die ganze Stelle von „imperialia" bis „typaria". — [7]) L archicancellariatu. — [8]) L in. — [9]) L solvet. — [10]) L beneplacitos convertendus. — [11]) L accedit. — [12]) D marcharum. — [13]) L Rheni. — [14]) in L fehlt „cibis". — [15]) L decedes. [16]) L hoc. — [17]) L cupam. — [18]) L syphum. — [19]) L permixtis.

Peractis autem hujusmodi officiis ille de Valkenstein [1]) subcamerarius equum et pelues marchionis Brandenburgensis accipiat; post [2]) se magister coquine de Nortenberg equum et scutellas comitis Palatini; vicepincerna de Lympurg [3]) equum et cyphum regis Bohemie; vicemarscalcus de Bappenheim equum, baculum et mensuram predictam ducis Saxonie. Imperialis insuper mensa sic debet aptari, ut ultra alias aule tabulas seu mensas in altitudine sex pedem sit alcius elevata, in qua preter Imperatorem Romanorum, dumtaxat die solempnis curie nemo penitus collocetur. Sedes vero et mensa imperatricis parabitur a latere in aula, ita quod mensa ipsa tribus pedibus imperiali mensa sit bassior, et totidem pedibus eminencior supra sedes principum electorum, qui principes inter se in una eademque altitudine sedes habebunt et mensas infra sessionem imperialis [4]) mense septem principibus electoribus ecclesiasticis et secularibus preparentur, tres videlicet a dextris, et tres alie [5]) a sinistris, et septima directe versus faciem Imperatoris, ita quod nullus eciam [6]) alius, cujuscunque dignitatis vel status existat, sedeat inter ipsos ad mensas eorundem etc. [7]).

Est eciam sciendum, quod quociencunque [8]) congregacio Imperatoris et principum electorum predictorum fit, Imperatore deambulante insignia ante faciem ejus portari contigerit [9]), archiepiscopus Trevirensis in directa diametrali [10]) linea ante Imperatorem transibit, illicque soli medii inter eos ambulent, quos imperialia contigerit insignia deportare.

Dux autem Saxonie imperialem ensem deferens Imperatorem immediate precedat, et inter illum et archiepiscopum Treverensem medius habeatur.

Comes vero Palatinus pomum imperiale [11]) portans a latere dextro, et marchio Brandenburgensis sceptrum deferens a latere sinistro ipsius ducis Saxonie linealiter gradiantur.

Rex autem Bohemie [12]) Imperatorem ipsum immediate nullo interveniente sequatur, prout hec in Karoli quarti Augusti aurea bulla lacius declarata reperiuntur etc. [13]).

Tit. XVI. De hiis, que ad Imperatoris spectant officium; et defectus [14]) imperii causis.

Imperialis celsitudinis solercia etsi curie tocius reipublice ex officii debito intendere debeat, potissimum tamen ad colendam justiciam, tuendam religionem [15]) et pacem ubicunque per latissimos

---

[1]) D Falckenstein; L Falkenstein. — [2]) L post eum. — [3]) L Limpurg. — [4]) L imperialem. — [5]) in L fehlt „alie". — [6]) in L fehlt „eciam". — [7]) in L fehlt „etc.". — [8]) L quotiescunque. — [9]) L contingit. — [10]) D dyametrali. — [11]) D imperialem (Schreibf.). — [12]) D Boemie. — [13]) in L fehlt „etc.". — [14]) D defectivis. — [15]) L relligionem.

imperii terminos nutriendam die noctuque debet invigilare. Ad hoc enim solium [1]) occupat terrene majestatis, hac racione temporalem gerit gladium, ad ipsum a summo optimoque Deo et ejus vicario tocius militantis ecclesie et advocatus et protector constitutus est [2]). Hinc illa gloriosissima et digna principe Iustiniani vox insonuit [3]) in Auth. ut judic. sive [4]) quoque suffrag. Collat. 4. sic ibi exordiens: „Omnes nobis dies ac noctes contigit cum omni lugubracione [5]) et cogitacione degere, semper volentibus, ut aliquid utile et placens Deo a nobis prebeatur, et non in vano vigilias ducimus, sed in hujusmodi causis expendimus consilia pernoctantes, et noctibus sub equalitate dierum utentes, ut nostri subjecti sub omni quiete consistant etc.".

Principes enim, ut Ysaias [6]) exclamat, ea que sunt digna principe [7]) cogitare debet [7]).

At de prima parte, videlicet justicia colenda, parumper dicendum est. Ad Imperatorem et alium quemcunque principem seculi spectat facere judicium et justiciam, pauperemque de manu calumpniantis redimere, impios de terra perdere, homicidas et raptores dampnare, remque publicam perturbantes non sinere vivere, ut 33. q. V. c. regum et c. sunt quidam. Idque non solum divini et humani juris, sed et gentilium quoque [8]) libri continuo boatu perclangunt. Remota namque justicia, quid sunt regna nisi magna latrocinia? ut Augustinus IV. de civitate Dei inquit. Gentilis denique philosophus Aristoteles V. Ethicorum preclarissimam virtutum illam esse affirmat, ita ut necque lucifer, neque vesperus adeo sit admirabilis.

Que utique si culta foret et coleretur parvum [9]) jam et angustum imperium adhuc latum et potens haberemus; sed quoniam cecidit virtus, et imperii vires corruerunt. Hujus ego rei nullam aliam causam [10]) arbitror, quam quod Platonis sentencia contempnitur, qua philosophiam Boëcius alloquitur I. De consolat. dicens: „Beatas fore respublicas, si eas vel studiosi sapiencie regerent, vel earum rectores studere sapiencie contigisset". Nunc autem equestre indoctumque consilium, pacis raro amicum, senatus principum regit: [doctissimorum [11]) autem virorum sentencia reipublice salutaris, si quando limen concionis ingreditur, aut omnino contempnitur, aut ut [12]) stolida irridetur. Obijcitur namque illi, non codicibus sed asseribus hauriri oportere prudenciam. Sed vae terre, ubi asseres et private cujusvis opiniones sanctissimis et equissimis majorum prevalent institutis.

---

[1]) L solum ... apicem terrenae dignitatis. — [2]) in L fehlt „est". — [3]) in D fehlt von „insonuit" bis zu „exordiens". — [4]) L sine quo. [5]) L lucubratione. — [6]) L Isaias. — [7]) L principibus . . . debent. — [8]) in L fehlt „quoque". — [9]) L primum; D partium. — [10]) L caussam. — [11]) in P fehlt die eingeklammerte Stelle von „doctissimorum" bis zu „potest", während L, B und D dieselbe bis auf Note 5 übereinstimmend haben. — [12]) in L fehlt „ut".

Est enim verax judicium dissoluti incompositique regiminis, quod vix aut nunquam stabile est, aut optata pace gaudere potest]. Quid dicam de legum equissimarum jurisque scripti observacione, que fere nulla est; sed jure incerto vivitur, et in multitudine illiterata, quod unicuique sui arbitrii discrecione visum est, id in judiciis vim legum obtinere volunt. Quod quam periculosum inconstansque sit judicium, ex[1]) Ovidii auctoritate[2]) dinosci poterit[3]) dicentis: „Pectoribus mores tot sunt, quot in orbe figure". Quot enim sunt capita, tot sentencie esse putantur. de consecr. dist. IV. sicut in sacramentis. L. item si unus. § principaliter. D. de arbitr.[4]). Et[5]) hinc eximius Ambrosius vir divina pariter et humana sapiencia precipue pollens, supra psalm.: Beati immaculati, et transsumptive in c. judices 3. q. VII.[6]) ait: „Bonus judex nichil ex arbitrio suo facit, et domestice proprie voluntatis, sed juxta jura et leges pronunciat, nichil paratum et meditatum de domo defert, sed sicut audit et judicat, et sicut se habet natura decernit[7]), obsequitur legibus, non adversatur, examinat cause merita, non mutat". Et post pauca: „Qui judicat, non voluntati sue obtemperare debet, sed tenere quod legum est". Hec Ambrosius. Et sapientissimus Salomon: „Fili, ait, ne innitaris[8]) prudencie tue." c. ne innitaris. De constit.

Neque ulla major michi abusio esse videtur, quam exteras naciones sacratissimas[9]) leges colere, nosque qui nostris in laribus legum conditorem fovemus, illas minus curare, et per eos qui rus colunt, jus in provinciis dictari, qui ob ignaviam a juris noticia legibus excusantur. Procul dubio non sine magna racione ille triumphantissimus imperator Iustinianus non minus legibus quam armis gloriatus est, dum in prohemio[10]) institutorum sic dicit: „Imperatoriam majestatem non solum armis decoratam, sed eciam legibus oportet[11]) esse armatam, ut utrumque tempus et bellorum et pacis recte possit gubernari". Que duo, videlicet leges et arma Romanos tocius orbis dominos effecerunt, ut idem Imp. C. de novo Cod. in princ.[12]) compon. attestatur. Unum enim alterius auxilio semper eguit, in omnique regno bene instituto necesse est arma per leges dirigi, legesque[13]) per arma tueri; quod ubi non fit, impossibile est rempublicam diu posse subsistere[14]) quod melius ipsi[15]) experimento didicimus, quam codicibus legamus. Ymo[16]) ut Ciceroni I. de offic. placet, plerumque magis leges quam arma sunt reipublice necessaria. Pausanias enim et Lysander Lacedemoniorum principes, quamvis

---

[1]) L hat vor „ex" noch „vel". — [2]) D hat dazu am Rande: „Ovid. De arte amandi". — [3]) L potest. — [4]) B und D haben nach „arbitr." noch die Stelle: „et diversitatem corporis diversitas sequitur animorum". — [5]) in L fehlt „et". — [6]) L. q. 8. — [7]) L decenter. — [8]) P inniteris. — [9]) D sanctissimas. — [10]) L procemio. — [11]) L decet. — [12]) in L fehlt „in princ.". — [13]) L leges. — [14]) L sustineri. — [15]) in L fehlt „ipsi". — [16]) L imo.

rebus bello gestis imperium eorum dilatasse putentur, minima tamen parte Lycurgi legibus sunt comparandi; neque Q. Catulus vir senatorius Cn. Pompeio duci bellicis laudibus habundanti[1]), neque Publ. Nasica Africano bellicosissimo viro in commoditatibus reipublice cedere videbantur. Utque in lib. de senectute, ejusdem Ciceronis preclara extat sentencia: „Non viribus, aut velocitate, aut celeritate corporum res magne geruntur, sed consilio, auctoritate, sentencia; malleque se, inquit, habere vires ingenii Pithagore, quam corporis Milonis. Cedant ergo arma toge, concedant[2]) lauream lingwe".

Quam autem maxime nunc arma jura defensent, quam eciam obedienter legibus arma obsequantur, non solum viduarum puppillorumque[3]) lamentum, sed et gravissimorum virorum ingens et antiqua demonstrat querela.

Eo quippe res (proh dolor) redacta est, ut non modo vi oppressus vix judicem, ad quem recurrat, inveniat; sed et dum post longos laborum circuitus vix tandem judicatum obtinere contigerit, desint[4]) tamen plerunque, qui res judicatas execucioni demandare aut velint[5]) aut possint[6]).

Hinc jam patria continuis diffidacionibus exagitatur: hinc jam tela volant, furibunde sparguntur faces, hinc armorum circumsonat[7]) fragor, et injuriosus mucro omnia et omnia sternit[8]).

Cujus sane perniciei illorum[9]) solum culpam esse dixerimus[10]), quibus ad vindictam malorum, laudem vero bonorum ensem deferre concessum est, vel verius forsitan nostris culpis demeritisque exigentibus fortis et justus Deus illa permittit, et principes juxta mores nostros nobis concedit. Ut enim, inquit Ieronimus[11]) in c. audacter. 8. q. I. non semper princeps populi et judex ecclesie per Dei arbitrium datur[12]), sed prout merita nostra deposcunt. Si mali sunt actus nostri, et operamur maligna in conspectu Dei, dantur principes nobis secundum cor nostrum. Dicit namque Dominus in scripturis: „Fecerunt sibi regem, et non per me principem". Et hoc dictum videtur de Saule illo, quem etsi Dominus elegerit et regem fieri jusserit, non tamen secundum Dei voluntatem, sed populi petentis meritum fuit electus.

Tit. XVII. Quod Cesareus animus ad divini cultus augmentum semper debet esse intentus.

Ad divinum cultum imperator, reges et principes toto conatu et sollicitudine tanquam ad finem debitum studere debent. Ob quod ille magnificus Salomon ait: „Deum time et mandata ejus

---

[1]) L abundanti. — [2]) L concedat laurea linguae. — [3]) D puppillorum. — [4]) L deficit. — [5]) L velit. — [6]) L possit. — [7]) L arcuum sonat. — [8]) L prosternit. — [9]) L illos. — [10]) L diximus. — [11]) L Hieronymus. — [12]) D datus.

observa, et[1] hoc est, omnis homo". Quamvis autem iste finis omnibus sit necessarius, regi tamen potissimum propter tria, ut quia[2] homo, quia[2] hominus, et quia[2] rex.

Primo ut homo, quia[2] ille singulariter pre ceteris creaturis factus est ad imaginem et similitudinem Dei. Hinc Apostolus in actis Apost. dictum[3] Arati poëte introducens ait: „Nos genus Dei sumus". Ex hac itaque racione debitores sumus omnes Deo in generali, ad ejusque divinam reverenciam astringimur omnes[4], precipue tamen principes, in quantum plus participant de nobilitate humane nature racione sui generis, ut probat philosophus in sua Rhetorica. Qua profecto racione motus est Cesar Augustus, qui divinos sibi honores a populo Romano exhiberi passus non est; sed a Sibilla[5] Tiburtina edoctus illos ad suum referri voluit creatorem.

Secundo competit imperatori[6] et cuicunque regi divinum tueri cultum, ut domino, quia[2] non est potestas nisi a Deo, ut Apostolus scribit ad Rom., et quia[7] vices[8] ejus gerit in terris, totaque virtus imperii a Deo dependet, influitque in regem ut ministrum. Unde quia[2] Nabuchodonosor magnus ille Orientis monarcha suum dominium a Deo non recognovit defluere, secundum imaginativam anime sue potenciam in bestiam translatus est, ut scribitur 4.[9] c. „Septem enim, ait Daniel, tempora mutabuntur super te, donec scias, quod dominetur excelsus in regno hominum, et cuicunque voluerit, det illud". Quam vero devocionem gloriosus ille legum restaurator Iustinianus imperator habuerit ad Deum, hiis verbis declaratur. Ait enim in L. I. C. de vet. jur. enucl.: „Deo auctore nostrum gubernante imperium, quod nobis a celesti est majestate traditum, et bella feliciter peragimus, et pacem decoramus, statumque reipublice sustinemus, et[10] ita nostros animos ad Dei omnipotentis erigimus adjutorium; neque armis confidimus, neque nostris militibus, neque bellorum ducibus, vel nostro ingenio, sed omnem spem ad solam referamus[11] summe providenciam Trinitatis, unde et mundi tocius elementa processerunt, et eorum disposicio in orbem terrarum producta est". Et alibi ait: „Cura nobis diligens est per omnia superni numinis religionem tueri". L. unica. C. nem. lic. sign. Salvat et in L. Manicheos C. de heret. Quod in religionem divinam conmittitur, in omnium fertur injuriam.

Tercio imperator non modo ut homo, aut dominus, sed eciam ut rex ad divinum astringitur cultum, quia[2] oleo sacro inungitur[12]; unde et reges Israhelitici populi, Christi domini,

---

[1]) in L fehlt „et". — [2]) L quod. — [3]) in D fehlt „dictum". — [4]) in D fehlt „omnes". — [5]) L Sibylla. — [6]) in L fehlt „Imperatori et cuicunque". — [7]) L qui. — [8]) D vicarius. — [9]) D hat vor „4. c" noch „Daniel". — [10]) in L fehlt die Stelle: „et ita nostros animos ad Dei omnipotentis erigimus adjutorium". — [11]) L referimus. — [12]) L iungitur.

propter excellenciam virtutis vocabantur, quia[1]) per hanc inunccionem[2]), ut tangit Augustin. de civit. Dei, figurabatur futurus rex et sacerdos, juxta Danielis propheciam: „Cum venerit, inquit[3]), sanctus sanctorum cessabit unccio vestra.“ In quantum ergo reges figuram gerunt unccione sua illius, qui est rex regum et dominus dominancium, debitores sunt reges ad imitandum ipsum, ut sit debita proporcio figure ad figuratum. Necesse itaque est regi, et omni principi revereri Deum suosque sacerdotes precipue[4]) propter sui regiminis conservacionem. Romani namque rerum domini non alia racione suum imperium prosperatum esse arbitrati sunt, quam quod deorum suorum culturam tenerrime observabant, ut multis exemplis recitat Valer. lib. I. cap. de relig. neglec.[5])[6]). Ob quam causam Romulus primus urbis conditor in primordio sui dominii fabricavit asylum[7]), quod templum Pacis nominabat, multis amplificans graciis pro cujus numine[8]) reverencia omnem sceleratum ad ipsum confugientem reddebat inmunem. Si denique veteris et novi testamenti revolvimus codicem, reperiemus omnes reges ad divinam intentos reverenciam, felici cursu consummasse dominium, et in contrarium agentes miserum exitum consecutos, ut nempe antiquis hystoriis[9]) traditum est. In qualibet monarchia ab exordio seculi tria se invicem concomitata sunt, divinus cultus, sapiencia scholastica, et potencia secularis. Que quidem omnia in rege Salomone suis ex meritis sunt consummata. Per divinam enim reverenciam cum descendisset in Ebron oracionis locum, assumptus in regem, consecutus est sapienciam, et ex utroque super universos reges sui temporis magnificatus est. Postquam vero ab optimi Dei cultu recessit, felicitas omnis que se prius in eum congesserat[10]), ablata fuit[11]), gloriaque ejus regalis misere prostrata est[12]).

Tit. XVIII. Quod Imperatoris maxime est in orbe terrarum conservare pacem, et stratas publicas tenere securas.

Decorare pacem, remque publicam perturbantes compescere imperatoris et cujuscunque principis maxime proprium esse debet; idque

---

[1]) L et quod. — [2]) L iunctionem. — [3]) in L fehlt „inquit“. — [4]) in L fehlt „precipue“. — [5]) in D fehlt „neglec.“. — [6]) Zu „Valer. lib. I. cap. de relig. neglec.“ hat P (Fol. 58, unten) folgende Randbemerkung. „Nam in c. VI°. ejusdem tituli sic ait de cuncta Roma: Nunquam remotos ab exactissimo cultu ceremoniarum oculos habuisse (?) nostra civitas existimanda est. Et in c. VIII°., omnia post religionem ponenda nostra civitas duxit. Ita se humanarum rerum habitura regimen existimavit, si divine pietati bene atque constanter esset famulata“. Hoc Valerius Maximus, qui et Romanus fuit. — [7]) D asillum. — [8]) L numinis. — [9]) L historiis. — [10]) L commiserat. — [11]) in L fehlt „fuit“; (die verderbte resp. fehlende Stelle ist in L mit einem Stern bezeichnet, zugleich steht am Rande „* Mendon“. — [12]) in L fehlt „est“.

magnopere curare, ut stratas viatores habeant securas. Vie[1]) namque publice communes sunt omnibus non modo[2]) legibus gencium, sed et jure quodam nature, propter quod prohibentur a nemine occupari, nec ullo temporis cursu prescribi possunt. Unde[3]) in lib. Numer. via publica, Regia via, apellatur. [Qua[4]) ex re princeps et quivis alius dominus territorium habens tenetur de robaria et depredacione viatorum intra[5]) suum territorium facta, si fuit sciens et potuit prohibere, secundum omnes utriusque juris doctores. Non enim debet pati, ut maleficium committatur super suo, ut not. in l. I. C. de fal. mone. et in c. I. de restit. spol. Secus si prohibere non potuit, l. I. § is autem. D. si famil. furt. fecis. dic. et idem S. Thomas. II. 2. q. 62.[6]) artic. 7. Principes enim tenentur custodire justiciam in terra, unde si per eorum defectus latrones increscant, ad restitucionem tenentur, quod reditus[7]) quos habent, sunt quasi stipendia ad hoc instituta, ut justiciam et pacem conservent in terra]. Et quo magis principes ad hanc securitatem promovendam prompciores existerent, legibus permissum est eis, imperatoris tamen auctoritate, a transeuntibus pedagia et theolonia[8]) exigere. Cedit preterea non modo in laudem principis, sed et[9]) in utilitatem quoque maximam ipsius redundat vias publicas tenere securas, propter confluxum hominum ac mercium[10]), propter[11]) quas dominia plurimum ditari solent. Potissimum namque in urbe aucta fuit respublica propter vias quas tenebant expeditas, et quo magis id fieri posset, sub simulacione callida nominibus Kalendarii permutatis nundinas in urbe celebrarunt, quatenus latrones ignorarent, ut Computiste scribunt. Rursus ex hoc divinus frequencius augetur cultus: quanto enim liberior est aditus viarum ad limina sanctorum, tanto sunt prompciores homines ad reverenciam divinam. Unde et precipua fuit cura Romanis stratas faciendi securas ob idolorum cultum, quem Roma [ut in preced. cap. dixi] integerrima veneracione zelabat, neque alia racione tam severe crassabantur[12]) in Christianos primitivos, quam quod diis eorum maximoque Iovi obsequium se prestare putabant.

Et divina scriptura in Esdra[13]) commemorat frequenciam templi impeditam fuisse propter hostiles incursus.

---

[1]) P hat vor „Vie“ die Randbemerkung: „ymo dominus tenetur de roboria et rapina in suo territorio facta, si scivit et prohibere potuit, et non prohibuit. Non enim pati debet, ut maleficium committatur super suo, ut l. I. C. de fal. mone. et no. in c. I. de restit. spolia. — [2]) D in. — [3]) in L vor „in“ noch „et“. — [4]) in P fehlt die ganze Stelle von „Qua ex re princeps“ bis zu „in terra“, während dieselbe in gekürzter Form allerdings als Randbemerkung (vgl. Note 1.) weiter oben im Pariser Manuscript enthalten ist; B, D und L haben sie in vorliegender Form. — [5]) D infra. — [6]) L 61. — [7]) D redditus. — [8]) L telonia. — [9]) in L fehlt „et“. — [10]) L mercimoniorum. — [11]) L per quae. — [12]) L grassabantur. — [13]) B Esdre.

Principes quoque tum[1]) maxime eciam[2]) tenentur ad pacem servandam, ut utriusque juris pagina clara voce proclamat 23. q. I. c. noli. De treuga et pace, per tot. in[3]) Authent. de pace tenen. in[4]) rubro et in nigro coll. X. Christus enim in monte ait: „Pacem meam do vobis". Math. 10. c. nisi bella 23. q. I. Non est ergo heres Christi[5]), qui pacem ejus testamento relictam non habet. Et qui contra pacem ecclesie faciunt, si dignitatem aut cingulum habent, nudentur eis dicit text. 24.[6]) q. 1. qui contra pacem.

Solent autem per gl. in c. ad apostilice. De re judic. lib. VI. sex cause in medium adduci[7]), propter quas non est pax inter homines. Prima, quia non puniuntur[8]) maleficia. Eccles. 4. De offic. leg. c. I. lib. VI. 23. q. II. dominus. Secunda habundancia[9]) temporalium. Genes. 13. facta est rixa inter pastores Abraham et Loth. Tercia, quia non occupantur homines in[10]) pugna contra demones, ad Ephes. V. non est colluctacio adversus carnem. Quarta, quia non consideramus dampna gwerre[11]), in qua divicias, corpus et animas perdimus. Quinta quia non premeditamur dubium eventum belli. Sexta causa, quia non servamus precepta Dei, nec decimas solvimus, que debentur Deo et ejus ministris in signum universalis dominii, sicut et tributum Cesari. 16. q. I. c. revertim. Et ergo plerumque[12]), quod non capit Christus, tollit[13]) fiscus. 16. q. 7. majores.

Sed audiant principes terre horrendum dictum Ysidori lib. III. de sum. bono. et habetur 33. q. V. principes[14]), ubi dicit: „Cognoscant principes seculi, se debere reddituros racionem propter ecclesiam, quam a[15]) Christo tuendam suscipiunt". Nam sive augeatur pax et disciplina ecclesie propter fideles principes, sive solvatur; ille racionem ab eis exiget, qui eorum potestati suam ecclesiam credidit committendam. Sane cum[16]) gloriosus Deus [testante in 18. de Civit. Dei, Aur. Augustino] hac precipue causa Romanis deferret[17]) imperium, ut per eos qui virtutibus et justicie cultu ceteras gentes anteibant, humanum genus in unam societatem reipublice legumque perductum longe lateque pacaret. Minime profecto mirandum, si istud[18]) potentissimum quondam et invictum imperium, exiguum hodie et pene contritum videamus. Virtute enim[19]) prudencia, justicia, moribus,

---

[1]) in L fehlt „tum". — [2]) in L fehlt „eciam". — [3]) L Item. — [4]) in L fehlt: in rubro et in nigro. coll. X; D hat übrigens statt „Authent." „in auctoritate". — [5]) L eius. — [6]) D. 34. — [7]) L afferri. — [8]) L puniantur. — [9]) L abundancia. — [10]) L in contrariis. — [11]) L guerrae. — [12]) in L fehlt „plerumque". — [13]) L rapit. — [14]) L hat vor „principes" noch „c". — [15]) in L fehlt „a". — [16]) in L fehlt „cum". — [17]) L deferebat. — [18]) L illud. — [19]) P hat als Randbemerkung diese Stelle noch in folgender Form: „Cum enim felix illud regium, imperiumque, justicia, virtute, prudencia, legum sacratissimarum observancia, fide et equitate ac rerum omnium moderacione ab inicio acquisitum sit, illudque solum hiis artibus retineri possit, quibus a principio

disciplina, et rerum omnium moderacione, tum rebus bello et pace egregie gestis felix illud et regium imperium a principio acquisitum [1]) et amplificatum est. Quod quidem solum hiis artibus retineri potest, quibus ab inicio partum est, testante in [2]) prologo Catilinarii Salustio; deserente [3]) imperio justiciam, jura, leges, sapienciam, ceterasque virtutes deseruerunt latissimi [4]) terrarum et maris termini spreverunt id gentes, pedetentim jugum collo solventes. Adeoque in angustum redacti sunt imperii fines, ut cum olim totum terrarum orbem, preter modicas Orientis partes, possideret alma corona, nunc cunctas maris terreque oras preter paucas regiones Occidentis amisisse cernatur, vixque, proh dolor, prioris imperii umbra nobis figuraque relicta sit.

At illustres Germanie principes vos mea oracione alloquor Nimio [5]) enim in rempublicam imperii affectu impellente me cohibere non possum. Ingenti accuracione, magno certe et preclaro laudis cumulo exercicioque virtutum regnum mundi progenitores [6]) vestri meruerunt. Illud adhuc late potens [7]) et amplissimum quidem in vestram dederunt fidem, sed vestra negligencia, vestra desidia, et [si dicere licet] discordia vestra in eum statum, quem hodie madentibus cernimus oculis redactum est [8]). Quam dabitis racionem altissimo? Nunquam hac dissimulacione, o Imperator, vere te Augustum denominabis. Omnes [9]) enim in te oculi respiciunt: inferiores per te se excusant, ad quem precipue hanc rem pertinere existimant, qui caput es in orbe Christiano constitutus. Nam [10]) inclita sponsa fidei anulo tibi subarrata, scissa nunc ac dilacerata, veste justicie orbata oculo manicaque ad se defendendum manu, uberes tibi profundit lacrimas irrogate injurie te sibi vindicare [11]) implorat. Exurge igitur jam tandem, qui dormis. Memento sub tua fide inclitum imperium, Germanie decus, mundique coronam subsistere. Leva in circuitu [12]) oculos tuos, et pulcherrimo optimoque imperio variis jamdudum attrito langworibus [13]) pia ope subveni. Accendant te exempla majorum tuorum. Germanie in te laus antiqua refloreat. Erige ergo, o erige in potencia, quam adhuc certe maximam habes, brachium virtutis tue, ac ensem a celesti tibi majestate traditum longe lateque vibrare, ut Virgilianum illud denuo in te impleri speremus:

„Super Garamantas et Iudos proferet imperium“.

et quod in Iulii quoque Cesaris laudem editum est:

„Imperium Oceano, famam qui terminat astris“.

---

partum est, testante in prologe Cathelinarii Salustio, ut ejus excidium dietim sequatur necesse est“.

[1]) L adquisitum. — [2]) in D fehlt „in“. — [3]) L descrescente. — [4]) in L fehlt „latissimi terrarum et maris termini spreverunt id“. — [5]) L me etenim nimio. — [6]) L maiores. — [7]) L patens. — [8]) in L fehlt „est“. — [9]) B oculi enim omnium. — [10]) in L fehlt diese ganze Stelle von „Nam inclita sponsa“ bis zu „vindicare implorat“. — [11]) D vindicem explorat. — [12]) L circuitum. — [13]) L languoribus.

Diceres forte, princeps serenissime, superioribus Augustis potentissimum erat imperium, suffragabatur eisque[1]) erarium opulentissimum, quo id facilius, quod hortaris, perficere potuerunt. Nunc vero imperii partes michi omnes in circuitu diripuerunt, aquilam meam pennis deplumarunt, diminuta est potencia, virtus exhausta, exiguum est erarium.

At ne, maxime regum pater, hec te frangat sentencia, precor. Ideo enim illi et latissimum et auro refertum imperium habuerunt, quia[2]) accuratam hiis deligenciam impenderunt, noctes nonnunquam transibant[3]) insompnes, ut subjectorum commodo promoverent. Quod[4]) hiis cessatum est, felicis simul prosperitatis deficit augmentum. Salomon regum Israel gloriosissimus non opulenciam, non potenciam, sed solum, ut digne subjectos regere posset, adoptavit[5]) sapienciam; qua adepta cetera omnia felici accessione in eum congesta sunt, ita ut regum omnium, qui ante ipsum fuerant in Israël, magnificentissimus et[6]) diceretur et esset. Catho[7]) denique Romane prudencie clarissimum lumen, augustum senatum hiis verbis quondam alloquens: „Nolite, inquit, patres existimare, majores nostros armis rempublicam ex parva magnam fecisse, sed quia eis fuit domi industria, foris justum imperium, in consulendo animus liber, nec delicto nec libidini obnoxius".

Hanc tu, optime Princeps, sentenciam crebrius rimari velis, virtuteque duce omnia aggredi, qua [Plauto teste ut in Amphitruone canit] salus, vita resque et patria tutantur. Virtus enim omnia in se habet, omnia bona assunt illi, quem penes est virtus. Quod si feceris eneydum[8]) illud Virgiliano carmine tibi polliceri poteris:

„In freta dum fluvii current, dum montibus umbre
Sylvasque[9]) fere lustrabunt, connex polus[10]) a dum sidera pingent[11]);
Semper honos nomenque tuum laudesque manebunt".

Tit. XIX. De forma Rom. Imperatorem suscipiendi, cum urbem aliquam duxerit ingrediendam.

Cum Romanorum rex vel imperator urbem aliquam ingressurus est, totus clerus processionaliter sibi occurrere debet[12]), quod tum[13]) universitas doctorum et scholarium, si aliqua ibidem fuerit, similiter facere non omittat. Omnes campane pulsari debent, et cantabitur introitus misse de epiphania: „Ecce adveniet

---

[1]) L eis. — [2]) L quod. — [3]) L transigebant. — [4]) P hat vor „Quod hiis" resp. hiezu die Randbemerkung: Nam, ut inquit Salustius, florente Roma ipsum domi milicieque boni mores colebantur concordia; maxima avaricia erat jus bonum; et justicia colebatur, cives cum civibus de virtute . . . ., in deorum cultu magnifici, in amicos fideles erant. — [5]) L optavit. — [6]) in L fehlt „et". — [7]) L Cato. — [8]) L Aeneadum. — [9]) in D fehlt „Sylvasque fere". — [10]) D pascet. — [11]) L poli. — [12]) P debent. — [13]) L etiam.

dominator dominus, et regnum in manu ejus, et potestas et imperium“, cum versu: „Deus judicium tuum regi da, et justiciam tuam filio regis. Gloria patri, sicut erat in principio“. Et repetitur introitus, quo finito cantabitur responsorium: „Ecce mitto angelum meum, qui precedat te, et custodiat semper. Observavi et audivi vocem tuam, et inimicus ero inimicis tuis, et affligentes te affligam et precedet te angelus meus“.[1]) Subjungendus est versus cum repeticione.

Cum autem ventum fuerit ad ecclesiam, sit sedes parata ante majus altare pro rege orante[2]), et dicatur: „Kyrie eleyson, Christe eleyson, Kyrie eleyson. Pater noster. Et[3]) ne nos inducas. etc.“. Versus: „Domine salvum fac regem“. Vers.: „Mitte ei, Domine[4]), auxilium de sancto“. Vers.: „Esto ei Domine turris fortitudinis“. Vers.: „Nichil proficiat inimicus in eo. Domine exaudi oracionem meam.[5]) Dominus vobiscum. Oremus: Deus qui ad predicandum eterni regis[6]) ewangelium[7]) Christianum imperium preparasti, pretende famulo tuo imperatori nostro, Friderico, arma celestia, ut pax ecclesiarum nulla turbetur tempestate bellorum, per dominum nostrum etc.“; vel alia aliqua collecta legetur, multe namque pro rege et imperatore reperiuntur descripte.

Tit. XX. De Romani imperii exitu, et ejus finali consummacione.

Ad hujus nunc opusculi finem festinandum est, scripturisque prodentibus imperii exitus describendus, ne longo sermone sim legentibus fastidiosus.

Romanum imperium, quod ad[8]) generis humani gubernaculum a summo rerum conditore provisum est[9]), quodque a sui exordio duorum millium annorum spacio centum et quadraginta quinque in presentem usque ad annum steterat, a nativitate Christi Dei nostri videlicet, millesimum, quadringentesimum et sexagesimum, quo presenti pagine inicium dedi et finem; quamvis per varias fortunas currendo, successivo tempore viribus et augmento decreverit, tendatque in occasum, invictum tamen semper permansit, durabitque in finem mundi. Neque auferetur sceptrum a Christiano imperio, donec venturus sit acerrimus hostis fidei nostre Antichristus. Ait enim Apostolus 2. ad Thess.[10]): „Nisi venerit discessio primum, non revelabitur ille filius perdicionis“.

Hanc discessionem S. Methodius, martir[11]) et episcopus in libro, quem edidit „De consummacione seculi“, de fine ex-

[1]) in L fehlt „meus“. — [2]) L ornata. — [3]) in L fehlt „Et ne nos inducas“. — [4]) in L fehlt „Domine“. — [5]) in L fehlt „meam“. — [6]) D reges (Schreibf.). — [7]) L evangelium. — [8]) in L fehlt „ad“. — [9]) L esse. — [10]) L Ephes. — [11]) L martyr.

ponit imperii. Omnes quippe gentes subtrahent se in fine temporum ab obediencia Romani imperii. Inquit enim gl. Daniel. 2: „Sicut a principio nichil forcius fuit Romano imperio, sic in fine nil debilius invenietur. Nam quamdiu ei auscultabunt gentes, Antichristus non veniet. Esset enim tunc qui resisteret illi, ne confluxus ad eum fieret populorum".[1])

Quam autem prope sit finis mundi et imperii, ex hodierna obediencia provinciarum dinosci poterit.

Memoratus quoque gloriosus Apostolus, qui archana[2]) Dei manifestissime novit, Thessalonicensibus in eadem 2. epistula scribit: „Qui tenet, teneat, donec de medio[3]) fiat, et tunc revelabitur ille iniquus, quem Dominus interficiet spiritu oris sui". Super verbis istis dicit gl. quod apostolus in hiis verbis „Qui tenet, teneat", Romanum imperium designat, quo destructo veniet Antichristus. Unde Romanus imperator, qui mundum tenet de rege ad regem, successive imperabit, donec Romanum imperium auferatur de medio. „De[4]) medio namque aufferi", est a conmuni hominum contactu sustolli. Unde Augustin. in 20. de civit. Dei, super eisdem verbis Apostoli: „Qui[5]) modo tenet, teneat", non absurde, inquit, de Romano imperio creditur dictum, tanquam sit dictum: Qui modo imperat, imperet, donec de medio[6]) tollatur, et tunc revelabitur ille iniquus, quem Antichristum significari nemo ambigit".

Ut autem S. Methodius in libro preallegato[7]) dicit, ultimus Romanorum Augustus cum instabit mundi et imperii finis, divino agitatus spiritu veniet in Ierusalem[8]), ponetque sanctam crucem ad eum quo steterat locum, quando in ea vita mundi, Rex regum et Dominus dominancium pependit, et procedet[9]) imperialibus ornatus insigniis, ponetque coronam de capite suo super sanctam crucem, tradens Deo regnum et imperium; levabiturque et tunc crux cum corona in celum, et inclitus Imperator ibidem expirabit. Scriptum namque est: „Hoc signum crucis erit in celo, cum Dominus ad judicandum venerit".[10]) Postquam vero crux cum corona hoc modo in astra est recepta, Romanumque sepultum imperium, revelabitur iniquus ille, perdicionis filius. Tantaque tunc erit humane miserie calamitas[11]), tanta[12]) in universo mundo persecucionis procella sevitura[13]) est, quod nisi dies hujusmodi tribulacionis, Marco teste et Matheo, fuissent abbreviati, non fieret salva omnis caro. Omnia namque priora tempora, aurea secula temporaque pacis fuisse mortale hominum genus estimaturum est, canente[14]) in psalmo regio propheta: „Orietur in diebus

---

[1]) L illarum. — [2]) L arcana. — [3]) L de me dio. — [4]) in L fehlt „De medio". — [5]) in L fehlt „Qui modo tenet, teneat". — [6]) B und D haben nach „medio" noch „fiat id est". — [7]) P preallecto. — [8]) D Hierusalem. — [9]) D hat vor „procedet" noch „tunc". — [10]) L veniet. [11]) P calamitatis (Schreibf.). — [12]) L tantaque. — [13]) L secutura. — [14]) L testante.

domini justicia et habundancia[1]) pacis, donec auferatur luna“, id est, Romanum imperium, quod per lunam congrue designatur. Hoc itaque turbulento tempore consummabitur terrena monarchia gencium, emigrabit gloria, et [2]) maximum triumphantissimumque imperium, quod tot mira terra marique gesta per sui decursus tempora consummavit, finem tante diuturnitatis accipiet.

Quod quidem nostro sub [3]) periodo, invictissime Romanorum princeps, prosperitate [4]) conservare, fausteque feliciter et longeve tua [5]) manu dirigere dignetur, stelliferi conditor orbis, qui perpetua mundum semper racione gubernat, in secula benedictus. Amen.

---

[1]) L abundancia. — [2]) in D fehlt „et“. — [3]) in D fehlt „sub“ [4]) L prospere; B leta prosperitate. — [5]) in D fehlt die Stelle von „tua manu“ bis „orbis“.

Miscellen.

[Zur Geschichte des fränkischen Rechts in Schlesien.] In Band III der Zeitschrift für deutsches Recht und deutsche Rechtswissenschaft S. 40 flg. versucht Gaupp in einer „Das deutsche Recht, insbesondere die Gütergemeinschaft in Schlesien“ überschriebenen Abhandlung den fränkischen Ursprung zweier Rechtsinstitute nachzuweisen, welche in Schlesien schon früh anerkannt sind: der ehelichen Gütergemeinschaft und des sogenannten Fallrechts (ius recadentiae). Zu diesem Aufsatz möchten die folgenden Zeilen einige ergänzende Bemerkungen bringen.

I. Das Princip des nach friesischen, fränkischen und schweizerischen, vor allem aber nach den französischen Rechtsquellen [1]) geltenden Fallrechts (ius recadentiae, ius revolutionis) [2]) besteht bekanntlich darin, dass bei der Intestaterbfolge und bei Nichtvorhandensein von Descendenten die im Nachlass befindlichen Erb- oder Stammgüter, die héritages des französischen Rechts, nach ihrer Herkunft an diejenige Linie der Verwandten zurückfielen, von welcher sie herstammten, ein Princip, welches auch in dem sprichwörtlichen Satze: paterna paternis, materna maternis, seinen Ausdruck findet [3]). Dieses Fallrecht hat in älterer Zeit auch in Schlesien Geltung gehabt, wofür der quellenmässige Nachweis durch die Bezugnahme auf das von dem Bischof Wenzeslaus von Breslau im Jahre 1415 erlassene, von Gaupp a. a. O. S. 71 flg. abgedruckte sogenannte Kirchenrecht erbracht wird: es führt dort die Bezeichnung des Rechts der Widerfälle. Im Eingange des „Kirchenrechts“

[1]) Vgl. Stobbe Handbuch des deutschen Privatrechts, 2. Aufl. Bd. V § 291 No. 2, Anm. 6, S. 105/6. — [2]) Ueber das Verhältniss des in art. 747 code civil statuirten droit de retour zu diesem Fallrecht hoffe ich an einem anderen Orte Auskunft geben zu können. — [3]) Vgl. z. B. die Consuetudines Aurelianae civitatis in Consuet. infra scriptarum civitatum et provinciarum Galliae, ed. a Dionysio Gothofredo, Frankf. a/M. 1598 cap. 10 S. 91: In successione collaterialium in bonis paternis, non adventiciis, proximitatis consanguinitatisque ratio non habetur: sed his qui defuncto ex eo latere unde bona profecta sunt, coniuncti esse reperiuntur, ea praedia adiudicari solent: paterna paternis maternisque materna referendo.

erwähnt nun der Bischof Wenzel eine besondere Verordnung, durch welche dieses Recht der Widerfälle von ihm ausdrücklich aufgehoben worden ist. Es taucht alsbald der Gedanke auf, dass die genaue Kenntniss des Inhalts dieses ersten, von Bischof Wenzel in Bezug genommenen Statuts von Werth sein müsse, zwar nicht so sehr für die Entscheidung der im Grunde nicht erheblichen, von Gaupp aufgeworfenen Frage, ob in dem „Kirchenrecht" das Hauptgewicht auf der Abschaffung des Fallrechts oder auf der Einführung der Gütergemeinschaft ruhe, als vielmehr für die Geschichte des Fallrechts überhaupt. Denn man darf nicht mit Unrecht vermuthen, dass jene erste Verordnung über den Umfang und Inhalt, sowie über die Ursachen der Abschaffung dieses Instituts sich eingehender als das „Kirchenrecht" zu verbreiten Anlass gehabt habe. Wohl von solchen Erwägungen geleitet hatte schon Gaupp nach diesem Edict des Bischofs Wenzel geforscht. Indessen, obwohl noch Tzschoppe und Stenzel in ihrer 1832 herausgegebenen Urkundensammlung zur Geschichte Schlesiens S. 633, Note 1, anmerken, dass das Original der Urkunde, von demselben Datum wie das Kirchenrecht, noch vorhanden sei, blieben Gaupps einige Jahre später angestellte Nachforschungen ohne Erfolg. Vor Kurzem ist es mir nun nach mehreren vergeblichen Versuchen gelungen, wenn auch nicht das Original, so doch eine Abschrift jener Verordnung aufzufinden[1]). Da dieselbe offenbar zu amtlichen Zwecken angefertigt ist und bezüglich ihrer Uebereinstimmung mit dem Original wenigstens in den Hauptpuncten begründete Zweifel kaum erhoben werden können, so darf ich deren Inhalt im Folgenden wiedergeben, unter dem Vorbehalt etwaiger Verbesserungen auf Grund des vielleicht noch nachträglich aufzufindenden Originals.

Die Urkunde findet sich in einem mit weissem Pergamenteinband versehenen Papiercodex der Neisser Rathsbibliothek, welcher die Ueberschrift trägt: Verschiedliche Kayser- vnd Kӧnigliche auch Bischofliche Begnadungen nicht weniger einige Kauffs-Instrumente der Stadt Neiss, N. IV (Sign. B. B.). Dieser Codex enthält anscheinend zu amtlichen Zwecken für den Neisser Rath in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts gefertigte Abschriften aus einem Privilegienbuch, welches vermuthlich die Originale enthielt. Darauf lassen die fortlaufende Zählung der Urkunden als Capitel und einige ausdrückliche Hinweise auf Originale schliessen. Die Verordnung des Bischofs Wenzel, welche hier interessirt[2]), wird auf den Seiten 4 und 5 mitgetheilt unter der Ueberschrift: Bischoffs Wencesslaw Begnadung, in welcher Widerfelle hingeleget vnd abgethon worden. Ca. X. Sie lautet wӧrtlich folgendermassen:

---

[1]) Gern nehme ich an dieser Stelle Anlass, der wesentlichen Unterstützung, deren ich mich bei Aufsuchung der Urkunde seitens des Herrn Archivassistenten Dr. Wutke in Breslau zu erfreuen gehabt, dankbar zu gedenken. — [2]) Es befinden sich in dem Codex auch zwei Abschriften des Wenzeslaischen Kirchenrechts, auf Seite 5vo bis 7 und 68 bis 70vo

Inn Gottes Namen, Amen. Wir Wencesslaw von Gottes Genaden Bischoff zu Bresslaw, zu ewigem gedechtnuss, bekennen wir offentlich allen gegenwerttigen vnd zukunftigen Menschen, die diessen Brieff sehen oder hören lesen, das wir haben ein uffsehen vnnd ein mercken gehabt, uff scheden vnnd vorterbnuss vnnser Lande vnd Leute Zuentricht vnnd Krige, die vill vnnd offte khommen sein von den wedirfellen, die in unser Kirchen gebietten, Landen, Stetten vnnd Dörffern, biss daher vor recht gehalden sein, beide vnnss, vnnser Kirchen, Landen vnd Leuten, davon Krige, Raube, Brand, Mörde vnd merckliche scheden entstanden sein; wen dieweile die gewert haben mit Krafft, so haben manche frembde vnbekhante vnd ausslendische Leute sich angezocket freundtschafft vnser vndersessen nach ihrem Todte vnnd sich vor freunde genandt vnd vorgegeben, also das sie die rechten nachkhomliche der vorscheiden menschen angesprochen haben, von dèr widerfelle wegen, vmb Erbe vnd vmb guett, vnd das derfordert haben vnd derlanget, inn solcher Mösse alss mit Dreuhen, ob sich die rechten nachkommelinge der toten menschen widersezten vnnd sich zum Rechten geben wolden, so wurden die Ausslender Dreuher, Borner[1]) vnnd Beschediger, dauon die vnschuldigen durch fredig vnnd gemaches willen folgen mussten, vnnd die Ausslender von in weissen mit guette vnnd mit geldte, die doch leichte in Rechten keine mögschafft zu den vorschieden menschen beweiset hetten, dauon vnser Lannd vnnd Leute vil vnnd manicherley geschwecht sein ann Erbe vnnd guette. vff solche mergliche scheden haben wir ein betrachten gehabt, mit vnnsern lieben getreuen, Mann vnnd Stedten, Lannden vnnd Leuten, die vnss diemüttiglichen angelangen haben mit steter Biette, das wier die vorbassmehr besorgen solden, vnd vor sie dencken genediglichen, das sie solcher sorgen oberhoben mochten werden vnnd die widerfelle ganz gar vnd ewiglichen abnehmen vnd abgehen liessen, das sie vorbass nicht mehr sein solden, noch krafft noch macht haben, sunder die gentzlichen abnehmen vnnd vortilgten, nuhe vnnd ewiglichen, hierumb haben wir solche gebrechen bracht ann die ersamen Herrn des Capitel vnnser Kirchen zu Bresslaw, vnnsere lieben andechtigen bruder in Christo, die auch die sachen vnnd bröche [vnnd in][2]) in den Capiteln oft vnnd vill gehandelt haben, vnnd eine mit vnnss wurden sein, also das sie wolgerathet duncket, das solche gewohnheit, die man vor Recht gehalten hatt, in vnnserm Bistumb vnd vnsern Kirchen güttern, die auch Landen vnd Leutten schaden, vorderbnuss, Kriege vnd Zwietracht innbracht hatt, widerruffen, abethuen vnnd gentzlichen abnehmen, das die widerfelle vorbass mehr nicht seyn, noch krafft noch macht haben sollen, dauon mit vollem Rathe vnnd willen des vorgenandten Capitels, auch vnnser lieben getreuen Man vnnd Stette, das Recht vnd die gewonheit, die man nennet widerfelle, die in vnnserem Bistumb vnnd vnser Kirchen güttern biss daher

[1]) Borner = Brandstifter, Mordbrenner. — [2]) Die eingeklammerten Worte sind offenbar aus Versehen des Abschreibers in den Text gelangt.

krafft vnd macht gehabt haben, vmb besserunge vnnser Lande vnnd Leute vnnd vormeidunge grosser schaden, vorterbnuss, Kriege vnd Zuetracht, die darauss khommen vnnd erstanden sein, vill vnnd offte den Landen vnd Leutten, haben wir widerruffen abgenommen vnnd abelassen gehen, widerruffen, abnehmen, abthuen vnnd abelassen gehen, in Krafft dies Brieffes, vnnd soll nimmer Recht sein, vnd nimmer gehalden werden, nuhn vnd ewiglichen, zu vnsers Bisstumbs gebiette, vnd in andern vnser Kirchen güettern, der nimmer zu gebrauchen in keiner weiss, vnd sollen vorbassmehr gantz vorlassen vnnd todt sein, vnd keine Krafft noch macht haben, auch ob die Recht beschriben oder vorbrieft vnnd bestettiget weren, von einem Bischoffe vnd von dem Capitel, oder von wehme die Brieffe oder bestettunge bekhomen weren, derselben bestettunge vnd beschreibunge nehmen wier vnnd töten ihre Krafft vnnd macht, vnnd sollen vorlassen sein vnnd vorblichen in Krafft diss Brieves nuhe vnnd ewiglichen, sunder alss vil alss sich vor Datum diss Brieffes solche sachen vorlauffen hetten, soll diese widerruffunge vnd abnehmunge der widerfelle nicht schedlich sein denselben Menschen an ihren Rechten. Zu ewiger bestettunge dieser sachen haben vnnser gross vnnd auch das Capitel ir gross Ingesigel an disen Brieff lassen hengen. Geschehen in dem gemeinen Capitel, das man pfleget zu haldten vnd zu haben jerlichen bey vnnser Kirchen zu Bresslaw in der Römischen Kirchwey [1]), nach Christi geburth vierzehenhundert vnnd darnach in dem funffzehenden Jare; dabey seint gewest die ersamen Herren [2]) Ern Nicklas von Borssnitz, Scolasticus, Nicolaus Pflüger von Kreutzburg, Cantor, Johannes Schwarz, Paulus Kossla, Heinrich von Borssnitz, Vlerich von Speier, Thomas Maso, Franciscus Flosser, Laurentius von Krokaw, Stephanus von Stamkaw, Johannes Jenckewitz von Namsslaw, Dominicus Teschner, Alexius Fey, Petrus Hochmuth vnd Sigissmundus Domnik, Prelaten vnd Thumbherren der vorgenanten vnnser Kirchen, gesammet zu dem Capittel, nach jerlicher gewonheit, zu dem Laute der Glocken.

In der Sache selbst bedarf das Statut einiger Erläuterung. Wichtig ist für uns insbesondere, dass als Grund für die Abschaffung des Rechts der Wiederfelle angegeben wird die Rechtsunsicherheit und die mannigfachen Nachtheile, welche dadurch entstanden sind: es haben sich „fremde, unbekannte und ausländische Leute“ für Verwandte der verstorbenen bischöflichen Unterthanen ausgegeben und unter Berufung auf das Recht des Rückfalls Erbe und Gut den „rechten Nachkommen“ abzujagen versucht. Unter den rechten Nachkommen können jedenfalls nicht die Kinder des Verstorbenen verstanden werden, da diesen gegenüber das Rückfallsrecht niemals Platz griff. In Betracht kommen daher nur die weiteren Descendenten. Erwägt man nun, dass das Erbrecht der weiteren Descendenz in der ältesten Zeit gegenüber der engen Gemeinschaft der Geschwister noch zurückstehen musste, dass

---

[1]) D. i. am 18. November. — [2]) Dieselben Personen werden auch in dem Kirchenrecht genannt; vgl. Gaupp a. a. O. S. 73.

der Bruder des Erblassers ihm näher freund war, als die Enkel desselben [1]), so kann man wohl begreifen, wie gerade das Recht der Widerfälle, welches sich ja auf das gemeinsame von den Ahnen ererbte Familiengut bezog, zur Beeinträchtigung des Erbrechts der weiteren Nachkommen benutzt werden mochte. Dagegen glaubte der Bischof einschreiten zu müssen, wohl auch im eigenen Interesse, damit die Güter nicht in die Hände fremder Unterthanen geriethen. Der weitere Inhalt der Verwendung ist klar: er gipfelt in der Aufhebung des Rechts der Widerfälle, an dessen Stelle dann durch das Kirchenrecht die Hälftentheilung, aber unter Wahrung des Erbrechts der weiteren Descendenz (§ 5), eingeführt wird. Von Interesse ist am Schluss des Statuts noch die Berücksichtigung der vor Erlass desselben eingetretenen Erbfälle, welche durch die Aufhebung nicht berührt werden sollen.

II. Der Rechtsgedanke der Halbtheilung des Nachlasses ohne Rücksicht auf die Herkunft der Bestandtheile kommt in dem Kirchenrecht nicht zum ersten Male zum Ausdruck; neu scheint nur die positive Gestaltung dieses Princips zu sein, insofern dasselbe schlechthin zum gesetzlichen erhoben wird. Durch private Anordnung war es wohl schon vor Erlass des Kirchenrechts möglich den Grundsatz: paterna paternis, materna maternis ausser Kraft zu setzen. Darauf deutet eine Urkunde von 1395 hin, welche sich in einem dotalitia et sententiae von 1377 bis 1402 enthaltenden Privilegienregister des Fürstenthums Breslau befindet [2]). In diesem Protocoll wird beurkundet, dass Hannos Meyerlin seiner Mutter Katherin all sein gegenwärtiges und künftiges Gut aufgereicht habe,

> nach seynem tode zu tuen unde lossen mit sulchem undirscheit, ob das got gebe das her eliche erbin gewonne dy auch lebinde bleben, vor die selben kinder sal seyne libe mutir denkin vnde raten alzo her das er wolgloubt vnde getrawet adir noch erem tode derselbin seiner lieben muter so mogen se selbir mit dem gute thun vnde lossen vnd mit namen das das gut eyme kinde an das andir solle sterben vnde das nicht eins dem andern solle noch moge enpfremdin adir entwenden in kheinerleie weyse, se hetten denne geerbin. wer abir das, das se storben vnde nicht elich geerbin lebindig lisen, so sal alle das gut is wore varnde adir vnvarende mitenandir an dir egenanten Hannos Meyerlins vnde seyner muter Katherin gleich an beiden teilen nesten gevallen.

Somit möchte ich die von Gaupp a. a. O. S. 73 erhobene Frage, ob der Inhalt des Wenzeslaischen Kirchenrechts vollständig oder nur zum Theil durch den Bischof Wenzel neu eingeführt worden sei, etwas

---

[1]) Vgl. Heusler Institut. d. d. Privatrechts II § 184 S. 579 flg. — [2]) Unter der Signatur F. Breslau III 13, b wird dieses Privilegienregister in dem Königlichen Provincialarchiv zu Breslau aufbewahrt; vgl. hierüber im Allgemeinen Bobertag, Die Gerichte und Gerichtsbücher des Fürstenthums Breslau in der Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Alterthum Schlesiens, Band 7 (Breslau 1866) S. 133 flg.

abweichend dahin beantworten, dass Wenzel an die Stelle der Privatbeliebung positive Vorschrift gesetzt, das facultative Recht zum Intestaterbrecht gemacht habe.

III. Aus Cap. 353 des Breslauer Landrechts von 1356 schliesst, Gaupp a. a. O. S. 69, und zwar m. E. mit Recht, dass in Schlesien das System der allgemeinen Gütergemeinschaft in älterer Zeit bekannt und in Anwendung gewesen ist. Einen weiteren Beweis hierfür liefert das Zeugniss eines ehemals über die Grenzen seiner Heimath hinaus berühmten schlesischen Gelehrten, Nicolaus Henels von Hennenfeld [1]). In seiner 1630 verfassten Chronik des Münsterbergischen Fürstenthums und des Frankensteinschen Weichbildes [2]) berichtet er über die rechtlichen Verhältnisse dieser Gebiete unter anderem Folgendes:

> „In den beiden Städten Münsterberg und Franckstein ist diess eine aussgeübte Gewohnheit (anderer vor diessmahl zu geschweigen), dass wenn zwey Eheleute sich miteinander vererbete, sie ein gemein Gutt, (obschon die Kinder nicht im Leben bleiben), machen, haben und halten, dergestalt zwar, da eines unter ihnen Todes halber abgebet, dass dem Manne oder dessen Erben davon zwey Drittheil, dem Weibe aber oder ihren Erben ein Drittheil gebühret, jedoch dass zuvor alle Schulden ex universo corpore haereditario gezahlet werden. Neque enim bona tantum, sed et nomina communicantur: also dass der überbleibende Ehegenoss alle des verstorbenen hinterlassene Schulden biss auff den letzten Heller zahlen muss sublato utique moribus harum Urbium (utut plurium aliarum) titulo Codicis, ne uxor pro marito. Gleicher Gestalt ist eine alt hergebrachte und eingeführte Gewohnheit, dass so lange eine Erbschaft zwischen Eltern und Kindern ungetheilt verbleibt, genossen, vermehret und gebessert werde, dass alsdann solche beständig auffnehmen und incrementum den Kindern erster Ehe auff ihre zwey Theil Vaterrecht nicht weniger als der Mutter zu Frommen und Nutz gelanget und sich eines mit und neben dem andern bessert. Auff den Dorffschaften aber unter den Bauersleuten ist solche communio bonorum gemeiniglich auff die Helfte gerichtet“.

Aus dieser Stelle geht klar hervor, dass im Gebiet der Städte Münsterberg und Frankenstein in Schlesien das Drittheilsrecht auf dem Boden der Gütergemeinschaft gestanden hat [3]). Sie dürfte aber auch ein nicht zu unterschätzendes Zeugniss dafür sein, das dieses Rechts-

---

[1]) Vgl. über dessen Leben und Schriften den Aufsatz von H. Markgraf in der Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Alterthum Schlesiens, Bd. 25 (Breslau 1891) S. 1 flg., besonders S. 39. — [2]) Eine von Christian Ezechiel verfertigte Abschrift dieses Werkes befindet sich in dem Handschriftenschatz der Breslauer Stadtbibliothek unter Sign. 616 S. V. 3 a, 5. Die abgedruckte Stelle vgl. daselbst auf S. 65/66. — [3]) Vgl. Schröder, Geschichte des ehelichen Güterrechts II, 3 § 7 S. 80 flg., besonders S. 89

institut daselbst aus dem fränkischen Recht herzuleiten ist[1]), denn gerade jene Ortschaften verdanken fränkischer Ansiedlung ihren Ursprung.

Henel von Hennenfeld wiederholt später seine Mittheilung in einem als Anhang zu seiner Schrift: de iure dotalitii im Jahre 1660 gedruckten Aufsatze: de communione bonorum inter coniuges in multis Silesiae locis recepta S. 490 flg. Seine Ansicht ist darum so beachtenswerth, weil er vom Jahre 1618 an das Amt eines Syndicus provincialis des Münsterberg-Frankensteinschen Gebietes bekleidete und somit über die rechtlichen Verhältnisse dieses Landes genau unterrichtet sein musste. Auch an der letzteren Stelle betont er, dass bei den Städtern nicht bloss, sondern auch bei den Bauern dieses Gütergemeinschaftssystem in Gebrauch war. Es entspricht diese Rechtsübung den Grundsätzen des Wenzeslaischen, noch mehr aber denen des Casparischen Kirchenrechts. Sie galt nach amtlichen Berichten noch im 18. Jahrhundert, und wurde erst durch das preussische Gesetz vom 11. Juli 1845 aufgehoben.

Breslau. Georg Frommhold.

[Span und Rasen.] In den Acten des königlich sächsischen Hauptstaatsarchivs Locat 9788, II zwischen Blatt 129 und 130 liegt ein Holzspan und ein Stück Rasen, ersterer aus der Stubenthür, letzterer aus dem Garten des Christian Gottlieb Müller in Oberwiesenthal (Sachsen) von einer Hilfsvollstreckung wegen rückständiger Untersuchungskosten, vom 17. März 1819. Das so späte Vorkommen dieser Rechtssymbole ist beachtenswerth. Th. Distel.

[Zu der praefatio rhythmica des Sachsenspiegels.] Die Marienlegende des Heinrich Clûzenêre, wahrscheinlich zu Görlitz Ende des 13. Jahrhunderts entstanden, herausgegeben von Bartsch in der Bibliothek des Stuttgarter litterarischen Vereins LII. S. 1—39, hat eine Einleitung (v. 1—19), die ausserordentlich an die gereimte Vorrede des Sachsenspiegels anklingt:

In Gotes namen hebe ich an,
der alle dinc zu rechte kan
wol vûgen unde kêren:
der mûze mich noch lêren
und geben sulche sinne,
daz ich die kunst gewinne,
daz ich volbrenge dese wort,
swâ si werdin noch gehort,
swî ich nicht ein meister sî,
daz ich doch strâfens werde vrî
von den meisterchînen,
di mit den worten schînen,

[1]) Vgl. Gaupp a. a. O. S. 59 flg., dagegen Schröder a. a. O. S. 97.

als ab si grôȥe meister sîn.
Di vundin manic vundelîn,
daȥ nicht ein hâr gewesin mac.
Daȥ ist ein suntlîcher bejac,
swer sich mit kunst alsô begât,
daȥ her von eim zum andern gât
mit valscher rede hinderwert.

Schröder.

[Eine Notiz über die Acht,] im Generallandesarchiv zu Karlsruhe, Copialb. 535, Mitte 15. Jahrhunderts.

Item dreyerley Achten sint: mit tagen, mit urteil und ein aberacht. Usser der acht mit tagen mag sich einer uff recht absolvirn lassen, also das er dem cleger ůmb die sach darůmb er ine zu acht gethon hatt eins unverzogen rechten sin sôll, und behelt er im dann mit recht an oder erschint nit gehorsam, so wurt er ein aberechter.

Item ein acht dar in einer mit urteil kompt ist also: wann der cleger dem antworter mit urteil anbehalt, wo er ine dann nach lut solicher urteil nit entricht wůrt mit der acht widder ine procedirt, von solicher acht mag er nit absolvirt werden, dan mit verwilligung des clegers, dessglichen von der aberacht auch.

Item welicher ein achter wůrt, da ist dem cleger und menglichem erleibt sin lib und gut, und ist die clag ůmb pinlich sach, wo einer den selben zu recht anfelt, hat er macht nach sinem leben zu clagen, das zu im gericht werd mit dem swert nach des heiligen richs recht. Ist aber der ansprach umb slecht sach, als ůmb schuld oder der glich, hat der cleger zu clagen nach sinem lib oder gut und nit nach den beiden, der lip wůrt dem cleger heymgesprochen, den mag er gefenglich halten, aber nit tôten, sunder sin menschlich und liplich narung ist er im zu geben verbunden. Clagt er nach sinem gut, das er dann by im gefunden hat, wirt im on mittel heymgesprochen.

Item hat aber ein åchter gůtter, es syen dorffer, zinsse, gůlt, lůtt oder der glich, damit im ander lůtt zu thund verwant sint, das hat der cleger nit macht uff die acht anzugriffen, er hab dann sôlich gůtter erfolgt und erlangt wie recht ist, und wann er solich gůtter erfolgt hat, ist das ein dorff oder eigen lůtt, so erinnert er sie solicher erfolgten und erlangten recht mit forderung ime gehôrig und gewertig zu sin mit allem dem, so sie dem ächter zu thund gewesen sind. Wellen sie sich des sperren, den wůrt verkůnt und mit urteil erkent, das sie im gehôrig und gewertig sin sôllent, oder sie werden auch åchter, dann so sind sie im erleupt und vor nit.

Aloys Schulte.

[Achim von Arnim über Savignys Buch vom Beruf unsrer Zeit für Gesetzgebung.] Bei der Durchsicht von Blättern, die in Varnhagens Nachlass auf die Königliche Bibliothek zu Berlin gekommen sind, fielen mir zwei Briefe in die Hände, die Achim von Arnim im Jahre 1814 an seinen Schwager Carl Friedrich von Savigny geschrieben hat. Eigentlich nicht Briefe, sondern nur erste Niederschriften. Gänzlich undatirt, und vielleicht in der Reinschrift geändert. Trotzdem scheinen diese Blätter werthvoll zu sein. Sie betreffen Savignys 1814 erschienenes Buch vom Beruf unsrer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft.

Achim von Arnim war kein Jurist. Er hatte zwar in Halle bei Dabelow Civilrecht, Lehnrecht und den Process gehört. Als Göttinger Student war er Hugo näher getreten und auch später in Verkehr mit ihm geblieben. Auch Rehberg kannte er wohl daher. Mit Thibaut wird er noch häufiger während seiner Heidelberger Zeit in Berührung gekommen sein. Doch eigentlich hatte Arnim die juristischen Studien und namentlich auch die Beschäftigung mit der Physik nur als praktische Vorbereitung auf seinen künftigen Beruf als märkischer Guts- und Gerichtsherr betrieben. Seine Neigung entschied ihn bald ganz und gar für die litterarische Wirksamkeit. Seine Bedeutung für die deutsche Litteratur wird immer freudiger anerkannt.

Arnims Urtheil über das Buch seines Schwagers ist also im fachwissenschaftlichen Sinne kein zünftiges. Aber auch kein oberflächliches, dilettantisches. Das lag nicht in Arnims Natur. Was er anrührte, rührte er mit Liebe und Segen an. Damals schied sich die Bethätigung der geistigen Kräfte unserer Nation weniger, als vielleicht heute, nach Facultäten. Es gab eine höhere Vereinigung über die Enge des Faches hinaus; in einer allgemeinen litterarischen Schicht fanden sich die besten Männer unseres Volkes zusammen. Savigny selbst lebte zum Beispiel in den Schriften Goethes. Zu einer Zeit, wo er schon juristischer Professor in Marburg war, gingen von ihm doch so allgemeine Wirkungen aus, wie diejenigen waren, welche seine Zuhörer Jacob und Wilhelm Grimm auf das Gebiet der deutschen Litteratur führten und förder zu begleiten niemals aufhörten. Er pflegte die juristische Litteratur immer auch im Verhältniss zur litterarischen Bildung überhaupt zu betrachten und wichtige Folgerungen daraus abzuleiten. Savigny legte Werth auf das Urtheil eines so geistvollen und zugleich praktisch erfahrenen Mannes, wie Arnim war. Deswegen werden die Blätter Allen willkommen sein, die Savigny und Arnim lieben.

Im freudigen Gefühl der durch die vereinigten Kräfte wiedergewonnenen Freiheit entstand der Gedanke, ein allgemeines bürgerliches Recht für Deutschland zu schaffen. Bedeutende Rechtslehrer vertraten den Gedanken in eigenen Schriften. Savigny aber sprach sich in seinem Buche dagegen aus. Es fehle den Juristen seiner Zeit der historische Sinn, um das Eigenthümliche jedes Zeitalters und jeder Rechtsform scharf aufzufassen. Es mangele ihnen der systematische Sinn, um jeden Begriff und jeden Satz in lebendiger Verbindung und

Wechselwirkung mit dem Ganzen anzusehen. Mithin müsse seiner Zeit die Fähigkeit zu einer allgemeinen Gesetzgebung abgesprochen werden. Diese Ansicht erhärtete Savigny durch eine zu keinem günstigen Resultat gelangende Betrachtung des Code Napoleon und des preussischen Landrechts.

Mehr von dem Buche zu sagen, wäre nicht am Platze. Arnim berührt auch in seinen Briefen das Einzelne. Er schrieb:

„Lieber Savigny! Vielen Dank für die übersandte Schrift sowohl weil sie treflich als Parteischrift, dann auch weil Du sie mir übersandt hast. Du wünschest auch meine Meinung zu hören, ungeachtet ich nicht Partei bin und höchstens etwas vom politischen Elemente, wie Du die allgemeine Berührung der Rechtsbegriffe nennst, aber vom technischen Elemente des Rechts kaum soviel in mir trage, als dem Dabelow in acht Stunden mit Kirschsaft nachgeschrieben werden konnte.

Den Titel zuerst finde ich zu viel umfassend, es könnte ein Zeitalter sehr viel Beruf zur Steuergesetzgebung, zu Policeygesetzgebung u. s. w. in sich tragen, ohne ein Geschick zur Verbesserung des bürgerlichen Rechts zu zeigen. Auf dem Titel allein, da ich es sonst nie an Dir bemerkt habe, möchte ich Dich des Stolzes der Juristen, wie Thibaut zeihen (was seinen Vorschlag hauptsächlich veranlasst haben mag)[1], als ob auf die Civilgesetze sehr viel ankomme, bey dem jetzigen innern Zustande der Staaten. Aber keinesweges, — die Grundfesten aller übrigen Verfassung(en) sind erschüttert, jeder Minister, jeder Departementschef ist ein Gesetzgeber in seinem Kreise geworden. Was helfen alle Gesetze über Injurien, über Ehescheidung, wenn der Finanzminister den Stempel so hoch ansetzt, dass es einer grossen Klasse von Menschen unerschwinglich ist ihr Recht zu erlangen. Dieses Argument wäre mir besonders entscheidend gegen Versuche bessrer Civilgesetzgebung, die dadurch hervorgebrachten Kosten an Diäten, Preismedaillen u. s. w.[2]) müsten wieder auf unrechtliche Art herausgebracht werden. Wenn Du glaubst, ich übertreibe, so lade ich Dich auf einen Gerichtstag hieher ein[3]), Hanow ist oft in wahrer Verzweifelung, wie er die armen Leute mit Kosten ruinieren muss, ich habe erst hier eine feste Anschauung von dem absoluten sinnlosen Narrenkram unsrer innern Einrichtungen bekommen. An Verfassung fehlts und ehe diese nicht vorhanden, ists etwas ganz Unbedeutendes, ob wir Code oder Landrecht oder römisches Recht haben, dann aber wird die Untersuchung über bürgerliche Gesetze sich von selbst mitbilden. Ausser jenem Hochmuthe der Juristen, wie Thibaut die neuen Gesetzgebungen für sehr wichtig hält, ausser der Eitelkeit der Regenten, die gern ihren Namen vor so einem Gesetzbuche sehen mögen, war doch noch ein wirklicher

---

[1]) Thibaut, über die Nothwendigkeit eines allgemeinen bürgerlichen Rechts für Deutschland, Heidelberg 1814; er wünschte sogleich ein neues Gesetzbuch. — [2]) Bezieht sich auf Savignys Buch S. 92. — [3]) Hieher, d. i. nach Wiepersdorf bei Jüterbock, wo Achim von Arnim wohnte; Hanow scheint der dort amtirende Richter gewesen zu sein.

Grund zu den neueren Gesetzbüchern, dessen Prüfung wohl einige Worte von Dir verdient hätte. Es ist die Verständigung des sehr verfeinerten technischen Elements mit dem politischen. Und da möchte ich wohl fragen, wie es anders zu erreichen war, dass im Preussischen selbst der Bauer das Rechtswesen nicht mehr wie in Hessen für eine geheimnissvolle Geisterbeschwörung und Glücksspielerei, sondern für etwas Treues, Ehrliches und sehr Würdiges hält, gern sich die Stellen im Landrecht zeigen läst und sich fast immer damit von thörigten Processen zurückhalten läst. Da zeig ihm einmal das beste Compendium über römisches Recht mit allen lateinischen und literarischen Citaten, ob es diese Wirkung hat. Was Friedrich der II roh ausdrückte (S. 88) Subtilitätenkram u. s. w., hat diesen sehr ernsten Sinn. Das Landrecht war für unser Volk in rechtlicher Hinsicht so wichtig wie Luthers Bibelübersetzung, weder die Bibel noch das Gesetzbuch werden eigentlich im Volke gelesen, aber nachgeschlagen werden beide, jeder kann dazu kommen und dieser Zustand ist auch im übrigen Deutschland wünschenswerth. Dies ist das Bedürfniss, welches wie ich früher Dir in einem Briefe schrieb, nach meiner Meinung Surrogatgesetzgebungen nöthig macht, auf der andern (Seite) ists das Bedürfniss, die bürgerliche Gesetzgebung nicht mehr wie ein todtes abgesondertes Stück der Verfassung, sondern als ein Organ des Ganzen angesehen zu finden. Du sagst[1]), dass das achtzehnte Jahrhundert keine bedeutende Juristen erzeugte, ungeachtet grosser Eifer für römische Jurisprudenz vorhanden war und allgemeine Anwendung, das aber war Folge dieser Absonderung von den übrigen bildenden Staatskräften und wie nun eine neue Gesetzgebung sich wieder regte, war auch Hugo und Savigny und Göschen mit einer tieferen Ansicht der alten Rechte beeifert die neue Gesetzgebung von einem trägen Gange, auf welchem sie einzuschlafen drohte, durch ihr Beyspiel an der alten Gesetzgebung aufzuregen. Du wirst mir einwenden können, wie Dir dieser wichtige Einfluss habe entgehen können, der Du doch mit Ernst und mehr Scharfsinn als ich den Gegenstand verfolgt hast. Mit einem übelklingenden aber doch nicht schlimmen Ausdrucke lässt es sich erklären, Du bist noch ein Ausländer, hast das Landrecht nur in der Art kennen gelernt, wie es von trägen und ungeschickten Advokaten einer durch und durch überfeinerten und verlangweilten Stadt wie Berlin (behandelt wird), das Wesen unsres Staats ist aber auf dem Lande und in kleineren Städten begründet, die Du nicht kennen kannst, da hat sich seit der Bekanntmachung des Landrechts unendlich viel Einsicht über Rechtsverhältnisse begründet, während vorher alle in der Gewalt einzelner Advokaten standen, können sich jezt die zahlreichen Klassen wie Gutsbesitzer, Prediger, Beamte belehren und auch der Regent, der doch nicht als Jurist von Profession angesehen werden kann, erfährt daraus genug zur Einsicht der Verhältnisse. Und eben darin ist die Weisheit zu loben mit der sie[2]) die

[1]) Savigny S. 48. — [2]) Ueber „sie" ist geschrieben: die Verfasser des Preussischen Gesetzbuchs.

praktische Vollständigkeit wenigstens zu erreichen suchten, wenn sie auch in dem wissenschaftlichen Theile nicht auf Vollendung Anspruch machen können. Ja was noch mehr, unser Gesetzbuch indem es mehrere Verhältnisse von Adel, Gemeinen u. s. w., die bis dahin in Gewohnheit bestanden, schriftlich festsetzte, ist uns zugleich Constitutionsurkunde geworden, die manche Verhältnisse in dem allgemeinen Schwanken festgehalten hat.

Warum sollten wir diese Vortheile nicht dem ganzen Deutschland wünschen, wäre nicht die Beschäftigung mit dem Plane und der Ausarbeitung an sich schon etwas Nützliches zur allgemeinen Verbindung, eine schätzbare Beschäftigung auch in wissenschaftlicher Hinsicht, wenn auch keine wissenschaftliche Vollendung vorauszusehen wäre. Würden nicht alle Deine Einwürfe sich auf zweye beschränken, die in dieser Hinsicht nichts umstossen, nämlich, dies Unternehmen soll nichts besserem entgegen treten, was die Zeit allmälig reifen läst, darum soll das Studium des altrömischen Rechts nicht aufgegeben oder geschmälert werden, es soll mit Bewustseyn nicht wie Thibaut will, als vollendet angesehen werden, sondern es soll fortlaufend die juristische Schule über das, was die Erfahrung dagegen spricht, abgehört (?) und wenn sie selbst mit ihrer historischen Einsicht den Grad erreicht hat, wo sie eine Gesetzgebung unternehmen kann, da soll sie sich durch diesen Verkehr mit der allgemeinen Verfassung geltend machen.

Dass diese Zeit nicht so entfernt ist, wo wir Gesetzgeber haben werden, möchte ich mit Bestimmtheit zu ahnden glauben. War das Lehnrecht über Deutschland zu einer neuen Verfassung gekommen, so trat um es zu bekämpfen das Römische Recht auf. Es ist kein Zufall dass die Rechtsgelehrten grossentheils überall Revoluzionärs waren, die Verhältnisse römischer Bürger machten sie dem Lehnrechte abgeneigt. Mit dem Verfall der Lehnsverhältnisse hat auch das römische aufgefundene und wiederbelebte Recht seine Bedeutung verloren — eine neue Zeit wird sich aus diesem aufgehobenen Gegensatze in neuer Gesetzgebung erheben, in welcher die Rechtsgelehrsamkeit ihres einheimischen Ursprungs gewiss eine der dauerndsten Stützen der Verfassung seyn wird.

Soweit alles das, was mir die Erfahrung als unumstösslich gewiss gezeigt hat, ich komme zu dem, wo ich Zweifel in meine Meinung setzen kann, weil es theils mehr vom technischen Element verlangt, theils wohl auf Ansicht beruht.

Das Landrecht wäre schwerlich einer wissenschaftlichen Darlegung fähig, weil uns die Papiere welche seine historische Entstehung darlegen, noch nicht bekannt gemacht sind (S. 146). Der Satz ist mir durchaus in Dir nicht erklärlich, der an einem andern Ort die Hauptgeschicklichkeit der Juristen darin setzt, die nicht angegebenen leitenden Grundsätze in den Gesetzen zu errathen[1]). Und das wäre beym Landrecht nicht möglich? Ich möchte Dir zur Unterhaltung eine Vor-

[1]) Savigny S. 22 und sonst.

lesung über die Gesetze in Hinsicht der Kirchen und Kirchhöfe vortragen und Du solltest bis zum letzten Detail alle Grundsätze der Zeit, worin das Landrecht verfasst worden, darin erkennen.

Du meinst, ein jeder Gesetzgeber müsse sich als höher ansehen als sein Gesetzbuch, ich bin in meiner Ansicht durchaus Wechabit, die wohl heilige Schriften aber keine heilige Verfasser derselben annehmen. Wer mit Ernst etwas schafft, muss doch am ende sagen, dass er darin durch einen höheren Strahl nur etwas erlangte, und dass sein Werk ihm weniger dankt als er seinem Werke.

Du nimmst nur zwey Ausbildungen der Gesetzgebung, entweder im Bedürfnisse und der Erfindung der Völker, oder in der Schule an. Hier würde sich gegen Dich mein langwieriger Streit gegen Grimms über Natur und Kunstpoesie erneuen. Aber um kurz zu seyn, wozu rechnest Du Lykurg, Moses, Solon u. s. w.? Waren das Juristen? Brachte ihre Gesetzgebung einen niedrigern Grad von Bildung in ihrem Volke hervor? Müssen wir nicht eingestehen, dass ohne Schule, ohne Wissenschaft, ein erfindender frommer Geist überall die Welt erhebt und erweitet, und dass Schule und Wissenschaft nur dienen, seine Gaben anzuerkennen und zu verbreiten? Wo die Wissenschaft höhere Ansprüche machte, gerieth sie überall in Verzweifelung, wo sie den erfindenden strebenden Geist hemmte, in die Leere, das thust Du nicht und hast es nicht zu besorgen, aber Deine Schüler könnten Dich missverstehen — — —"

Savignys Antwort liegt nicht vor; an Jacob Grimm schrieb er damals, 15. November 1814 (ungedruckt): „Arnim ist mit meinem Buch in einem ähnlichen Streit wie seit langem mit Ihnen etc." Man wird aber Savignys Antwort einigermassen aus dem zweiten Briefe Arnims vernehmen können:

„Lieber Savigny! Du versparst Deine Beurtheilung meiner Desideraten an die theoretischen Juristen auf mündliche Unterredung. Wenn nur etwas daraus wird; das Mündliche wird immer noch mehr aufgeschoben als das Schriftliche in der Welt, auch kommt es noch seltener zum Schluss. Vorläufig meinst Du, ich hätte Verschiedenartiges zusammengeworfen. Vielerlei hat sich bey mir angehäuft über den Gegenstand, — aber verwechsle mich nicht mit Thibaut und Consorten. Ich will keine neue Gesetzgebungen, ich kann sie aber auch nicht hindern, wo das Geschick der Völker sie unaufhaltsam hervorruft, ich schelte die Juristen aus, dass sie von dem, was die Zeit in der Hinsicht hervorruft, sich in einer gewissen Vornehmheit wegwenden, indem sie behaupten, es fehle doch hie und da, statt durch Schrift und Vorlesung auf Staatsmänner, praktische Juristen und die anwachsende Welt zur Verbesserung dieser Fehler zu wirken. Hugo würde sich wochenlang abmühen um herauszubringen, wie viele berühmte Juristen Johann oder .... mit Vornamen geheissen[1]) und es ist sehr die Frage, ob er die gesammte

[1]) In der Lücke steht ein nicht lesbarer Name.

Preussische Gesetzsammlung anzusehen sich bemüht hat. Wie läppisch war seine Anzeige von Rehbergs Schrift über das dringendste Bedürfniss damaliger Zeit, in Hinsicht der französischen Gesetze zu einem wohlüberlegten Entschluss zu kommen [1]). Und dennoch ist Hugo ein braver ausgezeichneter Mann, ja gewissermassen ein Bahnmacher der neueren Jurisprudenz. Darin liegt es aber: weil das Studium wirklich in neuerer Zeit wieder nach einer Seite der Geschichte einen tüchtigen Fortschritt gemacht hat, so interessirt die andre Seite die heutige Geschichte weniger, die Kräfte werden dort aufgebraucht, ja es ist ärgerlich von einer geliebten Arbeit abgerufen zu werden und man geht verdriesslich zum andern über. Ich habe das in der Physik recht grell erlebt, zu der Zeit als die Frösche zuckten wäre jede Entdeckung über die Elektrisiermaschine gleichgültig aufgenommen worden, und als Voltas Batterie auftrat wurden die Frösche unbilligerweise vergessen [2]). Bey der Physik war das eher zu ertragen, denn es hatte keinen praktischen Schaden, als dass es einem das Studium im Ganzen verleidete. Ich streite mit keinem der mir zeigt, die neueren Gesetzgebungen seien aus dieser und jener ältern entstanden, die Welt steht lange und nichts ist von heute, aber das weiss ich, wenn sich nicht einzelne Juristen mit dem in älteren Gesetzgebungen gewonnenen Scharfsinne zu der lebenden Gesetzgebung wenden, dass endlich auch das praktische Interesse an älterer Gesetzgebung verschwinden muss und sich Juristen aus blosser Praxis bilden werden, wie das eigentlich schon bey vielen der Fall ist."

Arnim streift in dem einen Briefe seinen Streit mit den Brüdern Grimm über Natur- und Kunstpoesie. Es ist eine Reihe noch nicht gedruckter Briefe vorhanden, in denen sich die Freunde hierüber aussprechen. In der That wird dadurch von Arnim der Differenzpunct zwischen ihm und Savigny klar gestellt.

Der Periode, die wir die romantische nennen, war es eigenthümlich, ihre Gegenwart als das letzte Glied einer historisch zu reconstruirenden Kette von Begebenheiten anzusehen. Leicht konnte die Versenkung in die ferner liegende und an Glanz gewinnende Vorzeit wichtiger und verlockender erscheinen, als die Betrachtung der alle umgebenden und doch für viele nicht anrührbaren Gegenwart. Da sich im Halbschimmer der beginnenden Geschichte keine bestimmten Personen als Träger der einzelnen Dinge erkennen liessen, bildete man sich im romantischen Sinne den Begriff des Volkes, dem nun geheimnissvoll wirkende Gesammtkräfte beigelegt wurden. So entstanden-gedachte Poesie galt als Naturpoesie; die Werke der unter den Augen aller Zeitgenossen schaffenden Dichter gehörten dagegen in das Gebiet der Kunstpoesie. Ebenso schaute Savigny die Entstehung des positiven Rechtes an. „Wo wir (sagt er S. 8 seiner Schrift) zuerst urkundliche Geschichte finden, hat das bürger-

[1]) Rehberg, Ueber den Code Napoleon, Hannover 1814; von Hugo angezeigt in den Göttingischen gelehrten Anzeigen 1814, S. 33—39. — [2]) Ueber Galvanismus und Voltas Säule hatte Arnim selbst früher, zu Anfang des Jahrhunderts, einige Arbeiten veröffentlicht.

liche Recht schon einen bestimmten Charakter, dem Volk eigenthümlich, so wie seine Sprache, Sitte, Verfassung. Ja diese Erscheinungen haben kein abgesondertes Daseyn, es sind nur einzelne Kräfte und Thätigkeiten des einen Volkes, in der Natur untrennbar verbunden, und nur unsrer Betrachtung als besondere Eigenschaften erscheinend. Was sie zu einem Ganzen verknüpft, ist die gemeinsame Ueberzeugung des Volkes, das gleiche Gefühl innerer Nothwendigkeit, welches allen Gedanken an zufällige und willkührliche Entstehung ausschliesst". Arnim dagegen verfocht die Meinung, dass Poesie und Recht sich in alten Zeiten nicht wesentlich anders gebildet habe, als in der Gegenwart. Er konnte mit Recht auf das merkwürdige Phänomen hinweisen, dass Goethe, der sein Leben schrieb, die Wahrheit nur mit einem Zusatz von Dichtung erfassen konnte. Arnim betonte gegenüber den einzelnen Phasen der Vergangenheit mehr die Rechte der Gegenwart; in diesem Sinne entfaltete er seine litterarische Wirksamkeit; Wilhelm Grimm stand ihm hierin näher, als Jacob und Savigny. Es ist also folgerichtig, wenn Arnim auch auf dem Gebiete der Rechtspflege den Werth des Gegenwärtigen mehr hervorhob und aus seiner Erfahrung heraus das preussische Landrecht vertheidigte. Die Verschiedenheit in den Anschauungen der befreundeten Männer war nur eine graduelle, keine materielle; freilich in ihren practischen Folgen weiter auseinander gehend. Von einem höheren Standpuncte aus betrachtet, schliessen sich diese Dinge wie von selbst zur Einheit zusammen.

Berlin. Reinhold Steig.

Litteratur.

A. **Pertile**, Storia del diritto italiano: nuova edizione intieramente riveduta. — Lief. 1—14 (Bd. V). Torino, 1891—92.

Die grosse Bedeutung von Pertile's italienischer Rechtsgeschichte, der ersten, welche direct aus den Quellen schöpfend das gesammte Gebiet möglichst vollständig bearbeitete, hat allgemeine Anerkennung gefunden; und als ein günstiges Zeichen des wachsenden Interesses, mit welchem auch in Italien die rechtsgeschichtlichen Studien betrieben werden, dürfen wir es ansehen, dass in verhältnissmässig kurzer Zeit eine neue Ausgabe des umfangreichen Werks nöthig geworden ist.

Diese wird in Lieferungen herausgegeben, von denen 14 erschienen sind, welche den fünften 1876 in erster Ausgabe veröffentlichten Band umfassen. Derselbe enthält die Geschichte des Strafrechts. Unverändert blieb die Anlage des Werks und die Eintheilung in Kapitel und Paragraphen; ebenso sind in den meisten Paragraphen die Nummern der Anmerkungen beibehalten worden, da die neu hinzugefügten durch Buchstaben unterschieden sind. Der Verfasser ist seinen in der ersten Ausgabe vertretenen Ansichten treu geblieben; bedeutende Veränderungen sind also in diesem Bande nicht zu bemerken. Dagegen weist fast jede Seite zahlreiche mehr oder minder umfangreiche Zusätze auf, und zwar sowohl aus den Quellen als aus der neueren inzwischen hinzugekommenen Litteratur. Indem wir das Werk in seiner neuen Form mit Freuden begrüssen, sprechen wir nur den Wunsch aus, dass die folgenden Bände nicht zu lange auf sich warten lassen mögen.

F. **Patteta**.

Zur Geschichte des Grundeigenthums in Ost- und Westpreussen. I. Die kölmischen Güter. Von Wilhelm **von Brünneck**. Berlin 1891. F. Vahlen. V u. 138 S. 8°.

Die rechtliche Natur der nach kulmischem Recht verliehenen Güter war eine sehr verschiedene. In geringerer Zahl kamen Uebertragungen

zu Eigenthum vor, wobei das kulmische Recht sich nur auf den dem Gute als öffentliche Reallast auferlegten Reiterdienst bezog. Lehnrechtliche Verleihungen (auch solche zu Burgrecht) erfolgten meistens nach magdeburgischem Lehnrecht; die Hervorhebung des kulmischen Rechts bei Lehngütern hatte nur eine Bedeutung hinsichtlich der Vererbung: alle kulmischen Güter waren frei vererblich, ohne Rücksicht auf das Geschlecht, Lehen nach kulmischem Recht waren demnach Weiberlehen. Bei weitem die meisten Verleihungen kulmischen Rechts erfolgten zu Erbzinsrecht, unter Vorbehalt des Obereigenthums des Leiheherrn, dabei wurde aber je nach der Beschaffenheit des Leihegutes unterschieden. Handelte es sich um Besitzungen, welche vermöge ihrer Grösse im Stande waren, die Reiterdienstpflicht zu tragen, so wurde ihnen eine solche als dingliche Last auferlegt; ausserdem hatten sie einen geringen Anerkennungszins in Geld und Wachs, sowie in der Rege leine Abgabe von der Jagdbeute zu leisten. Wegen der Reiterdienste, die übrigens auf Seiten des Beliehenen keineswegs Rittermässigkeit voraussetzten, sondern auch von Nichtritterlichen übernommen werden konnten (Mannschaft und Hulde wurden bei kulmischen Gütern nicht verlangt), war jede Veräusserung derartiger Güter an die Zustimmung des Herrn gebunden, um den Uebergang auf politisch oder militärisch ungeeignete Personen zu vermeiden. Von kleineren Gütern, mochten sie übrigens einer Stadt- oder Dorfgemeinde angehören oder einen eigenen Gutsbezirk bilden, wurden keine Reiterdienste verlangt, dagegen hatten sie neben Frondiensten einen erheblich höheren Erbzins zu leisten, der den Werth einer materiellen Gegenleistung für den Herrn darstellte; die Jagd, oder mindestens die hohe Jagd, blieb hier dem Herrn vorbehalten. Ein Privationsrecht wegen Vorenthaltung der Leistungen hatte der Herr bei keiner Art der kulmischen Güter. Die Vererblichkeit erstreckte sich durchweg auf alle Verwandten des Beliehenen, ohne die lehnrechtliche Beschränkung auf die Nachkommen des ersten Erwerbers. Die Veräusserung und Afterverleihung stand dem Besitzer jederzeit frei; das Consensrecht des Herrn fand bei Gütern ohne Reiterdienst keine Anwendung. Bei Gütern, die einen eigenen Gutsbezirk bildeten, erfolgte die Veräusserung, wie bei den reiterdienstpflichtigen Gütern, durch die Hand des Herrn, bei kulmischem Besitz in Städten oder Dörfern dagegen einfach durch Auflassung vor dem Stadt- oder Dorfgericht des Erbschulzen.

Als Leiheherren fungirten, ausser dem Orden, innerhalb ihrer Territorien auch die Bischöfe von Kulm, Pomesanien, Ermland und Samland sowie bei Kapitelsgütern die Domkapitel. Dazu kamen unter Umständen die Afterleiheherren. Da die Herren aber bei kulmischen Gütern in Stadt- oder Dorfmarken sich in Ausübung ihrer Rechte regelmässig durch den Erbschulzen vertreten liessen, so entwickelte sich hier schon früh eine Auffassung, welche den Zinsmann als Eigenthümer und die auf dem Gute ruhenden Lasten als Reallasten behandelte. Dagegen erhielt sich das Obereigenthum der Leiheherren bei den übrigen kulmischen Gütern, mochten sie reiterdienstpflichtig sein oder zu den

„kölmischen Zinsgütern" gehören. Zwar war seit der Einführung der preussischen Landgerichte oder kulmischen Landdinge im 14. Jahrhundert auch bei den grossen Gütern im Falle ihrer Veräusserung die gerichtliche Auflassung an die Stelle der Uebertragung durch den Leiheherrn getreten, aber durch die strenge Aufrechterhaltung des herrschaftlichen Consensrechtes das Obereigenthum gewahrt geblieben. Erst durch das preussische Landrecht von 1620 (für kölmische Zinsgüter seit 1685) wurde auch hier das Eigenthum der Inhaber anerkannt und das Obereigenthum aufgehoben. Der Anerkennungszins kam seitdem allgemein ausser Gebrauch, während der Erbzins der kölmischen Zinsgüter den Charakter einer Rente annahm. In den seit 1476 unter polnische Herrschaft gekommenen Landestheilen war die Allodification der kulmischen Güter schon im 15. und 16. Jahrhundert allgemein zur Thatsache geworden, nur bei Neugründungen hielt man an dem alten kulmischen Rechte fest, bis dasselbe nach der Einverleibung in den preussischen Staat ebenfalls den Bestimmungen des preussischen Landrechts von 1620/1721 weichen musste.

Das sind in kurzer Zusammenfassung die Hauptergebnisse der vorliegenden Untersuchung, für deren umsichtige, auf ein umfassendes Urkundenstudium gestützte Durchführung dem um die Rechtsgeschichte seiner engeren Heimath schon so verdienten Verfasser unser aufrichtiger Dank gebührt.

Schröder.

De l'établissement des Burgundes sur les domaines des Gallo-Romains, par Raymond Saleilles, Professeur aggrégé à la Faculté de droit de Dijon. Dijon, chez Lamarche et Damidot. Paris, chez Rousseau. 1891. 124 S. 8°.

Die vorliegende Schrift ist ein Sonderabdruck aus dem ersten Bande der „Revue Bourguignonne de l'enseignement supérieur, publiée par les professeurs des facultées et de l'école de médecine et de pharmacie de Dijon", deren Erscheinen wir gleich dem der „Annales de Grenoble" (vgl. Bd. XXV. 141) als ein hocherfreuliches Zeichen des in Frankreich siegreich vordringenden Universitätsgedankens, gegenüber der bisherigen Vereinzelung der Facultäten, betrachten dürfen. Unsere Schrift behandelt die Niederlassung der Burgunder in der Sabaudia, insbesondere die Landtheilung (hospitalitas) mit den römischen Grundbesitzern, unter Berücksichtigung der entsprechenden westgothischen und der durchaus anders gearteten fränkischen Verhältnisse. Der Verfasser geht mit ausserordentlicher Gründlichkeit zu Werke, namentlich in der Widerlegung der willkürlichen Aufstellungen von Fustel de Coulanges. In seinen Ergebnissen stimmt der Verfasser in der Hauptsache mit Gaupp und Binding überein. Darstellung und Forschung zeichnen sich durch Scharfsinn und Klarheit gleichmässig aus. Der Verfasser zeigt

einen weiten Blick und unbefangene Würdigung historischer Thatsachen. Die Litteratur, auch die deutsche, ist ausgiebig herangezogen, das Quellenmaterial überall nach den besten Ausgaben angeführt.

Schröder.

Handbuch des Handelsrechts. Von L. Goldschmidt. 3. Auflage. I. Band. Geschichtlich-literärische Einleitung und die Grundlehren. 1. Abtheilung. Universalgeschichte des Handelsrechts. 1. Lieferung. Stuttgart 1891. XVIII u. 468 S. 8⁰.

Auch unter dem Titel: Universalgeschichte des Handelsrechts. 1. Lieferung.

Die Wissenschaft schuldet dem Verfasser des berühmten Handbuches des Handelsrechts, so erwünscht auch die leider kaum noch zu erhoffende Vollendung seines Werkes gewesen wäre, doch besonderen Dank dafür, dass er statt dessen die Gelegenheit der 3. Auflage des ersten Bandes zu einer völligen Umarbeitung desselben benutzt und die frühere „geschichtlich-literärische Einleitung" zu einer grundlegenden „Universalgeschichte des Handelsrechts" umgestaltet hat. Es handelte sich hier um ein fast noch brach liegendes Gebiet. Nur einzelne Institute, wie der Wechsel, die Werthpapiere, Handelsgesellschaften, Seeversicherung, Bodmerei, Haverei u. a. m., hatten die rechtsgeschichtliche Untersuchung schon früher auf sich gezogen, aber erst das vorliegende Werk lässt uns erkennen, wie viel selbst in diesen, zum Theil schon in früheren Arbeiten des Verfassers behandelten Zweigen noch aufzuklären war. Dass kein anderer zu dieser Arbeit so berufen war wie Goldschmidt, konnte bei Kundigen längst keinem Zweifel unterliegen. Die in seinem neuesten Werke entwickelte Quellen- und Litteraturkenntniss, verbunden mit einer unvergleichlichen Herrschaft über den ganzen zu behandelnden Rechtsstoff, dürfte in der That einzig dastehen.

Die gegenwärtig vorliegende erste Lieferung behandelt zunächst die wirthschaftlichen und rechtlichen Grundprobleme, giebt sodann eine Uebersicht über das Handelsrecht der alten Welt sowie des byzantinischen und fränkischen Reiches und wendet sich hierauf, als der Hauptaufgabe, dem mittelalterlichen Handelsrecht der Mittelmeerstaaten (Italiens, Spaniens, Portugals und Frankreichs) zu. Die „Ergebnisse der romanischen Rechtsbildung im Mittelalter" werden S. 237—465 in zehn Abschnitten (Personenrecht, Mäklerrecht, gesellschaftliche Unternehmung, Sachenrecht, Vertragsrecht, die wichtigsten Handelsgeschäfte, Seerecht, Assecuranz, Urkundenrecht, Wechsel) zusammengefasst.

Von unmittelbarer Bedeutung für die deutsche Rechtsgeschichte ist der Abschnitt über das Handelsrecht der fränkischen Monarchie

und des deutschen Reiches im Mittelalter (S. 100—142), namentlich die Ausführung über das Städtewesen, das der Verfasser in Uebereinstimmung mit dem Referenten in erster Reihe auf das Marktrecht und den Marktfrieden zurückführt. Den umfassenden monopolistischen Kaufgilden (Hansen) weist der Verfasser, darin an Nitzsch gegen Hegel festhaltend, ein erheblich höheres Alter als den Sonderorganisationen der Zünfte zu; vielfach sind sie gleichalterig oder selbst älter als die zum Theil erst durch sie zu corporativer Gestaltung gelangte städtische Organisation überhaupt; theilweise wurzeln sie noch in den aus der heidnischen Zeit hervorgegangenen Schutzgilden der fränkischen Zeit. Von grossem Interesse ist die Uebersicht über den grossen gemeinsamen germanischen Grundstoff, den das in der Hauptsache allerdings auf römisch-hellenischem Rechte beruhende moderne Handelsrecht in sich aufgenommen hat. Der Schwerpunct für die Entwickelung des letzteren liegt in der vor allem durch die italienische Handelswelt vollzogenen Umbildung des römischen Rechts. Bei der Darstellung dieser Entwickelung wird auch die italienische und französische Verfassungsgeschichte mehrfach gestreift. Die das Handelsrecht betreffenden Rechtsquellen der Mittelmeerstaaten werden eingehend behandelt.

Die Darstellung der einzelnen Handelsrechtsinstitute verfolgt dieselben in mehr oder weniger ausführlicher Entwickelung bis zu der Zeit, wo das Handelsrecht der Mittelmeerstaaten durch gewohnheitsrechtliche Reception Bestandtheil des europäischen Rechts geworden ist. Es ergiebt sich, dass das heutige europäische Handelsrecht nur wenige Rechtsgedanken aufzuweisen hat, die nicht schon im Mittelalter vorhanden gewesen oder mindestens angedeutet sind. Als den wesentlichsten Ausgangspunct der meisten Handelsrechtsinstitute weist der Verfasser den Seegrosshandel nach, dessen Einrichtungen und Grundsätze erst nach und nach auf den Binnenverkehr übertragen wurden. Eine führende Rolle hatte namentlich das bei den heutigen Verkehrsmitteln in völligem Verschwinden begriffene Seedarlehen. Schon die Commenda erscheint seit der byzantinischen Zeit als societätsmässig modificirtes Seedarlehen, während die offene Handelsgesellschaft von der Brotgemeinschaft (compagnia) in Handwerk und Fabrication und die Actiengesellschaft von den zur Uebernahme staatlicher oder städtischer Anleihen gebildeten „montes“ ausgegangen ist. Dass die Prämienversicherung dem Seedarlehen seine Entstehung verdankt, hatte der Verfasser schon in einer früheren Schrift (Juristische Abhandlungen, Festgabe für Georg Beseler, 1885) hervorgehoben, von besonderem Interesse ist aber der überraschende Nachweis, dass auch die formelle Ausgestaltung des Wechselbriefes Hand in Hand mit dem „Seewechsel“ erfolgt ist. Wir halten die hierauf bezügliche Darstellung des Verfassers, verbunden mit der Ausführung über die Entstehung der Tratte aus dem mit activer und passiver Orderclausel versehenen domicilirten Eigenwechsel und dem dazu gehörigen Willebriefe, für eine der bedeutendsten und am meisten gelungenen Partien des Werkes.

Der Zweck dieser Zeitschrift verbietet es, hier noch auf den son-

stigen Inhalt des letzteren näher einzugehen. In allen Theilen des Buches wird auch der Germanist die reichste Belehrung finden. Möge es dem erst jüngst von schwerer Krankheit genesenen Verfasser vergönnt sein, diese in der ganzen Anlage wie in zahlreichen Einzelforschungen bahnbrechende Rechtsgeschichte des Handels in gleicher Vollkommenheit zu Ende zu führen! Schröder.

Glasson, E. 1. Histoire du Droit et des Institutions de la France. Paris, Pichon 1889. Tom. IIIe, XIX, 704 S. 2. Les communaux et le domaine rural à l'époque franque, réponse à M. Fustel de Coulanges. Paris, Pichon 1890, 8^0. 183 S. (C. B. VIII 364.)

Mit dem dritten Bande seiner grossen französischen Rechtsgeschichte schliesst der Verfasser die fränkische Periode ab, um sich im vierten dem M.-A. zuzuwenden. In sieben Capiteln (6—12) werden folgende Gegenstände urkundlich erörtert: 6. Le droit civil, die Geschichte der römischen und der germanischen Familie in dieser Periode, das Ehe- und Elternrecht, das Eigenthumsrecht, die Immunität, das Erbrecht und Vertragsrecht; 7. die Gerichtsorganisation unter den Merovingern: diejenige zur Zeit der lex Salica, die Rachinburgen; die Organisation unter den Merovingern, die Volksversammlung, das Königsgericht, das Gericht des Grafen und des Centenars; 8. die Gerichtsorganisation zur Zeit der Carolinger: das Grafengericht, die missi dominici, die scabini, die Gerichtsbarkeit des comes palatii; die allgemeinen Versammlungen und die Immunitätsgerichte der grossen Grundbesitzer; 9. das Processverfahren in Civil- und Strafsachen nach der Lex Salica und unter den Carolingern; 10. von dem Beweisrecht; 11. das Strafrecht, Rache, Busse und Strafe unter den Carolingern; 12. Kirche und Staat, die Veränderungen der Kirche, die Geschichte des canonischen Rechts, die Organisation der Kirche und der Klöster und die vermögensrechtliche Persönlichkeit derselben, die kirchliche Gerichtsbarkeit und das Strafrecht der Kirche. Den Schluss bildet eine Betrachtung über die Ursachen des Niederganges der Carolinger. Vorausgeschickt ist der Darstellung eine vollständige Litteraturübersicht, welche namentlich von einer sehr genauen Kenntniss der deutschen rechtshistorischen Arbeiten zeugt.

In diesem dritten Bande handelt Glasson S. 69 fl. von den Eigenthumsverhältnissen an Grund und Boden und weist mit der communis opinio nach, dass neben dem Krongut und dem Privateigenthum noch unvertheiltes Gemeindeeigenthum bestanden habe, und zwar häufiger in Deutschland als in Frankreich. Gegen diese Ansicht hatte sich schon früher Fustel de Coulanges, namentlich in seiner Schrift über den Titel de migrantibus, ausgesprochen und behauptet, es habe überhaupt nur

Privateigenthum gegeben, aber weder Markeigenthum noch Allmende. Das Wort Mark sei jüngeren Datums und finde sich weder bei Caesar noch bei Tacitus, und wo es später in den leges barbarorum sich finde, da bedeute es eine Grenze, später Nachbarland, und endlich an der Grenze eines Grundbesitzes gelegenes Privateigenthum. Diese marca oder villa habe bebautes und unbebautes Land enthalten, welches nicht von Zeit zu Zeit vertheilt worden sei und sich gleich wie anderes Land vererbt habe. Allerdings habe es auch Ländereien gegeben, die man communia genannt habe, und es sei dies entweder unbebautes oder schwer zu bebauendes Land gewesen, welches aus diesem Grunde nicht unter die Gutsangehörigen vertheilt worden sei. Oft haben auch Grundherren ihren Hörigen oder Gutsangesessenen Nutzungsrechte in Holz und Feld eingeräumt, und diese erscheinen im XII. Jahrhundert unter dem Namen Allmende; von Gemeindeeigenthum sei keine Rede gewesen, sondern nur von Rechten an einer fremden Sache. Dagegen machte Glasson mit der communis opinio geltend, es habe neben dem Sondereigenthum auch wirkliches, unvertheiltes Gemeindeeigenthum gegeben, Grundeigenthum, welches nicht dem einzelnen Gemeindegenossen, sondern der Gesammtheit derselben angehört habe. Solches finde sich unzweifelhaft seit dem XII. Jahrhundert und nach dem System von Fustel de Coulanges würde sich daraus ergeben, dass Sondereigenthum sich mit der Zeit in Gemeindeeigenthum verwandelt habe, was dem gewöhnlichen und historisch bekannten Laufe der Dinge nicht entspreche. In seinem letzten Werke nun, „L'alleu et le domaine rural“, kommt F. de C. auf die Streitfrage und seinen Widerspruch gegen die communis opinio zurück und führt seine Polemik namentlich gegen die Ausführungen Glassons im dritten Bande seiner Rechtsgeschichte. Er bestreitet, dass es zur Zeit der Merovinger Gemeindeeigenthum gegeben habe; alles Grundeigenthum sei im Privateigenthum gewesen, wie sich dies aus allen Urkunden ergebe, und es sei keine von ihm übersehen oder nur theilweise gelesen worden. Zum Beweise seiner Behauptungen greift er die urkundliche Darstellung Glassons an und sucht mit Bezug auf die von demselben citirten Documente nachzuweisen, dass derselbe sie entweder gar nicht gelesen oder falsch verstanden habe, oder dass seine Citation eine ganz unvollständige sei und die Urkunde das gerade Gegentheil von dem enthalte, was Glasson aus derselben herausgelesen habe. Die Polemik Fustels weicht in ihrem Tone sehr erheblich von demjenigen ab, welchen wir sonst bei unseren gelehrten Collegen des Nachbarlandes zu finden gewohnt sind. Sie war ebenso unbegründet als grob. Sie rief denn auch eine musterhafte Replik Glassons hervor, welche unter dem Titel „des communaux et le domaine rural à l'époque franque, réponse à M. F. de C.“ bei Pichon erschien und die glänzendste Rechtfertigung des Angegriffenen zugleich mit der bündigsten Verurtheilung des Angreifers enthielt.

Bern, 17. Mai 1891. König.

Charles Gross. The Gild Merchant, a contribution to british municipal history. Oxford. Clarendon-Press. 1890. 2 Vol. 8⁰. XXII. 332 S. XI. 447 S.

Im Jahre 1883 veröffentlichte der Verfasser seine in deutscher Sprache geschriebene Doctordissertation über die Gilda Mercatoria, welche sich einer günstigen Aufnahme erfreute. Sie bildet die Grundlage auch der jetzt vorliegenden Arbeit, aber erweitert, verbessert, vertieft und mit Benutzung eines umfassenden handschriftlichen Materiales, zu welchem die städtischen Archive und die öffentlichen Bibliotheken die werthvollsten Beiträge lieferten. Der Verfasser hat keine Mühe und Arbeit gescheut, um sich dasselbe in möglichster Vollständigkeit zu verschaffen und durch gewissenhafte Prüfung lang eingewurzelte Irrthümer zu berichtigen. Der erste Band zerfällt in 9 Capitel mit 7 Anhängen, während der zweite das Urkundenbuch zum ersten bildet und lauter bisher ungedruckte Documente enthält. Die Entstehung und Geschichte der gilda mercatoria in England ist schon wiederholt Gegenstand wissenschaftlicher Behandlung geworden, namentlich von Seiten deutscher Schriftsteller, Wilda, Brentano und anderer, allein das hier von Gross mitgetheilte Quellenmaterial stand ihnen nicht zu Gebote und es ist daher begreiflich, wenn ihre Darstellung in verschiedenen Beziehungen zu wünschen übrig lässt und der Berichtigung bedarf. Die Geschichte der gilda mercatoria beginnt nicht vor der normännischen Eroberung und reicht namentlich nicht in die angelsächsische Periode zurück, wie früher mit Unrecht angenommen wurde. Die Verbindung der Normandie mit England erweiterte den Horizont der Kaufleute und gab dem auswärtigen Handel einen mächtigen Aufschwung, der nicht ohne Nachwirkung auf den inneren bleiben konnte. Dieselbe wurde um so nachhaltiger, als der normannische Eroberer für die Sicherheit der Häfen und der Verkehrswege sorgte. Vorher würden auch Verbindungen wie die gilda mercatoria nutz- und gegenstandslos gewesen sein, und daraus erklärt sich auch, dass die angelsächsischen Urkunden derselben nicht Erwähnung thun. G. nimmt sogar die Möglichkeit an, dass sie direct aus Frankreich eingeführt worden sei. Die ersten Erwähnungen finden sich in der Charter von Burford und in einem Documente des Erzbischofs Anselm von Canterbury (1039—1109), und unter den beiden ersten Heinrichen und Richard II nahmen diese Gilden rasch zu und im 12. und 13. Jahrhundert finden wir sie regelmässig in den Städteprivilegien. Ihr regelmässiger Inhalt ist eigene von den Grafschaftsgerichten unabhängige Gerichtsbarkeit, Umwandlung gewisser Abgaben in eine fixe Geldsumme, Befreiung von Zöllen durch das ganze Reich, Recht Märkte abzuhalten, die Stadtbeamten zu wählen, eine gild merchant zu errichten, die Ausschreibungen für Wahlen u. s. w. selbst zu besorgen, Ausschluss der königlichen sheriffs und baillifs in städtischen Angelegenheiten. Ausführlich mitgetheilt wird die charter für Ipswich von König Johann, worin die gilda mercatoria ausdrücklich

bewilligt wird. Auch die Bestimmung, dass Aufenthalt von Jahr und Tag in der Stadt mit Land „and be in the said Gild and hanse and lot and scot . . . he can not be reclaimed by his Lord but may remain free in the said town“ frei mache, findet sich in einer Reihe von Urkunden, welche in Bd. II mitgetheilt werden. Unter den Städten mit merchant gild erscheint London nicht, allein die Stellung dieser Stadt war immer eine ausnahmsweise und ihre Organisation der Art, dass sie das Recht der gilda mercatoria in sich schloss und alle Rechte ausübte, welche mit diesem Privileg verbunden waren. Das Nämliche war der Fall bei den cinque Ports. An der Hand der charter von Ipswich schildert nun G. die allgemeine Verfassung einer Stadt zur Zeit König Johanns sowie die Einsetzung und Organisation der gild merchant, mit Ergänzung durch die Stadtrechte anderer Städte, ihre Organisation, Aufnahme der Mitglieder, ihre Rechte und Pflichten, und Verwirkung der Mitgliedschaft. Kein absolutes Erforderniss für die letztere war die Niederlassung am Orte; auch Auswärtswohnende konnten aufgenommen werden und selbst Frauen waren nicht ausgeschlossen. Dagegen wurden, zwar nicht allgemein, aber in einzelnen Städten Unfreie nicht als Mitglieder angenommen. Die wesentlichen Functionen der Gilde bilden den Gegenstand eines besonderen Capitels III. Die Ansichten sind noch weit entfernt sich zu einigen, gehen vielmehr noch weit auseinander. Nach den Einen ist die Gilde eine blosse Privatgesellschaft von Kaufleuten, nach Anderen dagegen ist sie identisch mit borough oder city, wobei allerdings auf das mercatoria keinerlei Rücksicht genommen wird. Der Verfasser legt den Lesern die Quellen selber vor, damit sie ihre eigene Geschichte erzählen. Aus einer grossen Anzahl von Charters und anderen Documenten, öffentlichen und amtlichen Erklärungen, die ihrem Wortlaute nach mitgetheilt werden, gewinnt er das Resultat: it was clearly a concession of the exclusive right of trading within the borough. The gild was the department of town administration whose duty was to maintain and regulate the trade monopoly. Oft ist die Anlage der Grundlage eine noch breitere, indem ihr „the general regulation of trade and industry“ oblag. Indessen stimmt das von Gross festgestellte Resultat nicht vollständig mit den Quellen überein, denn die Angehörigen des Fleckens oder der Stadt waren nicht identisch mit den Mitgliedern der Gilde, und borough nicht identisch mit gilda mercatoria; die Administration der einen Körperschaft daher auch nicht identisch mit derjenigen der anderen. Abgesehen von localen Verschiedenheiten ergeben sich aus den mitgetheilten Documenten ziemlich übereinstimmend folgende Rechte der zur Gilde Gehörigen. Sie hatten das Recht des freien Handels, während Auswärtige Zoll zu zahlen hatten von allen Waaren, die sie kauften oder verkauften. Diess bezog sich auch auf diejenigen, welche ausgestossen wurden, oder freiwillig aus dem Verbande austraten. Darin liegt auch ein Beweis gegen die von Taswell-Langmead ausgesprochene Ansicht, es sei der Beitritt der Bürger zur Gilde obligatorisch gewesen. In Southampton musste sogar Jahr für Jahr die Mitgliedschaft von

denjenigen bewiesen werden, welche die Zollfreiheit in Anspruch nahmen. Nichtmitglieder durften weder einen Schuppen aufthun, noch den Kleinverkauf betreiben; wobei jedoch das Verbot öfters auf bestimmte Waaren beschränkt war, Kleider, Leder, Wolle, Fische; sie durften auch nicht vor einer bestimmten Stunde — before three o'clock — kaufen. Oft wird Handelskauf d. h. Kauf zum Wiederverkauf den nicht zur Gilde Gehörigen untersagt, bald nur den Fremden unter sich. Sie mussten auch wohl ihre Waaren an einen bestimmten Platz bringen und zum Verkaufe ausstellen. So lange ein Mitglied der Gilde zum Kaufe der Waare bereit ist, müssen Bürger, die derselben nicht angehören, oder Fremde zurücktreten. Auswärtige durften nicht länger als 40 Tage am Orte bleiben und auch nicht unter dem Namen „under colour or cover of a faithless gild-brother's freedom“ Handel treiben. Das Mitglied der Gilde, welches sich zu solchen Manipulationen hergab, wurde der Mitgliedschaft verlustig erklärt; es war daher auch eine partnership zwischen Genossen und Nichtgenossen unzulässig. In den Seehäfen hatten oft die Beamten der Gilde das Recht, ein Angebot auf die neu angekommenen Waaren zu machen und sie für dasselbe zu übernehmen, um sie sodann mit bescheidenem Gewinn den Angehörigen der Gilde zu überlassen. Kaufte ein Gildsmann eine Anzahl von Waaren von einem Auswärtigen, so konnte jeder andere Genosse die Zutheilung seines verhältnissmässigen Antheils verlangen und der Gewinn sollte getheilt werden; dadurch wollte man Mittelmänner fernhalten. Gewisse Freiheiten konnten auch Nichtangehörige der Gilde gegen hohe Taxen erlangen. Diese Rechte stimmen vielfach auffallend überein mit dem Inhalte der deutschen und schweizerischen Stadtrechte des Mittelalters, wie er in Genglers Stadtrechts-Alterthümern S. 135 geschildert ist. Die Folgen dieses Protectionssystemes, welches unter dem Schutze von Freiheiten die Freiheit selbst in Fesseln schlug, konnten nicht ausbleiben, und unter den verschiedenen Städten wurde nicht ein löblicher Wetteifer angefacht, sondern nur eine Eifersucht erzeugt, die grösser war als die unter den jetzigen Staaten herrschende. Hier und da durchbrach ein Lichtschimmer das gewerbliche Dunkel und im eigenen Interesse wurden Beschränkungen Auswärtiger aufgehoben. Lange aber pflegte die bessere Einsicht nicht anzuhalten, denn bald wurden die aufhebenden Beschlüsse wieder suspendirt und am Rande des Stadtbuches ein deutliches vacat eingetragen. Ohne Verwunderung lesen wir daher in einem Statute Henry's VIII „many and the most partie of all the Cities, Boroughes and Townes corporate wythin this realme be fallen in ruyn and decaye“, und die gild merchant hatte hierzu wesentlich beigetragen. Ihre Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit trieb Handel und Industrie in die Landbezirke und kleineren Städte wie Birmingham, Manchester, Leeds „silencing the once busy looms of Norwich and Exeter and sweeping away the clothhalls of York and Winchester“. Den Rechten der Gildemänner standen Pflichten derselben gegenüber, und auch diesen wird ein besonderes Capitel IV. gewidmet; dasselbe ist Duties of Gildsmen überschrieben. Der Gildemann muss

sein in scot and lot mit den Bürgern des Ortes, aber über die Bedeutung dieser Ausdrücke gehen die Ansichten auseinander. Die Einen verstehen unter denselben Verschiedenes und halten sie daher auseinander; scot soll die Pflicht bedeuten, zu den Lasten financiell beizutragen, wogegen lot auf die Erfüllung anderer Bürgerpflichten sich beziehe especially holding office. Für das Mittelalter ist diese Trennung jedenfalls nicht begründet, denn aus einer Reihe mitgetheilter Urkunden ergiebt sich, dass scot and lot sich nur auf financielle Leistungen beziehen; die Mitglieder der Gilde sollten der Stadtbehörde nach Massgabe ihrer financiellen Mittel beistehen, wenn sie Geld bedürfte. Auch Mitglieder, welche nicht in der Stadt wohnten und bei denen daher das holding office ganz dahinfiel, standen in dieser Verpflichtung; sie waren in scot and lot, aber andere als financielle Verpflichtungen muthete man ihnen nicht zu. Auch die lateinischen Ausdrücke „tallagia et auxilia", „lottans et scottans ad communia tallagia ville — lot et scot, ad communia auxilia regis" beziehen sich nur auf Geldleistungen. Damit stimmen auch die verschiedenen Eidesformeln überein: in Hastings lautet dieselbe „to scot and lot if shere should be any taxes for the common good", und in Pevensey: „I will lot and scot with my goods and chattels to the community, in the quantity that I shall be assessed according to my power". „ad scotlandum et lottandum si quae taxata pro communi utilitati fuerint (State Trials XVIII. 850). Aus diesen und anderen Citaten ergiebt sich mit voller Evidenz, dass lot und scot identische Begriffe sind und sich nur auf Geldleistungen beziehen. Zu den betrittenen Fragen, welche durch die neuen Untersuchungen von Gross eine richtige Lösung erhalten haben, gehört auch das Verhältniss der Gilde zur Stadtverwaltung und Stadtverfassung. Taswell-Langmead nimmt an, alle Kaufleute einer Stadt seien verpflichtet gewesen, der Gilde beizutreten; Stubbs, das Vorhandensein einer gild merchant sei zu König Heinrichs II. Zeiten Zeichen und Beweis städtischer Unabhängigkeit gewesen und thatsächlich sei die Gilde im Besitze der Stadtverwaltung gewesen. Damit übereinstimmend erklärte auch Glanvil die gild als identical with the communa of the priveleged town, the municipal corporation of the later age. Merewether und Stephen vertreten dagegen die Ansicht, es sei die gild merchant nur eine Handelsverbindung gewesen ohne öffentliche Functionen. Thompson endlich erklärt im schroffsten Gegensatze hierzu, das Stadtregiment habe sich in den Händen der gild befunden und es seien burgesses und gildmen identische Begriffe gewesen. Gross hält beide Ansichten für unrichtig, weil sie einen Theil mit dem Ganzen vermischen, und führt nun seine eigene Untersuchung in zwei verschiedenen Richtungen; Administration der Gilden und der städtischen Verwaltungsbehörde einerseits und Verhältniss der gildship zur burgess-ship andererseits. Die Untersuchung ergiebt nun, dass im 12. und 13. Jahrhundert Stadt und Gilde verschiedene und nicht identische Körper waren, mit besonderen Beamten nnd gesonderter Verwaltung, und dass auch Bürger und Mitglied der Gilde keineswegs identisch

gewesen sind, sondern man das Eine sein konnte ohne das Andere, und dass auch die Aufnahmebedingungen sehr verschiedene waren. So konnten Auswärtswohnende, sowie Geistliche und Mönche der Gilde angehören, nicht aber der Stadt. Erst im vierzehnten Jahrhundert tritt die Tendenz stärker hervor, in einander überzugehen und sich zu verschmelzen, wodurch einzelne Schriftsteller verleitet worden sind, eine solche Verschmelzung schon von Anfang anzunehmen. Dem Influence of the gild upon the municipal constitution widmet Gross das 6. Capitel. Dass die Gilde nicht die Grundlage und Vorausetzung der Stadtgemeinde war, und letztere nicht als eine blosse Erweiterung der ersteren angesehen werden kann, hat Gross meines Erachtens überzeugend nachgewiesen. Dagegen war die Gilde unzweifelhaft von grossem Einfluss auf die Ausbildung und Entwicklung der Stadtgemeinde. Mit den veränderten Bedürfnissen und politischen Auffassungen wurde auch die Form der Einrichtungen eine andere und der liber burgus ging allmälig in die modernere Gemeindeverfassung über, und es wird diese ganz naturgemässe Entwicklung von Gross mit sicherer Hand nachgewiesen. In einem folgenden siebenten Capitel untersucht der Verfasser das Verhältniss der Gilda mercatoria zu den craft gilds, den Arbeitergilden in England. Der Unterschied zwischen Handwerkern und Handelsleuten war nicht scharf gezogen und es gingen beide leicht in einander über, da auch der Handwerker Material kaufen musste, um seine Producte zu verkaufen. Es bildeten nun sich nach und nach beinahe überall Handwerksinnungen, welche zum weiteren Verbande der gilda mercatoria gehörten; dagegen berichten weder Urkunden noch Chroniken von einem Kampfe der craft gilds gegen die merchant gild und ihrem endlichen Siege, wie Brentano ihn schildert. Ebenso wenig erhalten wir aus England Kunde von Handwerkerrevolutionen, welche in Deutschland so oft vorkommen. Was hier die Schwäche der Regierungsgewalt ermöglichte und veranlasste, das verhinderte in England die Stärke derselben, nnd wenn nach und nach die Handwerker in England und den dortigen Gemeinwesen eine politisch bedeutendere Stellung erlangten, so war dies keineswegs das Resultat eines Kampfes der demokratischen Arbeitergilden gegen eine aristokratische gilda mercatoria, sondern der ganz natürlichen, friedlichen Entwicklung und steigender Cultur. In einem achten Capitel werden die späteren Handelsgesellschaften geschildert; ihre Verschiedenheit von der alten gilda mercatoria, und ihre Organisation in Alewick, Carlisle und Dublin und die in letzterer Stadt vorkommenden „common town bargains“ (S. 135 fl.); die Organisation der Staplers, welche Rohwaaren nach auswärtigen Stapelplätzen lieferten, und der merchant adventures, welche den Export namentlich von Kleidungsstücken nach den Niederlanden besorgten. Daneben entstanden in Folge der Entdeckungen des sechzehnten Jahrhunderts eine Anzahl anderer Gesellschaften, die nach aussen Handel trieben, namentlich nach Russland, der Türkei, Marokko, Guinea, dem Orient, Spanien etc. Die bedeutendste war die East-India-Company. Diese verschiedenen Verbindungen und Innungen,

gilda mercatoria, Companies of Merchants und die Staplers und merchant adventures repräsentiren auch drei verschiedene Stufen der Entwicklung. Im letzten neunten Capitel klingt die alte gilda mercatoria aus und unter dem Einfluss der Zeit und ihrer eigenen Fehler macht sich ein Zerbröckelungsprocess geltend. Einzelne Bestandtheile verschwinden ganz, andere dauern in anderen Institutionen fort, im Ganzen aber ist sie der Geschichte anheimgefallen. An diese Darstellung schliessen sich sechs Excurse: 1. The Literature of english gilds, worin namentlich Brentanos Theorie einer Kritik unterworfen wird; 2. Anglo-Saxon Gilds; 3. The english Hanse; 4. The scotch gild Merchant; 5. Affiliation of Medieval Boroughs in England und auf dem Continent; 6. The continental gild merchant. Seite 290 fl. werden auch verschiedene auf auswärtige Handelsgesellschaften bezügliche Documente mitgetheilt.

Der zweite Band bildet, wie bereits erwähnt, das Urkundenbuch zum ersten, und wir können dem Verfasser nur Dank wissen für die Mühe, welche er sich nicht hat verdriessen lassen, um diese werthvollen Documente aus ihrer Verborgenheit zu ziehen und zu sammeln. Dieselben werden den in alphabetischer Reihenfolge aufgeführten Städten und Flecken angereiht. Ein ausführliches Inhaltsverzeichniss macht die Auffindung des Gesuchten leicht. Druck und äussere Ausstattung sind vorzüglich. König.

Bei der Redaction eingegangene Werke.

Bähr, Gegenentwurf zu dem Entwurfe eines BGB. für das Deutsche Reich: 1. Heft. Kassel 1891, Brunnemann.

G. von Below, Der Ursprung der deutschen Stadtverfassung. Düsseldorf 1892, L. Voss & Co.

Blandini, Il dilitto e la pena nelle leggi longobarde, 1890.

S. Brie, Die Fortschritte des Völkerrechts seit dem Wiener Congress. Breslau 1890, Schlettersche Buchhandlung (Franck & Weigert).

Caspari, Strafrechtlicher Inhalt des Schwabenspiegels und des Augsburger Stadtrechts. Berliner Inauguraldissertation.

Christian den femtis Danske Low, udgivet V. A. Secher. København 1891, G. E. C. Gad.

Cuénaud, La criminalité à Genève au 19. siècle. Genève 1891, H. Georg.

Declareuil, La justice dans les coutumes primitives. Paris 1889, Larose et Forcel.

Errera, Les masuirs. Recherches historiques et juridiques sur quelques vestiges des formes anciennes de la propriété en Belgique. Bruxelles 1891, P. Weissenbruch.

O. Frommer, Anfänge und Entwickelung der Handelsgerichtsbarkeit in der Stadt Königsberg i. Pr., 1891 (Gierke, Untersuchungen, Heft 38). Breslau, W. Koebner.

Frommhold, Beiträge zur Geschichte der Einzelerbfolge im deutschen Privatrecht, 1889 (Gierke, Untersuchungen, Heft 33). Breslau, W. Koebner.

Frommhold, Die Widerspruchsklage in der Zwangsvollstreckung in ihrer geschichtlichen Entwickelung. Breslau 1890—91, W. Koebner.

Gengler, Beiträge zur Rechtsgeschichte Bayerns, 3. Heft. Die Quellen des Stadtrechts von Regensburg. Erlangen u. Leipzig 1892, A. Deichert Nachfolger.

Guérin, Étude sur la procédure criminelle en Angleterre et en Écosse. Paris 1890, Librairie Cotillon, F. Pichon successeur.

Günther, Die Idee der Wiedervergeltung in der Geschichte und Philosophie des Strafrechts, Abtheilung II. Erlangen 1891, Th. Bläsing.

Harms, Begriff, Formen und Grundlegung der Rechtsphilosophie, her. von H. Wiese. Leipzig 1889, Th. Grieben (L. Fernau).

Harvard University Publications, Harvard historical monographs, I. II. Boston 1890—91, Ginn & Co.

I. Edw. Campbell Mason, The veto power, its origin, development and function in the government of the United States 1789—1889, ed. by A. Bushnell Hart.

II. A. Bushnell Hart, Introduction to the study of federal government.

Heuberger, Die Sachmiethe nach dem schweizerischen Obligationenrecht, mit Berücksichtigung des gemeinen Rechts und des Entwurfes eines BGB. für das Deutsche Reich. Zürich 1889, Orell, Füssli & Co.

Heyl, Gerichtswesen und Ehehafttädigungen des Gerichts zum Stein auf dem Ritten. Wien 1886, A. Pichler.

Hosdey, Essai sur le statut du Mont ou „Hoop“ d'Hazebrouck et sur les rapports avec l'ancien droit franc. Dunkerque 1890, P. Michel.

Deutsche Justizstatistik, bearbeitet im Reichsjustizamt. V. Jahrgang. Berlin 1891, Puttkammer u. Mühlbrecht.

Kerly, An historical sketch of the equitable jurisdiction of the court of chancery. Cambridge 1890, University press.

Kerr, Criminal responsability in narcomania. New-York 1889.

Kohler, Altindisches Processrecht. Stuttgart 1891, F. Enke.

Kühtmann, Die Romanisirung des Civilprocesses in der Stadt Bremen, 1891 (Gierke, Untersuchungen, Heft 36). Breslau, W. Koebner.

Lass, Die Anwaltschaft im Zeitalter der Volksrechte und Kapitularien, 1891 (Gierke, Untersuchungen, Heft 39). Breslau, W. Koebner.

Leonhard, Die Lebensbedingungen der Rechtspflege. Marburg 1891, Elwert.

Levy, Beiträge zum Kriegsrecht im Mittelalter, 1889 (Gierke, Untersuchungen, Heft 29). Breslau, W. Koebner.

Liesegang, Recht und Verfassung von Rees (Westdeutsche Zeitschrift, Ergänzungsheft 6). Trier 1890, F. Lintz.

Mack, Die Finanzverwaltung der Stadt Braunschweig, 1889 (Gierke, Untersuchungen, Heft 32). Breslau, W. Koebner.

W. Michael, Englands Stellung zur ersten Theilung Polens. Hamburg u. Leipzig 1890, L. Voss.

Neumeyer, Historische und dogmatische Darstellung des strafbaren Bankerotts. München 1891, J. Schweitzer.

Opet, Geschichte der Processeinleitungsformen im ordentlichen deutschen Rechtsgang. I. Die Zeit der Volksrechte. Breslau 1891, W. Koebner.

Ordines iudiciorum Dei, ed. La Mantia. Palermo-Torino 1892, C. Clausen.

Patetta, Sull introduzione in Italia della collezione d'Ansegiso e sulla data del cosi detto Capitulare Mantuanum. Torino 1890, C. Clausen.

Patetta, La Lex Frisionum. Studii sulla sua origine e sulla critica del testo. Torino 1892, C. Clausen.

Peisker, Die Knechtschaft in Böhmen. Prag 1890, Fr. Rivnáč.

Post, Ueber die Aufgaben einer allgemeinen Rechtswissenschaft. Oldenburg u. Leipzig 1891, Schulzesche Hofbuchhandlung (A. Schwartz).

Leo von Savigny, Die französischen Rechtsfacultäten im Rahmen der Entwickelung des französischen Hochschulwesens. Berlin 1891, Puttkammer u. Mühlbrecht.

Schiffner, Der Vermächtnissvertrag nach österreichischem Recht. Leipzig 1891, Duncker & Humblot.

Schiffner, Die geplanten Höfebücher für Deutschtirol. Berlin 1891, C. Heymann.

E. A. Schröder, Das Recht im Irrenwesen. Zürich u. Leipzig 1890, Orell, Füssli & Co.

Skedl, Das Mahnverfahren. Leipzig 1891, Tauchnitz.

Stadregten van Steenwijk (uitgeven van A. Telting), 1891 (Overijsselsche stad-, dijk- en markeregten, I. deel. 10. stuk). Zwolle, J. J. Tijl.

Staub, Commentar zum Allg. deutschen HGB. 1. Lieferung. Berlin 1891, J. J. Heine.

Ullmann, Kaiser Maximilian I. Band 2. Stuttgart 1891, Cotta.

Varges, Die Gerichtsverfassung der Stadt Braunschweig bis zum Jahre 1374. Marburg 1890, Elwert.

Vinogradoff, Villainage in England. Oxford 1892, Clarendon Press.

Wachenfeld, Die Begriffe von Mord und Todtschlag sowie Körperverletzung mit tödlichem Ausgange, in der Gesetzgebung seit Mitte des 18. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur vergleichenden Geschichte der Strafgesetzgebung. Marburg 1890, Elwert.

Wahle, Das allg. Berggesetz für das Königreich Sachsen. Nach amtlichen Quellen erläutert. Freiberg 1891, Craz & Gerlach.

Werly, An historical sketch of the equitable jurisdiction. 1890.

Wodon, Le droit de vengeance dans le comté de Namur. Bruxelles 1890, P. Weissenbruch.

Germanistische Chronik.

Paul von Roth.

1820—1892.

Unsere Zeitschrift hat den Tod eines langjährigen, hochverdienten Redactionsmitgliedes, des letzten ihrer Begründer, zu beklagen. Am 28. März 1892 starb zu München der ordentliche Professor des deutschen Rechts Dr. Paul von Roth. Als einer der hervorragendsten Germanisten war Roth im Jahre 1861 mit den engeren Fachgenossen Johannes Merkel und Hugo Böhlau sowie den Romanisten Adolf Rudorff und Karl Georg Bruns zur Herausgabe der „Zeitschrift für Rechtsgeschichte“ zusammengetreten. In würdiger Weise wurde der I. Band dieser Zeitschrift durch Roths Aufsatz „Die rechtsgeschichtlichen Forschungen seit Eichhorn“ eingeleitet. Im V. Bande folgte ein Aufsatz „Pseudoisidor“, im X. Bande die Abhandlung „Die Hausbriefe des Augsburger und Regensburger Rechts“. Im Uebrigen betheiligte Roth sich nur mit Litteraturberichten (Band I und III). Seit 1872 widmete er sich ausschliesslich den Studien über das bayerische Civilrecht und das heutige deutsche Privatrecht, doch bewahrte er das alte Interesse für die Zeitschrift, aus deren Redaction er erst im Jahre 1887 ausschied (vgl. Band XXI. S. 204).

Paul von Roth war geboren zu Nürnberg am 11. Juli 1820, als der zweite Sohn des rühmlichst bekannten späteren Oberconsistorialpräsidenten Karl Johann Friedrich von Roth in München. Bereits im Jahre 1836 wandte er sich, nach Absolvirung des alten Gymnasiums in München, nach dem Vorbilde des Vaters dem Rechtsstudium, und zwar an der Universität München, zu. Nachdem er längere Zeit als Rechtspraktikant thätig gewesen war, erwarb er am 2. Februar 1848 den Doctor-

grad bei der juristischen Facultät zu Erlangen auf Grund der Schrift

Ueber. Entstehung der Lex Baiuwariorum. Eine Inauguralabhandlung von P. R. Roth. München 1848.

Schon durch diese Arbeit, deren Ergebnisse in seiner 1869 erchienenen Abhandlung „Zur Geschichte des bayerischen Volksrechts" (Festschrift der juristischen Facultät zu München zum 50jährigen Doctorjubiläum von Hieronymus von Bayer) weiter ausgeführt und begründet wurden, legitimirte sich Roth als einen Germanisten, von dem man das Beste erwarten konnte. Ist auch die spätere Forschung der Annahme, dass in der Lex Baiuwariorum drei zeitlich verschiedene Theile enthalten seien, im Allgemeinen nicht beigetreten, so war doch die Feststellung der Benutzung der westgothischen Antiqua in jenem Volksrecht eine Entdeckung von dauerndem Werthe [1]).

Bereits am 6. Mai 1848 habilitirte sich Roth als Privatdocent des deutschen Rechts an der Universität München. Zwei Jahre später wurde er als ausserordentlicher Professor nach Marburg berufen. Von 1853 bis 1857 wirkte er als ordentlicher Professor des deutschen Rechts an der Universität Rostock, von 1857 bis 1863 in gleicher Eigenschaft in Kiel. Im Jahre 1863 folgte Roth einer Berufung an die Universität München, von der er ausgegangen war und der er, obwohl im Jahre 1872 ein verlockender Ruf nach Berlin als Nachfolger Homeyers an ihn erging, bis an sein Lebensende treu geblieben ist. Seine Vorlesungen erstreckten sich auf deutsche Rechtsgeschichte, deutsches Staatsrecht, deutsches Privatrecht, Handelsrecht und bayerisches Landrecht, ausserdem bekleidete er seit 1866 das Amt eines Oberbibliothekars der Münchener Universitätsbibliothek.

Eine längere Unterbrechung erfuhr Roths Münchener Thätigkeit im Jahre 1881 durch seine Berufung als Mitglied der Commission zur Ausarbeitung des Entwurfes eines bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich. Aus zahlreichen Briefen geht das lebhafte Interesse hervor, das er an den Verhandlungen dieser Commission nahm, doch hat man ihm wohl nicht ohne Grund den Vorwurf gemacht, dass die starke Vernachlässigung des deutschen Rechts bei der Ausarbeitung des ersten Entwurfes zum Theil durch seine zu passive Haltung verschuldet sei. Gewiss haben körperliche Leiden dabei mit-

[1]) Vgl. den Bericht von Föringer in den Gelehrten Anzeigen der bayerischen Akademie, 1848, S. 257 ff.

gewirkt. Denn als Roth im Jahre 1889 nach München zurückkehrte, war er nicht mehr der Alte. Im Mai 1890 schrieb er an einen Collegen: „Mein Befinden, das schon im vorigen Jahr ein sehr mässiges war, ist fortwährend sehr unbefriedigend, ich fürchte, dass es sich kaum wieder herstellen wird". Schon im August desselben Jahres wurde er von der Verpflichtung zur Abhaltung von Vorlesungen entbunden. Dem Amte als Oberbibliothekar hat er bis in seine letzten Tage vorgestanden.

Roths litterarische Thätigkeit war eine sehr bedeutende. Anfangs widmete er sich fast ausschliesslich rechtsgeschichtlichen Arbeiten, mit Vorliebe aus dem Gebiete der fränkischen Zeit. Ausser den oben erwähnten Schriften über das bayerische Volksrecht ist hier besonders seiner bekannten Werke

Geschichte des Beneficialwesens von den ältesten Zeiten bis ins 10. Jahrhundert. Erlangen 1850.

Feudalität und Untherthanenverband. Weimar 1863.

zu gedenken. Eine Ergänzung derselben bildet der Aufsatz „Die Säcularisation des Kirchengutes unter den Karolingern", Münchener Historisches Jahrbuch I. (1865) Seite 275—298. Andere Ergänzungen enthielten die in den Jahren 1863, 1864, 1865 und 1867 gehaltenen, übrigens ungedruckt gebliebenen Vorträge in der historischen Classe der bayerischen Akademie der Wissenschaften, welcher Roth seit 1852 als ausserordentliches, seit 1863 als ordentliches Mitglied angehörte. Haben sich auch, gegenüber der entgegenstehenden Auffassung, die von G. Waitz hinsichtlich der Entstehung des Lehnwesens entwickelt wurde, keineswegs alle Behauptungen Roths bestätigt, hat sich vielmehr, wie so häufig, auch bei der zwischen diesen beiden Gelehrten ausgefochtenen Polemik ergeben, dass die Wahrheit mehr oder weniger in der Mitte lag und jeder der Streitenden zum Theil Recht, zum Theil Unrecht hatte, so steht doch fest, dass die Wissenschaft der deutschen Verfassungsgeschichte durch jenen Streit und insbesondere durch die ebenso gründlichen wie scharfsinnigen Ausführungen Roths ausserordentlich gefördert worden ist. In späteren Jahren liess Roths Interesse für die rechtsgeschichtlichen Forschungen sichtlich nach. Das Letzte, was er auf diesem Gebiete geschrieben, war eine ausführliche Anzeige von Sohms fränkischer Reichs- und Gerichtsverfassung, in der Krit. Vierteljahrsschrift für Rechtswissenschaft XVI. (1874) S. 192—220. Mit litterarischen Anzeigen betheiligte sich Roth auch an Schletters Jahrbüchern der deutschen Rechtswissenschaft und Gesetzgebung (seine Besprechungen führen das Zeichen „64").

Auf dem Gebiete des deutschen Staatsrechts hat Roth sich nur in der mit Merck zusammen herausgegebenen

Quellensammlung zum deutschen öffentlichen Recht seit 1848, 2 Bände, Erlangen 1850—1852,

schriftstellerisch bethätigt.

Die glänzendsten Arbeiten Roths gehörten der Geschichte des ehelichen Güterrechts an, für die er durch seine 1859 erschienene Untersuchung

Ueber Gütereinheit und Gütergemeinschaft (Jahrbuch des gemeinen deutschen Rechts, her. von Bekker und Muther, III. S. 313—358)

geradezu bahnbrechend gewirkt hat. In der gleichen Richtung bewegen sich zwei 1868 und 1870 unter dem Titel

Gütereinheit und Gütergemeinschaft (Krit. Vierteljahrsschrift f. Rechtswissenschaft X. 169 ff. XII. 596 ff.)

erschienene Besprechungen der das eheliche Güterrecht behandelnden neueren Litteratur, ferner

Die allgemeine Gütergemeinschaft der bayerischen Statuten (Seuffert's Blätter für Rechtsanwendung, XXXIII. 1868),

und der die Ergebnisse der neueren Forschungen trefflich zusammenfassende Aufsatz

Das deutsche eheliche Güterrecht (Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft, I. 1878).

Ueber die gesetzgeberische Behandlung des ehelichen Güterrechts hat Roth sich ausgesprochen in dem Aufsatze

Unification und Codification (Hauser's Zeitschrift für Reichs- und Landesrecht I. S. 1 ff.)

sowie in einem für den deutschen Juristentag ertheilten Gutachten (Verhandlungen des 12. deutschen Juristentages I. S. 276 ff.).

Andere Fragen aus dem Gebiete des deutschen Privatrechts behandelte Roth in den Schriften

Die Lehre von der Genossenschaft. Rechtsgutachten in der Streitsache der Gemeinde Burgsinn, gegen die Freiherren von Thüngen, München 1876,

und

Die hypothekarische Succession und die Eigenthümerhypothek, Tübingen 1879 (Archiv f. civilist. Praxis LXII).

Eine besondere Anerkennung verdienen die auf die wissenschaftliche Bearbeitung der einzelnen deutschen Particularrechte gerichteten Bestrebungen Roths. Schon 1858 gab er in Ge-

meinschaft mit v. Meibom das „Kurhessische Privatrecht“ heraus, ein vortreffliches Werk, von dem leider nur der erste Band erschienen ist. Eine Frucht der Rostocker Professur war das in demselben Jahre erschienene „Mecklenburgische Lehnrecht“.

In grossem Massstabe angelegt ist das dreibändige Werk „Bayrisches Civilrecht“, das in 1. Auflage 1871—1875, in 2. Auflage des I. Bandes 1881 erschien. Mit alleinigem Ausschlusse des Obligationenrechts umfasst dies Werk das ganze im Königreich Bayern geltende Privatrecht, unter gleichmässiger Berücksichtigung der Landesgesetzgebung, des gemeinen Rechts, des preussischen allgemeinen Landrechts und der zahlreichen bayerischen Statutarrechte, nur das französische und württembergische Recht liess der Verfasser unberücksichtigt, weil sie schon anderweitig wiederholt Gegenstand wissenschaftlicher Bearbeitung gewesen waren.

Noch weiter steckte Roth sich seine Ziele bei seinem eigentlichen Lebenswerke, dem

System des deutschen Privatrechts, 3 Bände, Tübingen 1881—1886,

welches in der gleichen Weise alle auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts innerhalb des deutschen Reiches geltenden gemeinen und particulären Rechtsnormen berücksichtigen sollte. Vollendet ist das Werk nicht, es fehlen das Obligationenrecht und das Erbrecht, während Familien- und Sachenrecht mit besonderer Vorliebe behandelt sind und der allgemeine Theil sich durch eine mit peinlichster Genauigkeit hergestellte Uebersicht über die gesammte deutsche Landesgesetzgebung, soweit sie noch in Geltung steht, auszeichnet. Dass bei so heterogenen Rechtsquellen, wie sie hier zu behandeln waren, von einer streng wissenschaftlichen Verarbeitung keine Rede sein konnte, versteht sich von selbst. Das Werk trägt naturgemäss einen mosaikartigen Charakter und sein Hauptwerth liegt nicht sowohl in den dogmatischen Ausführungen, obgleich es auch an solchen nicht fehlt, als vielmehr in der übersichtlichen Zusammenstellung aller Rechtsverschiedenheiten. Also ein Werk, das mehr zum Nachschlagen als zum Lesen bestimmt ist, aber auch so ein Denkmal staunenswerthester Arbeitskraft und selbstlosester Hingabe an die Wissenschaft, die dem Verfasser für diese Gabe ebenso wie für seine hervorragenden älteren Arbeiten die wärmste, dankbarste Erinnerung bewahren wird.

S.

Ungewöhnlich gross sind auch die weiteren Verluste, welche unsere Wissenschaft seit unserem letzten Berichte durch den Tod erlitten hat. Es starben: 14. Mai 1891 der hochverdiente Herausgeber des Spruner-Menke'schen Handatlas für die Geschichte des Mittelalters, Dr. Theodor Menke in Gotha; — am 17. August 1891 der Professor der Rechte J. J. Thonissen in Löwen; — am 5. October 1891 der ordentliche Professor der deutschen Philologie Dr. Friedrich Zarncke in Leipzig, der Begründer und langjährige Herausgeber des Litterar. Centralblattes; — am 14. October 1891 der Präsident der badischen Oberrechnungskammer Staatsminister a. D. Dr. Julius von Jolly in Karlsruhe, früher ausserordentlicher Professor der Rechte in Heidelberg; — am 18. November 1891 der ausserordentliche Professor der Rechte Dr. Wilhelm Vogel in Erlangen; — am 22. December 1891 der Appellationsgerichts-Vicepräsident a. D. Dr. Ludwig von Rönne in Berlin (Verfasser des bekannten „Staatsrecht der preussischen Monarchie"); — am 23. December 1891 der königlich sächsische Staatsminister Dr. C. F. von Gerber in Dresden (geb. 11. April 1823 zu Ebeleben in Schwarzburg-Sondershausen, Privatdocent und Professor des deutschen Rechts in Jena, sodann Professor in Erlangen, Tübingen und Leipzig, seit 1871 sächsischer Cultusminister); — am 2. Januar 1892 der Professor der Staatswissenschaften Dr. Emile de Laveleye in Lüttich; — am 29. Januar 1892 der ordentliche Professor der englischen Philologie Dr. Bernhard ten Brink in Strassburg i. E.; — am 1. Februar 1892 der ordentliche Professor des deutschen Rechts Dr. A. von Orelli in Zürich; — am 1. März 1892 der königl. bayerische Reichsarchivdirector a. D. Dr. Franz von Löher in München; — am 16. April 1892 der ordentliche Professor der deutschen Philologie Dr. Matthias von Lexer in München; — am 23. Mai 1892 der ordentliche Professor der Rechte Dr. G. König in Bern, an dem auch unsere Zeitschrift einen sehr geschätzten Mitarbeiter verloren hat; — am 22. Juni 1892 der durch seine Ausgaben altnordischer Rechtsquellen rühmlichst bekannte Viljálmar L. Finsen in Kopenhagen; — am 23. October 1892 der Geheime Regierungsrath und ordentliche Honorarprofessor Dr. Adolf Soetbeer in Göttingen, der sich durch seine Untersuchungen über das deutsche Münzwesen auch um die deutsche Rechtsgeschichte bleibende Verdienste erworben hat; — am 31. October 1892 der Professor E. L. Rochholz an der Cantonsschule in Aarau, bekannt durch seine Arbeiten auf dem Gebiete der schweizerischen Rechtsgeschichte.

Am 17. September 1892 verschied zu Göttingen der ordentliche Professor des römischen Rechts, geheime Oberjustizrath Dr. Rudolf von Ihering, wenige Wochen nach der unter allgemeinster Theilnahme begangenen Feier seines 50jährigen Doctorjubiläums. Weit über die Grenzen des seinen unmittelbaren Wirkungskreis bildenden römischen Rechts hinaus hat der geniale Scharfsinn dieses grossen Forschers ungeahntes Licht über die Uranfänge alles Rechts verbreitet und sich

damit auch um die deutsche Rechtsgeschichte in hochbedeutender Weise verdient gemacht.

Der Honorarprofessor an der Universität Heidelberg Dr. Georg Cohn wurde als Nachfolger von Orellis als ordentlicher Professor des deutschen Rechts nach Zürich berufen.

Der ordentliche Professor des deutschen Rechts an der Universität Halle Dr. Eugen Huber folgte einem Rufe an die Universität Bern. An seine Stelle wurde der ordentliche Professor Dr. Ph. Heck in Greifswald und an des Letzteren Stelle der Privatdocent Dr. G. Frommhold in Breslau berufen.

Der ordentliche Professor des deutschen Rechts in Freiburg i. Br. Dr. Karl von Amira wird zu Ostern 1893 einem Rufe an die Universität München, als Nachfolger von Paul Roth, folgen.

Der ordentliche Professor der Staatswissenschaften an der technischen Hochschule in Karlsruhe, Dr. Karl Bücher, wurde in gleicher Eigenschaft an die Universität Leipzig berufen.

Der ordentliche Professor der deutschen Philologie in Halle, Dr. E. Sievers, folgte einem Rufe an die Universtät Leipzig, als Nachfolger Zarnckes.

Als Privatdocent für deutsches Recht an der Universität Leipzig habilitirte sich Dr. Ludwig Huberti.

Preisfragen der Mevissen-Stiftung. Bis zum 31. Januar 1894 einzuliefern: Entwickelung der communalen Verfassung und Verwaltung Kölns von den Anfängen bis zum Jahre 1396.

Bis zum 31. Januar 1895 einzuliefern: Ursprung und Entwickelung der Verwaltungsbezirke (Aemter) in einem oder mehreren grösseren Territorien der Rheinprovinz bis zum 17. Jahrhundert.

Die Bearbeitungen können unter dem Namen der Bewerber oder anonym mit einem Sinnspruch eingereicht werden. In letzterem Fall ist ein mit demselben Sinnspruch beschriebener versiegelter Zettel beizulegen, welcher Namen, Stand und Wohnort des Verfassers enthält. Die Entscheidung über die Verleihung der Preise (2000 Mark für jede Arbeit) erfolgt durch den Vorstand der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde; es ist hierbei nach der Vorschrift der Stiftungsurkunde neben der Beherrschung des bearbeiteten Stoffes der Stil und die künstlerische Form der Arbeiten wesentlich mit in Betracht zu ziehen. Erscheint keine der über eine Frage eingereichten Arbeiten preiswürdig, so kann doch ein Honorar bis zur halben Höhe des Preises zugebilligt werden. Die preisgekrönten Arbeiten werden Eigenthum der Gesellschaft, die nicht preisgekrönten können binnen einem Jahre nach Veröffentlichung der Entscheidung zurückgefordert werden; geschieht dies nicht, so werden sie ebenfalls Eigenthum der Gesellschaft.

Die Arbeiten sind einzusenden an den Vorsitzenden der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde, Herrn Landgerichtsdirector Ratjen in Köln.

Preisaufgabe der Rubenow-Stiftung: Die Entwickelung des deutschen Kirchenstaatsrechts im 16. Jahrhundert.

Erwartet wird eine ausführliche, auch in die Sondergeschichte wenigstens einzelner wichtigerer Territorien und Städte eingehende, möglichst auf selbständiger Quellenforschung beruhende Darlegung der dem Reformationsjahrhundert charakteristischen kirchenstaatsrechtlichen Grundsätze und Verhältnisse. Insbesondere erscheint erwünscht eine gründliche Prüfung der Rechtsstellung der staatlichen Gewalten zur Kirche unmittelbar vor dem Auftreten der Reformatoren, sowie der Einwirkung einerseits der vorreformatorischen kirchenpolitischen Litteratur auf die reformatorische Bewegung, andererseits der reformatorischen Anschauungen selbst auf die Gesetzgebung und Praxis, nicht nur der protestantischen, sondern auch der katholischen Fürsten und Stände.

Dem Ermessen des Verfassers bleibt es überlassen, ob und wieweit er seine Arbeit auf Deutschland beschränken oder auch ausserdeutsche Staaten in den Bereich seiner Darstellung ziehen will; ebenso die Bestimmung des Endpunctes der darzustellenden historischen Entwickelung und die definitive Formulirung des Titels.

Der Preis beträgt 2000 Mark.

Die Bewerbungsschriften sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie dürfen den Namen des Verfassers nicht enthalten, sondern sind mit einem Wahlspruche zu versehen. Der Name des Verfassers ist in einem versiegelten Zettel zu verzeichnen, der aussen denselben Wahlspruch trägt.

Die Einsendung der Bewerbungsschriften muss spätestens bis zum 1. März 1896 bei dem Senate der Universität Greifswald geschehen. Die Zuerkennung des Preises erfolgt am 17. October 1896.

Die 32. Plenarversammlung der Münchener historischen Commission hat im Mai 1891, die 33. im Juni 1892 stattgefunden. Von den Publicationen lagen vollendet vor: der 31., 32. und 33. Band der allgemeinen deutschen Biographie, der 22. Band der deutschen Städtechroniken, (Band III der Augsburger Chroniken) und die Vatikanischen Acten zur deutschen Geschichte in der Zeit des Kaisers Ludwig des Bayern, herausgegeben von S. Riezler.

Die 10. Plenarversammlung der badischen historischen Commission wurde im November 1891 abgehalten. Vollendet oder nahezu vollendet

lagen vor: die Statuten und Reformationen der Universität Heidelberg vom 16. bis 18. Jahrhundert, bearbeitet von A. Thorbecke; Karl Friedrich's von Baden brieflicher Verkehr mit den französischen Physiokraten Mirabeau und Du Pont, bearbeitet von Knies; der 1. Band der Wirthschaftsgeschichte des Schwarzwaldes von E. Gothein; Geschichte der Herzoge von Zähringen von E. Heyck; Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden und der Reichskrieg gegen Frankreich 1693—97 von A. Schulte. Die Commission beschloss die Herstellung einer kritischen Ausgabe der Stadtrechte und Weisthümer des Oberrheins in Angriff zu nehmen. Der 6. Band der Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins enthält u. a. folgende Artikel: Die Ostgrenze des Lobdengaues im Odenwalde, von Huffschmid; Der Ausstand der oberrheinischen Schuhmachergesellen i. J. 1407, von Fritz; Die pfalzgräfliche Registratur des Dompropstes Wilhelm Böcklin von Böcklinsau, von J. Kindler von Knobloch; Aus dem Schlettstadter Bürgerleben des 16. Jahrhunderts, von Gény; Zur Erklärung der Urkunde v. J. 1100 betr. die Marktgründung von Radolfzell, von Schaube. S.

Monumenta Germaniae historica. In den Tagen vom 4. bis 6. April 1892 wurde in Berlin die Plenarversammlung der Centraldirection abgehalten. Die Vollendung des Druckes der Leges Burgundionum, welche Herr Professor Dr. von Salis in Basel herausgiebt, hat durch den Setzerausstand eine Verzögerung erlitten. Derzeit ist der gesammte Text gedruckt, so dass nur noch die Indices zu erledigen sind. Die von Herrn Professor Dr. Karl Zeumer besorgte Handausgabe der Fragmenta Euriciana und der Lex Wisigothorum Reccessuinthiana befindet sich im Drucke. Desgleichen hat der Druck des zweiten von Herrn Dr. Victor Krause in Berlin bearbeiteten Heftes des zweiten Capitularienbandes begonnen. Ueber die Acten der Triburer Synode, die das Heft eröffnen, hat sich der Herausgeber im 17. Bande des Neuen Archivs ausgesprochen. Von Hübners Regesten der Gerichtsurkunden ist die erste Abtheilung: Die Gerichtsurkunden aus Deutschland und Frankreich bis zum Jahre 1000 als Beilageheft der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für RG. ausgegeben worden. Die zweite Abtheilung, welche die Gerichtsurkunden Italiens umfassen wird, gedenkt Herr Dr. Rudolf Hübner im nächsten Jahrgange dieser Zeitschrift zu veröffentlichen. Herr Professor Weiland in Göttingen hat die Ausgabe der deutschen Reichsgesetze bis 1254 fertiggestellt. Der Druck hat begonnen. Da Weiland nur den ersten Band (bis höchstens 1291) herauszugeben gedenkt und die Ausgabe bis auf Karl IV. geführt werden soll, wurde beschlossen, für die Fortsetzung der Arbeit Herrn Dr. Schwalm in Göttingen als ständigen Mitarbeiter zu gewinnen. Der Druck der Concilia aevi Merovingici, welche Herr Dr. Bretholz in Wien unter Maassens Leitung bearbeitet hat, ist zum grössten Theile vollendet. Eine Sammlung von Staatsschriften der fränkischen Zeit wurde in Aus-

sicht genommen. Sie soll u. a. die Libri Carolini und einzelne Werke von Hinkmar, Agobard und Jonas von Orléans bringen, die weder in den Rahmen der Leges noch in den der Epistolae passen. Herr Professor Mühlbacher in Wien hat die Herausgabe der karolingischen Königsurkunden übernommen. Aus der Abtheilung der Auctores antiquissimi ist hervorzuheben, dass Cassiodors Variae, die Herr Professor Mommsen edirt, gedruckt und nur noch die Indices herzustellen sind.

H. Brunner.

